

Futschdemont

Nach 7 Jahren Exil kehrt Kataloniens Separatistenführer Carles Puigdemont nach Barcelona zurück und will der Eröffnung des Regionalparlaments beiwohnen – taucht dann aber ab, um einer Verhaftung zu entgehen

2

Seine Anhänger halten an ihm fest, genau wie an der Hoffnung auf die Unabhängigkeit Kataloniens: Unterstützer Puigdemonts am Donnerstag in Barcelona Foto: Matthias Oesterle/imag

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Wie immer um diese Jahreszeit lechzt Nachrichtendeutschland nach erfrischenden News für die sommerlichen Titelseiten. Aber: Im Nahosten nichts Neues, und Ukraine nimmt zwar Kurs auf Kursk, gibt aber nichts zu. Klar, die Streitereien zwischen Kanzler Scholz und Finanzminister Lindner über neue Finanzierungslücken wären was, aber *verboten* stopft doch nicht das Sommerloch mit einem

Sommerloch.

Ausgabe Berlin Nr. 13434 € 4,60 Ausland € 3,90 Deutschland 4 195915 703903 50632

Die taz wird ermöglicht durch **23.448**

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325 anzeigen@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
 taz
 Postfach 610229, 10923 Berlin twitter.com/tazgezwitscher facebook.com/taz.kommune
www.taz.de

Kommentar von Reiner Wandler über einen Neustart in Katalonien

Zum Glück raus aus der Sackgasse

Es war ein Tag voller Widersprüche, der in die Geschichte Kataloniens und auch Spaniens eingehen dürfte. Der von Madrid 2017 abgesetzte Präsident der katalanischen Autonomieregierung, Carles Puigdemont, kehrt nach knapp sieben Jahren im Exil zurück, redet vor Tausenden Anhängern in der Innenstadt Barcelonas und verschwindet, bevor er verhaftet werden kann. Das Autonomieparlament macht in den Stunden darauf den Sozialisten Salvador Illa, der für den Verbleib bei Spanien eintritt, zum neuen Präsidenten – und das mit den Stimmen eines Teils der Unabhängigkeitsbewegung.

Katalonien lässt den Versuch, sich von Spanien loszulösen, hinter sich. Alle haben dazu beigetragen: die in Madrid regierenden Sozialisten unter Ministerpräsident Pedro Sánchez mit einer Amnestie für die Unabhängigkeitsaktivisten von 2017, aber auch die beiden Unabhängigkeitsparteien

Republikanische Linke Kataloniens und Puigdemonts Gemeinsam für Katalonien. Puigdemont verzichtete klugerweise darauf, die Wahl von Illa durch seine Anwesenheit zu durchkreuzen.

Es ist ein sensibler Neuanfang. Noch ist die Amnestie nicht für alle umgesetzt. Manche Richter versuchen mit allerlei juristischen Winkelzügen, die Straffreiheit unter anderem für Puigdemont zu verhindern. Der katalanische Politiker dürfte sicher verhaftet werden, wenn er der Polizei noch in die Fänge geht. Es liegt dann am Verfassungsgericht, der Amnestie zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Regierung in Madrid ist in einer schwierigen Lage. Sie regiert per Minderheitsregierung dank der Unterstützung baskischer und katalanischer Unabhängigkeitsparteien. Nur so konnte in Madrid eine Regierung der Rechten zusammen mit Rechtsextremen verhindert werden. Auch der neue katalanische Präsident Illa hat jetzt einen

Teil der Unabhängigkeitsbewegung eingebunden. Er hat mit der Republikanischen Linken Kataloniens ein neues Finanzierungsmodell für Katalonien ausgehandelt, das dem, was die Basken seit Jahrzehnten haben, sehr nahe kommen wird. Viele andere Regionen laufen dagegen Sturm. Sie befürchten, dass sie weniger Zuwendungen vom Zentralstaat bekommen, wenn dieser nicht mehr über die Gelder aus dem reichen Katalonien verfügt.

Die Beziehungen Zentralspaniens und Kataloniens beruhen auf gegenseitigen politischen Abhängigkeiten. Das sieht auf den ersten Blick fragil aus, zeigt aber, dass nur gemeinsam ein Weg nach vorn möglich ist. Starre Haltungen und Repression gegen unliebsame Politiker auf der einen und einseitige Maximalforderungen auf der anderen Seite führten in eine Sackgasse, bei der alle nur verloren. So sehen wohl Epochenwechsel aus.



Foto: Louisa Offreiters

Anti-Hero
 Warum der IS in Wien ausgerechnet Taylor Swift bedrohte **9, 13**

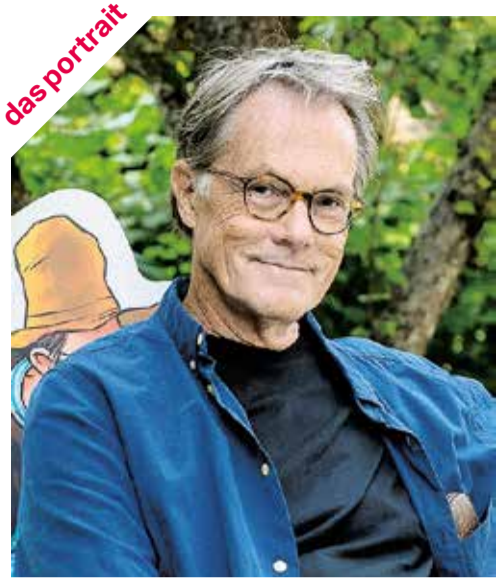
Auf russischem Boden
 Der ukrainische Vorstoß in Russland und das AKW Kursk **3**

Bedrohte Pressefreiheit
 In Ostdeutschland stehen Medien unter enormem Druck von rechts **4-5**

steile these

„Geschlechtergerechte Sportberichterstattung ist fast revolutionär“
 Redakteur Johannes Kopp zu den Olympischen Spielen

18



Wird nur einmal 40: Pettersson und Findus von Autor Sven Nordqvist

Ein rotes Holzhaus, umgeben von Blumen, Wald und anderen natürlichen Herrlichkeiten: Das Bullerbü-geschulte Auge erkennt ein solches schwedische Idyll auf den ersten Blick. Aber um dieses spezielle rote Haus und seine Bewohner in ihrer ganzen Tiefe zu erfassen, muss man schon genauer hingucken. Besser gesagt: man darf. So viel gibt es in diesen Bildern zu entdecken, so viel Lustiges, Rührendes und Kluges – wer kommt denn auf so was? Und wie?

Sven Nordqvist war's, wie wir heute wissen. Kurz bevor es losging mit seinem Leben als weltberühmter Kinderbuchautor arbeitete er in einer Werbeagentur, obwohl er Architektur studiert hatte – wie das so ist, wenn einen die Kunstschulen nicht wollen. Nun illustrierte er doch lieber Plakate und Weihnachtskarten, war damit aber offensichtlich nicht ganz ausgelastet. Zum Glück für ihn selbst und für Millionen andere Menschen weltweit: Mit der überschüssigen Kreativität beteiligte er sich an einem Bilderbuchwettbewerb des Verlags Opal. Und dann ging es los.

Sein zweites Buch wurde „Pannkakstärten“ – 40 Jahre ist das jetzt her. Auch in Deutschland ein Jubiläum: Die deutsche Fassung erschien fast zur selben Zeit bei Oetinger unter dem Titel „Eine Geburtstagstorte für die Katze“. Wir sprechen natürlich nicht von irgendeiner Katze, sondern von Findus. Mit ihm, der mindestens dreimal im Jahr Geburtstag feiern will, hatte Nordqvist etwas für die Ewigkeit geschaffen.

Seine menschliche Hauptfigur, Pettersson, lebt mit diesem sehr kommunikativen Katzenkind (und unwissentlich mit den winzigen Mucklas, die ihr eigenes Leben in seinem Haus leben). Man würde den Erfinder eines solchen Szenarios vielleicht nicht vorrangig mit der Frage behelligen, wie autobiografisch seine Bücher sind. Aber da würde man etwas verpassen.

Zum Jubiläum besuchte das Schwedische Fernsehen SVT Nordqvist in dessen Sommerhaus. Und da stand er dann in seinem eigenen Tischlerschuppen, werkelt vor sich hin wie Pettersson. „Wie er denkt, was er macht und dass er gerne allein ist: Das hat er von mir“, sagte der Autor.

Anders als Pettersson trägt Nordqvist aber weder einen langen Bart noch einen auffälligen Hut – und er lebt auch schon seit Jahrzehnten nicht mehr allein mit einer Katze. „Eva hat eine Katzenhaarallergie, also musste ich mich entscheiden.“ Eva, das ist seine Frau, und die Inspiration für seine Geschichten kam aus seinem eigenen kleinen Familienalltag auf dem Land, mit Eva und zwei Kindern.

„Es ist eine kleine, überschaubare Welt, und Findus hat einen Erwachsenen bei sich, der immer für ihn da ist“, so beschreibt er es selbst. Diese Sicherheit für eine Katze, die mit ihrer Offenheit und Neugier, ihren Bedürfnissen, Ängsten und Freuden alle Kinder dieser Welt repräsentiert – so wollte er vom Leben erzählen. Sollte das jemandem zu idyllisch sein, wäre es ihm egal. „Ich mag Idyllen“, sagte er zu SVT. „Das sollten alle, finde ich.“

Neues von Pettersson und Findus und ihrer nur von überschaubaren Gefahren und gelegentlichem Chaos unterbrochenen Gemütlichkeit wird es aber nicht geben. Das Leben mit Kindern, seine Inspirationsquelle, ist für Sven Nordqvist lange vorbei. „Es bleiben nun nicht mehr viele Jahre vom Leben übrig“, sagt der Autor, jetzt 78 Jahre alt. Er wolle lieber noch etwas Neues probieren. Es gebe noch eine Menge Wörter in ihm, die vielleicht rauswollten.

Ob daraus etwas werden könnte: Das will er jetzt testen.

Anne Diekhoff

Gekommen, um erneut zu fliehen

Vor Eröffnung des katalanischen Parlaments taucht Carles Puigdemont plötzlich in Barcelona auf. Danach taucht er wieder ab

Von Reiner Wandler, Berlin

Kurz vor 9 Uhr tritt Carles Puigdemont an diesem heißen Donnerstag auf die Bühne vor dem Triumphbogen im Zentrum der katalanischen Hauptstadt Barcelona. Vor ihm Tausende seiner Anhänger. „Wir sind noch immer da, wir haben nicht das Recht, aufzugeben“, beteuert er unter Beifall und Unabhängigkeitsrufen. Nach knapp sieben Jahren im belgischen Exil war der 2017 von der spanischen Regierung per Verfassung abgesetzte ehemalige Präsident der katalanischen Generalitat, der Autonomieregierung der Region zurückgekehrt – trotz Haftbefehls und unbemerkt von Polizei und Grenzschützern.

Puigdemont hielt damit sein Versprechen ein, zur Eröffnungssitzung des im Mai gewählten katalanischen Parlaments, in dem auch er einen Sitz erlangt hatte, zu erscheinen. Allerdings nicht als Wahlsieger, wie der Chef der Partei Junts per Catalunya (Gemeinsam für Katalonien) gehofft hatte.

Nur eine Stunde später sollte sich der Sozialist Salvador Illa den Abgeordneten im Parlament als Kandidat für das Amt des Präsidenten der Generalitat stellen. Anders als Puigdemont hat er eine knappe Mehrheit hinter sich versammelt. Neben seiner sozialistischen PSC und den Linksalternativen möchte auch die bisher regierende Unabhängigkeitspartei Republikanische Linke Kataloniens (ERC) für Illa stimmen. Es wäre das erste Mal seit 14 Jahren, dass kein Unabhängigkeitspolitiker das höchste Amt der Autonomie einnimmt. Die Abstimmung über Illa war für den frühen Abend vorgesehen.

Puigdemont ist damit zurück, aber politisch in der Opposition. „President! President!“ feiern ihn seine Anhänger dennoch.

Puigdemont, deutlich nervös und deutlich gerührt, spricht vom Kampf für das Selbstbestimmungsrecht Kataloniens, darüber, dass eine Volksabstimmung über die Loslösung von Spanien, wie er sie im Oktober 2017 abhalten ließ, kein Delikt sei.

Und er verurteilt einmal mehr „die grausame Repression“ gegen die Unabhängigkeitsbewegung. Puigdemont und andere gingen darauf ins Exil, während ein Dutzend wegen Aufstands und Ungehorsams meist zu hohen Haftstrafen verurteilt wurde. Insgesamt wurden Hunderte verfolgt. Seit wenigen Monaten gibt es ein Amnestiegesetz, durch das die meisten der wegen der Volksabstimmung Verfolgten strafrei ausgehen. Doch die Richter weigern sich, dieses Gesetz auch auf Puigdemont anzuwenden.

Zwar wird er nicht mehr wegen des Aufstandes gesucht, aber jetzt droht ihm im Falle der Verhaftung ein Verfahren wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder, obwohl auch dies – soweit es nicht zur persönlichen Bereicherung stattfand –, amnestiert wird. Doch der Ermittlungsrichter am Obersten Gerichtshof in Madrid, Pablo Llarena, hat da eine Interpretation: Die Regierung Puigdemont habe das Referendum mit Geldern aus dem Haushalt der Region durchgeführt, um es nicht selbst bezahlen zu müssen. Das sei persönliche Bereicherung und schade dem spanischen Steuerzahler und sogar der Europäischen Union.

Als die Sitzung des Parlaments um 10 Uhr beginnt, ist von Puigdemont nichts zu sehen. Zusammen mit Tausenden am Triumphbogen war er losgelaufen, kam aber nie am hermetisch abgeriegelten Parlament, wo ihm die Verhaftung gedroht hätte, an.

In diesem Fall hätte die Mehrheit der Parteien darauf bestanden, die Amtseinführung Illas aus Protest auszusetzen. Das wollte Puigdemont wohl vermeiden. Am Ende seines Auftritts vor dem Triumphbogen bittet Puigdemont darum, die Amtseinführung Illas zu respektieren: „Wir müssen neue Möglichkeiten vorbereiten, wir werden sie haben, und wir werden gewinnen.“

Puigdemonts Abgeordnetensitz im Parlament bleibt leer. Eine gelbe Schleife – als Symbol gegen die Repression – zielt ihn, während draußen die „Operation Käfig“ anläuft. Die katalanische Autonomiepolizei errichtete überall Straßensperren, um den einmal mehr flüchtigen Politiker zu suchen und ihn dem Richter in Madrid vorzuführen.

In seiner Antrittsrede verlangte der ehemalige spanische Gesundheitsminister Salvador Illa eine „schnelle Anwendung des Amnestiegesetzes“ auch auf Puigdemont und versprach, Katalonien nach Jahren des Streits wieder zu einen. Der wichtigste Programmpunkt ist eine „einzigartige Finanzierung“ für Katalonien. Er will mit der spanischen Regierung seines Parteifreunds Pedro Sánchez aushandeln, dass Katalonien alle Steuern selbst einnimmt und einen Teil an den Zentralstaat sowie an einen Solidaritätsfonds für ärmere Regionen abführt.

Bisher treibt der Zentralstaat einen Großteil der Steuern ein. Das neue Steuermodell machte es erst möglich, dass die ERC Illa unterstützt. Damit besiegt die neue Regierung ausgerechnet die Forderung, mit der vor mehr als 20 Jahren der Unabhängigkeitsprozess begann. Damals wies die rechte Regierung in Madrid unter Mariano Rajoy ein solches Steuermodell noch strikt zurück.

taz **lage**

Punkt 12

Ein Arbeitstag bei der taz teilt sich in zwei Zeitrechnungen auf. Es gibt ein Sein vor und ein Sein nach dem Kantinenbesuch. Die Zeit davor zeichnet sich dadurch aus, furchtbar langsam zu vergehen: Eine Konferenz reiht sich an die andere. Hier gibt es schrecklich viel zu bereden und vom Hölzchen aufs Stöckchen zu springen. Wer da nicht mithalten kann, zückt schon mal sein Smartphone und lugt auf den täglichen Speiseplan. Ein zweischneidiges Schwert: Man träumt von besseren Zeiten, gleichzeitig hält der sofort einschneidende Dopaminschub einen wach und bei Bewusstsein, eben noch in dieser leidigen Konferenz zu sitzen.

Trotzdem lohnt es sich, in dieser Habachtstellung zu verharren, denn irgendwann ist es 12 Uhr und die gesamte taz strömt wie ein Ameisenvolk durch das Treppenhaus nach draußen. Die größte Herausforderung am Tag steht an: Einen der Sonnenplätze vor dem Haus zu ergattern. Davon gibt es nämlich nur sehr wenige und wer es nicht rechtzeitig schafft, muss mit einem zugig-kühlen Schattenplatz an der Seite des Hauses Vorlieb nehmen. Was immer noch besser ist, als drinnen sitzen, was einer Kapitulationserklärung gleichkommt.

Wenn also Sie, liebe Leserinnen und Leser, die taz-Kantine besuchen wollen, machen sie das klugerweise erst nach 13 Uhr. Es ist besser für Sie wie auch für die taz-Mitarbeitenden, die möglichst viel Kraft tanken müssen. Denn es folgt die Nach-Kantine- und Konferenz-Zeit, wo es plötzlich doch darum geht, richtig zu arbeiten und mit der gebotenen Wachsamkeit eine Zeitung zu füllen. Ohne den helfenden Dopaminschub.

Marvin Kalwa





Teil der von ihnen bisher besetzten Gebiete vertreiben kann. So war das milliardenschwere US-Militärhilfepaket nicht der einzige wichtige Schritt auf dem Weg der ukrainischen Armee, aus der Unterlegenheit herauszukommen.

Mehr Ukrainer als je zuvor sprechen sich für Verhandlungen über einen Waffenstillstand aus

Auch die Drohnenkoalition, in der die europäischen Partner der Ukraine eine bedeutende Rolle spielen, stärkt Kyjiw weiter. Erst vor wenigen Tagen berichteten Nachrichtenportale diesbezüglich von einer Wende zugunsten der sich verteidigenden Ukraine. Im Juli wurde das Land von 426 Shahed-Drohnen aus Russland angegriffen. Im gleichen Zeitraum schoss die Ukraine mehr als 520 Langstrecken-Angriffsdrohnen auf Russland ab. Die russischen Drohnen zielen vor allem auf die ukrainische Energieinfrastruktur. Die Ukrainer ihrerseits konzentrieren sich darauf, Flugplätze und Ölraffinerien in Russland zu zerstören.

Ein Mitarbeiter der Staatlichen Universität Kursk sagte der taz: „Zwei-, dreimal täglich gibt es hier Luftalarm, nachts noch ein paarmal mehr.“ Fensterscheiben klirrten, Alarmanlagen der Autos heulten. Auch die Fernsehübertragung werde durch den Luftalarm und die Aufforderung, sich in Sicherheit zu bringen, unterbrochen. Das Internet falle während des Alarms aus.

Der Krieg hat nun in voller Härte russisches Territorium erreicht. Das, was die westlichen Staaten mit ihrer Unentschlossenheit und der unzureichenden militärischen Unterstützung Kyjiws in den ersten beiden Kriegsjahren verhindern wollten – eine Ausweitung des Blutvergießens über die ukrainischen Grenzen hinaus –, ist Wirklichkeit geworden.

Laut russischem Verteidigungsministerium hinderten russischen Streitkräfte die ukrainischen Einheiten am Donnerstag daran, tiefer in der Region Kursk vorzudringen. Kremlchef Wladimir Putin bezeichnete den ukrainischen Vorstoß am Mittwoch als eine „groß angelegte Provokation“. Ukrainische Regierungsvertreter haben sich bisher nicht zum Umfang der Operation rund um den Ort Sudscha geäußert. Es ist nicht möglich, die russischen Angaben unabhängig zu prüfen. Aus dem Russischen: Gaby Coldewey

In der russischen Region Kursk, in die ukrainische Soldaten vorgedrungen sind, liegt auch ein AKW
Foto: Itar-Tass/imago

Die Schlacht bei Kursk

Die ukrainischen Truppen sind bei ihrer Offensive zehn Kilometer weit auf russisches Territorium vorgerückt. Der Erfolg ist vor allem Ergebnis des neuen Mobilisierungssystems

Von Alexander Gogun

Nach dem Vorstoß ukrainischer Truppen in das russische Gebiet Kursk dauern die Kämpfe in der Grenzregion nach Angaben aus Russland den dritten Tag in Folge an. Die Washingtoner Denkfabrik Institute for the Study of War teilte am Mittwoch mit, dass die ukrainischen Truppen bis zu zehn Kilometer auf russisches Territorium vorgedrungen seien.

Das ist ein bemerkenswerter taktischer Erfolg für die Ukraine. Ein Wendepunkt im Krieg, den Russland gegen die Ukraine führt, ist es den meisten Militärspezialisten zufolge allerdings nicht. Von einer Wiederholung der „Schlacht bei Kursk“ 1943 im Zweiten Weltkrieg kann also keine Rede sein. Ein Misserfolg des russischen Aggressors ist es dennoch. Die russische Seite hat offen-

bar Fehler gemacht – und zwar weniger die kämpfenden Einheiten als vielmehr die Nachrichtendienste und die Spionageabwehr.

Die ukrainischen Truppen sind weiter auf russisches Territorium vorgedrungen, als die russische Seite bei der Offensive auf Charkiw im Mai und Juni gekommen war. Die Reaktion des russischen Militärs kann man nicht gerade als blitzschnelle, vernichtende Antwort bezeichnen. Trotzdem bleibt die Lage an der gesamten Front für Kyjiw ernst, sowohl im Gebiet Sumy im Norden als auch im südlicheren Donezk.

Bislang gibt es keine Informationen darüber, dass sich die russische Infanterie und andere Einheiten von der Front zurückzögen, um sie in die Region Kursk zu verlegen und dort die ukrainischen Invasoren auszuschalten. In Anbetracht der russischen Luftüberle-

genheit dürften aber die nächsten Tage für die ukrainischen Einheiten in der Region Kursk nicht leicht werden.

Die ukrainische Militäroperation wurde offenbar unter größter Geheimhaltung auch vor den westlichen Verbündeten vorbereitet. Das zeigt sich auch in der etwas überraschenden Erklärung der amerikanischen Regierung: die nämlich hat die Führung in Kyjiw um Informationen über die Offensive gebeten. Zu verdanken ist sie in erster Linie dem neuen ukrainischen Online-Mobilisierungssystem. Jeder Wehrpflichtige muss sich dabei selbst in eine Datenbank eintragen. Tut er das nicht oder erscheint nicht rechtzeitig zur Musterung, macht er sich strafbar. Dadurch hat sich die Zahl einsatzfähiger Soldaten offenbar erhöht. Den Behörden zufolge gibt es erstmals wieder ausreichend Nachschub an Kämpfern.

Erstmals halten sie es perspektivisch für möglich, diejenigen, die seit mehr als zwei Jahren an der Front sind, gegen neue Rekruten auszutauschen.

Kämpfte man im Juni noch mit akutem Personalmangel, können sich die ukrainischen Streitkräfte jetzt eine öffentlichkeitswirksame Ablenkungsaktion leisten, mit der sie den Gegner demoralisieren und gleichzeitig die Stimmung im eigenen Land heben. Umfragen zufolge ist die Zahl der Ukrainer, die sich für Verhandlungen über einen Waffenstillstand zwischen Kyjiw und Moskau aussprechen, so hoch wie noch nie seit Kriegsbeginn und nähert sich langsam der Fünfzig-Prozent-Marke. Mit dem aktuellen Angriff auf die Region Kursk will Präsident Wolodymyr Selenskyj seinem Volk zeigen, dass die Ukraine vorankommen und die russischen Angreifer zumindest aus einem

Vormarsch Richtung AKW

In der russischen Region Kursk liegt auch das gleichnamige Atomkraftwerk. Wollen die ukrainischen Truppen versuchen es einzunehmen?

Aus Kyjiw Bernhard Clasen

Während im Gebiet Kursk ukrainische Truppen stehen, debattiert man auf beiden Seiten über eine mögliche Einnahme des Atomkraftwerkes Kursk durch ukrainische Truppen. „Die ukrainische Armee nähert sich dem AKW Kursk: nur noch 45 Kilometer zum Kraftwerk“ titelt die ukrainische Plattform dialog.ua.

Angesichts der unklaren Lage um das Atomkraftwerk herrsche in der Region Panik, berichtet das ukrainische Portal www.5.ua. Russland habe Verstärkung zum Schutz des Kraftwerkes nach Kurtschatow geschickt, wo sich das AKW befindet. Doch nur eine kleine Einheit der russischen Nationalgarde sei vor Ort, so das ukrainische Portal.

Darüber, wie weit die ukrainischen Truppen auf russisches Territorium vorgedrungen sind, gibt es unterschiedliche Angaben. Die Moscow Times spricht unter Berufung auf russische Telegram-Kanäle von 20 Kilo-

metern. Andere Quellen sprechen von 10 Kilometern. Derzeit werde das russische Dorf Anatasiewka, das gerade mal 30 Kilometer vom Atomkraftwerk entfernt sei, beschossen. Unter den Mitarbeitern des AKW herrsche Panik, berichtet das ukrainische Portal 24tv.ua. Für einen derartigen Fall gebe es keine Verhaltensregeln und keine Einsatzpläne. Ständig höre man Sirenen, zitiert das Portal einen namentlich nicht genannten Mitarbeiter des Kraftwerkes.

Prorussische Telegram-Kanäle räumen ukrainische Gebietsgewinne ein. So sei den Ukrainern nach Angaben des Kanals „Rybar“ gelungen, die Stadt Sudscha weitgehend unter Kontrolle zu bringen. Außerdem sei das ukrainische Militär in die Siedlung Mirni eingedrungen, kontrolliere aktuell die russischen Dörfer Kasachja Loknja, Bogdanowka, Knjaschni.

Was man mit dem Angriff auf das ukrainische AKW Saporisch-

schja erlebt habe, könne sich nun auch in Russland wiederholen, meint der russische Atomphysiker Andrej Oscharowski gegenüber der taz. AKWs stellen nun mal bei kriegerischen Kämpfen oder Terroranschlägen eine Gefahr dar. Oscharowski fürchtet nicht nur um das AKW Kursk. Auch die AKWs Rostow und Smolensk könne es treffen. „Und das wäre natürlich sehr schlimm.“

Offiziellen russischen Darstellungen indes zufolge ist der ukrainische Vormarsch gestoppt. Dies meldet jedenfalls der Chef des russischen Generalstabs, Waleri Gerassimow. Die ukrainische Operation in der Region Kursk werde mit deren „Niederlage“ enden, so Gerassimow. Und der stellvertretende Gouverneur des Gebietes Kursk, Andrej Belostozkij, berichtet im russischen Fernsehen, dass der Feind nicht einen Meter vordringen könne. Derzeit würden die Saboteure und

ihre Waffen vernichtet, so Belostozkij. So unterschiedlich wie die Sichtweisen und Nachrichten über den aktuellen Stand des ukrainischen Angriffs auf russisches Territorium sind auch die Einschätzungen eines möglichen Angriffs auf das AKW Kursk.

In Kursk wird noch mit Reaktoren gearbeitet, die auch in Tschernobyl im Einsatz waren. Viktor Andrusiw, ein der Regierung nahestehender Aktivist und früherer Mitarbeiter im Wahlkampfteam von Wolodymyr Selenskyj, sieht mehrere Gründe für den Versuch, „das Gebiet Kursk zu befreien“. Doch der wichtigste ist für ihn das AKW. Offensichtlich wolle man das AKW Kursk erobern, um es dann gegen das von Russland besetzte AKW Saporischschja auszutauschen. Allerdings rechnet er dem Unterfangen nur wenige Erfolgchancen aus. Das sieht auch der russische Politologe Sergej

Markow so. Dmitry Rogosin, Senator der von Russland annektierten Region Saporischschja, ist sich sicher: Die ukrainische Armee sei nach Russland ein-

gedrungen, weil sie zum AKW Kursk wollte, um dann mit diesem eine „atomare Erpressung“ vorzunehmen.

Ganz anders sieht dies der ehemalige Mitarbeiter des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU, Iwan Stupak. Die Ukraine werde das AKW Kursk nicht angreifen, einfach deswegen, weil ein Angriff auf das AKW keinen Sinn ergebe, erklärte er gegenüber dem Kanal „Kyjiw 24“. „Wir sind doch keine Atomterroristen.“ Andere russische Militärblogger bezweifeln, dass es der Ukraine überhaupt möglich sein könne, das Kernkraftwerk Kursk zu erobern. So glaubt der russische Blogger Juri Podoljaka nicht, dass sich die Ukraine auf so ein Abenteuer einlassen werde. Und dem stimmt der prorussische Kanal „Zwei Majore“ zu. Hundert Kilometer auf der Straße zum Kraftwerk vorzudringen sei ein Ding der Unmöglichkeit, meint ein Alexej Schiwow.



ukrainekrieg

Berichten nur mit Bodyguard

Seit Jahren mehren sich Übergriffe auf Reporter:innen, in Thüringen fantasiert Björn Höcke vom Ende der Öffentlich-Rechtlichen. Wie geht es den Medien vor Ort? Und was können sie tun zum Schutz ihrer Leute?

Von **Malene Gürgen** und **Christian Jakob** (Text) und **Paulina Eichhorn** (Illustration)

Von der Regierungsmacht in Thüringen träumt der AfD-Landesvorsitzende Björn Höcke seit Langem. Beim Landesparteitag in Piffelbach nahe Weimar verkündete er im April, was er denn genau zu tun gedenke im Falle des Falles. Unter den weißen Kronleuchtern des örtlichen Festsaals legte er sein Fünf-Punkte-„Sofortprogramm für Thüringen“ dar. Unter anderem versprach er, die Medienstaatsverträge zu kündigen. „Ja, das macht der Höcke“, rief er unter Applaus in den Saal.

Jurist:innen streiten bis heute, welche konkreten Folgen ein solcher Schritt für die Arbeitsfähigkeit des MDR in Thüringen wirklich hätte. Doch allein die Ankündigung ist eine Kriegserklärung. Dass die größte Oppositionspartei offen das Ende des öffentlich-rechtlichen Rundfunks anstrebt, war hierzulande jahrzehntelang undenkbar.

Nach seiner Rede trat Höcke zum Chefredakteur des damals noch legalen rechtsextremen *Compact-Magazins*, Jürgen Elsässer, ans Mikro und klagte über die „Entmenschlichung gerade meiner Person vor allem durch die etablierten Medien“. Die erreiche ein „Ausmaß, dass mir manchmal die Sprache fehlt“.

Journalist Fabian Klaus sah auf einer rechten Demo Fotos von sich in Sträflingskleidung, Aufschrift „schuldig“

Die etablierten Medien als Feind ist eines der wichtigsten Wahlkampfthemen der AfD. Und je stärker es wird, desto mehr nehmen Angriffe auf Journalist:innen zu – durch die Partei selbst aber vor allem durch ein gesellschaftliches Klima, in dem Journalist:innen diskreditiert werden. Die AfD setzt dabei den Ton – und nicht selten ist es die Neonaziszene, die daraufhin zuschlägt.

Bekannt wurde etwa der Fall von Peter Hagen, einem Reporter der *Ostthüringer Zeitung*. Als der im November 2023 über eine AfD-Veranstaltung in Plothen berichtete, wurde er erst beschimpft und dann geschlagen. In seinen Autoreifen steckten Schrauben. Ein Jahr zuvor war Hagen von Thomas Weigelt, dem parteilosen Bürgermeister von Bad Lobenstein, auf dem Marktplatz der Stadt gewaltsam am Filmen gehindert und dabei verletzt worden.

Am 25. Januar dieses Jahres blockierten 500 Menschen das Landesfunkhaus in Erfurt: Angemeldet von zwei Handwerkern kamen die Protestierenden mit Lkws und Traktoren, ihr Feindbild: die „Lügenpresse“. „Von Redakteur bis Sprecher – alles Verbrecher“ stand auf ihren Transparenten gegen die „Medienhetze“. Die Demonstrierenden hatten Puppen in Sträflingskleidung mitgebracht, auf Schildern stand „schuldig“. Es war die erste Aktion dieser Art auf dem Höhepunkt der Bauernproteste zu Jahresbeginn. Die Bauernverbände distanzieren sich später. Doch der Tag zeigte, wie sich die Stimmung im Land gewandelt hat.

An jenem Morgen bekam Lucas Munkze, Gewerkschaftssekretär bei Verdi für Medien in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen, Anrufe aus dem Landesfunkhaus. „Ich hab Angst, hier rauszugehen“, hätten ihm Mitarbeiter gesagt. Die Po-

lizei habe „vor Ort ein sehr achtsames Auge“ gehabt und so sei zum Glück nichts passiert. Doch Übergriffe gegen Journalist:innen seien in der Region ein „trauriger Normalzustand“, den Überblick zu behalten sei schwierig, sagt Munkze. Speziell in Sachsen gebe es seit den 2014 gestarteten Pegida-Demonstrationen eine „Zunahme an Medienkritik, die sich in Medienfeindlichkeit verwandelt“.

Zu spüren bekommen hat das auch Fabian Klaus. Der heute 38-Jährige fing mit 16 Jahren an, als Reporter zu arbeiten. Heute berichtet er für die Funke Mediengruppe, die drei Regionalzeitungen in Thüringen herausgibt.

Klaus ist keiner, der sich in den Vordergrund drängt, immer wieder weist er im Gespräch mit der taz darauf hin, dass andere Kollegen es noch schwerer hätten, etwa freie Journalisten oder die Menschen in den Lokalredaktionen. Doch auch wenn seine Erzählungen nüchtern daherkommen, haben sie es in sich. Zuletzt wurde er Opfer eines Angriffs bei einer AfD-Kundgebung Ende April 2023: Ein Demonstrationsteilnehmer ging auf Klaus los, der am Rand des Demonstrationzugs Fotos machte. Klaus' Sicherheitsmann musste den Angriff abwehren. Im August soll der Vorfall vor Gericht verhandelt werden.

Eben weil es mittlerweile Standard sei, bei solchen Einsätzen von Security begleitet zu werden, seien es nicht diese Situationen, die ihm Sorge bereiteten, sagt Klaus. „Es ist eher so, dass ich mich im Privaten anders verhalte, dass ich nicht mehr unbedingt abends allein durch die Stadt laufe, zumindest nicht durch dunkle Straßen.“ Auch sein Umfeld habe das auf dem Schirm, sei oft besorgter als er selbst. Auch sonst treffe er Vorsichtsmaßnahmen: „Ich nehme lieber das Auto als den Zug zu Veranstaltungen, um schneller wegzukommen.“ Von seinem Arbeitgeber, der Funke-Mediengruppe, fühle er sich dabei sehr gut unterstützt: „Da gibt es eine Sensibilisierung und ein Bewusstsein bis in die höchsten Ebenen, und wirklich gute Angebote.“

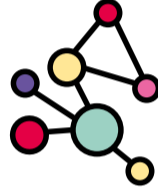
Dass er im Fokus von Rechtsextremen steht, ist Fabian Klaus seit Jahren gewohnt. Immer wieder wird er beispielsweise vom Geraer Neonazi Christian Klar diffamiert, erst Anfang dieses Jahres wieder. Da lief Klar auf einer rechten Demonstration mit einem Schild herum, das ein Foto von Fabian Klaus in Sträflingskleidung zeigt, wie auch bei den Bauernprotesten mit der Aufschrift „schuldig“.

„Schon als ich 2002 in diesem Beruf angefangen habe, war ich meistens dort, wo etwas los war, und das waren eben oft auch rechtsextreme Ver-



Fabian Klaus schreibt für Funke Foto: Funkemedien

ost
wahlen
2024



Dieser Text ist Teil unserer Berichterstattung zu den Wahlen 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Die taz zeigt, was hier in diesem Jahr auf dem Spiel steht.

Alle Texte dazu finden sie hier auf taz.de und hier:



staltungen“, sagt Klaus. Etwa bei den Demonstrationen von Thorsten Heise, einem der bekanntesten militanten Neonazis Deutschlands, der nur ein paar Kilometer von Björn Höcke entfernt wohnt und mit ihm gut bekannt sein soll.

Doch seit den Jahren 2014/2015, dem Höhepunkt der Pegida-Bewegung, habe sich das politische Klima noch einmal deutlich verschärft. „Es gibt da eine zunehmende Verrohung, die bis in die Mitte der Gesellschaft reicht, es sind längst nicht mehr nur die klassischen Neonazis, die einem gefährlich werden können“, sagt Klaus. Auch die Pandemie habe hier wie ein Verstärker gewirkt: Bei den Protesten gegen die Maßnahmen spielten Rechtsextreme besonders im Osten oft eine zentrale Rolle. Es gelang ihnen, Menschen aus einem noch größeren Teil der Gesellschaft zu mobilisieren als bei Pegida.

Ganz ähnlich beschreibt es auch Jana Merkel. Die freie Journalistin arbeitet für die politischen Magazine des MDR und ist Host des ARD-Podcasts „Extrem rechts“. Merkel beobachtet die rechte Szene seit Jahren, und auch sie erkennt eine Veränderung, die vor etwa zehn Jahren begonnen habe. Nicht nur, was den Hass auf Journalist:innen angehe. „Früher habe ich gern erzählt, dass ich Journalistin bin, und dafür auch positive Reaktionen bekommen. Heute gibt es entweder Mitleid oder abfällige Bemerkungen.“

Vor allem aber habe sich verändert, von wem die Gefahr ausgehe. „Was jetzt anders ist, und was westdeutsche Kollegen vielleicht manchmal auch nicht nachvollziehen können, ist, dass es optisch nicht mehr erkennbar ist, wer einem gefährlich werden kann“, sagt sie. Auch Merkel spricht von einer zunehmenden „Verrohung“, von einer „Enthemmung“ bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein. „Es sind nicht nur die klischeehaften Neonazis mit Springerstiefeln, sondern ganz durchschnittlich aussehende Menschen, von denen verbale Anfeindungen, teils sogar körperliche Übergriffe ausgehen.“

Klemens Köhler von der Initiative Between The Lines, die in Sachsen ehrenamtlich Begleitschutz

für freie Journalisten anbietet, beschreibt es so: „Das sind heute die Oma mit dem Fahrrad und der Opa mit dem Regenschirm, die keine Hemmungen haben, diese Sachen auch einzusetzen.“

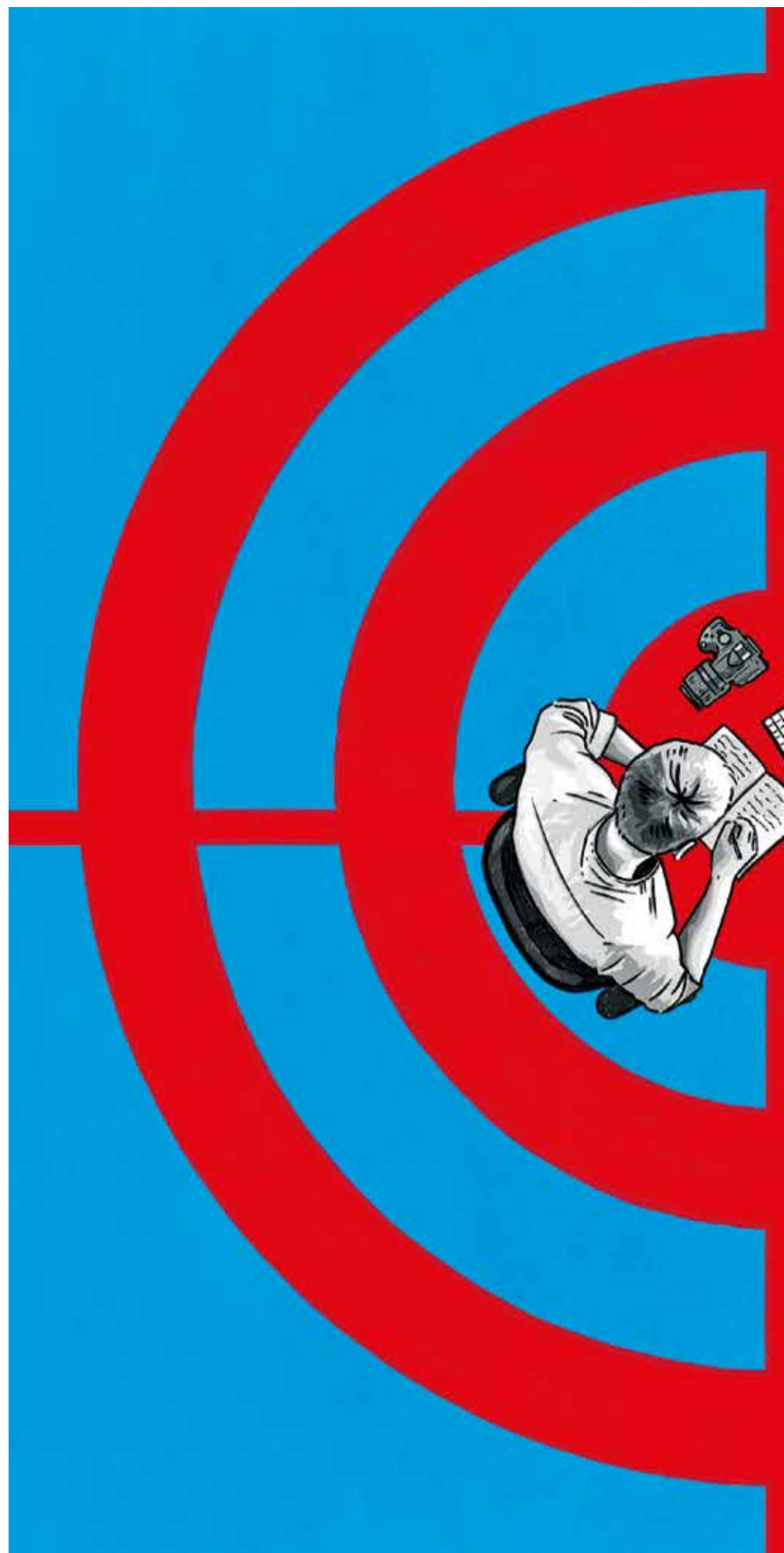
Begonnen hatte die Initiative im Winter 2021/2022, als die Coronaprotteste besonders stark waren. Verglichen damit sei es in diesem Wahljahr bisher noch einigermaßen ruhig. Doch „wenn die AfD die prognostizierten Gewinne einfährt, ist es wahrscheinlich, dass sich viele ihrer Anhänger zu Angriffen ermutigt fühlen werden“, sagt Köhler.

Aktuell kümmere sich bei Between The Lines ein Kern von etwa zehn Ehrenamtlichen um durchschnittlich zwei Begleitungen pro Woche. „Wir konzentrieren uns auf die freien Journalisten, weil die eben in der Regel nicht auf eine entsprechende Unterstützung durch den Arbeitgeber zurückgreifen können“, sagt Köhler.

Das ist bei Jana Merkel und ihren Kolleg:innen vom MDR anders, auch hier gehören Security-Teams mittlerweile dazu. „Leider schafft das auch Distanz zu den Menschen und erschwert Ge-



Jana Merkel vom MDR Foto: Martin Lutze





Journalist:innen im Visier

Das European Centre for Press & Media Freedom in Leipzig verzeichnet seit Jahren einen steten Anstieg allgemeiner Übergriffe auf Medienschaffende in Deutschland. 2019 registrierte das ECPMF 15 solcher Übergriffe, 2021 waren es 172, in der ersten Hälfte dieses Jahres bereits 80.

Reporter ohne Grenzen (RSF) zählt nur Gewalttaten und kommt für 2023 auf einen Wert von 41 – mehr als dreimal so viele wie 2019. Am häufigsten seien im Jahr 2023 Tritte und Schläge, auch mit Gegenständen wie Fackeln oder Trommelklöppeln, gewesen. Als Angriff gewertet wurden diese, sofern sie Körper oder Ausrüstung von Journalist:innen und Journalisten tatsächlich getroffen haben. Medienschaffende wurden zu Boden gerissen, mit Sand und Steinen beworfen oder mit Fäkalien beschmiert.

Ein Großteil der Angriffe fand laut RSF in der verschwörungs-ideologischen oder extrem rechten Szene statt. Beide gehen seit der Veränderung der deutschen Protestkultur durch die Pandemie fließend ineinander über. Vereint seien sie „unter anderem durch ihren Hass auf die sogenannte Lügenpresse und ihre Kritik an demokratischen Prozessen“, so RSF. (taz)

habe eine andere Qualität als die übliche Mauerrei einiger Pressesprecher. Die zur Pressefreiheit gehörende Auskunftspflicht der Behörden würde „stark infrage gestellt, wenn die AfD an die Macht kommt“, glaubt Munzke.

Eine Regierungsbeteiligung der AfD in einem Bundesland ist derzeit zwar unrealistisch. Doch der aus dem Grundgesetz abgeleitete Auskunftsanspruch ist in den Landespressegesetzen verankert. Und die können die Landesparlamente in gewissem Umfang ändern.

Schon heute aber hätten die Feindseligkeiten der AfD und ihrer Anhänger:innen konkrete Folgen für Medienschaffende – vor allem im ländlichen Raum. „Da sind die Kollegen oft komplett ungeschützt und unter Umständen allein. Das ist dann eine Steilvorlage für Demonstrierende, um ihre Wut auf Journalist:innen auszuleben.“

Da wäre zum Beispiel der Angriff auf zwei junge Journalist:innen des Portals Vue Critique am 13. Februar 2022. Während eines rechtsextremen Coronaprotests habe es eine regelrechte Hetzjagd von Neonazis auf die beiden gegeben. Auf Videos von dem Tag ist zu erkennen, wie Angreifende Sätze rufen wie: „Ihr Schwuchtel, du bist tot, Junge, wenn ich dich in die Finger kriege.“ In sozialen Netzwerken berichteten Journalist:innen aus der Region unter dem Hashtag #ausgebranntepresse damals über ähnliche Erfahrungen.

„Die Landesregierung zeigt sich problembewusst und kooperativ“, sagt Munzke. Wer von Kundgebungen berichtet, könne sich heute vorab bei den örtlichen Polizeidirektionen melden. Mehrere Beamte würden dann als Begleitschutz für eine:n einzelne:n Journalist:in abgestellt. „Die sind dann dauerhaft um einen herum“, sagt Munzke. „Das bringt schon wirklich was.“ Die Berichterstattung erleichtern dürfte es aber nur bedingt. Und in Anspruch nehmen können diesen Schutz in der Regel nur Hauptamtliche mit Presseausweis. Wer nebenberuflich unterwegs ist, bleibt auf sich allein gestellt.

Von „Angst vor der Selbstzensur“ spricht Munzke deshalb – den Effekt würden auch Studien mittlerweile zeigen: das Meiden bestimmter Themen oder Orte aus Sorge vor Angriffen. Und je stärker die AfD den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zurückdrängen vermöge, „desto mehr blinde Flecken gibt es im ländlichen Raum“.

Diese Sorge teilt Sebastian Haak. Der freie Journalist ist Mitglied im Vorstand der Thüringer Landespressekonferenz. Auch er beobachtet seit Jahren Attacken bei Kundgebungen. In solchen Situationen seien Angreifer teils „enthemmt und die Polizei ist oft überfordert, da ist es relativ simpel, mal auszuholen. Gelegenheit macht Diebe“, sagt Haak.

Die Ereignisse im Jahr 2015 seien der Katalysator gewesen. „Erst ging es um die Flüchtlinge, dann Covid, dann die Ukraine, dann das Klima. Die Themen sind austauschbar“, sagt Haak. Er würde nicht sagen, dass die Gewalt schlimmer geworden ist. Das Level an körperlicher Gewalt sei relativ konstant und in der Regel auf das Umfeld von Kundgebungen beschränkt. „Soweit ich weiß, gab es in Thüringen bisher nichts vor einem Privathaus oder so.“ Allerdings seien Nazikundgebungen in der Vergangenheit teils bewusst an Redaktionsräumen vorbeigezogen.

Doch das sei nur eine Ebene des Problems. Eine andere sei das Netz. „Auf Facebook gibt es ein permanentes Bashing etablierter Medien, da sind Hass und Hetze allgegenwärtig.“ Im Frühsommer etwa habe es nach seiner Berichterstattung über ein AfD-Bundestreffen in Suhl eine Fotocollage von ihm bei Facebook gegeben. In Anlehnung an die Werbung eines Dating-Portals habe darunter gestanden: „Alle 11 Minuten verliebt sich ein Mainstream-Journalist in Regierungsgeld.“ Die Behauptung, Journalisten seien käuflich, sei weit verbreitet, sagt Haak. „Das ist seit Jahren Standard“, sagt er. Es sei ein „schleichendes Gift, das permanent

in kleinen Dosen“ verabreicht werde. Ein Beispiel sei Höcke, der sich von dem Begriff „Lügenpresse“ distanziert habe und gleichzeitig erkläre, er sage höchstens mal „Lückenpresse“.

Früher hätten viele Printmedien den Anspruch gehabt, für jeden zu schreiben: „Den Fliesenleger, den Azubi, den Arbeitslosen und die Oma. Jeder konnte sich was aus der Zeitung rausuchen. Damals war alles noch nicht so polarisiert, da hat das funktioniert.“

Doch der rechtsextreme Dauerbeschuss und die Diskreditierung etablierter Medien hätten heute klar sichtbare Folgen, sagt Haak. Bei vielen Regionalzeitungen würden etwa in Lokalredaktionen nach wie vor Journalisten gesucht. „Auf manche dieser Stellen bewirbt sich aber genau gar keiner mehr.“ Früher hätte es auf einen solchen Posten 15 Bewerbungen aus ganz Deutschland gegeben. „Das war attraktiv, das Image war anders.“

Und zumindest ein Teil der Leser, der Zuschauer, der Hörer, der Nutzer ticke eben auch so, wie die AfD das gern hätte. Für viele Redaktionen stelle sich deshalb natürlich auch die Frage, wie Wahlberichterstattung möglich sei, ohne einem nicht kleinen Teil des eigenen Medienpublikums ständig vor das Schienbein zu treten. „Da gibt es eine permanente Diskussion.“

Obwohl völlig klar sei, dass in Sachsen, Brandenburg und Thüringen „das Licht ausgeht“, wenn nicht in großer Zahl ausländische Fachkräfte kämen, sei es „fast unmöglich, in einem Text zu schreiben, dass wir den Zuzug von Ausländern brauchen, ohne dass jemand sagt, das sei links-extreme Hetze“. Zu Artikeln über die von Correctiv enthüllte „Remigrations-Konferenz“ in Potsdam im vergangenen November klagten Leser:innen, dies sei „tendenziös“ oder „Bashing“.

„In Zeiten, in denen Printauflagen im Sinkflug sind, ist das ein riesengroßes Problem“, sagt Se-

Studien zeigen: Viele Medienschaffende meiden Themen und Orte aus Sorge vor Anfeindungen

bastian Haak. Hier schlage die Zeitungskrise voll durch. „Für einige Zeitungen ist es fünf nach zwölf. Dabei sind die ein ganz prägender Teil der Medienlandschaft.“ In Thüringen verzeichnen die verbleibenden Tageszeitungsverlage teils ein Auflagenminus von 5 Prozent pro Quartal. Seit rund einem Jahrzehnt werde über öffentlich finanzierte Stiftungen diskutiert, um Medien zu unterstützen. „Aber nichts ist passiert.“

Wenn Leser:innen sich abwenden, öffne dies Räume für alternative Medien mit prorussischer und rechtsextremer Propaganda. In der Fläche gebe es viele kostenlose Anzeigebblätter „auf teils unterstem Niveau“, sagt Haak. „Da ist dann von ‚Meinungsdiktatur‘ die Rede und davon, dass die Ausländer uns die Frauen wegnehmen und uns abstechen.“

Haak hält das Wegbrechen des ökonomischen Unterbaus der privaten Medienlandschaft in Deutschland für deren größtes Problem. „Gegen Forderungen nach Unterlassungserklärungen können wir uns juristisch wehren, wir können Sicherheitsdienste gegen Gewalt einstellen.“

Doch dagegen, dass die Leser:innen sich von prodemokratischer Berichterstattung abwenden, „dagegen können wir uns nicht wirklich wehren“, sagt Haak. Das ist viel gefährlicher als „Ich hau dir auf die Nase oder schlag‘ dir die Kamera weg.“

Dieser Bericht ist Teil des Rechercheprojekts „Decoding the disinformation playbook of populism in Europe“, das vom International Press Institute in Wien geleitet und in Zusammenarbeit mit Faktograf und taz durchgeführt wird. Das Projekt wird von dem European Media and Information Fund finanziell unterstützt, der von der Calouste-Gulbenkian-Stiftung verwaltet wird

sprache, aber ich verstehe, dass es nicht anders geht“, sagt Merkel. Sie habe selbst schon mehrere Situationen erlebt, die „ohne die beiden Schränke an meiner Seite wohl unangenehm geworden wären.“ Auch die gegenseitige Unterstützung in ihrem Team erlebe sie als sehr verlässlich und hilfreich, sagt sie.

Doch auch Merkel sieht noch Luft nach oben bei der Frage, wie betroffene Journalist:innen unterstützt werden könnten. Sie wünscht sich, dass alle öffentlich-rechtlichen Anstalten dem Schutzkodex für bedrohte Journalist:innen beitreten, der 2022 unter anderem von Reporter ohne Grenzen und der Deutschen Journalistinnen- und Journalistenunion initiiert wurde. Dieser sieht neben Personenschutz und juristischer Unterstützung auch psychologische Hilfe oder Fortbildungen zum Umgang mit Hassnachrichten vor.

Was die Unterstützung durch ihren Arbeitgeber angeht, treibt Merkel derzeit vor allem ein Thema um, das nicht direkt im Zusammenhang mit der rechten Bedrohungslage steht, aber mittelbar dann doch: Im Mai verkündete der MDR ein Sparprogramm, das besonders die Redaktion „Politische Magazine und Reportagen“ betrifft, für die auch Merkel arbeitet und die sich durch investigative Recherchen auszeichnet. Es sei das „falsche Signal, weil das politische Geschehen in unserer Region eigentlich eine engmaschige hintergründige Berichterstattung braucht“, sagt Merkel. Das sei der Sender seinem Publikum schuldig. In einem offenen Brief hatten MDR-Mitarbeiter:innen die Entscheidung kritisiert. Mehr als 500 Personen unterschrieben als Unterstützer:innen: darunter Journalist:innen anderer Medien, Menschen aus Wissenschaft, Kultur, Zivilgesellschaft und aus dem MDR-Publikum. „Diese breite Unterstützung hat mich wirklich wahnsinnig gefreut und gerührt“, sagt Merkel.

Die taz hat noch mit weiteren Mitarbeiter:innen des MDR gesprochen, die von den Kürzungen betroffen sind. Sie berichten, dass sich die Entscheidung gerade in diesen Zeiten wie ein Schlag ins Gesicht anfühlt. „Man reißt sich den Arsch auf, wird

ständig angefeindet und muss sich dann noch fragen, ob man sich ab Januar einen anderen Job suchen müssen wird“, beschreibt es eine Journalistin, die aus Sorge vor beruflichen Konsequenzen anonym bleiben möchte. Dass der investigative Journalismus gerade jetzt geschwächt werden solle, sei ein fatales Signal.

Die AfD bemüht sich unterdessen nach Kräften, unliebsamen Medien die Arbeit zu erschweren. Verdi-Sekretär Lucas Munzke erinnert daran, dass die Partei schon zu Beginn des Wahlkampfes das ARD-Magazin „Monitor“ wegen angeblicher „plumper Stimmungsmache“ von ihrem Landesparteitag im November in Piffelbach auszuschließen versucht habe. Der WDR zog gegen den Ausschluss allerdings erfolgreich vor Gericht.

Das Verwaltungsgericht Meiningen verurteilte im Juni den bundesweit ersten AfD-Landrat, Robert Sesselmann, dazu, dem Spiegel 15 Fragen zu beantworten. Sesselmann hatte dies zuvor verweigert. „Die Strategie der AfD ist: Infos bekommen nur die Journalisten, die sie mag“, sagt Munzke. Das



Verdi-Sekretär Lucas Munzke Foto: ArcheoPix



Journalist Sebastian Haak Foto: Michael Reichel

waffenrechtswetter

Das Innenministerium legt Vorschläge vor, das Waffenrecht in Deutschland zu verschärfen: Insbesondere solle der Schutz der Bevölkerung vor Angreifern mit Messern verbessert werden, hieß es. Doch halt, war da nicht was? Schon Januar 2023 hatte Innenministerin Nancy Faeser (SPD) einen Gesetzentwurf für ein schärferes Waffenrecht vorgelegt, das im Bundestag seitdem von der FDP blockiert wird. Gute Aussichten am Hecker-Koch-Standort in Oberndorf: Sonnenschein und 27 Grad.



Dokumentationszentrum kommt

In Berlin sollen NSU-Terror und das Staatsversagen beleuchtet werden

Von **Frederik Eikmanns**

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat einen ersten Gesetzentwurf für das geplante NSU-Dokumentationszentrum in die Ressortabstimmung gebracht. Das Zentrum, das an die Verbrechen der Rechtsterrorgruppe erinnern soll, wird demnach in Berlin entstehen und als Stiftung verfasst sein. Nun haben Verbände und andere Ministerien Möglichkeit, zu dem Entwurf Stellung zu nehmen. Erste Reaktionen aus den Ampelfraktionen sind positiv.

Die Morde des selbsterklärten Nationalsozialistischen Untergrunds und das Versagen des Staates bei der Aufklärung seien „eine Schande für unser Land“, sagte Faeser. „Auch über ein Jahrzehnt danach sind noch viele Fragen offen, vor allem für die Familien der Opfer.“ Die Ministerin versprach einen „Erinnerungsort für die Angehörigen der Ermordeten und die Überlebenden der Bombenanschläge“. Kernstück soll eine Ausstellung werden, die die Verbrechen des NSU und das Verhalten der Behörden dokumentiert.

Neben dem Hauptsitz in Berlin soll es laut Ministerium auch „weitere Orte und Initiativen im gesamten Bundesgebiet unter dem Dach des NSU-Dokumentationszentrums“ geben. In Chemnitz entsteht derzeit bereits ein eigenes Dokumentationszentrum zum Thema.

Die drei Nazis Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe hatten Deutschland ab 1999 mit einer Serie von Terroranschlägen überzogen, die sich hauptsächlich gegen Personen mit Migrationshintergrund richtete. Dabei ermordete der NSU insgesamt zehn Menschen und verwundete zahlreiche weitere. Die Sicherheitsbehörden erkannten lange keinen Zusammenhang und keinen rechten Hintergrund, sondern beschuldigten teils die Opfer und deren Familien. 2011 enttarnte sich die Gruppe selbst, Mundlos und Böhnhardt begingen Suizid. Zschäpe wurde festgenommen und 2018 zu einer lebenslangen Haftstrafe mit Sicherungsverwahrung verurteilt. Verbindungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz zum NSU sind bis heute nicht aufgeklärt, genauso wenig wie der Verdacht, dass es weitere Mitglieder und Unterstützer*innen gab.

SPD, Grüne und FDP hatten die Einrichtung des Dokumentationszentrums 2021 in ihren Koalitionsvertrag versprochen. Grünen-Abgeordnete Misbah Khan sagte der taz nun: „Bis heute sind die Erinnerung an die Opfer und die Lehren aus dem NSU-Terror sowie dem damit verbundenen Staatsversagen in der Bundesrepublik nicht angemessen verankert.“ Das Zentrum solle diese „Leerstelle“ füllen. „Ich erwarte, dass die Hinterbliebenen und Betroffenen im weiteren Prozess eng eingebunden werden.“

Die Bundeswehr will mehr Wehrmacht wagen

Die Truppe erweitert den Kanon ihrer Soldaten, in deren Tradition sie steht. Bei manchen Wehrmachtsangehörigen will man es nicht mehr so eng sehen

Von **Dirk Eckert**

Die von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ausgerufenen Zeitenwende verändert jetzt auch die Traditionspflege bei der Bundeswehr. Bislang regelt der Traditionserlass von 2018 die Erinnerungskultur in der Truppe, die angesichts der deutschen Geschichte und der Gräueltaten der Wehrmacht durchaus heikel ist. Dieser Erlass bleibt weiter gültig, wird jetzt aber ergänzt: Die Bundeswehr will künftig mehr die Kriegstüchtigkeit betonen, die Verteidigungsminister Boris Pistorius angesichts des russischen Krieges gegen die Ukraine proklamiert.

Im Traditionserlass von 2018 wird die Wehrmacht als ganzes als nicht traditionswürdig bezeichnet. Einzelne Wehrmachtssoldaten können aber in das Traditionsgut der Bundeswehr aufgenommen werden, vorausgesetzt sie haben sich durch eine Leistung, wie einer „Betei-

ligung am militärischen Widerstand“ gegen die Nationalsozialisten, ausgezeichnet.

Jetzt soll diese Regelung erweitert werden: Fortan sollen „nicht nur diejenigen Angehörigen der Wehrmacht, die dem militärischen Widerstand zuzuordnen sind“, sondern auch solche, die nach 1945 beim Aufbau der Bundeswehr mitgewirkt werden. Denn, so heißt es in den ergänzenden Hinweisen, die der Abteilungsleiter Einsatzbereitschaft und Unterstützung Streitkräfte im Verteidigungsministerium, Generalleutnant Kai Rohrschneider, am 12. Juli 2024 intern verschickt hat: „Die rund 40.000 von der Wehrmacht übernommenen ehemaligen Soldaten hatten sich zu großen Teilen im Gefecht bewährt und verfügten somit über Kriegserfahrungen, die beim Aufbau der Bundeswehr unentbehrlich waren.“

Künftig brauche die Bundeswehr deshalb Beispiele „für militärische Exzellenz, Einsatzbereitschaft und den Willen zum Kampf zum Ziel, wenn es der Auftrag erfordert“, begründet Rohrschneider die ergänzenden Hinweise in einer Weisung. Gleichzeitig warnt die Ergänzung aber auch davor, Kriegstüchtigkeit auf das „Fallen im Einsatz“ zu reduzieren. Das bleibe zwar „unzweifelhaft Beispiel für soldatische Tugenden wie treues und tapferes Dienen“, aber: „Es ist jedoch nicht per se als Beispiel für traditionsstiftende militärische Exzellenz, herausragende Haltung oder militärischen Erfolg geeignet.“

Angehängt ist der Ergänzung eine Liste 24 „traditionsstiftender Personen“. Dort findet sich dann unter anderen Brigadegeneral Heinz Karst, der in der Bundeswehr die „Überbetonung des zivilen Anteils an der Inneren Führung“ kritisiert habe.

Das Verteidigungsministerium weiß über ihn anerkennend zu berichten: „Wurde für seine auf Kriegstauglichkeit gerichteten Positionen Anfang der 70er Jahre unter anderem durch das Spiegel-Magazin öffentlich kritisiert.“

Oder Oberst Erich Hartmann, wegen 352 Luftsiegen im Zweiten Weltkrieg „erfolgreichster Jagdflieger der Militärluftfahrt“. Später habe er „wohlarzumentiert die Einführung des ‚Starfighters‘“ kritisiert, also des Kampfflugzeuges, das für seine hohe Absturzrate berüchtigt war. Ebenfalls gewürdigt wird Konteradmiral Erich Topp „im Zweiten Weltkrieg einer der erfolgreichsten U-Boot-Kommandanten“. Denn das frühere Mitglied von NSDAP und SS „setzte sich nach 1945 sehr kritisch mit der eigenen Vita sowie der Rolle der Kriegsmarine im Zweiten Weltkrieg auseinander“.

Wehrmachtssoldaten zu würdigen, sei generell problematisch, findet dagegen Günter Knebel von der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz. Damit würden sie aufs „rein Soldatische“ reduziert: „Hier wird der Kontext außer acht gelassen, in dem die Soldaten gekämpft haben“, kritisiert er.

Zeitlose soldatische Tugenden gebe es nicht, betont auch Jakob Knab, Sprecher der Initiative gegen falsche Glorie, die sich kritisch mit der Traditionspflege der Bundeswehr auseinandersetzt. „So wird die Kriegstüchtigkeit der Wehrmacht enthistorisiert und damit entnazifiziert.“ Mit der Ergänzung werde der Traditionserlass „in die falsche Richtung gelenkt“, kritisiert Knab. Die Bundeswehr solle nicht kriegstüchtig, sondern abwehrbereit sein: „Es reicht, wenn sie ihren Soldateneid ernst nehmen, da braucht man keine Vorbilder aus der Wehrmacht.“

Neue Ehre: Unter anderem für Erich Hartmann (1. v. l.), einen „erfolgreichen“ Jagdflieger der Wehrmacht. Aufnahme aus dem April 1961
Foto: Gerd Herold/picture alliance



SPD-Haushälter bleibt zuversichtlich

Finanzminister und Kanzler sind beim Etat erneut uneins. Doch Parlamentarier Dennis Rohde bleibt hoffnungsvoll

Cem-Odos Güler, Berlin

Während sich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) über die Ferne ein Machtspiel zu dem Haushaltsentwurf liefern, versucht sich die SPD-Bundestagsfraktion in Optimismus: „Wir gehen weiterhin davon aus, fristgerecht einen verfassungsgerechten Haushaltsentwurf vorgelegt zu bekommen“, erklärte der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dennis Rohde, am Donnerstag gegenüber der taz.

In etwa zwei Wochen will die Bundesregierung den Entwurf für den Finanzplan 2025 dem Parlament zukommen lassen – doch nach der

mühsamen Einigung war erneut Streit ausgebrochen.

„Ich gehe davon aus, dass die verbleibende Lücke im Etat in gemeinsamer regierungsseitiger Kraftanstrengung geschlossen werden kann“, erklärte Rohde. Damit schlug er rhetorisch eine Brücke in Richtung des Finanzministers, der vom Bundeskanzler einen ungewöhnlich deutlichen Seitenhieb kassiert hatte. „Es bleibt ein Mysterium, wie das eigentlich klare Votum des juristischen Gutachtens vorübergehend grundfalsch aufgefasst werden konnte“, hatte Scholz gegenüber *Zeit Online* gesagt – und damit auf Lindner angespielt. Der hatte zuvor in Bezug auf ein Gutachten erwähnt, dass

er noch einmal neu über den Haushalt verhandeln wolle.

Streitgrund ist eine Finanzierungslücke von 17 Milliarden Euro für den kommenden Haushalt. Die Bundesregierung hat deshalb nach Optionen gesucht, wie mehr Geld beschafft werden könnte und diese gutachterlich prüfen lassen.

Lindner und Scholz bewerteten die Prüfungsergebnisse unterschiedlich: Der Finanzminister sieht die angedachte Umwandlung von Zuschüssen an Bahn und Autobahn-Gesellschaft in Darlehen als kritisch. Scholz vertrat die Haltung: „Das geht“, um anschließend die Äußerungen des Finanzministers als „mysteriös“ und „vorübergehen-

des“ Missverständnis zu bezeichnen.

Lindner erntete Kritik dafür, das Gutachterergebnis öffentlich ausgebreitet und damit neue Uneinigkeit bei den Haushaltsverhandlungen demonstriert zu haben. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), bezeichnete den neuen Haushaltsstreit als „übertrieben und unnötig“. „Die Finanzierung staatlicher Unternehmen durch Darlehen, so wie für die Deutsche Bahn und die Autobahn GmbH geplant, ist nicht ungewöhnlich“, erklärte er. Für ihn hätte die Bundesregierung die offenen Punkte intern klären können und müssen, „statt nun erneut ein Bild der Zerstrittenheit abzugeben“.

Morgen in der wochen taz

Am Kiosk oder im Abo • taz.de/wochentaz

Nichts für Kinder

Die Kindergrundsicherung war das entscheidende soziale Projekt der Grünen. Jetzt ist das Vorhaben tot. Welchen Anteil hat Ministerin Lisa Paus? Ein Portrait

Offen für alles

Wenn nichts einfach abprallt: Unsere Autorin hat ADHS. Über ein Leben mit einer Diagnose, deren Wirklichkeit immer noch unter Vorurteilen verschüttet ist

Wiederbelebung

Was kann man tun, um die Demokratie wieder zu stärken? Zehn Wissenschaftler*innen, Autor*innen und Aktivist*innen entwickeln neue Ideen



Zwischen Kleingarten und Krieg

Die SPD gibt sich im Thüringer Wahlkampf sachlich und solide. Ob sie damit punkten kann, bezweifeln selbst Genossen. Generalsekretär Kevin Kühnert versucht, optimistisch zu sein

Aus Thüringen **Stefan Reinecke**

Anfang August, Altenburg in Ostthüringen. Ein warmer Sommerabend. Rund 30 Leute sind gekommen, um mit Kevin Kühnert, dem SPD-Generalsekretär, zu reden. Ein bürgerliches, mittelaltes Publikum. Nur einer hat ein „Kein Bock auf Nazis“-T-Shirt an. Man kennt und duzt sich. Die SPD hat im Kreis Altenburg, flächenmäßig so groß wie München, 100 Mitglieder. Wer aktiv ist, ist im Ortsbeirat, Stadtrat, Kreistag. Die SPD-Basis, Funktionäre und Amtsträger, das sind hier die gleichen Leute. Am Dienstagabend ist der harte Kern gekommen. Kein Sympathisant, keine neuen Interessierten haben sich hervorrirt. Kühnert sagt, man könne über alles reden. Auch Migration und Ukrainekrieg seien keine Tabuthemen. Das klingt wie ein Zugeständnis. Die GenossInnen aber interessieren sich mehr für die Feuerwehr, den kaputten Sportplatz in Altenburg und dass die Kleingärten wegen Mangel an Nachwuchs verwildern. Die Kleingärten sind ein Symbol für das drängende demografische Problem. Um sie in Schuss zu halten, müssen sie verkleinert werden. Auch das kostet Geld.

In schrumpfenden Regionen die Infrastruktur intakt und finanzierbar zu halten sei eine zentrale Aufgabe, sagt Georg Maier, SPD-Spitzenkandidat und Innenminister in Erfurt, der sich in Altenburg mit der Rolle als Kühnerts Sidekick bescheidet.

Die Fragen sind kurz, die Antworten lang. Kühnert verteidigt die Ampel und lobt den Mindestlohn. Ein Drittel der Beschäftigten im Altenburger Land hätten von 12 Euro Mindestlohn profitiert. Für die sei das eine Lohnerhöhung gewesen. Kühnert mag Statistiken. Egal, ob es um Güterverkehr oder die Zukunftserwartungen von Ostdeutschen geht, er hat immer eine Zahl parat. Er redet schnell, dicht, ohne rhetorische Kniffe und klingt manchmal wie ein Sozialkundeführer, der es mit einer mächtig interessierten Klasse zu tun hat. Er lobt das Handwerk der SPD in der Bundesregierung und sagt: „Ich finde, es ist fast ein Kompliment, zu den Langweiligen zu gehören.“

Das hat eine doppelte Bedeutung. Nach dem Europawahlkampf, mit den Aggressionen und Attacken, soll es bitte zivilis-

zugehen. Langweilig und solide, das soll auch eine Grenzmarkierung zu den Populisten sein, die alles Mögliche versprechen. Der Preis dafür ist aber: Es leuchtet nicht. Kühnerts Lob der Sachlichkeit klingt, als würde Olaf Scholz reden.

Es ist erstaunlich, wie rückstandsfrei der damals so frische, blitzgescheite, originelle Juso-Chef Kühnert in der Funktion des Generalsekretärs verschwunden ist. Kühnert macht den Job seit zweieinhalb Jahren. Er ist im Alltag angekommen, vielleicht auch in einem handfesten Pragmatismus versunken. Am Ende lobt er in Altenburg die Diskussion. Man habe gezeigt, das man sich dabei „nicht die Köpfe einschlägt“. Doch eine Diskussion gab es eigentlich nicht, nur Fragen und Antworten.

Am 1. September wird in Thüringen gewählt. Die SPD regiert seit 15 Jahren in Erfurt mit. In Umfragen liegt sie bei 7 Prozent. Die SPD setzt auf Soziales. Wer Grundrente bekommt, soll 500 Euro Weihnachtsgeld pro Jahr vom Land bekommen. Der Mindestlohn soll auf 15 Euro steigen. Wer Angehörige pflegt und deshalb nicht arbeiten kann, soll

„Wer für Mindestlohn arbeitet, hat nichts davon, wenn Bürgergeld-Empfänger weniger bekämen“,

Kevin Kühnert, SPD

Geld vom Land bekommen. Und natürlich soll es mehr mehr Polizei geben. Das sind gute Ideen. Sie sind auch im Landtag umsetzbar. Nicht wie bei der Wagenknecht-Truppe. Die, so Kühnert, suggeriere, dass der Weltfrieden in Erfurt beschlossen werden könne.

Frank Rauschenbach, 37, roter Bart, arbeitet als Schichtleiter in einem Chemiewerk und ist der SPD-Direktkandidat in Altenburg. Er selbst ist wegen der niedrigen Löhne in die SPD eingetreten. Er hofft, sagt er der taz, dass 15 Euro Mindestlohn und Weihnachtsgeld für GrundrentnerInnen als Themen zün-



den. Im Wahlkampf hat er bisher wenig Übles erlebt.

„Der Frust gegen die SPD richtet sich eher nicht gegen mich, die Leute kennen mich ja“. Neulich ist er auf dem Marktplatz mal als „Kriegstreiber“ beschimpft worden. Ukrainekrieg, Migration und Bürgergeld das sind die Themen, über die die Leute im Wesentlichen reden. Das sagen auch viele SPD-Leute.

Der Wahlkampf der Sozialdemokraten macht um diese drei Themen indes einen Bogen. Offenbar glaubt man nicht, damit punkten zu können. Heike Taubert ist SPD-Finanzministerin. „Die Diskussion um die US-Raketen nutzt uns als SPD nichts.“ Aber Leute, „die früher glaubten, dass der Sozialismus bewaffnet sein muss“ und heute Friedensparolen schwingen, findet sie unglaublich.

Kühnert wandert eine Woche lang durch Thüringen. Das passt. Wandern ist sein Hobby. Er ist gerade aus dem Urlaub aus Österreich zurückgekommen und sieht am Mittwochnachmittag müde aus. Generalsekretär der SPD zu sein scheint derzeit keine gesundheitsfördernde Tätigkeit zu sein.

Am Mittwochnachmittag steht er dann auf der Schmirchauer Höhe, einem künstlichen und soeben erwanderten Berg. Zu DDR-Zeiten war hier ein 240 Meter tiefes Loch, Uranerz-Tagebau. Einst wurden in dieser Gegend 13.000 Tonnen Uran für sowjetische Atomkraftwerke und Atomraketen gefördert. Heute ist hier ein Naherholungsgebiet. Oben auf der Höhe mit hübschem Blick über Ostthüringen und Sachsen.

Uwe Meisner, Ende 50, mit Sonnenhut, ist mitgewandert. Er ist der einzige Nicht-Sozialdemokrat, den Kühnert in den ersten beiden Tagen seines Thüringen-Trips trifft. Meisner ist bei den Freien Wählern, war im Ortsschaftsrat aktiv und verfügt über gefestigte Ansichten. Die

Welt erscheint ihm als Skandal: ein durch Pflanzen verdecktes Straßenschild in Greiz ebenso wie das Gehalt von ARD-Intendanten bis hin zum Bürgergeld. Arbeit, sagt Meisner, lohne sich nicht mehr, weil das Bürgergeld so hoch sei. „Es kann doch nicht sein“, ist der Refrain seiner Sätze. Was denn Kühnert dazu zu sagen habe.

Der antwortet geduldig und zugewandt. Es sei völlig richtig: Der Abstand zwischen Bürgergeldempfängern und Arbeitenden „sei zu gering“. Allerdings habe, wer für Mindestlohn arbeitet, ja, anders als Konservative und Medien behaupten, nichts davon, wenn Bürgergeldempfänger weniger bekämen. „Davor wird der Kühlschrank ja nicht voller“. Daher müsse der Mindestlohn auf 15 Euro steigen, wie die SPD fordert, damit der Abstand wieder stimme.

Das ist zwar eine gute, sozialdemokratische Antwort. Aber das Bürgergeld, gedacht als Ausweis ihrer Kernkompetenz, ist für die SPD im Wahlkampf eher zum Klotz am Bein geworden. Seine Partei, sagt Kühnert beim Wandern, habe „die Aufmerksamkeit zu sehr auf diejenigen gelenkt, die staatliche Unterstützung bekommen“. So sei der Eindruck entstanden, die SPD würde sich nicht mehr um die Normalverdienende kümmern. Kurzum – kein Gewinnerthema. Man mache eben einen antipopulistischen Wahlkampf, sagt ein führender Thüringer Sozialdemokrat.

Pragmatisch, sachlich, erdverbunden – so will die SPD auch in Thüringen gesehen werden. Man wird sehen, ob dieses etwas biedere, freundliche, lösungsorientierte Ethos des Sachlichen das richtige Mittel ist gegen die Sirenen gesänge des Populismus ist.

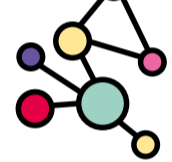
Mittwochabend in Saalfeld. Etwa 40 GenossInnen in einem Garten unter freiem Himmel. Steffen Lutz, der örtliche SPD-

Direktkandidat, will von dem Promi-Gast aus Berlin wissen, warum die SPD so schlecht performt. Bei der Bundestagswahl 2021 hätten in Thüringen 21 Prozent SPD gewählt, sagt Kühnert, insofern gebe es Hoffnung. Und es gehöre zu seiner Jobbeschreibung, „dass das Glas nicht halb leer, sondern halb voll ist“, sagt er erstaunlich ironiefrei.

In Saalfeld dauert es hat ein-einhalb Stunden, ehe ein Genosse fragt, was man denn falsch gemacht habe, dass die AfD so stark sei. Kühnert sagt dazu knapp, er sei „froh, dass wir

Entspannt in der Natur über Armut reden: Kevin Kühnert mit dem Freie-Wähler-Kandidaten Uwe Meisner auf der Schmirchauer Höhe
Foto: Kevin Groß

ost wählen 2024



Alle Texte dazu finden sie hier auf taz.de und hier:

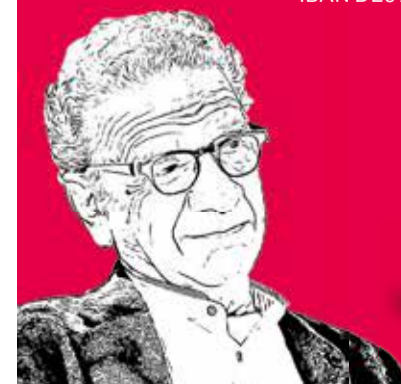
Dieser Text ist Teil unserer Berichterstattung zu den Wahlen 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Die taz zeigt, was hier in diesem Jahr auf dem Spiel steht.

taz panterstiftung

„Als Journalist habe ich 26 Jahre lang in Afrika und Asien versucht, Medien aufzubauen. Denen eine Stimme zu geben, die keine haben. Ich habe die Angst von JournalistInnen vor Repressionen und Haft kennengelernt. Viele mussten fliehen. Solche JournalistInnen unterstützt die taz Panter Stiftung, deshalb spende ich.“

Wolfram Frommlet, Ravensburg

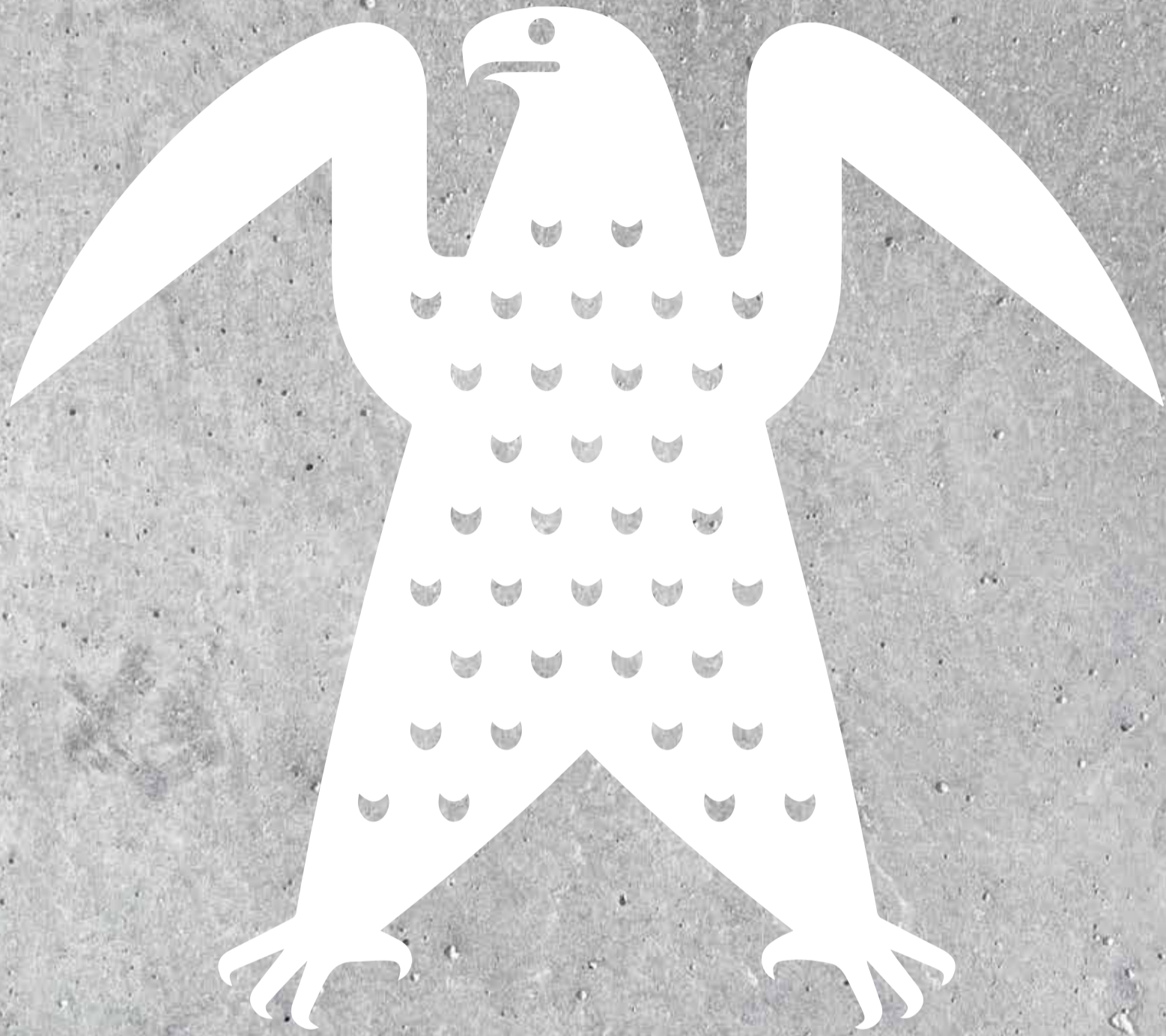
GLS-Bank Bochum
BIC GENODEM1GLS
IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00



So können Sie uns unterstützen: taz.de/spenden



bundes **talk** 



bundestalk

Ist das deutsche Wahlrecht gerecht?

Das Bundesverfassungsgericht hat die Wahlrechtsreform gebilligt. Ist die Demokratie jetzt gut aufgestellt?

Darüber diskutieren **Stefan Reinecke**, **Sabine am Orde**, **Christian Rath** und **Christian Jakob**.

Jetzt hören!



Bernhard Pötter
Wir retten die Welt

Der Zafira und die Lüge des Kapitalismus

Am Ende wurde es dann doch emotional. Als wir die Kindersitze, Michael-Jackson-CDs und die Straßentickets aus unserem Opel Zafira holten, wurde uns ein bisschen schwer ums Herz. Was hatten wir in den letzten 19 Jahren mit der braven Familienkutsche nicht alles erlebt: Die Fahrten zum Skiurlaub, vollgestopft bis unters Dach, die Dramen auf dem Rücksitz, wenn der Zuckernachschub stockte, oder auf dem Fahrersitz, wenn wieder eineR von uns fast am Steuer einschlief. Die Beulen im Pariser Verkehr, der treue Dienst als Opataxi, Frühschicht-Gefährte morgens um drei oder als Mannschaftsbus des ruhmreichen Friedenauer TSC, die Ritter-Rost-Gesänge bei den endlosen Fahrten in die Bretagne oder nach Värmland. Und jetzt also das Ende: multiples Organversagen an Benzinpumpe, Kupplung, Bremsen, ein zweites Leben als Organspender. Wir machten Abschiedsfotos und murmelten: Parke in Frieden!

Und ich dachte: Eigentlich unglaublich. Wie ein Autohasser wie ich an dieser Tonne aus Stahl, Plastik und Gummi hängen kann. Eine Blechkiste, die wie Milliarden andere mit seinem Dieselmotor die Luft verpestet, die Stra-

Die Wahrheit ist:
Wir sind nicht so
rational, wie wir
gern denken

ßen verstopft, die Menschen gefährdet. Und wie jemand, der seit 40 Jahren öffentlich und privat über die Autokratie in Deutschland schimpft, beim Abschied von einem solchen Gefährt(en) sentimental wird.

Tja. Die Wahrheit ist: Wir sind alle nicht so rational, wie wir gern denken. Nur wollen wir WeltretterInnen das oft nicht wahrhaben. Wir argumentieren mit CO₂-Emissionen, Stickoxidwerten, Sterblichkeitsstatistiken, Investitionszyklen und Abschreibungsfristen. Aber wir ignorieren, dass Menschen ihr Fahrzeug als rol-lende Zuflucht gegen die Welt da draußen lieben. Dass Kohlekumpel stolz darauf sind, in der vierten Generation die Braunkohle aus dem Boden zu schaufeln. Dass Bauern weiter ihre Kühe auf ihren Moorböden halten wollen. Dass Menschen es hassen, wenn sie denken, jemand wolle ihnen ihre gemütliche Ölheizung wegnehmen.

All das muss man natürlich trotzdem machen. Aber vielleicht denken wir zu wenig darüber nach, wie wir das Nötige so gestalten, dass man es mögen und wollen kann. Die Gefühle für ein Auto hängen ja meist nicht am Verbrennungsmotor, sondern an den Erinnerungen. Die kann auch ein E-Auto liefern. Mit Kohle-Arbeitern könnte man neben Job-Alternativen auch über ihre Heimatliebe sprechen und ihnen Anerkennung zollen, uns Wärme und Licht garantiert zu haben. Bäuerinnen und Bauern sind von morgens bis abends

taz blogs

Was hier
nicht steht,
steht auf den Blogs

... denn hier ist der Platz
für Mutiges, Absseitiges
und Tiefgründiges:
taz.de/blogs

Experten für Nachhaltigkeit, man müsste ihnen naturnahes Arbeiten aber auch ermöglichen und nachfragen. Und ihnen erst mal zu hören.

Die große Lüge des Kapitalismus lautet: Es geht immer nur ums Geld. Das ist Quatsch. Sehen Sie sich um. Viel häufiger bewegen uns Anerkennung, Stolz, Liebe, Gehörtwerden, Mitreden, Mitfühlen, Bindung und Vertrauen. Weil ein Auto wahnsinnig teuer ist, war der Abschied vom Zafira für unsere Familie betriebswirtschaftlich ein Gewinn. Aber darum ging es nicht. Sondern um das Gefühl, ein Mitglied der Familie im Stich zu lassen.

Irre, klar. Aber Irren ist menschlich.

Zahl des Tages

1 Rüstungsstrategie

Die Ampel macht Tempo. Nicht nur beim Ausbau der Infrastruktur – auch die Rüstungsindustrie bekommt einen Schub. Wie in der Energiekrise die LNG-Terminals sollen nun Vorhaben der Waffenschmieden als von „überragendem öffentlichen Interesse“ beschleunigt durchgewunken werden. Geplant ist auch, den Einstieg des Staates in Rüstungsfirmen zu erleichtern und die Forschungsförderung auf militärische Zwecke zu erweitern. So steht es in einem Entwurf zur „Strategie für Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“, der laut *Handelsblatt* bereits zwischen den Staatssekretär:innen von fünf Ministerien abgestimmt ist. Klingt verflucht militaristisch? Holzauge, sei wachsam!

Uniper zahlt zurück

Das Geschäft brummt bei dem noch weitgehend fossilen Energiekonzern. Vor zwei Jahren rettete der Staat ihn mit Milliardenbeihilfen

Der während der Energiekrise mit staatlichen Milliardenzahlungen gerettete Energiekonzern Uniper will im kommenden Frühjahr mehr als 3,4 Milliarden Euro an den Bund zurückerzahlen. Das teilte das Unternehmen in Düsseldorf mit. Uniper gehört seit der Energiekrise 2022 vorübergehend dem deutschen Staat.

Die Summe besteht zum einen aus einer Rückstellung aus dem vergangenen Jahr mit einem Wert von 2,9 Milliarden Euro Ende Juni. Bei den übrigen rund 540 Millionen Euro handelt es sich vor allem um Geld, das Uniper im August 2022 im Zuge des Gasstreits mit dem russischen Gaskonzern Gazprom einbehalten hatte. Nach einem Schiedsgerichtsurteil darf das Unternehmen das Geld nun gegen Schadenersatzansprüche

gegen Gazprom aufrechnen und für die Rückzahlung an den Bund bereithalten.

„Die genaue Höhe der Zahlungsverpflichtung wird nach Vorliegen der Geschäftszahlen für 2024 ermittelt“, sagte Finanzvorständin Jutta Dönges am Donnerstag in Düsseldorf bei der Vorlage der Halbjahreszahlen. „Beide Zahlungen sind als Rückzahlungen an den deutschen Steuerzahler zu betrachten.“ Mit der Rückzahlung folgt Uniper einer EU-Auflage.

Uniper geriet 2022 in Schieflage. Der Konzern hatte sich stark von russischem Erdgas abhängig gemacht. Folglich war er stark davon betroffen, dass Russland nach dem Angriff auf die Ukraine seine Gaslieferungen erst verringerte und dann einstellte. Die Ersatzbeschaffungen kosteten Milliarden. Damit Uni-

per nicht in die Knie ging, zahlte Deutschland Beihilfen von rund 13,5 Milliarden Euro und wurde mit über 99 Prozent Mehrheits-eigentümer. Die Begründung: Hunderte Stadtwerke hängen an Uniper, der fossile Riese galt als systemkritisch. Der Bund ist verpflichtet, seine Beteiligung bis spätestens 2028 auf höchstens 25 Prozent plus eine Aktie zu reduzieren. Die Beihilfen wurden von der EU-Kommission unter Auflagen genehmigt.

Jetzt läuft das Geschäft für Uniper wieder gut: Im ersten Halbjahr verbuchte der Konzern einen bereinigten Nettogewinn von mehr als 1,1 Milliarden Euro nach 2,5 Milliarden Euro im Vorjahreszeitraum. Für das Gesamtjahr rechnet Uniper unterm Strich mit einem Gewinn zwischen 1,1 und 1,4 Milliarden Euro. (dpa)



Unsanftes Wecken: Die Polizei hat am Donnerstagmorgen Wohnungen von Klimaaktivist:innen durchsucht
Foto: Tobias Junghannß/dpa

Polizei durchsucht die Letzte Generation

Nachdem sich Aktivist:innen auf den Frankfurter Flughafen geklebt hatten, greift die Justiz hart durch. Die Gruppe sieht das Vorgehen bei der Razzia als Einschüchterungsversuch

Von Clemens Schreiber

Am Donnerstagmorgen gegen sechs stürmten Polizist:innen die Wohnungen von acht Mitgliedern der Klimagruppe Letzte Generation. Grundlage für die Razzien war ein Durchsuchungsbeschluss der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main für die Wohnungen in Berlin, Leipzig, Halle, Mannheim und Freiburg.

Der Hintergrund: Vor gut zwei Wochen hatten acht Personen zwischen 20 und 44 Jahren den Flughafenzaun am Airport Frankfurt durchschnitten und sich so Zugang zum Rollfeld verschafft, wo sie sich dann festklebten. Daraufhin nahm die Staatsanwaltschaft in Frankfurt Ermittlungen auf und wirft den Aktivist:innen Nötigung, gemeinschädliche Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch vor. Während den Razzien wurden den Beschuldigten auch DNA-Proben entnommen, wohl für einen Abgleich mit den am Flughafen sichergestellten Spu-

ren. Allerdings: Am Tag der Klebeaktion waren alle Involvierten bereits kurzzeitig festgenommen worden.

„Bisher wurden bei Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der Letzten Generation keine DNA-Proben genommen; diese Vorgehensweise ist also neu“, sagte Carla Hinrichs, eine Sprecherin der Letzten Generation, der taz. Sie gehe deswegen von einer Einschüchterungstaktik aus. Auf Anfrage der taz wollten die Staatsanwaltschaft und das Polizeipräsidium Frankfurt am Main nicht beantworten, welchen Zweck die DNA-Proben erfüllen oder ob es noch Zweifel an der Identifikation der Beschuldigten gibt. Angesichts der andauernden Ermittlungen könne das Polizeipräsidium keine Angaben machen, so ein Sprecher der Behörde.

In Hessen zeigte sich die Landesregierung indes erfreut über das harte Durchgreifen der Justiz. Die Beschuldigten „müssen die Härte unseres Rechtsstaates spüren“, sagte der hessische

Innenminister Roman Poseck (CDU). Zuvor hatte sich der Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) auf dem Kurznachrichtendienst X zu Wort gemeldet: „Ein solcher Übergriff auf den Flughafen Frankfurt muss hart bestraft werden.“ Den Tätern drohen auch erhebliche Schadenersatzzahlungen, so Rhein. Der Flughafenverband ADV gab sich gesprächsbereit. In einem offenen Brief machte er der Letzten Generation am Donnerstag ein Gesprächsangebot.

Die Letzte Generation ist immer wieder im Visier von Strafverfolgungsbehörden. Zwischen Herbst 2022 und April 2023 hörten beispielsweise Polizist:innen auf Anweisung der Staatsanwaltschaft München Telefonanschlüsse der Gruppe ab. Darunter war auch ein Anschluss, der öffentlich als Kontaktopktion für Medienvertreter:innen bekannt war. Eine Beschwerde von betroffenen Journalist:innen lehnte das Landgericht München am Mittwoch bereits in zweiter Instanz

ab. Demnach war es rechtmäßig, die Gespräche zwischen Journalist:innen und Mitgliedern der Letzten Generation heimlich zu belauschen.

„Obwohl das Gericht den gravierenden Eingriff in die Pressefreiheit anerkannte, entschied es, dass das Strafverfolgungsinteresse gegenüber der Letzten Generation überwog“, sagte Nicola Bier, Rechtsreferentin von Reporter ohne Grenzen der taz. „Solche Aktionen schüchtern Journalist:innen ein, weil sie ihren Informant:innen keine Vertraulichkeit mehr garantieren können. Dies ist bedenklich für die Pressefreiheit“, so Bier, die zwei der betroffenen Journalist:innen vor Gericht vertrat. Auch Redakteur:innen der taz waren von der Abhöraktion betroffen gewesen. Das Gericht argumentierte, dass sich die Abhöraktion nicht direkt gegen Medienvertreter:innen gerichtet habe. Außerdem habe die Letzte Generation den Anschluss nicht nur für Telefonate mit Journalist:innen genutzt.

„Wem gehört die Straße?“

Nach den rassistischen Ausschreitungen protestieren Tausende in Großbritannien gegen die Rechtsradikalen. Sie fordern mehr soziale Gerechtigkeit und eine offene Gesellschaft

Aus Bristol **Stefan Hunglinger**

Bristol atmet auf: Nachdem ein Mob aus Rechtsradikalen und Wutbürger:innen am Samstag im zentralen Castle Park und vor einer Flüchtlingsunterkunft aufmarschiert war, zeigte eine Großdemonstration am Mittwochabend, wie die traditionell linke Stadt wirklich tickt. „Wem gehört die Straße? – Uns gehört die Straße“, riefen Tausende, die dem Aufruf von Gewerkschaften und antirassistischen Gruppen in den Stadtteil Old Market gefolgt waren.

„Bristol wurde auf einem multikulturellem Fundament gebaut. Großbritannien wurde auf einem multikulturellem Fundament gebaut. Ohne Einwanderung läuft hier gar nichts“, rief eine Rednerin auf der West Street der Menge zu – und ertönte tosenden Applaus. Auch in Liverpool, Birmingham, Brighton und London waren am Mittwochabend Tausende auf den Straßen, um Asylunterkünfte, Asylberatungsstellen und die Geschäfte von nichtweißen Brit:innen zu schützen – und für eine offene Gesellschaft zu demonstrieren.

Nach rassistischen Ausschreitungen am Wochenende war eine erneute Mobilisierung rechtsradikaler Kräfte befürchtet worden. Die blieb weitestgehend aus – wegen der Gegenproteste und der verstärkten Polizeipräsenz in vielen britischen Städten. Zu Spannungen kam es etwa in Aldershot, Hampshire, nachdem eine Gruppe, die „Stoppt die Boote“ skandierte, auf Demonstrant:innen traf,



Bristol am Mittwochabend: Proteste gegen den rechtsradikalen Mob
Foto: Yat Him Wong/imag

die „Geflüchtete willkommen“ riefen.

Vor zwei Wochen begannen in England und Nordirland rassistische Ausschreitungen nach einer Messerattacke auf einen

„Ohne Einwanderung läuft hier gar nichts“

Rednerin bei einer Demo in Bristol

Tanzkurs im nordwestlichen Southport. Drei kleine Mädchen hat der Angreifer dort getötet, andere verletzt. Die Webseite Channel3Now, rechte Influencer:innen und Politiker:innen

griffen den Fall auf und verbreiteten die Desinformation, dass der Täter ein Asylbewerber sei und einen muslimischen Namen trage. Das ist widerlegt.

Die Polizei spricht von einem in Großbritannien geborenen 17-Jährigen. Seine Eltern stammen aus Ruanda, einem überwiegend christlichen Land. Das Motiv für die Tat ist unklar, die Folgen der rechten Mobilisierung sind dramatisch. In Rotherham in der nördlichen Grafschaft Yorkshire etwa liefen am Samstag verummte Rechtsradikale vor einem Hotel auf, in dem Asylbewerber:innen untergebracht waren. Einige Randalierer zogen durch das Haus und verwüsteten die Einrich-

tung. Deutsche Beobachter:innen sprachen von einem „Rosstock-Lichtenhagen-Moment“.

Premierminister Keir Starmer (Labour) will mit einem „stehenden Heer von spezialisierten Beamten“ der Gewalt beikommen. Über 420 Festnahmen gab es bereits, 140 Personen sind angeklagt. Gewerkschafter:innen kritisierten in Bristol, dass Starmer weiter am Sparkurs der konservativen Vorgängerregierungen festhält. Kürzungen seien mitverantwortlich dafür, dass Rechtsradikale breitere Bevölkerungsschichten mobilisieren könnten. Nur mehr soziale Gerechtigkeit könne die nichtweiße Bevölkerung Großbritanniens nachhaltig schützen.

ausschreitungen in uk

Ratschläge für Rechtsextreme

Rassisten aus den USA oder Großbritannien wollen ihre Gesinnungsbrüder in Irland unterstützen, mit Worten und Geld

Aus Dublin **Ralf Sotscheck**

Es war fast wie früher: Die Polizei wurde während gewaltsamer Ausschreitungen im nordirischen Belfast Anfang der Woche mit Benzinbomben, Steinen und Ziegelsteinen angegriffen. Und doch war diesmal etwas anders: Der rechte Mob schwenkte sowohl den britischen Union Jack, als auch die irische Trikolore. So hatte man sich die Annäherung zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen, die sich lange bekämpft hatten, nicht vorgestellt.

Der Gewaltorgie ging ein Wochenende voller Unruhen voraus, ausgelöst von einem Amoklauf im nordwestenglischen Southport, bei dem drei Mädchen erstochen und weitere Kinder teils schwer verletzt wurden. Tatverdächtig ist ein Jugendlicher mit ruandischem Migrationshintergrund.

Die Randalie der Rechten richtete sich in Belfast vor allem gegen muslimische Geschäfte. Unter anderem wurden Cafés und Supermärkte im Süden der Stadt durch Brandbomben schwer beschädigt. Die Polizei hinderte die Menge daran, zum Is-

lamischen Zentrum zu marschieren, woraufhin die Demonstranten in die Nebenstraßen auswichen.

Rechtsextreme Gruppen aus dem irischen Dublin ergreifen die Gelegenheit, bei den anhaltenden Ausschreitungen in Nordirland mitzumachen. Am vergangenen Wochenende reisten sie mit der irischen Trikolore und Plakaten mit der Aufschrift „Coolock sagt Nein“ nach Belfast zu ihren Gesinnungsgenossen. Coolock ist ein benachteiligter Stadtteil im Norden der irischen Hauptstadt Dublin. In einem ehemaligen Fabrikgebäude dort sollen etwa 500 Asylbewerber untergebracht werden. Der Widerstand rechtsextremer Gruppen formierte sich schnell, binnen einer Woche brannte es fünfmal in dem Gebäude.

Die Proteste gegen Einwanderung haben für Aufmerksamkeit in der internationalen rechtsextremen Szene gesorgt. Rassisten aus den USA, aus dem Vereinigten Königreich und anderen Ländern bieten ihren irischen Pendanten Unterstützung, Geld und Ratschläge an.

Etwas Frank Silva – eine prominente Figur in der US-amerikani-

schon rassistischen Bewegung der 80er Jahre. Er war Anführer des Los Angeles Chapter des Ku-Klux-Klan und Gründungsmitglied von „The Order“, einer neonazistischen Terrorgruppe, die eine Reihe von Gewaltverbrechen in den USA verübte, bevor das FBI sie auflöste. Er wurde 1985 zu einer 40-jährigen Haftstrafe verurteilt und ist der prominenteste von mehreren US-amerikanischen „White Supremacists“, die irische Aktivisten beraten.

Während der Gewalttätigkeiten in Coolock kontaktierte außerdem der britische rechtsextreme Agitator Tommy Robinson einen Gesinnungsbrüder in Dublin, der darüber gesprochen hatte, mit gestohlenen Autos Polizeiwagen zu rammen. „Es ist toll, das zu sehen, Jungs“, schrieb er. „Macht weiter so.“ Robinson treibt sich seit einiger Zeit in irischen rechtsextremen Kreisen herum und hat Verbindungen zu migrationsfeindlichen Gruppen.

Noch haben die Rechtsextremen in Irland den Durchbruch nicht geschafft, aber der Boden ist fruchtbar. Im März stellte das Meinungsforschungsunternehmen FocalData

in acht Ländern Untersuchungen an: den USA, dem Vereinigten Königreich, Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Schweden und Irland. In sieben dieser Länder gibt es starke rechtsextreme Bewegungen, die Ausnahme ist Irland. Die Studie zeigt jedoch, dass es dort nicht an Unterstützung für rechtsextremen Überzeugungen mangelt. Es ist aber bisher niemandem gelungen, diese Überzeugungen in eine ernstzunehmende politische Kraft zu transformieren. Auf die Frage, ob sie die Unterstützung einer solchen Partei in Betracht ziehen würden, antworteten 31 Prozent der Befragten in Irland mit Ja. Das ist ebenso viel wie in den USA, England und Italien und sogar ein höherer Wert als in Deutschland.

Aber es gibt einen Lichtblick: Am vorigen Wochenende gingen Hunderte zu einer antirassistischen Gegendemonstration in Belfast auf die Straße. In den sozialen Medien wird nun erneut zu Protesten gegen Einwanderung in ganz Nordirland am kommenden Wochenende aufgerufen. Die Gegendemonstranten werden dann wieder gefordert sein.

taz kurzreisen
in Deutschland

Gemeinsam Deutschland besser kennenlernen

Die Wanderungen in der Eifel führen auch in die Geschichte von Nazi-Deutschland (Ordensburg Vogelsang) und zum Kampf dagegen (Schlacht im Hürtgenwald).

taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Friedrichstr. 21, 10969 Berlin



22. bis 27. August 2024

Wanderungen an geschichtsträchtigen Orten
NORDEIFEL UND HOHES VENN
In Begleitung von taz-Autor Bernd Müllender

Wanderungen im größten Hochmoor Europas und im Hürtgenwald, skurrile Besonderheiten des Lebens im Grenzgebiet und Besuch der ehem. Nazischule „Ordensburg Vogelsang“

5 Übernachtungen in Aachen bzw. in Gemünd-Vogelsang ab **890 €** (DZ/HP/ohne Anreise)

Nähere Informationen zu allen taz-Reisen im Internet: www.taz.de/tazreisen oder unter Telefon **(0 30) 2 59 02-117**

9. bis 13. September 2024

Sorbische Gemeinden und Ökologie, Refugium für Utopien
HERRNHUT (OBERLAUSITZ)

In Begleitung von taz-Redakteur Thomas Gerlach

Mit Ausflügen nach Görlitz und Bautzen, Treffen mit sorbischem Schriftsteller und dem Ex-Bürgermeister von Nebelschütz, einem Dorf, in dem im Alltag sorbisch gesprochen wird.

4 Übernachtungen im Gästehaus der Herrnhuter Brüdergemeine ab **870 €** (DZ/HP/ohne Anreise)

Terroranschlag vereitelt

In Wien konnte wohl ein islamistisches Attentat auf ein Popkonzert verhindert werden

Von **Tanja Tricarico**

90 Tote im Club Bataclan in Paris 2015, 22 Tote bei einem Selbstmordattentat während eines Konzerts von Ariana Grande in Manchester 2017, mehr als 130 Tote in der Crocus City Hall in Moskau im vergangenen März. Solche Szenarien konnten die österreichischen Sicherheitsbehörden am Mittwoch offenbar in letzter Sekunde verhindern.

Am Mittwoch wurde ein 19-jähriger Verdächtiger in den frühen Morgenstunden in Niederösterreich festgenommen. Laut Ermittlungsbehörden gestand er, im Bereich eines Stadions in Wien – wo mehrere Konzerte der US-Sängerin Taylor Swift bis zum Ende der Woche stattfinden sollten – einen Anschlag geplant zu haben. Den Angaben zufolge wollte er sich selbst und „viele Menschen töten“ – und zwar am Donnerstag oder Freitag. Ziel sei nicht der Konzertort direkt gewesen, sondern die unmittelbare Umgebung. Ein Konzertticket wurde bei dem Verdächtigen nicht gefunden.

Die entscheidenden technischen Vorbereitungen hatte der Österreicher offenbar bereits getroffen. Bei einer Hausdurchsuchung wurden chemische Substanzen, Zünder und weiteres technisches Gerät gefunden – Bauteile für eine Bombe. Zudem besaß er mehrere Messer und Munition. Wie er an die Waffen und Chemikalien kam, ist Gegenstand von Ermittlungen.

Laut Behörden ist der Mann nachweislich Anhänger der Terrororganisation Islamischer Staat (IS). Online hätte er seine islamistische Einstellung kundgetan, den IS-Schwur abgelegt und hatte Zugang zu entsprechenden digitalen Kanälen der Islamisten. Ende Juli hatte er seinen Job verloren und angekündigt, dass er „noch Großes vorhabe“.

„Die Lage war ernst und ist ernst“, sagte Österreichs Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) am Donnerstag bei einer Pressekonferenz. Die terroristische Bedrohung hätte sich für ganz Europa verschärft. Und: „Konzerte sind ein bevorzugtes Ziel von islamistischen Terroristen.“ Der Veranstalter der Taylor-Swift-Konzerte sagte die drei geplanten Veranstaltungen mit Tausenden Besucher:innen sicherheitshalber ab. Innenminister Karner zeigte Verständnis für die Entscheidung. Er verwies zudem auf die seit Monaten geltende zweithöchste Terrorwarnstufe in Österreich. Die Bedrohungslage hätte sich insbesondere nach dem brutalen Anschlag der Terrormiliz Hamas auf Israel im Oktober 2023 verschärft – auch in Österreich.

Die österreichischen Behörden kamen dem mutmaßlichen Täter auch durch Hinweise internationaler Geheimdienste und Sicherheitskräfte auf die Spur. Eine Tragödie konnte so verhindert werden, sagte Karner. Neben dem 19-jährigen Mann aus Niederösterreich wurde ein 17-jähriger in Wien festgenommen, der den Sicherheitsbehörden offenbar bereits bekannt ist. Auch er soll Anhänger des IS sein und wird verdächtig, an den Terrorplänen beteiligt gewesen zu sein. Laut Omar Haijawi-Pirchner, Chef der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst, verweigert der Jugendliche bisher die Aussage. Bekannt ist jedoch, dass er bei einem Dienstleister angestellt war, der beim Taylor-Swift-Konzert im Einsatz sein sollte. Befragt wird derzeit zudem eine 15-jährige Person, die den Hauptverdächtigen gekannt haben soll.

Die entscheidenden Hinweise kamen vor allem über eine Auswertung digitaler Kanäle. Weiteres Material mit Bezug auf islamistische Terrorgruppen wird derzeit geprüft. Die Anweisungen der Terroristen kämen aus dem Ausland, so Haijawi-Pirchner. In Europa würden vorwiegend junge Menschen angesprochen; das Internet sei der Kanal, über den Kontakte aufgebaut würden. Neben der Gefahr durch den Rechtsextremismus zähle der islamistische Terrorismus zu den größten Herausforderungen.

taz zwei 13

Aushungern sei moralisch und gerechtfertigt

Israels Finanzminister Smotrich entsetzt mit Äußerungen über Blockade von Hilfsgütern nach Gaza

Deutschland, Frankreich und die EU haben sich entsetzt über Äußerungen des israelischen Finanzministers Bezalel Smotrich gezeigt, mit denen er die Nahrungsmittelhilfe für Palästinenser im Gazastreifen bedauert und ein Aushungern als moralisch gerechtfertigt bezeichnet. „Es sind völlig inakzeptable und empörende Äußerungen des israelischen Finanzministers. Wir weisen sie auf das Allerschärfste zurück“, sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes in Berlin. „Es ist ein Gebot der Menschlichkeit und ein Grundprinzip des humanitären Völkerrechts, das auch im Krieg Zivilistinnen und Zivilisten geschützt werden müssen und zum Beispiel Zugang zu Wasser und Nahrungsmitteln bekommen müssen“, so der Sprecher.

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell teilte mit, man erwarte von der israelischen Regierung, dass sie sich eindeutig von den Worten von Minister Smotrich distanzieren. Die Äußerungen zeigten erneut dessen Verachtung für das Völkerrecht und die grundlegenden Prinzipien der Menschlichkeit. Das absichtliche Aushungern von Zivilisten sei ein Kriegsverbrechen. Smotrich hatte sich laut israelischen Medienberichten zur internationalen Situation seines Landes geäußert und eine Blockade der Hilfsgüter bis zur Freilassung aller Geiseln als moralisch und gerechtfertigt bezeichnet, selbst wenn dies den Hungertod von zwei Millionen Menschen im Gazastreifen bedeute. Aber die internationale Gemeinschaft werde dies nicht zulassen, so Smotrich.

Das Pariser Außenministerium sprach von „skandalösen Äußerungen“ und rief die israelische Regierung ebenfalls auf, „diese inakzeptablen Äußerungen scharf zu verurteilen“. „Frankreich erinnert daran, dass die Bereitstellung humanitärer Hilfe für zwei Millionen Zivilisten, die sich in einer absoluten Notsituation in einem Gebiet befinden, das unter Blockade steht und dessen Zugangspunkte Israel kontrolliert, eine Verpflichtung nach dem humanitären Völkerrecht ist.“ Auf die Frage, ob die Bundesregierung daran eine Völkermordabsicht („genocidal intent“) erkenne oder diese Äußerungen so bewerte, sagte der Außenamtssprecher, er sei sicher, „dass die Äußerungen auch in Den Haag aufmerksam verfolgt werden, wo gerade über diese Art von Fragen beraten wird“.

Am 21. Mai hatte der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (ISGH) in Den Haag Haftbefehle gegen Netanjahu und andere Israelis beantragt. Ihnen wird unter anderem vorgeworfen, für das Aushungern von Zivilisten als Methode der Kriegsführung sowie für willkürliche Tötungen und zielgerichtete Angriffe auf Zivilisten verantwortlich zu sein. (dpa)

brief des tages

Den Kirchen wird's zu heiß

„Das Kreuz mit der Abkühlung“, taz vom 29. 7. 24

Vielen Dank, dass Sie das Thema Kirchen als Orte für Hitzeschutz beleuchtet haben; wir sind dazu schon lange im Kontakt mit dem Bezirksamt. Sie schreiben auch, dass einige Bezirke im Juni bei der Erarbeitung von Hitzeschutzplänen bereits auf die Kirchen zugegangen sind mit der Bitte, ihre Gebäude bei Temperaturen ab 32 Grad zu öffnen, und dass in Charlottenburg-Wilmersdorf nur ganze zwei Kirchen der Bitte nachgekommen sind. Das ist korrekt, aber die Formulierung suggeriert, unsere anderen 15 evangelischen Kirchengemeinden wären dazu nicht bereit gewesen. Das Gegenteil ist der Fall: In allen Gemeinden stößt die Idee auf große Zustimmung. Neben den im Artikel erwähnten Aspekten, die eine Öffnung nicht nur in Hitzezeiten erschweren (Organisatorisches, Sorge vor Vandalismus und Diebstahl) gibt es noch einen sehr elementaren Grund: Viele unserer Kirchen stammen aus den späten 1950er Jahren oder wurden in dieser Zeit wieder aufgebaut. Aufgrund ihrer Bauweise sind sie im Sommer nach einigen Hitzetagen leider definitiv keine kühlen Orte.

Juliane Kaelberlah, Evangelische Kirche in Charlottenburg-Wilmersdorf



Zwischen Panik und Sarkasmus

Der Libanon bereitet sich auf einen ausgeweiteten Krieg der Hisbollah mit Israel vor. Seine Bewohner*innen sind mental am Limit, und fragen sich: Gehen oder bleiben?



Bloß raus da: Die Wartehalle am Rafik-Hariri-Flughafen in Beirut ist dieser Tage meist gut gefüllt Foto: Marwan Naamani/dpa

Aus Beirut Julia Neumann

„Wir wollen keinen Krieg, aber was sollen wir tun?“, fragt der 70-jährige Rentner Francois Chahwan, während er auf den Beirut Hafen blickt. Er lebt in der libanesischen Hauptstadt, in der Nähe des Hafens, in dem vor vier Jahren Hunderttausende Tonnen Ammoniumnitrat explodierten, über 200 Menschen starben, Hunderte wurden verletzt. „Damals dachte ich: Was soll jetzt noch kommen?“

Chahwan hat den Krieg 1975 bis 1990 im Land durchlebt, sein Erspartes durch die Wirtschaftskrise 2019 verloren und im August 2020 eine der größten nichtnuklearen Explosionen der Geschichte durchgestanden. „Es ist nur noch ein Überleben. Ich sitze hier fest und möchte – nein, ich muss – weitermachen.“ Er habe keine Energie, sein Zuhause zu verlassen und von vorne anzufangen.

Gerade schauen die Menschen in der Region auf den Iran und dessen verbündete schiitische Miliz Hisbollah im Libanon: Nach dem israelischen Anschlag auf den hohen Hisbollah-Kommandeur Fuad Schukri in Südbeirut und der mutmaßlich israelischen gezielten Tötung von Hamas Politbüro-Chef Ismail Hanihah wartet die Region darauf, wie Teheran reagiert.

Die Diplomatie läuft im Hintergrund auf Hochtouren. Die USA drängen den Iran und Israel, einen umfangreicheren Krieg zu verhindern. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron telefonierte mit Irans neuem Präsidenten Massoud Pesechkian, Jordaniens Außenminister Ayman Safadi flog extra nach Teheran, um für Deeskalation zu werben.

„Der Libanon will keinen Krieg“, betonte der libanesische Interims-Außenminister Abdallah Bou Habib am Mittwoch bei einem Treffen mit dem australischen Botschafter. Seine Regierung setze sich für die Umsetzung der UN-Resolution 1701 ein, die besagt, dass Hisbollah-Kämpfer sich bis 30 Kilometer hinter der Grenze im Süden zurückziehen sollen – „aber die

internationale Gemeinschaft muss Israel zwingen, seine Aggression gegen den Libanon und den Gazastreifen einzustellen“.

In einem Interview im Februar hatte der Außenminister zugegeben, dass die libanesische Armee die Sicherheit im Südlibanon nicht gewährleisten kann. Die Regierung halte die Hisbollah an, so zu reagieren, dass der Krieg nicht ausarte, sagte Bou Habib Anfang August. „Aber jetzt ist es aus unserer Hand.“

Wie ängstlich die libanesische Regierung ist, zeigte sich am 30. Juli. Am Abend griff Israel ein Wohnhaus an, tötete dabei den hohen Hisbollah-Kommandeur Foad Schukr und vier Zivilist*innen, darunter zwei Kinder. Am frühen Morgen kam die Nachricht aus Teheran, Hamas Politbüro-Chef Hanihah wurde getötet – mutmaßlich von Israel. „Ich bin ins Bett gegangen und dachte: Okay, das können wir managen“, sagt Bou Habib. „Aber als ich am Morgen aufgewacht bin, dachte ich: Oje, es ist vorbei.“

Der Staat plant für den Ernstfall, so gut es mit den dürftigen Finanzmitteln geht. Das Land ist seit 2019 in einer tiefen Wirtschaftskrise, der Staat pleite und auf Spenden angewiesen.

Die Weltgesundheitsorganisation hatte dem Libanon vergangene Woche rund 100 Paletten medizinischer Produkte geliefert, darunter mehr als 1.000 Notfallkoffer zur Behandlung von Kriegsverletzten. Vor allem Personal in Krankenhäusern in Südbeirut wurde die vergangenen Tage geschult und auf Notfälle mit Kriegsverletzten vorbereitet.

Die Krankenhäuser hätten einen Vorrat für vier Monate, sagt das libanesische Gesundheitsministerium. Doch kämen zu viele Menschen, könnten die Vorräte bereits nach wenigen Tagen zur Neige gehen. Sollten die Häfen oder der Flughafen von Beirut angegriffen werden, würden die Vorräte des größten öffentlichen Krankenhauses für maximal zehn Tage reichen, sagte Ministeriumsdirektor Dschihad Saadeh.

Im Libanon sind die Menschen damit beschäftigt, sich auf den Ernstfall vorzubereiten und mögliche Szenarien im Kopf durchzuspielen. Er habe einen Vorrat an Reis, Konserven mit Linsen und Bohnen sowie Medikamenten angelegt, erklärte ein Bewohner Südbeiruts der libanesischen Zeitung *L'Orient Today*. In den Dahie genannten Vierteln von Südbeirut hat die Hisbollah politisch die Macht, in dem Viertel hatte Israel neben Shukr bereits im Januar den Hamas-Kommandanten Saleh al-Aruri getötet.

„Ich habe den Horror des israelischen Psychoterrors miterlebt, seit ich sechs Jahre alt bin, und es hat mir immer Angst gemacht“, sagt die 30-jährige Yara Hijazi der taz. Der einmonatige Krieg 2006 sei sehr traumatisierend gewesen. „Ich stamme aus dem Süden des Libanon, und meine Eltern leben dort. Die Familie meiner Mutter kommt aus Sour, das ständig willkürlich angegriffen wird.“

Viele Libanes*innen denken an vergangene Kriege zurück und die Traumata, die diese in

Die Preise für Flugtickets aus dem Libanon raus sind mehr als doppelt so hoch wie sonst

ihren Knochen und Seelen hinterlassen haben. 2006 hatte Israel den Flughafen von Beirut angegriffen, raus ging es dann nur noch auf dem Landweg. Damals waren auch viele Deutsche über Syrien ausgereist. Doch heute ist dieser Weg versperrt.

Europäische Fluglinien wie Lufthansa oder Air France haben ihre Flüge eingestellt. Arabische Fluggesellschaften wie die libanesische MEA fliegen meist weiter – doch es gibt nicht genügend Flüge für die hohe Nachfrage, Tickets sind oft ausverkauft. Und die Preise für die kommenden Tage sind mehr als

doppelt so teuer wie sonst in der Hauptsaison.

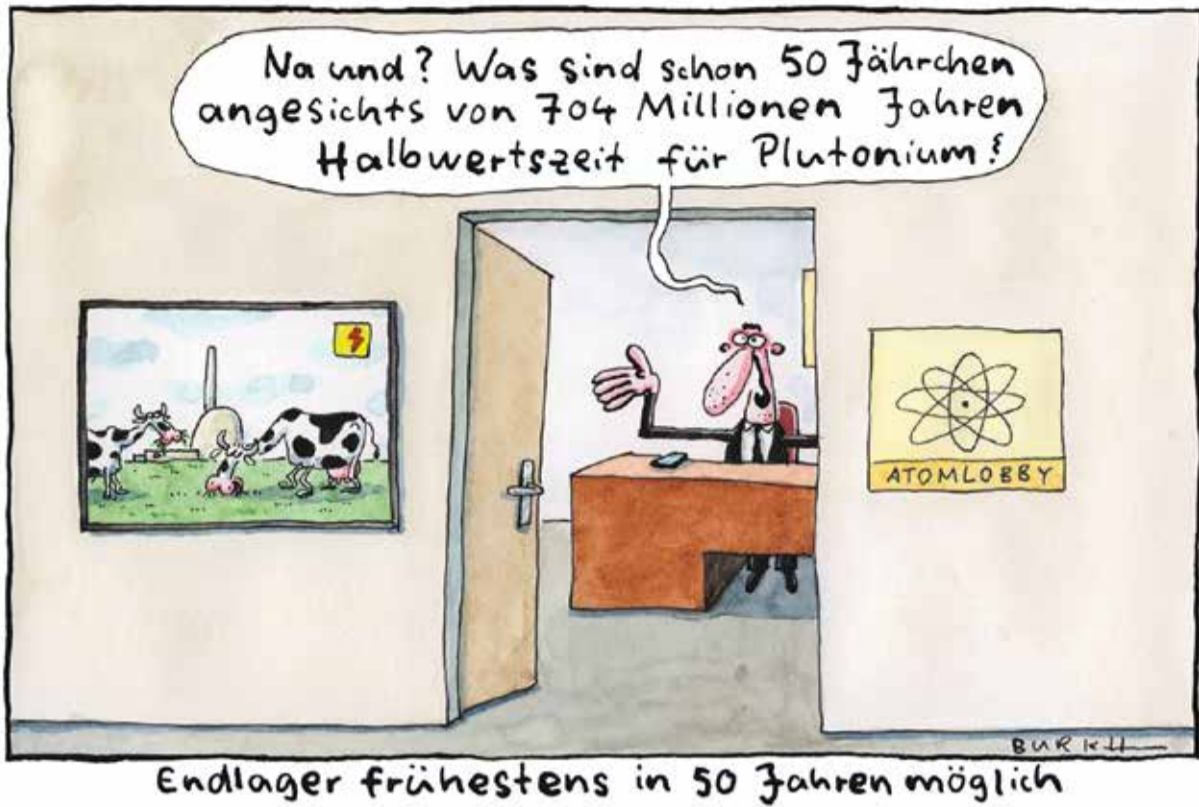
Am Flughafen drängeln sich die Menschen, viele Fluggäste warten. Rund 40 Prozent der Flüge sind verspätet, 10 Prozent fallen kurzfristig aus. An den Check-in-Schaltern bilden sich lange Schlangen. Die Verspätungen hätten zu Panik geführt, hieß es aus Kreisen des Flughafens gegenüber der deutschen Presseagentur dpa. Viele Passagiere seien frustriert, weil sie Anschlussflüge verpasst hätten.

Die Reaktionen der Libanes*innen reichen von entspannt bis panisch. Die einen haben ihre Sachen gepackt, sind, so schnell es geht, an den Flughafen gefahren, um den nächstmöglichen Flug zu nehmen – einfach nur raus. Die anderen sind entspannt und teilen Fotos vom Sommer am Strand. In eine Chat-Gruppe schickt eine Frau ein Foto vom Pool und schreibt dazu: „Ich warte hier, bis ich evakuiert werde.“

Sarkasmus sei eine Bewältigungsstrategie, sagt Yara Hijazi. Seit sechs Jahren lebt sie in Deutschland. Als die Menschen im Südlibanon im Oktober ihre Häuser evakuieren müssen, nimmt sie das mit, erzählt sie. „Ich wollte nur noch ins Flugzeug springen und bei meiner Familie sein. Das war wohl meine posttraumatische Belastungsstörung, aber, aber ich wollte bei ihnen sein.“

Sie bat ihren Chef, sechs Wochen in den Libanon reisen zu dürfen, drei Wochen lang von dort zu arbeiten. Normalerweise nutze sie drei Wochen Sommerurlaub im Libanon, um an den Strand zu gehen, zu entspannen.

„Wir sind hier zusammen, egal was passiert. Das ist besser, als weit weg zu sein und sich immer Sorgen zu machen, wie es der Familie geht.“ Solange noch zivile Flüge gehen, bleibt sie im Land. Nach Beirut käme sie selten, nur zu einer Augenlaser-Operation, der sie sich unterziehen muss. Die Klinik liegt direkt neben dem Ort des Anschlags. Zum Glück lief alles gut. „Für uns ist diese Unsicherheit leider normal. Wir leben weiter.“



debatte

Mehr Geld ist keine Lösung

Die Schuldenbremse ist Klimaschutz, denn sie verhindert klimaschädliche Investitionen. Mittel gibt es genug, sie müssen nur klüger ausgegeben werden

Das konservative Ökonomen die Auflösung der Schuldenbremse verlangen, verwundert nicht: Sie wollen einfach so weitermachen wie bisher. Der Staat soll mit seiner Investitionstätigkeit der schwächelnden Wirtschaft auf die Beine helfen und Wirtschaftswachstum generieren. Michael Hüther, Chef des konzernfreundlichen Instituts der deutschen Wirtschaft, begründete das in der taz mit der „Dekarbonisierung“: „Rund 200 Millionen veranschlagen wir für öffentliche Investitionen in den Klimaschutz“.

Überraschenderweise fordern linke Ökonomen das Gleiche: Für mehr Klimaschutz müsse die Schuldenbremse aufgehoben werden, so der Linke Rudolf Hickel. „Die aktuellen Herausforderungen – aufgrund der Klimanotlage, aber auch der anderen Krisen – lassen sich unter dem Regime der Schuldenbremse fiskalisch nicht bewältigen.“ Was ist da los?

Klimaschutz bedeutet weniger: weniger Treibhausgas. Weniger Zersiedelung, weil unbebauter

Klimaschutz bedeutet weniger: weniger Zersiedelung, weniger Fleisch, weniger Flüge, weniger Tempo, weniger Konsum

Boden Kohlendioxid speichert, der frei wird, wenn dort ein Parkplatz entsteht. Weniger landwirtschaftlich genutzte Fläche, weil beim Umbruch der Bodenkrume Treibhausgas emittiert wird. Weniger Fleisch, weniger Tempo auf der Autobahn, weniger Flüge, weniger Energieverbrauch, weniger Konsum, vor allem weniger Ressourceneinsatz. Nur wenn wir weniger von allem nutzen, besteht die Chance, die gefährlichen Kippelemente im Weltklimasystem stabil zu halten.

Stellt sich die Frage: Können wir dieses „Weniger“ durch den Einsatz von mehr Geld erreichen? Natürlich könnte der Staat einen staatseigenen Energiekonzern gründen, der massiv in die Erneuerbaren investiert. Genau solch einen Konzern hat die Ampel schließlich bereits gegründet, um die Infrastruktur für verflüssigtes Erdgas aufzubauen: Die bundeseigene Deutsche Energy Terminal GmbH betreibt Terminals in Stade, Brunsbüttel und Wilhelmshaven, damit die Fossilkonzerne weiter Gewinne machen können. Sollte man also die Schuldenbremse auflösen, damit der Staat massiv in Windkraft, Speichertechnologie, Stromnetze oder die energetische Sanierung von bundeseigenen Immobilien investiert? Mit der FDP ist das zwar aktuell nicht machbar, zweifelsfrei dennoch ein verlockender Gedanke. Denn zum Klimaschutz gehören auch einige „Mehr“.

Also auch mehr Geld für den emissionsfreien Umbau der Wirtschaft? Hier sollten Ökonomen stützen. Denn solche Programme sind sinnvoll, solange die politischen Rahmenbedingungen die gleichen bleiben. Vattenfall hat am Standort Schwarze Pumpe genau so lange in die Erforschung der Abscheidung von Treibhausgasen investiert, wie es dafür Fördermittel gab. Die

Deutsche Post hat genau so lange in E-Autos investiert, wie der Steuerzahler blechte. Solange fossiler Stahl vom Gesetzgeber nicht teurer als grüner Stahl gemacht wird, endet mit dem letzten Förder-Euro seine klimafreundliche Entwicklung.

Es sind die Rahmenbedingungen, die Klimaschutz vorantreiben: Solange es ein Dienstwagenprivileg gibt, wird es im Verkehr nicht vorangehen. Solange der Flug billiger ist als die Bahnfahrt, werden der Bahn Kunden fehlen. Wenn die deutsche Fleischindustrie mit Milliarden subventioniert wird, darf man sich nicht wundern, wenn die Landwirtschaft keine klimaverträglichen Alternativen entwickelt.

Braucht es mehr Geld für Förderprogramme, damit die private Transformation gelingt? Natürlich ist das hilfreich, um den deutschen Sparfuchs zu animieren, die Heizung klimafreundlich umzurüsten, ein Balkonkraftwerk anzuschaffen, den Umstieg auf Elektroautos zu beschleunigen. Aber brauchen wir dafür eine Auflösung der Schuldenbremse? Mehr als 457 Milliarden Euro hat der Bund in diesem Jahr verplant, seit dem Covid-Jahr 2021 und dem Angriff auf die Ukraine sind die Ausgaben auf einem Rekordniveau. Laut Erhebung des Instituts für Weltwirtschaft ist fast jeder vierte Euro eine Subvention, ein Großteil davon ist nach Einschätzung des Umweltbundesamtes klimaschädlich. Geld für Klimaschutz wäre also da: Eine linke Position kann daher nicht sein, immer mehr auszugeben, sondern eine Umverteilung zu organisieren – sozial und klimagerecht.

Sicherlich ist es nicht ratsam, jede klimaschädliche Subvention sofort abzuschaffen. Beispielsweise ist die Förderung des sozialen Wohnungsbaus extrem klimaschädlich, solange dieser noch mit Beton und Ziegeln arbeitet. Die Wohnungsnot ist in vielen Großstädten ein akuterer Problem als die langsam einsetzenden Klimaschäden. Dass es genügend Geld im bundesdeutschen Finanzsystem gibt, um auch den Baubereich zukunftstauglich zu machen – beispielsweise durch Holz als Baustoff –, zeigt ein Blick auf den Klima- und Transformationsfonds der Bundesregierung: 2023 wurden laut Bundesrechnungshof nur 56 Prozent der dort veranschlagten Mittel ausgegeben, fast 16 Milliarden Euro sind noch übrig.

Wer jetzt die Schuldenbremse für den Klimaschutz aufheben will, der will keinen Klimaschutz! Denn für eine nachhaltige Politik müssen verfügbare Ressourcen nach Klimagesichtspunkten klüger ausgegeben werden. Deutschlandticket und Tankrabbat, E-Auto-Prämie und Dieselprivileg, Förderung des Balkonkraftwerks und Subvention des Braunkohlebergbaus: Derlei Politik bringt nichts auf dem Weg in eine klimagerechte Zukunft – außer, dass wir den kommenden Generationen ihren Spielraum verkleinern, sich an die Folgen des Klimawandels anpassen zu können.

Im Gegenteil: Wir müssen jetzt die Schuldenbremse jedes Jahr um 1 Prozent anziehen, damit unsere Kinder und Enkel genug Finanzmittel zur Verfügung haben, um sich einst an den steigenden Meeresspiegel, die Hitze- und Dürrewellen, neue Krankheiten und notwendige neue Siedlungsstrukturen, den Verlust der Wirtschaftskraft und Produktivität, die Missernten und die Flut an Jahrhundertfluten anpassen zu können.



Nick Reimer
taz-Autor im Zukunft-Ressort, beschäftigt sich seit 25 Jahren mit dem Klimawandel. Zuletzt erschien 2023 bei Kiepenheuer & Witsch: „Deutschland 2050. Wie der Klimawandel unser Leben verändern wird“

Barbara Oertel über den ukrainischen Vorstoß in Russland

Selenskyjs Durchhalteparole

Die Ukraine ist immer noch für eine Überraschung gut – trotz einer äußerst schwierigen Situation im Donbass, einer zu großen Teilen zerstörten kritischen Infrastruktur, überschaubarer personeller Ressourcen in der Armee sowie zögerlicher Waffenlieferungen der westlichen Verbündeten: Berichten zufolge sollen ukrainische Soldaten in das russische Gebiet Kursk, das an die Ukraine grenzt, vorgedrungen sein. Dort wurde der Notstand ausgerufen, die Kämpfe dauern seit drei Tagen an.

Die von Präsident Wladimir Putin als „Provokation“ bezeichnete Offensive, die Kyjiw bisher nicht kommentiert, wirft einige Fragen auf – nicht zuletzt die, was genau die Ukraine mit diesem Vorstoß militärisch bezweckt und wie er das weitere Kampfgeschehen beeinflussen könnte.

Einige Konsequenzen der jüngsten Entwicklungen sind – gleichwohl nicht frei von Spekulationen – jedoch absehbar: Ihre Stimme erheben dürften diejenigen, die die Worte „russischer Aggressor“ nur mühsam über die Lippen

bringen, dafür aber umso lauter für Verhandlungen mit Moskau plädieren. Dabei ist, seitdem Drohnen aus der Ukraine Ziele auf russischem Territorium zerstören, klar, dass die Grenzen zwischen dem völkerrechtlich gedeckten Recht auf Selbstverteidigung und Angriffshandlungen fließend sind.

In der Ukraine könnten viele Menschen die „Aktion Kursk“ als Durchhalteparole wahrnehmen. Als solche ist sie nicht zu unterschätzen, angesichts der Tatsache, dass laut Umfragen ein wachsender Teil der Bevölkerung sogar zu Gebietsabtretungen bereit wäre, damit der Wahnsinn ein Ende hat.

Und Russland? Moskau hat die Grenzen offensichtlich doch nicht lückenlos unter Kontrolle und ist nicht der Lage, die Menschen vor den mörderischen Auswirkungen seiner „Spezialoperation“ zu schützen. Diese auszuweiten hat jetzt Putins Mann fürs verbal Grobe, Ex-Kremlchef Dmitri Medwedjew, gefordert. Ob und was daraus folgt oder ob es beim üblichen Säbelrasseln bleibt, wird sich zeigen.

das thema 3

Dirk Eckert zum ergänzten „Traditionserlass“ der Bundeswehr

Kriegstüchtig mit Tradition

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, wie problematisch der Begriff Kriegstüchtigkeit ist, den SPD-Verteidigungsminister Boris Pistorius ständig beschwört, dann hat ihn die Bundeswehr gerade selbst geliefert. Auf der Suche nach neuen Vorbildern für die Truppe ist das Verteidigungsministerium ganz tief in der Mottenkiste fündig geworden: Künftig sollen auch Wehrmachtssoldaten traditionsstiftend sein können, wenn sie sich nach 1945 um den Aufbau der Bundeswehr und die freiheitlich-demokratische Grundordnung verdient gemacht haben. Was sie vorher gemacht haben, ist nicht mehr so wichtig.

Das kann ja nur schiefgehen. In der Liste, die das Verteidigungsministerium seiner Ergänzung zum Traditionserlass beigelegt hat, finden sich „einer der erfolgreichsten U-Boot-Kommandanten“ im Zweiten Weltkrieg, einige hochdekorierte Frontoffiziere und Kommandanten, der jüngste Oberst des Heeres und der erfolgreichste sowie der zweit- und dritterfolgreichste Jagdflieger der Militärflugfahrt. Sicher, die Bundeswehr würdigt sie auch für ihre

Leistungen nach 1945 in der Truppe und auch bei Nato-Stellen. Aber unerwähnt lässt die Bundeswehr solche vermeintlichen militärischen Erfolge im Zweiten Weltkrieg nicht. Penibel verzeichnet sie, wie viele „Luftsiege“ die Jagdflieger im Zweiten Weltkrieg erungen haben: 352, 301 und 275. So werden die Abschüsse alliierter Flugzeuge und ihrer Besatzungen, die die Niederlage Nazi-Deutschlands und den Sturz des NS-Regimes verzögert haben, mal eben zur neutralen soldatischen Leistung umdefiniert. Das waren sie aber nicht. Jeder Luftsieg war einer zu viel.

Mit ihrer Ergänzung hat die Bundeswehr den Traditionserlass regelrecht verschlimmbessert. Deutlich wird damit, dass es schon immer Leute in Truppe und Ministerium gab, denen der zivile Anteil an der Konzeption der Inneren Führung zu hoch war. Einer von ihnen ist deshalb jetzt für traditionsstiftend erklärt worden – auch weil er für sein Werben für Kriegstauglichkeit in der Öffentlichkeit kritisiert wurde. Offenbar hat dieser Teil der Bundeswehr unter Pistorius Auftrieb.

inland 6

Gunnar Hinck über Tim Walz' badische Wurzeln

Deutsche Fluchten

Eine kleine Erregungswelle schwappt gerade durch Südwestdeutschland: Tim Walz, der demokratische Vizepräsidentenchaftskandidat in den USA, hat deutsche Vorfahren! Ein Ururgroßvater stammt aus Baden. Nun ist diese Nachricht ungefähr so überraschend wie die Tatsache, dass Hillary Rodham Clinton englische und walisische Wurzeln hat.

Es gab mal eine Zeit, in der ziemlich viele Deutsche flüchteten – man nennt sie ein bisschen verniedlichend „Auswanderer“. Bis ins 20. Jahrhundert hinein waren die Deutschen die größte Migrationsgruppe in den USA; rund 45 Millionen Amerikaner haben heute deutsche Wurzeln. Sie flohen aus politischen, religiösen und natürlich auch wirtschaftlichen Gründen (Rechtspopulisten würden sie wohl als „Wirtschaftsflüchtlinge“ bezeichnen, wenn sie keine Deutschen wären). Im Mittleren Westen, aus dem Tim Walz stammt, gab es bis zum Ersten Weltkrieg Hunderte deutschsprachiger Schulen und ebensolche Zeitungen.

Die *German Americans* sind eine eher unauffällige Migrationsgruppe. Das liegt natürlich an den beiden Welt-

kriegen, die dazu führten, dass sich die Deutschen lieber schnell assimilierten. Gleichzeitig waren die Deutschen recht kompatibel mit der dominanten britisch geprägten Kultur. Sie hatten es nicht nötig, sich abzugrenzen und eine eigene Subkultur zu bilden, weil sie, abseits von Kriegszeiten, nicht ausgegrenzt wurden – anders etwa als die italienischen Einwanderer oder natürlich die unterjochten afroamerikanischen Sklaven. Aber in der eher bodenständigen, ländlichen Mentalität des Mittleren Westens zeigen sich heute noch Spuren.

2009 veröffentlichte der Schriftsteller Colm Tóibín den herzerreißenden Roman „Brooklyn“ über eine junge Irin, die sich allein auf den Weg nach New York City macht, um ein besseres Leben zu finden; die Verfilmung wurde zu einem Kassenschlager. Bis heute gibt es keinen großen Roman über den deutschen Treck in die USA und seine speziellen Geschichten. Das liegt sicherlich an besagter Unauffälligkeit. Aber vielleicht ist es hierzulande bis heute ein Tabu, sich daran zu erinnern, dass Deutschland einmal ein Land war, woraus viele einfach nur fliehen wollten.



Besonders
Frauen
profitieren von
Ärztinnen
Foto: Andreas
Pein/lalif

Hilfe, ein Arzt

Wer von Ärztinnen behandelt wird, hat höhere Überlebenschancen. Der Unterschied beträgt in den USA rund einen Todesfall pro 417 Patientinnen und Patienten. Auch in Europa behandeln Frauen deutlich besser

Von Franca Parianen

Wem nützen weibliche Ärzte? Diese Frage wurde auf dem deutschen Ärztetag 1898 eindringlich diskutiert. Der Referent war überzeugt: niemandem. Weder der Wissenschaft, noch den Kranken und schon gar nicht den Frauen selbst. Jedenfalls nicht, solange es genügend Männer gibt.

Heute ist das Experiment „weiblicher Arzt“ unumstößliche Realität und Studien beziffern den medizinischen Beitrag von Frauen auf Basis von Daten. Das Ergebnis ist eindeutig: Ärztinnen nützen allen. Besonders Frauen profitieren von ihrer Arbeit, vor allem wenn sie schwer erkrankt sind. Aber auch Männern geht es nach einer Behandlung durch eine Ärztin vielerorts besser als nach einer Behandlung durch einen Arzt. So wirft die Forschung – rund 125 Jahre nach den Grundsatzdebatten um weibliche Ärzte – die Frage in den Raum, was am Konzept männlicher Arzt schiefläuft.

Die neueste Studie, die den Erfolg der Ärztinnen bestätigt, stützt sich auf die Daten von rund 770.000 amerikanischen Patient*innen. Sie bescheinigt all jenen, die von Frauen behandelt wurden, signifikant höhere Überlebenschancen. Der Unterschied betrug rund einen Todesfall unter 417 Patient*innen. Hochgerechnet auf jährlich vier Millionen Einlieferungen in den USA entspricht das in etwa 10.000 Leben. Auch das Risiko, bald ins Krankenhaus zurückkehren zu müssen, lag merklich tiefer.

Die Ergebnisse decken sich mit denen einer noch größeren amerikanischen Studie, die 2017 mehr als 1,5 Millionen Behandlungsverläufe auswertete. Im selben Jahr befand eine kanadische Studie, dass Frauen, die von Männern operiert werden, ein 15 Prozent höheres Risiko für Komplikationen haben – und ein 32 Prozent höheres Risiko zu sterben. Aus Europa wissen wir, dass britische Krankenhäuser mit hohem Frauenanteil sicherer operieren. Dass es sich bei dem Ge-

schlechterunterschied um ein internationales Phänomen handelt, hat eine Metaanalyse inzwischen bestätigt. Männer wurden übrigens in keiner Konstellation benachteiligt – allenthalben entstand auch ihnen durch Ärztinnen ein geringerer Vorteil.

Die ersten Erklärungsansätze drehten sich vor allem um die Eigenschaften der Ärztinnen. Behandeln sie empathischer? Sind sie kooperativer? Viele Eigenschaften, die die Gesellschaft Frauen zuschreibt, wurden untersucht.

Tatsächlich nehmen sich Ärztinnen im Durchschnitt mehr Zeit für ihre Patient*innen und in ihren Gesprächen eher Bezug auf die psychosoziale oder emotionale Ebene. Unter den Männern konnten hier nur Geburtshelfer und Gynäkologen mithalten. Gleichzeitig orientieren Ärztinnen sich tendenziell eher an aktuellen Richtlinien und Evidenzen, greifen öfter zu Früherkennung, bildgebender Diagnostik und Überweisungen an Expert*innen. Dafür fanden sich ihre Patient*innen seltener in Notaufnahmen.

Das erklärt allerdings nicht, warum besonders Frauen von Ärztinnen profitieren, insbesondere diejenigen, die schwer krank sind. Daher werfen Forschende mittlerweile eine neue Frage auf: Nehmen männliche Ärzte diese Frauen und ihre Erkrankungen nicht ernst genug?

Studien zeigen, dass selbst medizinische Laien den Schmerz in Frauengesichtern unterschätzen – und ihnen dann eher zu Psychopharmaka raten und Männern zu Schmerzmitteln. Diese Tendenz nimmt mit den medizinischen Praxisjahren nicht unbedingt ab – sie kann sich sogar noch verschärfen. Im klinischen Alltag werden Frauen seltener in die Notaufnahme überwiesen und ihre Blinddarmentzündungen, Schlaganfälle und Herzinfarkte werden öfter übersehen – besonders dann, wenn sich ihre Symptome anders äußern, als es der Medizin von Männern vertraut ist. Genau daran sterben einige Frauen, und zwar eher, wenn sie von Männern behandelt wurden.

Männliche Ärzte in Deutschland verschreiben ihren Patientinnen tendenziell weniger Herzmedikamente als ihren Patienten und in der Schweiz wurde ihnen weniger Prävention verordnet. In Neuseeland bewerteten Ärzte die Probleme ihrer Patientinnen über Tausende Fragebögen hinweg weitaus seltener als gravierend, vermuteten dafür öfter verdeckte Motive und waren sich mit Diagnosen häufiger unsicher. Auf der anderen Seite gaben französische Patientinnen an, dass sie Ratschlägen zu Sport, Ernährung und Gewicht von männlichen Ärzten deutlich weniger vertrauen.

Dagegen erzielten deutsche Ärztinnen im Bereich Diabetes auch mit ihren im Schnitt älteren und schwereren Patientinnen bessere Ergebnisse als ihre Kollegen. Videoauswertungen zeigen, dass Ärztinnen ihre Patientinnen eher in den Mittelpunkt der Behandlung stellen. Diese berichten wiederum, dass sie gerade Unterleibsuntersuchungen durch Ärztinnen als weniger unangenehm empfänden. Einige schieben Untersuchungen prinzipiell hinaus, wenn keine Ärztin verfügbar ist.

”

Im klinischen Alltag werden Frauen seltener in die Notaufnahme überwiesen, Herzinfarkte werden öfter übersehen

Grundsätzlich drängen Behandelnde, die in der Medizin selbst marginalisiert werden, eher auf Fortschritt. So beklagten etwa Studentinnen weit häufiger, dass sie ihr Lehrmaterial nicht genügend auf die Behandlung von Frauen vorbereitet. Ärztinnen, genauso wie Angehörige von Minderheiten, verfolgten für die Behandlung aktiver neue Richtlinien. Das wirkt sich vielleicht sogar auf die Kollegen aus: Ärzte, die mit besonders vielen Frauen zusammenarbeiten, sind besser darin, ihre Herzinfarkte zu behandeln.

Die Bedeutung von Repräsentanz in der Medizin zeigt sich auch in Studien zu rassistischer Diskriminierung. In den USA werden Herzinfarkte und Schlaganfälle bei Schwarzen Patient*innen häufiger übersehen. Allein die Präsenz von Schwarzen Ärzt*innen in einer Gemeinde verringert das Sterberisiko für diese Gruppe dagegen so sehr, dass es sich auf die Lebenserwartung auswirkt. Auch die Kluft zwischen den Überlebenschancen Schwarzer und weißer Neugeborener halbierte sich durch die Geburtsbegleitung von Schwarzen Ärzt*innen.

Bei Diskriminierung und Rassismus gilt ebenso: Der positive Effekt von Repräsentanz zeigt sich vor allem bei schweren Krankheiten und Geburten. Und: Weißen Patient*innen entstand in keiner Konstellation ein Nachteil. Diversität ist in der Medizin also auf allen Ebenen ein Gewinn – und gleichzeitig stark ausbaufähig. Unter anderem die Perspektive von trans* und nonbinären Personen kommt in bisherigen Studien noch zu kurz.

Zur Frage, wie die Medizin diverser werden kann, hat die Forschung einige Ergebnisse parat: Langfristige Mentor*innen-Programme helfen, genauso wie geschlechtersensible Förderpreise und ganzheitliche Bewerbungsprozesse, die auch Leistungen außerhalb des Krankenhauses anerkennen. Allein das Stichwort Diversität auf der Website zu erwähnen half, mehr Bewerberinnen zu motivieren.

Mindestens genauso wichtig wäre es allerdings, Hürden aus

dem Weg zu räumen. Weltweit gibt es zwar immer mehr Ärztinnen, sie verdienen im Schnitt aber 9 bis 28 Prozent weniger als ihre Kollegen. Auch in Deutschland und zum Teil gerade weil sie mehr Zeit mit ihren Patient*innen verbringen. Obendrein verschlechtern sich Löhne und Arbeitsbedingungen in medizinischen Disziplinen tendenziell, je mehr Zulauf sie von Frauen erhalten.

Neben der Arbeit erledigen Ärztinnen mehr Haushaltsaufgaben, müssen bei familiären Notfällen öfter freinehmen und werden dafür beruflich eher abgestraft. Erst vor Kurzem deckte eine Untersuchung an mehreren japanischen Universitäten auf, dass diese die Zugangstestergebnisse ihrer Medizinstudentinnen verfälschten, um ihren Anteil auf 30 Prozent zu beschränken.

In Deutschland sind inzwischen zwei Drittel der Medizinstudierenden Frauen, in der ambulanten Versorgung ab 2023 erstmals mehr als die Hälfte. In der Chirurgie und bei den Chefarztposten ist der Frauenanteil jedoch deutlich geringer.

Vereine wie „Die Chirurginnen“, „der deutsche Ärztinnenbund“ oder „Spitzenfrauengesundheit“ versuchen dem etwas entgegenzusetzen. Sie vereinfachen Vernetzung, vergeben Stipendien und bieten nebenbei auch Fortbildungen gegen medizinischen Rassismus. Manche Universitätsfakultäten fördern zusätzlich Vereinbarkeit von Beruf und Familie, indem sie das Teilen von Führungspositionen zulassen. Unterdessen setzt die Charité darauf, sämtlichen Praktizierenden mehr Geschlechterbewusstsein zu vermitteln – mit dem ersten deutschen Universitätsinstitut für Gendermedizin, gegründet von der Kardiologin Vera Regitz-Zagrosek.

Letztendlich kann man es nicht allein Ärztinnen aufbürden, das Problem „medizinischer Sexismus“ zu beheben. Genauso wie man es Patientinnen nicht zumuten kann, auf dem Weg in die Notaufnahme Frauenquoten zu checken. Sie alle verdienen die bestmögliche Behandlung, unabhängig davon, wer das Skalpell hebt.

**Nutzen Sie dieses
informativ-unterhaltsame,
redaktionelle Umfeld für Ihre
Werbebotschaft!**

taz  **thema**

**Die meisten taz Themen
erscheinen samstags in der
wochentaz. Sie bietet viel-
seitigen Lesestoff und spricht
mit ihrer 7-Tage-Präsenz an den
Zeitungskiosken zusätzliche
Leser*innen an.**

**Inhalte sind u.a. veganes Leben,
fairer Handel, Klima-, Kultur- und
Literaturthemen.**

**Weitere Infos zu den Jahres-
übersichten finden Sie hier:**



taz.de/tazthemen

Von Konstantin Nowotny

Fast 200.000 „Swifties“, deren Mütter, Väter, Freundinnen und Freunde haben in den folgenden Tagen nichts zu feiern. Traurig sind sie nun, vielleicht auch verängstigt. Was für sie zu einem einmaligen Erlebnis werden sollte, bleibt den zahlreichen Fans nun verwehrt. Nicht nur aus Österreich dürften die Leute gekommen sein, um die enorm populäre Musikerin Taylor Swift zu sehen.

Doch alle drei Termine im ausverkauften Wiener Ernst-Happel-Stadion sind kurzfristig abgesagt. Ein 19-jähriger Österreicher soll einen Anschlag auf eines der Taylor-Swift-Konzerte geplant haben. Er habe sich „im Internet radikalisiert“, wie die Behörden es formulierten, als ob, was im Internet passiert, nicht ganz zum echten Leben gehört.

Nur Monate soll es gedauert haben, bis der 19-jährige Verdächtige dem derzeitigen Schlichterchef des sogenannten Islamischen Staats die Treue schwor, und etwas plante, worauf die überwältigende Mehrheit aller Muslime niemals kommen würde: Im Namen ihres Glaubens zu töten. Die „im Internet Radikalisierten“ von AfD bis Bild werden es freilich anders drehen wollen.

Der festgenommene Tatverdächtige wollte „eine große Menge Menschen töten“, so zitieren ihn die Ermittler. Aber nicht irgendeine Künstlerin wurde hier anvisiert, nicht irgendeines der vielen Großereignisse dieses Sommers sollte zum Horror werden.

Dass es genau den US-amerikanischen Popstar treffen sollte, wundert nicht, Taylor Swift und ihre Fans stehen für alles, was der radikale Islamismus hasst. Das besondere Verhältnis der Künstlerin zu ihren meist jungen, meist weiblichen Fans hat einen buchstäblich beispiellosen Erfolg ermöglicht: Kürzlich brach Taylor Swift mit ihrer „Eras“-Tour den Rekord für die erfolgreichste Tour jemals.

Taylor Swift ist für die einen „nur“ Popmusik, für ihre Anhängerschaft ist sie weit mehr: eine stellvertretende Stimme, ein farbenfroher, friedlich-freundlicher Kosmos voller Liebe, Glück, Schmerz, Drama und Freundschaft.

Ein beliebtes Ritual der Swifties ist es, selbst gemachte Armbänder auf Konzerten zu tauschen. Ein Kult, gewissermaßen, aber ein harmloser, der fast gänzlich ohne Gegnerschaft auskommt.

„Fuck the patriarchy“, so lautet die vielleicht härteste Zeile dieser sonst mit politischen Aussagen vorsichtigen Sängerin, und bei jedem Konzert wird sie von Zehntausenden inbrünstig mitgesungen. „You need to calm down“, „beruhig dich mal“, lautet eine weitere, zarte Kampfansage an alle, die sich über Menschen erregen können, die nicht in die heteronormative Schablone passen wollen – eine große, humorvolle, queere Hymne.

Zärtlichkeit, Queerness, Frauen, die sich und ihr Frausein feiern – es ist eine Männlichkeit, die sich davon bedroht sieht. Eine gelernte Männlichkeit, die sich nur als Gegnerschaft begreift: Wenn „sie“ glücklich und frei sind, schadet das „uns“; wenn Frauen stark sind, gefährdet das die gottgewollte Ordnung.

Nichts ist passiert, zum Glück. Aber Angst ist es, was solche Täter wollen. Freiheit wiederum ist, was ihnen Angst macht. Daher gilt: durchatmen, Mut fassen. Calm down, and fuck the patriarchy.

talkshow

Alles, was sie hassen

In Wien wurden drei Konzerte von Taylor Swift wegen Terrorgefahr abgesagt. Die misslungene Tat galt allem, was radikalen Männern Angst macht: Queerness, Weiblichkeit und Freiheit



Die cucina italiana existiert!

Der Historiker Alberto Grandi macht Furore mit der Behauptung, die italienische Küche gebe es gar nicht. Stimmt nicht, denn die vielfältigen lokalen Küchen vereint: eine einzigartige Speiseordnung, kreative Wahlfreiheit und natürlich „al dente“

Aus Rom **Michael Braun**

Flash. Mit diesem einen Wort lässt sich trefflich beschreiben, was mir auf meiner ersten Italienreise widerfuhr, damals im fernen 1976, als ich als frischgebackener Abiturient gleich mehrere Wochen in Florenz verbrachte.

Da war der Flash der Renaissancestadt mit ihren Piazze und Palazzi, ihren Kirchen und Türmen, ihren Fresken eines Masaccio, mit den Michelangelo-Statuen und den Gemälden Botticellis. Da war der Flash eines seinerzeit kräftig linksbewegten Italien, der Feste der Unità, auf denen sich unter roten Fahnen Zehntausende Menschen trafen, auf denen am Abend Lucio Dalla oder Antonello Venditti gratis aufspielten.

Da war aber noch ein dritter Flash – einer, der nach Knoblauch duftete und nach Rosmarin, nach Salbei und Basilikum: der Flash der *cucina italiana*, der italienischen Küche. Einigermaßen einfach kam sie daher in der von einem älteren Herrn aus Livorno betriebenen Trattoria, mit Livorneser Fischsuppe oder einer Bistecca fiorentina, aber auch mit ganz simplen Spaghetti in einer göttlichen Tomatensauce oder mit der Ribollita, einem Eintopf, in dem Schwarzkohl, Mangold und dicke Bohnen eine Scheibe alten Brots bedecken.

Schnell fragte ich mich, warum eigentlich immer die Rede davon war, es gehe einem „wie Gott in Frankreich“. Spätestens nach dem dritten Abend in der Trattoria war klar, dass Gott in Italien zu Hause war. Dieser – bis heute anhaltende – Glaube erhielt letztendlich allerdings einen Dämpfer, als der italienische Ökonom und Professor für Essensgeschichte Alberto Grandi mit seinem Buch „La cucina italiana non esiste“ („Die italienische Küche existiert nicht“) Furore machte.

Ein erst in den Siebzigerjahren entstandener „Mythos“ sei jene italienische Küche, behauptet Grandi; über Jahrhunderte habe die übergroße bitterarme Mehrheit im Land so schlecht und eintönig gegessen wie sonst nirgendwo in Europa. Und überhaupt – so recht sei gar nicht klar, was diese italienische Küche eigentlich zusammenhalte, da doch die meisten Menschen auf dem Stiefel einen Riesenkult vor allem um ihre Lokalküchen betrieben.

Mit dem Hinweis auf die enorme Vielfalt des kulinarischen

Angebots liegt Grandi durchaus nicht falsch. Ebendies machte jede Fahrt in die verschiedenen Ecken des Landes zu immer neuen Entdeckungsreisen auch bei Tisch. Ob die Pasta al pesto in Ligurien, zubereitet mit dem nur dort wachsenden kleinblättrigen und besonders aromatischen Basilikum,

schmeckte es anders, neu und ausnehmend gut.

Doch auch diese Regional- und Lokalküchen hätten gar nicht die von ihnen reklamierte Tradition, behauptet Grandi. Auch da macht er einen Stich. Lustig ist zum Beispiel, wenn in der Toskana behauptet wird, die Pici – handgemachte lange und

ren. Grandi selbst muss zugeben, dass zum Beispiel die Tortellini oder Ravioli in der Emilia und anderen norditalienischen Landstrichen schon seit Jahrhunderten nachgewiesen sind, dass der Parmigiano schon im 14. Jahrhundert Erwähnung fand, dass die Neapolitaner*innen sich schon vor 200 Jahren mit auf der Straße verkauften Spaghetti stärkten.

Bei aller Vielfalt hält all die Lokalküchen viel mehr zusammen, als Grandi wahrhaben will. Das geht schon mit der Speiseordnung los. Wirklich überall vom alpinen Norden bis zum tiefen Süden Kalabriens oder Siziliens wird auf den Speisekarten unterschieden zwischen den Antipasti (den Vorspeisen), den Primi (Pasta, Risotto oder auch eine Gemüsesuppe) und den Secondi (dem zweiten Gang, vorneweg Fisch oder Fleisch).

Schon damit entpuppt sich die *cucina italiana* als Trennküche ganz eigener Art. Kohlehydrate, Proteine, Gemüse kommen hier nicht alle zusammen daher wie beim Hauptgericht einer deutschen Gaststätte. Und mit dem Trennen geht es dann auch

beim Secondo weiter. Etwas bedröppelt schaute ich drein, als ich damals vor Jahrzehnten zum ersten Mal mit Weißwein angemachte dünne Kalbfleischscheiben bestellte. Die Scaloppine kamen – aber auch nur sie, ohne jedes Beiwerk. Die Beilagen müsse ich schon selber bestellen, erklärte mir dann der Kell-

kein Durcheinander auf dem Teller, und mehr noch, nichts ist zerlegt. „Al dente“ heißt das bei der Pasta, al dente gilt recht gesehen aber auch beim Gemüse. Überhaupt herrscht das Prinzip „weniger ist mehr“, weniger Kochzeit, weniger Zeug auf dem Teller – vor allem aber wenige klar identifizierbare Zutaten bei fast jedem Rezept. Die Pasta al pesto: Basilikum, Parmigiano und Pecorino, Olivenöl, Knoblauch und Pinienkerne. Die Carbonara: Speck aus der Schweinebacke, Eigelb, Pecorino, schwarzer Pfeffer.

Spätestens nach dem dritten Abend in der Trattoria war klar, dass Gott in Italien zu Hause war

ner. Das hieß auch: kein Zwang zu Leipziger oder anderem Allerlei als Pflichtbeilage, sondern die Wahlfreiheit zwischen mit Öl und Zitrone angemachtem Spinat oder gegrillten Zucchini, zwischen Mangold und Paprika – eine Wahlfreiheit, die ganz normale italienische Restaurants auch für Veggies attraktiv werden lässt.

Auch dies hält die italienische Küche zusammen: Es herrscht

Da ist kein Platz für Schummeleien, für undefinierbare braune Bratensaucen, für zusammengepanschte Gemüse, für kühne Dressings, die den wässrigen Geschmack der Tomaten übertünchen. Ebendies hält die italienische Küche zusammen, vom hohen Norden in den tiefen Süden, vom gehobenen Restaurant zur einfachen Landkaschemme, ebendies macht ihre Tradition aus, auch wenn Alberto Grandi das nicht so recht wahrhaben will. „Buon appetito!“, möchte man ihm zu rufen, „la cucina italiana esiste!“



ob der Safranrisotto in Mailand ob die mit Zwiebeln, Essig, Pinienkernen und Rosinen gezauberten Sardinen in Venedig, ob die Pasta cacio e pepe (Schafskäse und Pfeffer) in Rom, ob die Schwertfischrouladen oder auch die Spaghetti al nero di seppia – Spaghetti mit der Tinte des Tintenfischs – in Sizilien: überall

dünne Nudeln – seien schon zu Etruskerzeiten vor rund 2.500 Jahren verspeist worden; schließlich sei auf einem Bildnis in einem Etruskergrab jene Pasta zu erkennen.

Zweifel sind da erlaubt. Das heißt aber wiederum nicht, dass die Rezepturen gleichsam erst vorgestern entstanden wä-

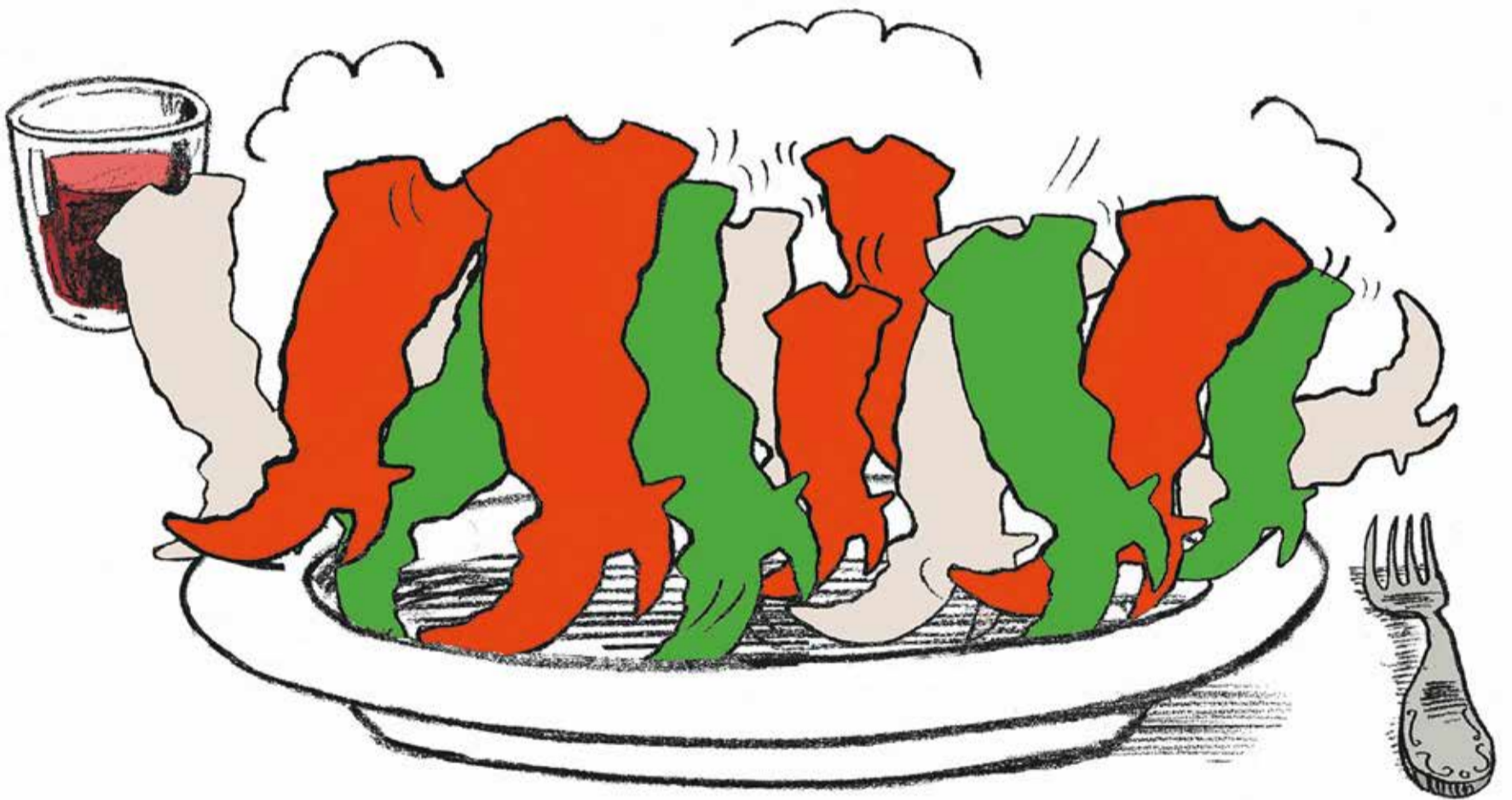


Illustration: Imke Staats



Simone Dede Ayivi
Diskurspogo

Das Stroh, das wir uns jetzt leisten müssen

Obwohl der Kulturhaushalt des Bundes um gut 50 Millionen Euro erhöht werden soll, sind die freien darstellenden Künste von massiven Kürzungen bedroht. Darum habe ich in den letzten Tagen auf vielen Kanälen eine Petition gegen die Kürzungen verbreitet – und wieder mal gemerkt: Die freie Szene ist zwar ein profilgebender Fels unse-

rer Kulturlandschaft, aber die Strukturen sind nicht leicht zu durchschauen, selbst für Fans. Da sind zum einen die Künstler*innen und zum anderen die Produktionshäuser, also Theater ohne festes Ensemble, die Theatergruppen und Publikum in der jeweiligen Stadt zusammenbringen.

Wenn du in der freien Szene etabliert und gut vernetzt bist, fühlt sich das so an, wie in vielen Großstädten eine befreundete WG zu haben, bei der man Party machen kann. Allerdings nur, wenn du Speisen, Getränke und Deko selbst mitbringst. Das Haus stellt die Technik und verschickt die Einladungen. Wenn man als Neueinsteiger versucht, einen der begehrten Plätze in den Spielstätten zu bekommen, hat das ein wenig Maria-und-Josef-Style: Du klopfst an sehr viele Türen. Die meisten sagen Nein. Manche sagen gar nichts, und wenn jemand sehr viel Mitleid mit dir hat, bekommst du vielleicht einen

Stall. Allerdings ohne Krippe und Ochs und Esel. Das müssen die Künstler*innen selber mitbringen. Einige der Häuser stellen jedoch das Stroh!

Wer immer wieder mit den gleichen Problemen zu kämpfen hat, brennt

Das freie Theater gewinnt Menschen, für die im deutschsprachigen Raum kaum Theater gemacht wurde

langsam aus. Die Probleme des freien Theaters bleiben Unterfinanzierung und Unsicherheit. Die geplanten Kürzungen treffen die Szene von beiden Seiten. Gespart und gestrichen werden soll gleichzeitig bei den Produktions-

häusern und den Künstler*innen. Die Mittel des Fonds Darstellende Künste, der vielfältige Förderprogramme für Künstler*innen ausschreibt und dringend einer Aufstockung bedarf, werden um 5 Millionen Euro gekürzt. Die Förderung für das Bündnis internationaler Produktionshäuser soll gestrichen werden. Das heißt: Häuser werden weniger Stroh stellen können, Theatergruppen weniger Geld haben, um selbst Stroh zu kaufen. Doch das ist wohl das geringste Problem: Den darstellenden Künsten geht es an die Infrastruktur, den Künstler*innen an die berufliche Existenz. Das Publikum wird weniger und billiger produziert Theater zu sehen bekommen. Und das ist besonders traurig. Dem freien Theater ist es auch während der Pandemie gelungen, durch Zuhören und Experimentieren neues Publikum zu gewinnen und Menschen mit dem Theater in Berührung zu bringen, die nicht ge-

laubt haben, Theater wäre etwas für sie, und für die lange Zeit tatsächlich im deutschsprachigen Raum kaum Theater gemacht wurde: In der freien Szene haben Schwarze und migrantische Perspektiven ihren festen Platz gefunden. Die Szene ist queere feministisch, vielfältig und arbeitet hart und erfolgreich am Abbau von Barrieren.

Hier gibt es keinen Dresscode und kein Problem mit Überalterung des Publikums. Tanz und Theater finden in ehemaligen Fabrikhallen statt und im ländlichen Raum. Die Themen sind aktuell und dringlich. Theater ist immer live und immer flüchtig. Es lebt von der Begegnung im Moment. Dem gemeinsamen Sehen und Fühlen, dem Austausch und der Diskussion. Es kann verstören und aufrütteln oder verbinden und trösten. In jedem Fall bringt es Menschen zusammen. Und das ist das Stroh, das wir uns genau jetzt leisten müssen.



Gastr del Sol, Jim O'Rourke, links, David Grubbs, rechts
Foto: Benjamin Clarke

Alles könnte passieren

Mit der Erweiterung des Denk- und Spielbaren begeistert das Doppelalbum „We Have Dozens of Titles“ des US-Avantgarderock-Duos Gastr del Sol

Von Benjamin Moldenhauer

Die Avantgarde aus dem Geist der Freiheit, die man vom Punk geschenkt bekommt, die klingt im Falle des US-amerikanischen Duos Gastr del Sol so: eine Akustikgitarre, gezupft, eine Linie immer wiederholend und variierend. Dazu sparsames Orgelrauschen und im Hintergrund herumhasende Elektronik, ein paar Klaviertöne. Drei, vier Elemente, aber durch sanfte Verschiebungen ändert sich beständig alles, und doch klingt das Stück nicht wie ein Verlauf, sondern wie ein Zustand.

„We Have Dozens of Titles“, so heißt eine Compilation, die unveröffentlichte Live- und bis jetzt nur verstreut erhältliche Studio-Aufnahmen von Gastr del Sol im Bündel versammelt. Ihr Reigen beginnt mit „The Seasons Reverse“, dem ersten Song des letzten, 1998 erschienenen Albums des Duos von David Grubbs und Jim O'Rourke. In einer Live-Version, die ein Jahr zuvor im kanadischen Victoria bei einem Festival aufgenommen wurde, in dieser Fassung noch ohne Gesang.

Gastr del Sol wurden damals, in den Neunzigern, im Zuge des von Chicago ausgehenden Post-rock-Hypes rezipiert. Das Duo hat aber mit dem am Ende teils sinfonischen Instrumentalrock, den man unter diesem Genre fasste, kaum etwas zu tun. Auch die irgendwie vielleicht wesensverwandten Tortoise (Tortoise-Schlagzeuger John McEntire und -Bassist Bundy K. Brown spielten in der ersten Gastr-del-Sol-Besetzung mit) waren eigentlich auf einer anderen Baustelle unterwegs. Gastr del Sol verwendeten

alles, was musikhistorisch passend erschien, mit Ergebnissen, die man so vorher und seit dem Bandsplit 1998 so nicht mehr gehört hat. Was dazu führt, dass man sich zum Beispiel an das Doppelalbum „Upgrade & Afterlife“ (1997) sowohl als eines der besten Folk- oder Elektronik- oder Avantgarde-Alben der Neunziger erinnern kann.

Das ergibt dann eine zeitlose Schönheit, nicht im Sinne eines zeitlosen Klassikers oder etwas Kanonischem. Sondern in dem prozesshaften Umstand, dass hier eine Musik sozusagen neben der Musikgeschichte herläuft, auch wenn in den Stücken von Gastr del Sol zitiert und verwiesen wird, dass es nur so rauscht. Nur klingt die Musik so, als würde alles, was hier aufscheint – das Gitarrenspiel von John Fahey, minimalistische Elektronik, Noise, Folk, Field Recordings, Musique concrète –, ihrer Herkunftszeit entzogen und aus ihrem jeweiligen Entstehungskontext herausgelöst.

Zeitlosigkeit ist ein Begriff mit dem David Grubbs im Interview mit der taz dann allerdings nicht gar viel anfangen kann: „Ich hatte nie das Gefühl, dass Gastr del Sol nach Bands klang, die vor oder nach uns kamen. Zeitlosigkeit ist eine seltsame Kategorie. Darauf haben wir nicht abgezielt. Aber dass wir nicht so leicht mit anderen Musiker:innen oder Gruppen verwechselt werden können, verleiht unserer Musik vielleicht die Qualität, die hier beschrieben wird.“

Die Vielfalt und Unberechenbarkeit von Gastr del Sol hätten einfach mit der Begeisterung von Grubbs und Jim O'Rourke für alle möglichen Arten von Musik zu tun gehabt. „Viele

Gruppen hatten damals eine klare stilistische Handschrift und haben mehr oder weniger eine bestimmte Sache verfolgt. Zum Beispiel Bastro, die Band in der ich vorher gespielt habe.“ Gastr del Sol seien danach eine Entlastung gewesen.

„We Have Dozens of Titles“ kommt als Veröffentlichung jetzt, ein Vierteljahrhundert nach dem Ende, dennoch überraschend vom Radar verschwunden. Und damit eine der konzeptuell interessantesten und musikalisch überraschendsten Bands der Neunzigerjahre. Die Schönheit ihrer Musik kann man auch an ihren

Die Schönheit ihrer Musik, man kriegt sie nie ohne Störgeräusche und selten ohne Ironie

hier versammelten entlegenen Aufnahmen nachvollziehen.

Man kriegt sie nie ohne Störgeräusche und selten ohne Ironie oder Selbstironie, die diese Musik vor Bedeutungsschwere und Kopflastigkeit rettet. In dem ebenfalls in Victoria aufgenommenen, gut zehnminütigen „Blues Subtitled No Sense of Wonder“ wird eine simple, quasi romantische Klaviermelodie von flirrenden Elektronik-Flächen überblendet. Und die Bing-Crosby-Coverversion „The Bells of St. Mary“, zuerst erschienen 1996, auf einem japanischen Sampler mit Weihnachtsliedern, loopt den orchestralen Easy-Listening-Schwulst des Originals, um ihn sanft zu zerdengeln.

Hier wie auch in den beiden über jeweils mehr als 15-minütigen Stücken „The Harp Factory on Lake Street“ und „Onion Orange“ verbinden sich im Umgang mit dem Ausgangsmaterial Zartheit und ein freier Zugriff auf Musikgeschichte. Die Musik von Gastr del Sol ist immer eine Musik der Möglichkeiten, dem Eindruck nach ohne stilistische Grenzen, und trotzdem wurde das alles hörbar streng konzeptioniert.

Eine Erweiterung des musikalisch Denk- und Spielbaren, auch heute noch unverzichtbar, und ohne jedes Anything goes. Vielleicht rührt daher die Spannung von Gastr del Sol. Es könnte alles passieren, zugleich passiert aber nicht alles, sondern immer nur das, was gerade passieren soll, entschieden von zwei Musikern, die sehr genau wissen, was sie gerade in diesem Moment an Sounds, Klangfarben und Strukturen produzieren wollen.

David Grubbs begann als Gitarrist in der Post-Hardcorepunkzene und hat sich der europäischen Avantgarde aus dem Geist von Punk und mit einer anderen Offenheit und eben auch Lockerheit und Respektlosigkeit angenähert, bei gleichzeitiger Liebe zum Material. Eine Gastr-del-Sol-Reunion wird es dem Vernehmen nach nicht geben. Er und der seit längerem in Japan lebende Jim O'Rourke sind nach dem Ende von Gastr del Sol getrennte Wege gegangen und haben jeweils Dutzende Soloalben veröffentlicht, die weiterhin von eben diesem Geist besetzt sind: Strenge und Freiheit in ein- und derselben Bewegung.

Gastr del Sol: „We Have Dozens of Titles“ (Drag City/Indigo)

unterm strich

Bei dem jüngsten Gefangenenaustausch zwischen Russland und dem Westen war auch ein Paar, Artem Dulzew und Anna Dulzewa, die eine Online-Galerie zur Tarnung ihrer Spionagetätigkeit nutzten. Das geht aus Recherchen der New York Times und der BBC hervor. Vier Jahre lang (Januar 2019 bis Dezember 2022) führten sie die Galerie 5'14. Ihr Instagram-Account

ist noch heute online und zeigt vor allem kitschige Fotografie und expressive Malerei. Der Kunsthandel gab Anna Dulzewa Gelegenheit, Agentenaufträge in ganz Europa auszuführen.

„An der Freien Kunst zu sparen, kostet zu viel!“ lautet der Titel der Petition, die Regisseur*in und Schauspieler*in Heinrich Horwitz

auf change.org veröffentlichte. Stand Donnerstag haben bereits über 22.200 Künstler*innen, Kulturschaffende und Kunstbegeisterte unterschrieben. Sie unterstützen damit die Forderung an Kulturstaatsministerin Claudia Roth, die Förderungen für den Fonds Darstellende Künste und das Bündnis internationaler Produktionshäuser nicht zu kürzen.

berichtigung

Bei manchen Filmrezensionen taucht vor dem inneren Auge der Leserin ein Stapel von Filmlexika auf, wachsend auf dem Tisch des Rezensenten. Der Film wird dann zu einer Art Memory-Spiel, finde die Bezüge. So geschehen bei „Longlegs“. Das kann Spaß machen, aber nur mit einem ausgeprägten Nerd-Gen.

Schmerz ist ein Ort im Morgen

Die ukrainische Lyrikerin Marianna Kijanowska widmet den Opfern des Massakers von Babyn Jar ein wortgewaltiges Denkmal

Von Jens Uthoff

Babyn Jar: Der Name dieses Tals steht heute für einen Massenmord an jüdischen Menschen. Im Tal Babyn Jar, das auf dem Gebiet der heutigen ukrainischen Hauptstadt Kyjiw liegt, fand am 29. und 30. September 1941 das größte Einzelmassaker des Holocausts statt („Holocaust durch Kugeln“), 33.000 jüdische Männer, Frauen und Kinder wurden von NS-Sondereinheiten ermordet und in eine Schlucht geworfen. Lange gab es kein Gedenken in der Sowjetunion. Als 1976 ein Denkmal in Babyn Jar errichtet wurde, verschwieg man die jüdische Herkunft der Opfer, wegen des Antisemitismus in der UdSSR und weil sonst auch Verbrechen der Roten Armee in den Fokus gerückt worden wären. Erst in der Zeit der Unabhängigkeit der Ukraine entwickelte sich eine Erinnerungskultur.

Ein würdiges, ein wortgewaltiges Denkmal hat die ukrainische Schriftstellerin und Lyrikerin Marianna Kijanowska den gestorbenen Menschen nun errichtet. „Babyn Jar. Stimmen“, heißt es. Die Dichterin aus Lwiw hat 67 Gedichte verfasst, fast alle imaginieren die letzten Lebensstunden der (hier fiktiven) Opfer von Babyn Jar, ihre inneren Monologe auf dem Gang in den Tod. Kijanowska zeigt darin, dass es gerade die lyrische und fragmentarische Sprache ist, mit der der Horror des Holocausts vielleicht in Worte zu fassen ist.

Dies gelingt ihr, weil sie den Opfern Namen und eine jüdische Identität gibt. „alle heißt es treibt man nach babyn jar und weil ich lisa bin / ließ ich sie alle hinter mir einen hübschen ort haben sie / gefunden die schlucht“, heißt es in einem Stream of Consciousness. In weiteren werden jüdische Traditionen angesprochen, jüdische Namen erwähnt: „rabbi levi yitzhak schneerson sagte beim besuch in kyjiw / zu seinem vater schmerz / ist ein ort im morgen / ein ort den du mitnimmst ins morgen“. Zeilensprünge sind ein auffälliges Merkmal der Gedichte, der Verzicht auf Satzzeichen ebenfalls.

Kijanowska geht meisterlich mit Sprache und Stilmitteln um, Übersetzerin Claudia Dathe ist eine großartige Übertragung ins Deutsche gelungen. Die Dichterin spielt mit Wortbedeutungen oder arbeitet mit Onomatopoesie, wenn sie glaubt, die Situation ist nur so sprachlich zu fassen. Auf dem Bahnsteig wartet das lyrische Ich, bis es eingepfercht wird in den Waggon, bis es in die Ungewissheit, in den Tod geht („aus den bahnhofsspatzen werden zufällige ziele / das maschinengewehr spielt ihnen auf tra ta ta tra ta ta alles / schwindet / der zug hält an tru tu tu“). Ein andermal ist die Wiederholung das Mittel der Wahl, um das Unbegreifliche zu begreifen. Manchmal überliest man kleine Irritationen fast, wenn etwa aus „vernichten“, „vernichtsen“ wird, um den Auslöschungswillen der Nazis rhetorisch zu verstärken.

Es gibt jede Menge Referenzen in den Bewusstseinsströmen, auffällig sind die Verweise auf den Tanach („und estherchen fragt seine mama: muss ich jetzt sterben?“). Die vorherigen Katastrophen für jüdisch-ukrainische Menschen werden ebenfalls verhandelt, Kijanowska spielt auf den Holodomor (1932/33) und die Stalin'schen Repressionen und Säuberungen 1937 an („hab dreiunddreißig knapp überlebt / und siebenunddreißig gerade mal so in der brust“).

Dieser Gedichtband könnte auch ein Anlass sein, die bislang wenig rezipierte Literatur über Babyn Jar, über jüdisches Leben in der Ukraine aus der Versenkung zu holen. Jewgeni Jewtuschenkos Gedicht „Babij Jar“ (1961), übersetzt von Paul Celan, und Katja Petrowskajas Erzählungen „Vielleicht Esther“ (2014) dürften hierzulande noch am bekanntesten sein. Die darüber hinaus im Nachwort genannten Prosa- und Lyrikwerke wie etwa Mykola Bazhans Gedicht „Schlucht“ (1943) und Anatoli Kusnezows Roman „Babij Jar. Die Schlucht des Leids“ (1966) sind heute aber wohl nur noch Kenner:innen bekannt. Dabei sollten sie, ähnlich wie Celans „Todesfuge“ (1947), selbstverständlicher Teil einer Erinnerungskultur sein.

Marianna Kijanowska: „Babyn Jar. Stimmen. Gedichte“. Ukrainisch und deutsch, aus dem Ukrainischen von Claudia Dathe. Suhrkamp Verlag, Berlin 2024, 155 Seiten, 24 Euro

zwischen den rillen

Mundwinkel langsam
in die Höhe treiben

Die durchschnittliche Entfernung der Erde zum Mond beträgt 384.405 Kilometer. Luftlinie Deutlich näher zusammen liegen da die pfälzische Gemeinde Herxheim und der nordfriesische Sehnsuchtsort St. Peter-Ording mit etwa 575 Kilometern Distanz. Von letztgenannter Gemeinde bis nach Eckernförde, bei Kiel an der Ostsee sind es wiederum nur etwa 80 Kilometer. Sollte man diesen überschaubaren Weg auf sich nehmen, könnte dort das „Mauseum“, ein Museum der Maus in Kunst und Kitsch, besucht werden.

Damit sind die wichtigsten Punkte abgesteckt, die es zur geografischen Einordnung des Debütalbums „In einem blauen Mond“ des Duos Die Mausis bedarf. Die Mausis, das sind Stella Sommer, die zuletzt vor allem solistisch unterwegs war (bekannt aber auch als Sängerin und Komponistin der Band Die Heiterkeit), sowie der Künstler Max Gruber alias Drangsal. Musikalisch lässt sich die unterschiedliche Ausrichtung der beiden Musiker:innen nur schwer in Kilometern messen, aber man kann ihre je eigenen Entwürfe ja beschreiben.

„Exit Strategy“ heißt das zuletzt erschienene, dritte Album von Drangsal. Hymnisch und schlagereck, gespickt mit eingängigen Wave und NdW-Sounds und textlich – egal ob auf Deutsch oder Englisch – immer gut. „Silence Wore A Silver Coat“ heißt der ebenfalls dritte Langspieler von Stella Sommer. Darauf zu hören sind 24 größtenteils tieftraurige Songs, die von einer Wärme getragen werden, die im hiesigen Indieschaffen nur wenige so erzeugen können, wie es Stella Sommer kann.

Für „In einem blauen Mond“ rücken nun die beiden Musiker:innen nah zusammen und bündeln ihre Songwriting-Talente harmonisch zu einem intimen Werk, das sich so anfühlt, als würde man beim Hören mit ihnen im Studio sitzen. Oder im „Mauseum“. Ob sie das mal gemeinsam besucht haben, ist nicht bekannt, die Vorstellung ist aber eine schöne.

Diese seltsam heimelige Atmosphäre entsteht gleich zu Beginn des Albums. Nämlich dann, wenn sie die Hörerinnen im Intro mit ein paar

Hellos begrüßen und sich erst einmal vorstellen. „Wir sind die Mausis / Von Herxheim nach St. Peter-Ording / Vom Süd-Westen bis in den Norden.“ Fast ist man geneigt, sich danach auch noch selbst vorzustellen, aber dann singen sie auch schon weiter. „Wir bringen es in Ordnung / für euch.“ Gut, dann eben keine Vorstellungsrunde. Dass wer hier mal wieder alles in Ordnung bringt, ist sowieso wichtiger.

Wobei sie dieses Versprechen nur bedingt einlösen. Viel mehr nehmen Die Mausis die Hörerin mit in ihre wohlige Zweisamkeit, in der sie von Ängsten, von Fieslingen, vom nahenden „Supergouda“ singen und konstatieren: „Jedes Jahr ist gleich schlimm.“ Immer wieder finden sich Stellen, die einem die Mundwinkel kurz nach oben ziehen, mal lacht man auch mal länger auf – je nach Humorgrad: Wenn beispielsweise von einer „Mausweiskontrolle“ die Rede ist, dann reißt sich das dynamische Duo aber gleich wieder zusammen. Man will die Mausis ja nicht verschrecken.

Käse und Gelassenheit

„In einem blauen Mond“ ist damit so etwas wie die Vertonung von Camus' „Mythos des Sisyphos“ in einfacherer Sprache. Es ist ein Werk, das so nur von Künstler:innen kommen kann, die sich eine gewisse Freiheit erspielt haben, niemandem mehr etwas beweisen müssen und es dann doch tun. Bis auf einen Gastauftritt von Dirk von Lotzow hat man auf promotaugliche Features verzichtet. Wie schön (also beides, der Song und diese Entscheidung)! Eine weitere goldrichtige Entscheidung: Max Rieger (von Die Nerven) ist für die Produktion verantwortlich.

Ergoogelt man übrigens die Entfernung von der Erde zum Mond, taucht in den Suchvorschlägen weit oben der Eintrag „Wird der Mond eines Tages auf die Erde stürzen?“ auf. Falls dem so wirklich mal sein sollte, bitte einfach Die Mausis und den Raclette-Grill anwerfen und dem drohenden Weltende mit Käse, schöner Musik und Gelassenheit entgegensehen. In etwa so wie beim Finale von „Don't Look Up“.

Johanna Schmidt

Seine Zugewandtheit und Freimütigkeit nehmen für ihn ein: der Regisseur Christopher Rüping
Foto: Urban Zintel



Versteckte Bewerbung

Der Berliner Alexander Verlag ehrt den Theaterregisseur Christopher Rüping mit einem Buch der Reihe „Nahaufnahme“. In Gesprächen vermittelt sich das Nahbare und Kollaborative seiner Arbeit

Von Sabine Leucht

Robert Wilson, Alain Platel, Sasha Walz, Glenn Gould: Die Künstler*innen, an die der Alexander Verlag in seiner Reihe „Nahaufnahme“ heranzoomt, gehören zu den Größten ihrer Zunft. Nun ist auch Christopher Rüping dabei, noch nicht mal vierzig, aber längst schon ein Solitär des Regietheaters, das bei niemandem so nahbar ist und so warm ausstrahlt wie bei ihm.

„Die Energie, die man im Theater aus dem Nichts gewinnt, muss weitergegeben werden“, sagt Rüping selbst. Und weil die Hauptquelle seines Theaterreaktors die gemeinsame Suche ist, haben die Herausgeber – die Dramaturgen Vasco Boenisch und Malte Ubenauf – viele seiner Mitstreiter mit ins Boot geholt. Ihre „Nahaufnahme Christopher Rüping“ stellt nicht auf einen Regieeinzeltäter scharf, sondern ist voll von multiperspektivischen Schnapsschüssen. Der Untertitel „Gespräche, Begegnungen, Material“ unterstreicht das noch. Um die vierzig Menschen, von der künstlerischen Kern-„Familie“ bis hin zu einem Überraschungsgast aus der Philosophie, kommen darin mit Rüping und miteinander ins Gespräch. Über seine kollaborative Arbeitsweise, sein Theaterverständnis aus dem Geist des Erzählens und der immer durchschaubar bleibenden Fiktion, aber auch über sein Menschenbild und seine Reibungspunkte mit der Institution.

Das größte Stimmengewirr herrscht bei einem „Daydrinking“ per Zoom, zu dem im Oktober 2023 binnen fünf Stunden 35 Weggefährten des Regisseurs aufgelaufen sind: Schauspieler*innen wie Wiebke Mollenhauer, Nils Kahnwald, Damien Rebgetz und Viviane de Muynck, Bühnenbildner*innen wie Lene Schwind und Jonathan Mertz, Musiker*innen, Dramaturg*innen und Intendanten erinnern sich an seine Stationen seit Beginn der 2010er Jahre, vor allem an den Münchner Kammertheater, dem

Thalia Theater Hamburg und den Schauspielhäusern in Bochum und Zürich.

Als Materialkorb betrachtet, aus dem man hier und da etwas mit besonders viel Glitzer, Formulierungsoriginalität oder Neuigkeitswert herausgreift, ist das toll. Wer sich aber bis dahin chronologisch durch den Interviewband gelesen hat – das real um 12 Uhr mittags gestartete „Daydrinking“ findet sich auch im Buch in der Mitte –, stellt fest, dass frei nach Karl Valentin bis dahin das meiste bereits gesagt wurde, nur noch nicht von jedem und genau so.

Vielstimmig wird in dem
Buch die besondere
Atmosphäre und
Offenheit der Proben
beschworen

Um einige Grundüberzeugungen und zentrale Inszenierungen wie das bahnbrechende Zehnstundenepos „Dionysos Stadt“, die inzwischen ans Deutsche Theater Berlin weitergezogene Familienimplosion „Einfach das Ende der Welt“ oder der ebenfalls zum Theatertreffen eingeladenen, schwer mit musikalischem Trost bepäckte Dante-Abend „Das neue Leben“ geht es halt immer wieder. Und weil die Gesprächspartner permanent wechseln, muss immer jemand kurz ausholen und Dinge erklären, die an anderer Stelle bereits erklärt worden sind.

„... wie ich in diesem Buch unerträglich oft zu Protokoll gegeben habe ...“, kommentiert Rüping selbst die bei diesem Verfahren unvermeidliche Redundanz. Die Offenheit, mit der er auch eigene Krisen und Versäumnisse anspricht, nimmt auch menschlich für ihn ein. Die Publikation macht sich dieses Ungeschminkte ebenfalls zu eigen und lässt selbst Sätze wie „Jetzt

habe ich aus Versehen Joachim Lux aus dem Zoom geworfen“, stehen. Nun ja.

Kompakter und gehaltvoller sind die Gespräche, zu denen Rüping außenstehende Künstler*innen gebeten hat, deren Arbeit er selbst spannend findet. Mit Tim Etchells von Forced Entertainment etwa unterhält er sich über Durational Performances und gibt freimütig zu, wie viel er sich da bei den Briten abgeschaut hat. Mit am überraschendsten und auch von ihrer Seite erstaunlich ungeschützt ist sein Gespräch mit Andrea Breth, deren psychologisch genaue Inszenierungen oft kanonischer Stoffe man nie und nimmer in einem Atemzug mit Rüplings gemeinschaftlichen Befragungen des Erfahrungsraums Theater in Verbindung gebracht hätte. Fast genauso aufschlussreich ist aber Rüplings Gesprächsführung, die so zugewandt und aufmerksam ist, dass man schon eine ungefähre Vorstellung von der besonderen Atmosphäre auf seinen Proben bekommt, die im Buch so vielstimmig beschworen wird. Und die, wenn sie gelingen, zu einzigartig mutigen, berührenden und unkonventionellen Arbeiten führt.

Das Ende des Zürcher Experiments und die bevorstehende Umbrüche an anderen für Rüping zentralen Theatern geben am Ende des Buches auch Anlass für Zukunftsmusik. Eine Aterpause für den noch jungen Erfolgsregisseur, ein Teilausstieg aus dem System mit nur noch einer weltweit tourenden Riesenproduktion pro Jahr – oder doch die Übernahme eines Hauses, „um gemeinsam herauszufinden, ob Stadttheater irgendwie anders geht“? In Berlin wäre ein Haus frei und möglicherweise für derartige Experimente offen. Und ja, man kann diesen Materialband auch als versteckte Bewerbung verstehen.

Vasco Boenisch und Malte Ubenauf (Hrsg.): „Nahaufnahme Christopher Rüping“. Alexander Verlag, Berlin 2024. 284 Seiten, 28 Euro



Die Mausis: „In einem blauen Mond“ (Käsescheiben/The Orchard Broken Silence); live: 16. 8. Kantine am Berghain, Berlin, 21. 8. Kampnagel, Hamburg

taz mixtape

Über Popmusik in der taz zu lesen, ist das eine. Wie sich das anhört, was die Autoren da beschreiben, das andere. Deswegen gibt es das Beste aus der Musikberichterstattung der taz Kulturredaktion jeden Freitag in einer Radio-Version: taz Mixtape von und mit Klaus Walter.



In die Paranoia getrieben

Die britische Doku „Tabloids on Trial“ berichtet sehenswert über die Erfahrungen der Opfer rechtswidriger Bespitzelung durch den Boulevard

Von **Daniel Zylbersztajn-Lewandowski**

Prinz Harry sieht seine Prozesse gegen Mediengiganten als einen Kampf zwischen David und Goliath. Das behauptete der Prinz in der Doku „Tabloids on Trial“ („Boulevardmedien vor Gericht“) des britischen Senders ITV, die Ende Juli ausgestrahlt wurde. Es geht um Phone Hacking und widerrechtliche Beschaffung von Informationen durch die britischen Medien. Das Telefon von Prinz Harry etwa war von 1996 bis 2010 von Journalist:innen gehackt worden. Ein britisches Zivilgericht sah es als erwiesen an, dass Artikel teils auf abgehörten und anderweitig illegal beschafften Infos basierten.

Der Prinz hat im Dezember seine Klage gegen die britischen Zeitungen *The People*, *Mirror* und *Sunday Mirror* gewonnen. Im Urteil hieß es damals, dass Phone Hacking und die widerrechtliche Beschaffung von Informationen weit verbreitet gewesen seien. Harry und andere Prominente versuchen weiterhin, gegen Medien vorzugehen, die Artikel etwa dank gehackter Telefonnachrichten, Täuschung und in einigen Fällen sogar Einbrüchen publizierten (wie bei dem britischen Schauspieler Hugh Grant). Korrupte Polizeibeamt:innen sollen mit den Medien zusammengearbeitet haben. Zum Arsenal britischer Boulevardzeitungen gehörten auch versteckte Mikrofone, Einsicht in medizinische Akten oder Tracker.

An sich ist all das nichts Neues. Doch die Leistung der Doku ist, dass ITV nicht nur mit dem Prinzen spricht, sondern viele Betroffene zu Wort kommen lässt. Dabei wird klar, dass die Veröffentlichungen viele Opfer sogar in paranoiden Wahnsinn trieben, bei dem sie niemandem mehr vertrauten. Am meisten scheint Ex-Fußballer Paul Gascoigne davon geschädigt zu sein. Er erzählt, dass er sogar seine Eltern beschuldigte, Infos an die Medien weitergeleitet zu haben.

Journalist Paul McMullan, der für die nicht mehr existierende Boulevardzeitung *News of the World* schrieb, gesteht in der Doku, dass Hacking weitverbreitet war und dass es ihm

insbesondere im Fall Gascoigne heute leidtue. Die Mirror-Gruppe musste an Gascoigne knapp 1,5 Millionen Euro Entschädigung zahlen, die Zeitung *The Sun* außergerichtlich eine Summe. McMullan gab an, dass die Abhörarbeit größtenteils von Journalist:innen weiter unten in der Rangordnung erledigt wurde. „Nahezu alle

„Nahezu alle Nummern wurden gehackt, wir taten es die ganze Zeit“

Paul McMullan, Journalist, in der Doku

Telefonnummern wurden gehackt, das gehörte quasi zum Beruf. Wir taten es die ganze Zeit.“

Auch Teenager wurden gestalkt und zerstört. In der Dokumentation beschreibt die walisische Sängerin Charlotte Church, einst Kinderstar, wie die *Daily Mail* sie als Teenagerin für altersübliche Dinge zur gefallenen Person erklärte. Die Medien seien eine Art missbräuchlicher Stalker gewesen, dem man nicht entkommen konnte.

Aufgeflogen war die Arbeitsmethode 2011, als bekannt wurde, dass Reporter von *News of the World* 2005 das Telefon des ermordeten 13-jährigen Schulmädchens Milly Dowler abhörten. Das führte zur Leveson-Un-

tersuchung, benannt nach Sir Brian Leveson, dem Vorsitzenden der Untersuchungskommission. Die Kommission empfahl, eine Institution aufzubauen, die die Standards von Zeitungen prüft. Das wurde jedoch nie umgesetzt. Immerhin bedeutete es nach 168 Jahren Bestehen das Ende der *News of the World* und die Verurteilung des Chefredakteurs Andy Coulson.

Die Autor:innen der Doku „Tabloids on Trial“ erhoffen sich womöglich eine neue Untersuchungskommission durch die frisch gewählte Labour-Regierung. Doch Premierminister Keir Starmer gab bereits bekannt, dass er keine diesbezüglichen Absichten habe. Prinz Harry gab seinerseits an, dass die damaligen Veröffentlichungen und Harrys Entschluss, die Medien rechtlich zu verfolgen, für das Zerwürfnis in seiner Familie eine zentrale Rolle spielten. Harry leitet nächstes Jahr weitere Klagen gegen die *Sun* ein, weitere Verfahren gegen die *Daily Mail* und *Mail on Sunday* seien vorbereitet.

Doch Ermittlungen sind schwer, weil Medienhäuser Spuren verwischen. Laut ITV löschte Murdoch's News Group 2010 30 Millionen E-Mails. Viele Chefredakteure gaben bei der Leveson-Untersuchung unter Eid an, niemals Phone Hacking benutzt oder davon gewusst zu haben. Seit dem Urteil im Dezember scheint klar, dass das wahre Bild ein anderes ist.



Prominentestes Gesicht der Doku: Prinz Harry, hier mit seinem Anwalt David Sherborne vor Gericht gegen die Mirror Group Newspapers. Foto: Jonathan Brady/picture alliance



Steffen Grimberg
Flimmern und Rauschen

Die lange Reise von Sam dem Sachsen

Die Geschichte ist so irre, gerade weil sie wahr ist: „Sam – ein Sachse“ erzählt die Lebensgeschichte des 1970 in Zwenkau bei Leipzig geborenen Samuel Meffire. Der Vater kam aus Kamerun, die Mutter aus Deutschland und ihr Sohn erlebte den Alltagsrassismus in der damaligen DDR buchstäblich am eigenen Leib. Und weil ihn auch die Volkspolizei kaum schützte, ging er genau dorthin. Dann kam die Wende. Meffire wurde Kriminalbeamter und prangte ab 1992 als It-Man ausgerechnet auf den Werbeplakaten der sächsischen Polizei. Im Jahr 1994 quittierte er den Dienst und geriet auf die schiefe Bahn. Er saß im Knast, wurde dann Personenschützer, engagierte sich in Projekten mit straffälligen Jugendlichen und bei der Hilfe für Geflüchtete. Heute arbeitet Meffire als Trainer für Gefahrenlagen.

Das ist klarer Filmstoff, ach Quatsch, mindestens genug für 'ne Serie. Und die läuft ab Ende September im MDR. Die Geschichte der Produktion ist dabei genauso irre wie ihr Inhalt. Denn eigentlich hätte es „Sam – ein Sachse“ schon 2006 geben können. Gemacht von niemand Geringerem als dem Produzenten Tyron Ricketts und Emmy-Preisträger Jörg Winger. Ricketts, dessen Vater aus Jamaika stammt, hatte Meffire Anfang der 2000er Jahre persönlich kennengelernt. Da war Ricketts als Rapper mit Brothers Keepers auf Tour durch den Osten und brauchte wegen der massiven Übergriffe gegen People of Color Schutz. Meffire hatte gerade seine Haftstrafe abgesessen und arbeitete bei der

Sicherheitsfirma, die bei der Tour zum Einsatz kam. Natürlich waren sie zuerst bei ARD und ZDF mit ihrem Stoff. Und was machen die draus? Nichts! Das sei 'ne spannende Geschichte, aber einen schwarzen Hauptdarsteller wolle ja keiner im deutschen Fernsehen sehen, mussten sich Winger und Ricketts noch 2006 anhören. Und nur weil Ricketts nicht losließ und Winger mittlerweile so richtig wichtig war, hat dann rund 15 Jahre später... Nee, nicht der MDR! Der Streamer Disney+ hat „Sam – ein Sachse“ gemacht. Es gab zwar auch wieder Gespräche mit den Öffentlich-Rechtlichen, aber das habe zu lange gedauert, sagt Ricketts mit höflicher Zurückhaltung. Es ist nicht zu fassen! „Guten Stoff erkennen, ist ja nicht nur das eine. Den Mut und die Argumente für eine Umsetzung in einem so großen Laden zusammenzubringen, ist das unmögliche Abenteuer“, sagt die Mitbewohnerin. „Da wissen oftmals die Öffis auch selbst nicht, was bei rumkommt.“

Disney+ hat mit „Sam – ein Sachse“ auch gleich den Grimme-Preis gewonnen. Und prompt traut sich 2024 auch der MDR, die Serie zu wiederholen. Mit knapp 20-jähriger Verspätung kommt so der Stoff dahin, wo er von Anfang an hingehört hätte. Dass dies den öffentlich-rechtlichen Anstalten eine Lehre ist, darf leider getrost bezweifelt werden. Und der Alltagsrassismus längst nicht nur in der ehemaligen DDR muss leider auch nicht näher erklärt werden.

Steffen Grimberg ist leitender Redakteur beim KNA-Mediendienst

ARD

- 12.00 Tagesschau
- 12.10 Mittagsmagazin
- 14.03 Wieder im Amt – Der Job seines Lebens 2 (2/2)
- 15.30 Willkommen in Kolléda
- 17.00 Tagesschau
- 17.15 Brisant
- 18.00 Gefragt – Gejagt
- 18.50 Quizduell – Olymp
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Toni, männlich, Hebamme
- 21.45 Tagesthemen
- 22.20 Aenne Burda – Die Wirtschaftswunderfrau (2/2)
- 23.50 Der Kommissar und die Alpen (3/4): Staub und Schatten. I 2018
- 1.25 Toni, männlich, Hebamme
- 3.00 Der Kommissar und die Alpen (3/4): Staub und Schatten. I 2018

ZDF

- 19.00 heute
- 19.20 Olympische Sommerspiele Paris 2024
- 22.00 heute-journal
- 22.15 Olympische Sommerspiele Paris 2024
- 0.00 heute journal update
- 0.15 Lampenfieber statt Sonnenbrand – Wie der Bühnennachwuchs die Festivals erobert
- 1.00 Schuld & Sühne
- 1.40 Schweiß und Tränen – Unerwünschte Stars des DDR-Sports
- 2.25 Abenteuer Freiheit (2/3)
- 3.10 Straßsund: Waffenbrüder. D 2018

RTL

- 12.00 Punkt 12
- 15.00 Barbara Salesch
- 16.00 Ulrich Wetzell
- 17.00 Verklagt mich doch!
- 17.30 Unter uns
- 18.00 Explosiv – Das Magazin
- 18.30 Exklusiv – Das Star-Magazin

- 18.45 RTL Aktuell
- 19.05 Alles was zählt
- 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten
- 20.15 40 Jahre RTL – Das große Jubiläumssquizz
- 0.00 RTL Nachtjournal
- 0.35 40 Jahre RTL – Das große Jubiläumssquizz
- 1.15 CSI: Miami

SAT.1

- 12.00 Auf Streife mehrere Folgen
- 17.00 Lebensretter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt
- 18.00 Notruf
- 19.00 Die Landarztpraxis
- 19.45 SAT.1: newstime
- 20.15 Murrel Mania (4/4)
- 22.20 Mein Mann kann (4/5)
- 0.55 Murrel Mania (4/4)
- 2.35 Knallerkerle

Pro 7

- 12.00 Scrubs – Die Anfänger
- 12.30 Two and a Half Men
- 14.15 The Middle
- 15.15 The Big Bang Theory
- 17.00 taff
- 18.00 ProSieben: newstime
- 18.10 Die Simpsons
- 19.05 Galileo
- 20.15 The Man from Toronto. Komödie, USA 2022. Regie: Patrick Hughes. Mit Kevin Hart, Woody Harrelson
- 22.35 Central Intelligence. Actionkomödie, USA/CHN 2016. Regie: Rawson Marshall Thurber. Mit Dwayne Johnson, Kevin Hart
- 0.50 Prey. Actionfilm, USA 2022. Regie: Dan Trachtenberg. Mit Amber Midthunder, Dakota Beavers
- 2.35 Conan. Fantasyabenteuer, USA/BG/D/IND 2011. Regie: Marcus Nispel. Mit Jason Momoa, Stephen Lang

tagestipp

Zum ersten Mal ist Breaking olympische Disziplin. In der widerständigen Subkultur wurde diese Aneignung ähnlich wie im Skaten sehr kontrovers diskutiert. Aber sehenswert werden Halbfinale und Finale allemal. Und bringen etwas mehr Progressivität und Kreativität zu Olympia.

„Olympische Spiele: Breaking“, 20.45 Uhr, ZDF



Foto: ZDF

KI.KA

- 7.45 Sesamstraße
- 8.10 Zacki und die Zoobande
- 8.30 Mama Fuchs und Papa Dachs
- 9.00 Heidi
- 9.45 Checker Tobi
- 10.10 Robin Hood – Schlitzohr von Sherwood
- 11.05 Leo da Vinci
- 11.50 Peter Pan – Neue Abenteuer
- 12.55 Zoom – Der weiße Delfin
- 13.30 logo!
- 13.40 Tiere bis unters Dach

- 14.10 Schloss Einstein
- 15.00 H2O – Plötzlich Meerjungfrau
- 15.45 Mia and me – Abenteuer in Centopia
- 16.35 Der kleine Prinz
- 17.00 Simsalgrimm
- 17.25 Yakari
- 17.50 Pinocchio im Zauberdorf
- 18.10 Die Biene Maja
- 18.35 Pip und Posy
- 18.50 Unser Sandmännchen
- 19.00 Die Schlümpfe
- 19.30 Wunschfilm-Sommer

ARTE

- 8.15 Stadt Land Kunst
- 9.00 Das teuerste Stroh der Welt
- 9.55 Im Reich der Frauen (1/4)
- 10.50 Im Reich der Frauen (2/4)
- 12.05 Bauernhof statt Seniorenheim – Ein Lebensabend mit Huhn und Kuh
- 12.40 Stadt Land Kunst
- 13.25 Stadt Land Kunst
- 14.15 Mord im Mittsommer (1–3/3): Tod im Schärengarten. S 2012
- 16.25 Nadia Comăneci – Die Turnerin und der Diktator
- 17.40 Im Reich der Frauen (1/5)
- 18.35 Naturparadies Armenien (2/2)
- 19.20 Arte Journal
- 19.40 Arm im reichsten Land Europa
- 20.15 Der lange Weg nach Hause. Geschichtsdrama, AUS 2002. Regie: Phillip Noyce. Mit Everlyn Sampi, Tianna Sansbury
- 21.40 Ludwig van Beethoven: 9. Sinfonie
- 23.05 Beethovens Neunte – Ode an die Menschlichkeit 0.30 Connemara: Wie das Land, so das Pony
- 1.25 Zimmer 108
- 2.15 Zimmer 108
- 3.15 Manayek – Die Verräter

3SAT

- 18.15 Faszinierende Erde (6/6)
- 19.00 heute
- 19.15 Inspired – Die Kunst-Challenge: Nikis Nanas ganz neu
- 19.45 Die Hauda & die Kunst
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Honecker und der Pastor
- 22.00 ZIB 2
- 22.25 Papillon. Gefängnisdrama, USA/F 1973. Regie: Franklin J. Schaffner. Mit Steve McQueen, Dustin Hoffman

- 0.50 10vor10
- 1.20 Reschke Fernsehen
- 1.50 Vorstadtweibe

BAYERN

- 18.00 Abendschau – Das bewegt Bayern heute
- 18.30 BR24
- 19.00 Unser Land
- 19.30 Lecker aufs Land – Kulinarische Schätze (4/8)
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Watzmann ermittelt (3/8): Der Tote von der Bobbahn. D 2019
- 21.00 Watzmann ermittelt (4/8): Kalkül oder Liebe. D 2019
- 21.50 BR24
- 22.05 Heißmann & Rassau
- 22.50 Der rosarote Panther. Krimikomödie, USA 1963. Regie: Blake Edwards. Mit David Niven, Peter Sellers
- 0.40 Inspektor Clouseau – Ein Schuss im Dunkeln. Krimikomödie, GB/USA 1964. Regie: Blake Edwards. Mit Peter Sellers, Elke Sommer
- 2.20 Querbeet

SWR

- 18.00 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 18.15 SWR Landesschau Rheinland-Pfalz
- 19.30 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 22.00 Nachtcafé
- 23.30 Krause kommt! (1/4)
- 0.15 State of the Union. Komödie, GB 2021. Regie: Stephen Frears. Mit Brendan Gleeson, Patricia Clarkson
- 1.55 Eisenbahn-Romantik

HESSEN

- 18.00 Maintower – News & Boulevard
- 18.25 Brisant
- 18.45 Die Ratgeber

- 19.15 alle wetter
- 19.30 hessenschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Lissabon – die Stadt, der Fluss und das Meer
- 21.00 Teneriffa – Im Bann des Teide
- 21.45 hessenschau
- 22.00 NDR Talk Show
- 0.00 Verurteilt! Echte Kriminalfälle im Gespräch
- 1.20 In aller Freundschaft – Die Krankenschwestern (1/8)
- 2.10 Akte Ex (6/8): Der Informant. D 2013

WDR

- 18.00 WDR aktuell / Lokalzeit
- 18.15 Mit dem Camper durch Kanada – Vancouver, British Columbia und Banff mit Sarazar
- 18.45 Aktuelle Stunde
- 19.30 Lokalzeit
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Extremwetter in NRW – Trockene Sommer und die Folgen
- 21.00 Der Jahrhundertsommer – Hitzewelle über NRW
- 21.45 WDR aktuell
- 22.00 Kölner Treff
- 0.00 Ingrid Kühne: Okay, mein Fehler!
- 1.00 Kölner Treff

NDR

- 18.00 Ländermagazine
- 18.15 Hofgeschichten
- 18.45 DAS!
- 19.30 Ländermagazine
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Ungewöhnliches Wohnen: Hinguckerhäuser in Mecklenburg-Vorpommern
- 21.15 Yared kommt rum (6/8)
- 21.45 NDR Info
- 22.00 NDR Talk Show
- 0.00 Käpt'n's Dinner (5/8)
- 0.30 Die VIVA-Story – zu geil für diese Welt (1/3)
- 1.10 NDR Talk Show

RBB

- 18.00 rbb24
- 18.15 Hilfe in der Not

- 18.45 Brisant
- 19.30 rbb24 Abendschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Die TOP HITS – Berlin und Brandenburgs längste Hitzparade
- 23.30 Loveparade – Als die Liebe tanzen lernte
- 1.00 Absolut Live
- 1.45 My Ugly Clementine
- 2.30 Royal Blood

MDR

- 18.10 Brisant
- 19.00 MDR Regional
- 19.30 MDR aktuell
- 19.50 Elefant, Tiger & Co.
- 20.15 Sommerhits am Wörthersee
- 21.45 MDR aktuell
- 22.00 Riverboat – Klassiker
- 0.00 Spuren der Rache (1/2)
- 1.25 König Opa
- 1.45 Elefant, Tiger & Co.
- 2.10 Der Jobtester

PHOENIX

- 12.30 phoenix plus
- 14.15 phoenix vor ort
- 14.15 NATO-Manöver in der Ostsee – Die Bundeswehr probt den Ernstfall
- 14.30 Report Mainz
- 15.00 Die großen Illusionen des Atomzeitalters
- 15.45 Traumschiffe des Sozialismus – Kreuzfahrten in der DDR
- 16.00 Die geheime Welt der Superreichen: Das Milliarden-spiel
- 16.45 Lüge und Wahrheit – Die Macht der Information (3/6)
- 17.30 phoenix der tag
- 18.00 Green Deal – Kann Europa Klima?
- 18.30 Geheime Weltmächte
- 18.50 Tagesschau
- 20.15 Die große Wanderung (1–3)
- 22.30 Das Atomzeitalter
- Höllenerbe und Hoffnung (1–3)
- 0.45 Die große Wanderung (1–3)
- 3.00 Die Maxwells – Chronik einer Skandal-Familie



taz  **shop**

Gartenschere. Für den Schnitt von Ästen oder holzigen Pflanzenteilen, die einen höheren Krafteinsatz erfordern. Klinge und Amboss sind auswechselbar.

Für Rechts- und Linkshänder*innen. Von Löwe. Geeignet für Äste bis 2,5 cm Durchmesser.

Maße: L 21 cm. Gewicht: 270 g.

€ 39,30

10 % Rabatt für taz-Unterstützer:innen*

*Ausgenommen sind Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und einige Soli-Artikel sowie bereits reduzierte Waren.
taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | Telefon (030) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | taz.de/shop



Andreas Rüttenauer
Sport Frontif

Bloß weg von der Tomate auf Beinen!

Fast hatte es mich erwischt. Doch ich konnte dem roten Wesen, dem ich in der Basketballhalle versehentlich zu nah gekommen war, gerade noch rechtzeitig ausweichen. Jenes Gute-Laune-Monster namens Phryge tanzt durch alle Austragungsorte und wer sich nicht wehrt, der muss ein kräftiges High-Five mit dem Maskottchen der Spiele austauschen. Wie es nicht anders sein kann, gibt es eine Geschichte hinter diesem Maskottchen. Es ist der Form einer typischen phrygischen Mütze nachgebildet und steht damit für Freiheit, lerne ich auf den olympischen Informationskanälen.

Phrygische Mütze? Die kann man auch skythische Mütze nennen, das steht zumindest auf Wikipedia, und dass sie „ursprünglich ein geerbter Stier-Hodensack samt der umliegenden Fellpartie“ war. Mehr möchte ich gar nicht wissen. Am Ende steckt hinter der Geschichte wieder irgendwas, das den notorischen Kulturkämpfern von rechts Brennstoff für irgendeine sinnlose Empörung über die verkommene olympische Gesellschaft dienen könnte. Für so etwas wie Diversität möglicherweise. Nicht auszudenken!

Also Finger weg von diesem Ding, das aussieht wie eine verwachsene Tomate auf Beinen. Aber Obacht! Es gibt auch andere merkwürdige Figuren, die durch die olympischen Anlagen streichen. „Schauen Sie mal, wer hier neben mir steht“, sagt der Sprecher in der Handballhalle, „Pierre de Coubertin!“ Da soll natürlich Freude aufkommen, wenn der Begründer der Olympischen Spiele der Neuzeit vorgestellt wird. Ein Volunteer in historischem Kostüm und mit dem mächtigen coubertinschen Schnauzer ausgestattet, mit dem selbst der Bart des legendären NDR-Walrosses Antje – die älteren erinnern sich, die jüngeren googeln bitte – nicht mithalten kann.

Wer sich mit ihm fotografieren will, darf das Foto anschließend auf irgendeinem olympischen Kanal posten – und muss sich keine weiteren Sorgen machen, dass bei der Erinnerung an den alten Sportvisionär, dessen rassistisches, kolonialistisches und frauenfeindliches Weltbild thematisiert werden könnte. Wäre ja noch schöner!

Wer mehr Glück hat, trifft auf die Person, die als Alice Milliat verkleidet in den Hallen für Selfies zur Verfügung steht. Bevor sie sich auf den Weg durchs Publikum macht, wird sie mit einem kleinen Filmchen vorgestellt. An die Schwimmerin, Ruderin, Hockeyspielerin und Autorennfahrerin, die von 1884 bis 1957 gelebt und zwischen 1922 und 1934 viermal Frauenweltspiele veranstaltet hat, wurde schon bei der Eröffnungsfeier der Spiele erinnert.

Ihr Kampf für Frauenrechte und Frauen im Sport soll unvergessen bleiben. Die Arena Porte de la Chapelle, eine der wenigen für diese Olympischen Spiele neu gebauten Sportstätten, soll nach dem Event ihren Namen tragen. Also zumindest an zweiter Stelle. Der erste Name geht natürlich auf einen Mann zurück: Adolf Dassler. Dreimal dürfen Sie raten, wie die Halle heißen wird.

Und nun zu den Nachrichten

Die Sichtbarkeit von Sportlerinnen im TV ist trotz Aufwärtstrend gering ausgeprägt. Die Olympischen Spiele können mit ihrer Geschlechterparität die Zahlen etwas aufbessern

Von **Johannes Kopp**

Von Missionen und Visionen ist bei den Machern der Olympischen Spiele schon aus Vermarktungsgründen ständig die Rede. So wundert es kaum, dass sie auf dem Weg zu ihren hehren Zielen auch die Medien ein wenig an die Hand nehmen. Vor den Sommerspielen in Paris wurde etwa ein 37-seitiger aktualisierter Ratgeber veröffentlicht, der sich mit der bestmöglichen medialen Darstellung der Geschlechter befasst. Den TV- und Rundfunksendern wird darin empfohlen, „so weit wie möglich sicherzustellen, dass die gleiche Sendezeit und Berichterstattung dem Sport von Frauen und Männern gewidmet sind.“

Günstige Bedingungen dafür hat das Internationale Olympische Komitee (IOC) selbst geschaffen. Bei diesen Olympischen Spielen in Paris sind erstmals so viele Frauen wie Männer am Start. Das damit verbundene Ansinnen, eine geschlechtergerechte Sportberichterstattung herzustellen, kann fast schon als revolutionär bezeichnet werden. Im Alltag sind die Sportredaktionen der TV- und Radiosender, Zeitungen und Onlinemedien weit davon entfernt – auch die taz.

Der Sportausschuss des Bundestages hat sich erst im März mit der mangelnden Sichtbarkeit von Sportlerinnen in den Medien beschäftigt. Damals

beklagte die Ruderin Pia Greiten, die in Paris gerade mit dem Doppelvierer Bronze gewann, die geringe Medienpräsenz des Frauensports wirke sich nachteilig auf die Vermarktbarkeit und das Sponsoreninteresse aus. Die geringeren Einnahmen wiederum erschwere die Finanzierbarkeit von Frauensporterevents. Zudem wies sie daraufhin, dass die wenigen Blicke auf den Frauensport häufig noch „sehr stark sexualisiert“ seien.

Wie wenig Aufmerksamkeit die Leistungen von Sportlerinnen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen erhalten, unterstreicht auch eine aktuelle Untersuchung von Media Tenor, einem Schweizer Unternehmen für Medienanalysen.

Über den Zeitraum von 2012 bis Mitte 2024 wurden die Hauptnachrichtensendungen der ARD („Tagesschau“, 20 Uhr) und des ZDF („heute“, 19 Uhr) nach Sportmeldungen durchforstet. Die Männerdominanz beim Fußball und Radsport mag dabei wenig überraschen. Erstaunlich ist allerdings, dass selbst in Sportarten, die weniger geschlechtsdominant erscheinen, große Disbalancen festzustellen sind. So drehten sich in den ZDF-Nachrichten 231 Leichtathletikmeldungen um Männer und nur 130 um Frauen. Bei der ARD ist das Missverhältnis (131/74) ähnlich. Im Wintersport schafften es laut Media Tenor Männer 2.278-mal in die

ZDF-Nachrichten, Frauen hingegen nur 1.225-mal. Bei den ARD-Nachrichten gewinnen ebenfalls männliche Athleten den Vergleich (1.061:499) deutlich.

Auf Anfrage der taz, wie diese Differenzen zu erklären sind und wie Sportmeldungen für die Nachrichten ausgewählt werden, erklärt die ARD: „Die Auswahl der Nachrichten erfolgt ausschließlich nach journalistischen Nachrichtenkriterien, das Geschlecht zählt nicht

würde die wachsende Sichtbarkeit von Sportlerinnen in ihren jeweiligen Sportsendungen außer Acht lassen. Insbesondere wird das verstärkte Engagement in den letzten Jahren im Frauenfußball hervorgehoben. Aber auch in anderen Sportarten würde „die Entwicklung vorangehen“, so die ARD und weist auf die nächste Woche beginnende Radrundfahrt „Tour de France Femmes“ hin, die erstmals täglich auf ihrem Sender zu sehen sein wird.

Zahlen zur Präsenz von Sportlerinnen in deutschen Sendungen sind nur schwer aufzutreiben. Eine Untersuchung in Österreich aus dem Jahre 2019/20 stellte fest, dass die Präsenz von Sportlerinnen im täglichen Sportüberblick der ORF-Sendung „Sport Aktuell“ bei nur 15 Prozent lag.

Von einem ausgeglichenen Verhältnis dürfte man auch im deutschen TV weit entfernt sein. Nur während der Olympischen Spiele herrscht nun der Ausnahmezustand. Wobei es auch hier zu seltsamen Entscheidungen kommt. Als die deutschen 3x3-Basketballerinnen im Spiel um Gold nur noch 25 Sekunden zu spielen hatten, brach man die Übertragung lieber für punktliche „heute“-Nachrichten ab. Als wenige Tage später die Weitsprunglegende Bob Beamon im Olympia-Studio zu Gast war, fingen die Nachrichten dagegen mit Verspätung an.

In den TV-Nachrichten werden männliche Leichtathletikerfolge viel öfter vermeldet

dazu.“ Eine eigene statistische Auswertung von Nachrichten würde diesem journalistischen Grundsatz widersprechen. Zudem wird auf die Abhängigkeit von den Sport-Senderechten hingewiesen, auf deren Erwerb die Nachrichtenredaktion keinen Einfluss habe. Gleich man diese Aussagen mit den Media-Tenor-Resultaten ab, heißt das übersetzt wohl, dass der Aufmerksamkeitswert, den eine Nachricht auf sich ziehen kann, Männersportnachrichten nach wie vor stark begünstigt.

Sowohl ARD als auch das ZDF machen indes darauf aufmerksam, die Media-Tenor-Analyse

Bronzemedaillengewinnerin Pia Greiten (ganz rechts) beklagt die mangelnde Medienpräsenz von Sportlerinnen
Foto: imago



Die Zahl

110

Kilogramm und mehr wiegen allein drei Handballer aus dem deutschen Olympiakader, der an diesem Freitag gegen Spanien um den Einzug ins Finale spielt. Dies ist durchaus von Vorteil für einen Sport, der immer mehr dem Schwergewicht-Ringen gleicht.

was alles olympia nicht fehlt

Paddel-Meailen: Die deutschen Kanuten haben bei den Olympischen Spielen in Paris Gold im Kajak-Vierer gewonnen. Max Rendschmidt, Max Lemke, Jacob Schopf und Tom Liebscher-Lucz setzten sich im Finale über 500 Meter durch und stellten dabei noch mit einer Zeit von 1:19,80 Minuten einen olympischen Rekord auf. Dennoch verpasste das australische Boot den ersten Rang um nur vier hundertstel Sekunden. Dritter wurde Spanien. Über die gleiche Strecke holten sich auch die deutschen Kanutinnen im Kajak-Vierer eine Medaille. Paulina Paszek, Jule Hake, Pauline Jagusch und Sarah Brüssler mussten sich nur dem Boot aus Neuseeland geschlagen geben. Im Ziel fehlten nur 0,42 Sekunden. Die ungarischen Frauen erreichten den Bronzerang.

Olympia-Aus: Siebenkämpferin Sophie Weissenberg hat sich beim Probestart für ihren Olympia-Auftakt schwer verletzt. Die 26-Jährige lag im Stade de France weinend am Boden und wurde vom medizinischen Personal betreut. Wenig später schoben die Helfer Weissenberg in einem Rollstuhl von der Bahn. Der Verband teilte mit, dass die Leichtathletin einen Achillessehnenriss erlitten hat. Bei den Vorbereitungen auf den Hürden-Sprint blieb die Leverkusenerin an der zweiten Hürde hängen.

Regierungshilfe: Taiwans Präsident Lai Ching-te steht hinter der in eine Geschlechterdebatte geratenen Boxerin und Olympia-Finalistin Lin Yu-ting. Lin sei an diesem Wochenende bereit, Geschichte im olympischen Boxen für Taiwan zu

schreiben, teilte er nach dem Halbfinale der 28-Jährigen auf der Onlineplattform X mit. Am Samstag kämpft sie im Federgewicht um Gold. „Trotz irreführender Behauptungen der IBA (Weltverband im Boxen) und Mobbing von verschiedenen Seiten, geht sie mit Klasse und Gelassenheit voran“, schrieb Lai, der seine Regierung anwies, rechtliche Schritte zu prüfen.

Bronze mit Weltrekord: Sam Watson, Speed-Kletterer aus den USA, hat im Kampf um den bronzenen Podestplatz seinen eigenen Weltrekord (4,74) verbessert. Veddrig Leonardo aus Indonesien war im Finale an der 15 Meter hohen Wand nur geringfügig langsamer (4,75 Sekunden), gewann aber Gold vor dem Chinesen Wu Peng aus China (4,77).

verbalie des olympiatags

„Das Ringen hat gesiegt, ich habe verloren. Meine Träume sind zerbrochen, ich habe keine Kraft mehr weiterzumachen“

Die indische Ringerin und Frauenrechtlerin **Vinesh Phogat**, die wegen 100 Gramm Übergewicht nicht für ihren Finalkampf zugelassen wurde, tritt vom Sport zurück

Learning by doing

Team Frankreich ist für die deutschen Basketballerinnen im Viertelfinale noch einen Tick zu stark, aber der Weg der Korbjägerinnen soll nun direkt zur Weltspitze führen



Unwiderstehlicher Zug zum Korb: Nyara Sabally (hinten) kann die Französin Marine Johannés wieder einmal nicht stoppen Foto: AP

Aus Paris
Andreas Rüttenauer

Da war nichts zu beschönigen. Das war den deutschen Basketballerinnen klar nach der 71:84-Niederlage gegen Frankreich im Viertelfinale des olympischen Turniers. Zwanzig Turnover standen am Ende auf dem Statistikbogen. Zwanzigmal hatten sie den Ball an ihre Gegnerinnen verloren. „Es waren die Ballverluste, die den Französinen zu viele einfache Körbe beschert haben.“ Auch für Alexis Peterson, die Aufbauspielerin der Deutschen, waren die Ballverluste der Hauptgrund für die Niederlage. Aber irgendwie wollte sie so recht darüber nicht sprechen. Denn „niemand hat mit uns hier im Viertelfinale gerechnet“, sagte sie und zeigte, wie stolz sie auf das Erreichte war.

Peterson, die geborene US-Amerikanerin, war erst kurz vor Olympia eingebürgert und mit einer Spielberechtigung für den Deutschen Basketball-Bund ausgestattet worden. Endlich hatte das deutsche Team eine Aufbauspielerin. Beim Qualifikationsturnier in Brasilien war noch Satou Sabally, die Flügelspielerin von den Dallas Wings

aus der WNBA, für den Ballvortrag verantwortlich. Das veranschaulicht ganz gut, dass die Deutschen erst am Beginn einer Entwicklung stehen. Trainerin Lisa Thomaidis wird ja auch nicht müde, das zu betonen. Es gibt eben einfach noch zu wenige deutsche Basketball-

„Niemand hat mit uns hier im Viertelfinale gerechnet“

Alexis Peterson,
deutsche Nationalspielerin
auf der Position des Point Guard

erinnen, die auf internationalem Parkett Erfahrung haben. „Die Französinen sind seit Jahren für jede WM und EM qualifiziert. Das macht eben einen Unterschied“, sagte die Kanadierin nach dem Olympia-Aus.

Während die Französinen elf Spielerinnen auf das Parkett geschickt haben, von denen nur eine auf weniger als zehn Minuten Spielzeit gekommen ist, setzte Thomaidis nur sieben Spielerinnen ein. Sie ist darauf angewiesen, dass die Anführerinnen des Teams mehr oder

weniger allein ihre Entscheidungen treffen. Während die Französinen sauber ihre eingeübten Systeme durchgespielt haben, war bei den Deutschen nicht viel mehr zu sehen als ab und zu mal ein Block, der der ballführenden Spielerin Platz verschaffen sollte. „Wir haben nur eine einzige Trainingseinheit zu zwölf absolvieren können“, sagte Thomaidis nach dem Spiel.

Hätten sich Svenja Brunckhorst und Sonja Geiselsöder vor den Spielen nicht dafür entschieden, beim 3x3-Basketball anzutreten, hätte das vielleicht noch besser ausgesehen. Die beiden sind jetzt Olympiasiegerinnen und haben aus ihrer Sicht gewiss die richtige Entscheidung getroffen. Sie haben zugeschaut, als ihre Kolleginnen gegen das extrem physisch spielende Frankreich unter die Räder gekommen sind. Auch Dirk Nowitzki, der deutsche Hero, der in diesen Tagen alles tut, um dem deutschen Basketball durch seine schiere Anwesenheit Größe zu verleihen, war wieder in der Halle und wird nicht schlecht gestaunt haben über die phänomenal gut aufgelegten Französinen, von denen eine hochbegabte Ballerin

nach der anderen von der Bank gekommen ist. Die fünf Dreier von Marine Johannés, ja, die hatten schon etwas.

Die sieben wackeren Deutschen haben da oft zu viel Abstand gehalten. Die anderen waren eh noch nicht so weit, um überhaupt zum Einsatz zu kommen. Für Lisa Thomaidis wird es nun darauf ankommen, die Spielerinnen, die den höchsten Ansprüchen noch nicht ganz gewachsen sind, an internationales Niveau heranzuführen. Ein weiter Weg ist das noch. Satou Sabally, die fast schon ein schlechtes Gewissen zu haben schien, weil sie, die sonst immer überragt hatte, in der ersten Hälfte fast gar nichts an Punkten beisteuern konnte, weiß, dass dennoch etwas bleiben wird von dem Turnier. „Wir haben gezeigt, wie sehr der Basketball in Deutschland gewachsen ist“, sagte sie, der vor lauter Enttäuschung vor allem über sich selbst nicht viel eingefallen ist nach dem Spiel.

Auch sie hatte den Abstand zur absoluten Elite gespürt. „Die Französinen waren einfach sehr aggressiv. An so etwas müssen wir uns erst noch gewöhnen“, so Sabally, die schon in einer Woche ebenso wie ihre Schwester Nyara und Leonie Fiebich wieder auf dem Parkett stehen soll. Die US-Profiliga WNBA, die im Sommer, wenn die Männer Pause haben, die Hallen in den USA füllen soll, setzt kommende Woche ihren Spielbetrieb schon wieder fort.

Vor der Nationalmannschaft, die innerhalb eines Jahres von der fast vollständigen Bedeutungslosigkeit in die erweiterte Weltspitze aufgestiegen ist, liegen nun zwei Heimturniere. Die Vorrunde der EM findet im kommenden Jahr in Hamburg statt. Die Weltmeisterschaft 2026 in Berlin. Bei den nächsten großen Turnieren sind die Deutschen, die sich über Jahrzehnte schwergetan haben, überhaupt die Qualifikation zu schaffen, also dabei. Vor der Europameisterschaft gibt es als Ersatz für die Qualifikationsspiele eine Gruppenspiellrunde mit den anderen EM-Gastgebern Griechenland, Italien und Tschechien. Da lässt sich ohne viel Druck arbeiten. Mal sehen, was dabei rauskommt.

das portrait

Sorato Anraku will den Olymp erklettern



Sorato Anraku dominierte den ersten Teil des Halbfinals im Bouldern/Lead-Klettern, er ist ein Boulder-Spezialist. Und zwar ein so guter, dass er mit seinem Punktevorsprung im zweiten Teil nicht mehr hätte antreten müssen, um sich fürs Finale zu qualifizieren. Heute geht es für den 17-jährigen Japaner beim Klettern um die Medaillen.

Sportklettern ist seit den letzten Spielen in Tokio olympisch und bei den diesjährigen Spielen in zwei Disziplinen aufgeteilt: in das Speed-Klettern und das Bouldern/Lead-Klettern. Letzteres ist Anrakis Disziplin, die wiederum in zwei Teile aufgeteilt ist. Beim Bouldern klettern die Athleten mehrere rund 4 Meter hohe Wände ohne Sicherung hoch. An einer Wand befinden sich technisch anspruchsvolle Probleme nebeneinander. Diese gilt es in möglichst wenigen Versuchen in einer bestimmten Zeit zu „toppen“, also bis an die Spitze zu klettern. Hierfür gibt es Punkte.

Die gibt es – genau wie das Zeitlimit – auch beim Lead-Klettern. Die Probleme sind hier etwas weniger technisch, der Fokus liegt eher auf Ausdauer. Die Wand ist 15 Meter hoch. Deshalb klettern die Athleten mit einem Sicherheitsseil. Ein weiterer Unterschied zum Bouldern ist, dass der Versuch beendet wird, sobald die Kletterer fallen. Am Ende des Wettbewerbs werden die Punkte aus Bouldern und Lead zusammengezählt.

Das Klettermagazin *LacruX* schreibt Sorato Anraku im Finale die Favoritenrolle zu. Zu Recht. Das junge Talent erreichte bei der Asienqualifikation für die Olympischen Spiele 199,7 von 200 Punkten im Bouldern/Lead und gewann die Silbermedaille im Lead-Klettern bei der Weltmeisterschaft 2023 in Bern. Ein weiterer Punkt für den jungen Japaner ist, dass ihm beide Klettervarianten liegen. Normalerweise haben die Athleten eine bevorzugte Disziplin, die zu ihrer Technik oder ihrem Körper passt. Anraku hingegen führte die Rangliste des Kletterweltcups letztes Jahr im Lead und im Bouldern an. Ob das Ausnahmetalent seine Leistung auch im Finale bringen kann, wird sich zeigen. Im Klettersport ist es nicht unüblich, dass einzelne Sportler für einen kurzen Zeitraum extrem dominieren und dann abfallen. Für den 17-Jährigen wird das aktuell keine Rolle spielen.

Elias Schaal

b-note

Takeshi lässt schön grüßen!

Warum die Olympischen Sommerspiele manchmal wie „Takeshi's Castle“ aussehen

Wer bei diesen olympischen Sommerspielen Kanu-Cross in der Wildwasseranlage von Vaires-sur-Marne im Nautical Stadium sah oder die Wandsprinter im Le Bourget Sport Climbing Venue, der konnte auf die Idee kommen, dass es von Olympia nicht mehr allzu weit ist bis zu „Takeshi's Castle“. Das war, die Älteren erinnern sich bestimmt, eine japanische Spielshow, die hierzulande in Sparten sendern lief.

Grundidee der Show war eine reale Umsetzung von Jump-'n'-Run-Computerspielen wie Super Mario. Eine Partei musste Fürst Takeshi's Castle erobern, eine andere suchte das zu verhin-

dern. Dabei mussten die wildesten Parcours überwunden werden. Um im Finale dem Fürsten persönlich gegenüber treten zu dürfen, mussten die Kandidaten einige mehr oder weniger schwierige Etappen oder Gaga-Spiele bewältigen. Bei jeder Etappe schieden Kandidaten aus, bis am Ende die Teilnehmer fürs Finale feststanden. Das Ganze wurde recht schrill kommentiert.

Kurzum: Das Internationale Olympische Komitee hat damals die einmalige Chance verpasst, ihr Event aufzupeppen. Jetzt versucht das IOC nachzuziehen mit Fun Sportarten, mit Wettbewerben, die eben auch irgendwie in die Welt von Takeshi gepasst hätten: Athletinnen in Mickeymausbooten machen die Eskimorolle und ki-

cken sich dann bei Hindernissen raus. Spinnenmänner schnellen senkrecht nach oben, und auf Kinderfahrrädern kurbeln behelmte Menschen so hochfrequent über Buckel, dass man denkt, die Kniescheibe von denen springt gleich heraus.

Sooo viel anders ging es bei Takeshi's Castle auch nicht zu, und machen wir uns nichts vor: Es geht immer nur um den Wettbewerb. Worin der besteht, das ist völlig egal, definitiv wumpe. Im Grunde ist ein Dreikampf aus Hallenhalma, 100-Kilometer-Lauf und einer Stunde Stehversuch mit dem Fahrrad denkbar. Es müssten sich nur genügend Wettkämpfer finden. Das alles ließe sich auch wunderbar olympisch inszenieren. Die Kameras müssten eben nur draufhalten auf das Spektakel,

die Kommentatoren sich heiser quatschen, TV-Verträge abgeschlossen werden. Otto Sportverbraucher würde auch das gucken.

Denkbar wäre auch folgender Siebenkampf aus teils vergessenen oder unterbelichteten Sportarten: Zielspringen mit dem Fallschirm, Orientierungslauf, Motocross, Mini-golf, Hochradfahren, 3.000-Meter-Rückwärtslauf und Gedichtaufsagen. Letzteres stünde auch in einer sehr olympischen Tradition, denn bis zu den Spielen des Jahres 1948 gab es auch Goldmedaillen für Kunst: Architektur, Literatur, Musik, Malerei und Bildhauerei. Die Spielräume des IOC bleiben groß, die Show wird weitergehen und größer werden. It's Time for Takeshi!
Markus Völker

genossenschaft

taz

Max Buschfeld
Kreativdirektor des taz Verlags

GELD IST NICHT ALLES.
ABER OHNE WIRD DAS
ALLES NIX

Runter von der Bank, rein ins Geschehen!

In der taz Genossenschaft bewegt dein Geld etwas – gegen Rechtsruck und für eine stabile Demokratie. Keine 2,5% Zinsen, dafür 100% Einsatz für unabhängigen Journalismus und eine offene Gesellschaft.

Bereits ab 500 Euro gehört dir so ein Teil der taz und du wirst Miteigentümer*in.
Alle Infos auf taz.de/genossenschaft

Foto: Maximilian König

Die Krone des Saumagens

Nach dem Aus für Weinköniginnen: Neuer royaler Glanz an der Weinstraße in Rheinland-Pfalz

Von **Torsten Gaitzsch**

In Deutschlands zweitgrößtem Weinanbaugebiet brodelt es wie in einem vernachlässigten Gärfass. Der Verein Pfalzwein hat angekündigt, das Amt der Weinkönigin abzuschaffen. Stattdessen soll es künftig eine „PfalzWeinBotschafterin“ oder einen „PfalzWeinBotschafter“ geben, ohne Krone, lediglich mit einer Anstecknadel ausgestattet. Damit endet nach 93 Jahren die letzte identifikationsstiftende Tradition der Pfalz.

Die Reaktionen sind mehr als ein Sturm im Rieslingglas. „Wir in Rheinland-Pfalz haben doch sonst nichts, wir sind der abgehängte Wurmfortsatz des Saarlandes! Der Rest der Republik weiß nicht mal, wer dort gerade Ministerpräsident ist“, klagt ein gewöhnlicher Landauer Bürger namens Alexander Schweitzer.

Doch just von Landau in der Pfalz strömt dieser Tage ein Wind der Hoffnung in alle Ecken des Bindestrich-Bundeslandes. Noch in diesem Herbst soll hier als Ersatz für die Pfälzische Weinkönigin die erste Saumagen-Königin gekürt werden. Die Aktion initiiert hat Marcus Brendel, Metzgergeselle und Mitglied der Fleischerinnung Westpfalz.

„Die Idee dazu kam mir, als ich eines Abends aus Lange- weile unsere gute Apfelleber-



Wer möchte da nicht zuschlagen? Köstlicher Saumagen Foto: reuters

wurst in eine Strumpfhose meiner Frau stopfte“, erinnert sich der 50-jährige Geschäftsmann. „Da fiel mir auf, wie ähnlich sich das zarte Geschlecht und eine feine Kochwurst doch sind. Gerade Saumagen wird von Bananen gerne als derb und wenig gehoben abgetan.“

Echter Saumagen sei jedoch mehr als grob gewolfte Schlacht-abfälle, die man zusammen mit matschig gekochten Kartoffelwürfeln in Schleimhautfalten presst und als Arme-Leute-Essen serviert. Das verwendete Fleisch sei mager, hell und fettarm – „und diese Eigenschaften fordern wir auch von den zu kürenden Präsentantinnen“, meint Marcus Brendel. „Nein, Spaß beiseite, wir gehen

natürlich mit der Zeit. Die Kandidatinnen dürfen gerne curvy, Brillenträgerin, PoC oder vegan sein, solange sie nicht älter als 28 sind und sich dazu bereit erklären, ganz klassisch ein mit Brät gefülltes Krönchen zu tragen.“

Die zu Krönende müsse vor allem den Geist des Saumagens verinnerlicht haben. Denn Wurst, das ist im Land von „Metzelsupp“ und „Schiefer Sack“ ein Lebensgefühl. In Landau, wo es seit 2002 sogar einen Internationalen Pfälzer Saumagen Wettbewerb gibt, laufen die Vorbereitungen demgemäß wie ein Uhrwerk. Gewürzsommeliers kreieren derzeit ein Parfüm aus Thymian, Majoran und Muskat, mit dem die Majestät vor ihrem ersten Auftritt eingesprüht wer-

den soll. Außerdem wird es bei der Wahl ein Rahmenprogramm für Groß und Klein geben: Saumagen-Wettessen, Saumagen-Gewichtschätzen, Saumagen-Jonglage, Saumagen-Piñatas.

„Wir sind wieder wer!“, freut sich eine Seniorin, die extra aus Bad Bergzabern angereist ist, um beim Besticken der Königinnenschärpe mitzuhelfen. „Weinkönigin, das war jahrzehntlang ein Status, der Türen öffnete. Als Weinkönigin war man eine gute Partie, der Titel ersetzte zu meiner Zeit die Mitgift! Wenn eine Weinkönigin schwanger wurde, bekam sie vom Landratsamt eine Kiste Grauburgunder geschenkt ... was im Nachhinein so einiges erklärt.“

Welchen Einfluss die erste Saumagen-Hoheit haben wird, muss sich zeigen. Beworben haben sich jedenfalls schon rund 12.000 junge Frauen, das entspricht der Gesamtbevölkerung der Verbandsgemeinde Göllheim.

Über dem Phänomen Saumagen schwebt freilich ein Name, der auch überregional tiefste patriotische Wallungen auszulösen vermag: Helmut Kohl. Der Kanzler der Einheit hat seinem Leibgericht zu weltweiter Bekanntheit verholfen, setzte bei wichtigen Empfängen seinen Gästen stets Saumagen vor, ohne dass es deswegen je zu einem bewaffneten Konflikt ge-

kommen wäre. Der Titel „Saumagen-Königin“ soll in diesem Sinne mit dem Untertitel „Helmut-Kohl-Ehrenwahrerin“ daherkommen.

„Wir haben bereits bei den Kohl-Söhnen nachgefragt, ob wir mit ihrem verstorbenen Vater werben dürfen“, sagt Veranstalter Brendel. „Die Antwort war sinngemäß, es sei ihnen ‚scheißegal‘. Unsere Justiziarin, übrigens Miss Mutterstadt 1997, hat ohnehin bestätigt, dass der Pfäl-

Die Kandidatinnen dürfen gern curvy, Brillenträgerin, PoC oder vegan sein. Hauptsache, Krone

zer Staatsmann inzwischen public domain ist und sein Name und sein Konterfei frei verwendet werden dürfen.“ Kohl hätte es gewiss gefreut, wenn zu seinen Lebzeiten Saumagen-Königinnen geherrscht hätten.

In Landau läuft der Countdown bis zum ersten Vorausscheid. Das Mega-Event wird mit 450.000 Euro – ungefähr das Bruttoinlandsprodukt von Rheinland-Pfalz – nicht eben billig. Zum Glück wurde die Summe von einer Reihe Spendern gestemmt. Anonym, versteht sich.

Stachelig und nachtaktiv

Komplimentiert Köln putzige Gesellen heraus?

Am Donnerstag erschallte kurz vor Redaktionsschluss ein spitzer Schrei: Endlich wieder eine Igelmeldung! Ist die tierliebe Wahrheit doch ein treuer Fan der Erinaceidae, deren bekannteste Vertreter bei uns die Braunbrüstigel und die Nördlichen Weißbrüstigel sind. Doch was lasen wir Ungehöriges beim rheinischen Dienst der dpa: „Die Stadt Köln will zum Schutz von nachtaktiven Mährobotern keine späten Fahrten von Igel in Gärten mehr erlauben.“ Das Land NRW setze jedoch „lieber auf Vernunft als eine neue Vorschrift“. Recht so, genau! Wo kämen wir denn da hin, wenn wie im lausig jocken Köln die armen Stachelgesellen nicht mehr auf

der Suche nach Partnern oder Futter durch die laaafen Gärten cruisen dürften! Nur weil davon die doofen Mähroboter, die sowieso ständig anecken und keine Wiese ordnungsgemäß gebacken beziehungsweise gemäht kriegen, aufwachen könnten! Das ist doch lächerlich und das Verbot betrifft dann wohl auch Mett- und Schokoigel, das müssen wir noch mal recherchieren ... Wie? Den Igel geht es in Köln doch nicht an den Kragen? Wir haben uns bloß verlesen? Richtig, da stand ja: „Die Stadt Köln will zum Schutz von nachtaktiven Igel keine späten Fahrten von Mährobotern in Gärten mehr erlauben.“ Jot jemaht, Kölle, alles klar, nix für ungut!

Mach mir die Harris!

Gesucht in der SPD – die deutsche Kamala

Ein kluge Frage stellten die Kollegen vom Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) in einem Interview am Donnerstag Lars Klingbeil: Ist der Kandidatenaustausch der US-Demokraten ein Vorbild für die SPD mit Blick auf die Bundestagswahl nächstes Jahr und die Beliebtheitswerte von Kanzler Scholz? Der SPD-Chef schloss dies kategorisch aus. Unbeantwortet blieb aber leider die Frage, wer denn überhaupt von den SPD-Frauen an Scholz' Seite in der Lage sei, die Harris zu machen. Wer könnte die deutsche Kamala werden? Nancy Faeser? Lisa Paus? Svenja Schulze? Oder Klara Geywitz? Eine vorzügliche Frauenriege, ganz nah dran an der Macht. Doch die meisten Chancen hat eindeutig die Bundesbauministerin Klara Geywitz, die sogar noch mehr Charisma besitzt als die US-Vizepräsidentin. Und allein der Name: Klara klingt wie Kamala. Und auch eine gewisse Ähnlichkeit ist vorhanden, zumindest in der Kinnpartie. Aber Äußerlichkeiten sind unwichtig. Schließlich hat Geywitz als Bauministerin viel getan, wenn auch nicht für Wohnungssuchende. Aber kann ja noch kommen – im Bundeskanzleramt. Also falls die SPD sich in letzter Sekunde neu entscheidet: Go, Klara, go!



KamalaFoto: dpa



Heiko Werning

Zu heiß gebadet

Urlaubszeit, Reisezeit, fremde Kulturen und Gebräuche entdecken – auf nach Bayern also. Den Besuch wollen wir in der Königlichen Kristalltherme ausklingen lassen. Dort kann man in 38 Grad warmer Salzlake im Freien dümpeln. „Die Architekten“, lese ich, „haben aus König Ludwigs Schlössern Höhepunkte der Gestaltung übernommen und eine Therme höchster Badekultur geschaffen.“ Eine Wohlfühltherme nach Motiven eines Königs, der im knietiefen Wasser eines Sees ersoffen ist. Wellness pur, bayerisches Stilbewusstsein.

In der Poolbar bestelle ich ein bayerisches Bier, das man im 35 Grad warmen Wasser trinken kann. Das „nach der Heilslehre der Hildegard von Bingen mit Grandeur-Technologie aufbereitet“ und daher, so die Hinweistafel, „über Edelsteine und Bergkristalle“ geleitet wird.

Überhaupt ist man ganz aus dem Häuschen über sein Grandeurwasser. Aber was zum Teufel ist Grandeurwasser? Folgendes: „Grandeur-Wasserbelebungsge-

räte bestehen aus einem stark belebten Wasserkern in einem schwach magnetisierten Metallgehäuse. Durch das Zusammenspiel ist der Wasserbelebter in der Lage, natürliche Impulse auf das Wasser zu übertragen, ohne selbst damit in Berührung zu kommen.“ Klingt hochseriös, ebenso wie Hildegard von Bingen Erkenntnisse zur Energetisierung von Wasser. Das lernt nämlich von den Kristallen, über die es fließt, und nimmt dieses Kristallwissen in sich auf, was sich wiederum auf die Menschen überträgt, die darin sitzen und Bier trinken, also auf mich.

Ich begrüße das, ich wollte immer schon von Bergkristallen lernen. Das muss dieses Bayern-Abitur sein, von dem immer alle schwärmen. Hildegard von Bingen ist immerhin eine Heilige und wurde von Benedikt XVI, also unserem Ratzepapst, zur Doctor Ecclesiae universalis erklärt. Denn sie hat der Welt wichtige Weisheiten geschenkt, auch zur richtigen Ernährung: „Erdbeeren verursachen gleichsam einen Schleim im Menschen, der sie isst, und sie taugen we-

der dem gesunden noch dem kranken Menschen zum Essen, weil sie nahe an der Erde wachsen und weil sie sogar in fauliger Luft wachsen.“ Bodenständig und in fauliger Luft – Erdbeeren sind die Berliner unter dem Obst! Igitt!

Etwas beunruhigt mich die neue Erkenntnis, dass Wasser von allem lernt, um das es fließt, also auch von meinen Mitbadenden. Zu meiner Rechten erzählt eine cocktailschlürfende mittelalte Frau gerade ihrer Freundin, dass sie plane, ihren Lebensunterhalt nun als Heilstein-Influencerin zu bestreiten. Sie sagt tatsächlich „Heilstein-Influencerin“. Während das Wasser von der Decke über eine große Bergkristallsäule läuft und dabei schlauer und schlauer wird.

Aber mein Bier ist alle, ich verlasse den Pool mit dem bayerischen Klugscheißerwasser. Morgen geht es zurück nach Berlin. Dort werde ich mich der nächsten kulturellen Herausforderung stellen und endlich zu einer dieser Erdbeeren von „Karls Erdbeerhof“ gehen. Ich fühle mich jetzt bereit.



das wetter

Die Nudelbretts

Als Dackeldame Duisburg einen samtig platternden Beller ausstieß, plötterten die beiden Gangster wie aus der Pistole geschossen aus ihrer Gemüsekiste. Endlich! Oma Gisela war da! Wie sie lebte und lebte stand sie dort in ihrem Space-Kostüm Galaxis XS Kö, standesgemäß arriviert im olympischen Paris. Und was tat sie als Erstes? Lässig drückte sie den Ausknopf am Röhrenfernseher, Essig war es mit Decathlon gucken! Und dann nahm sich Oma Gisela stracks Detlef Nudelbrett zur breiten Brust und seines arg bandagierten Kopfes an.

gurke des tages

Die Polizei soll die **Nationalität von Tätern** nennen, verlangen **Hardliner** gern. Was aber ist, wenn Schurken aus dem „**Knoblauchland**“ kommen? Heißen sie dann „**Knobis**“? „**Streit im Knoblauchland eskaliert**“, meldete die **Polente Nürnberg** am Donnerstag. Mehrere Personen hätten sich „**aus noch ungeklärten Gründen**“ mit **Holzstangen** geprügelt. Das **Knoblauchland** jedoch ist ein **Gemüseanbaugebiet** bei **Nürnberg**. Und der Auslöser war bestimmt **Mundgeruch**.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag. Herausgeb.: taz die tageszeitung. Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Barbara Junge, Ulrike Winkelmann, Katrin Gottschalk (stellv.)
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 25 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Ulrike Winkelmann
LeserInnenbriefseite: Gaby Sohl
Anzeigen: Sönke Tümmler
Berliner Lokalteil: Marie Frank | alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahlicke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf: taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21
Telefon: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführerinnen: Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter: taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur | Anne Fromm, Redakteurin | Aline Lüllmann, Kauffrau | Andreas Marggraf, Kaufmann | Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

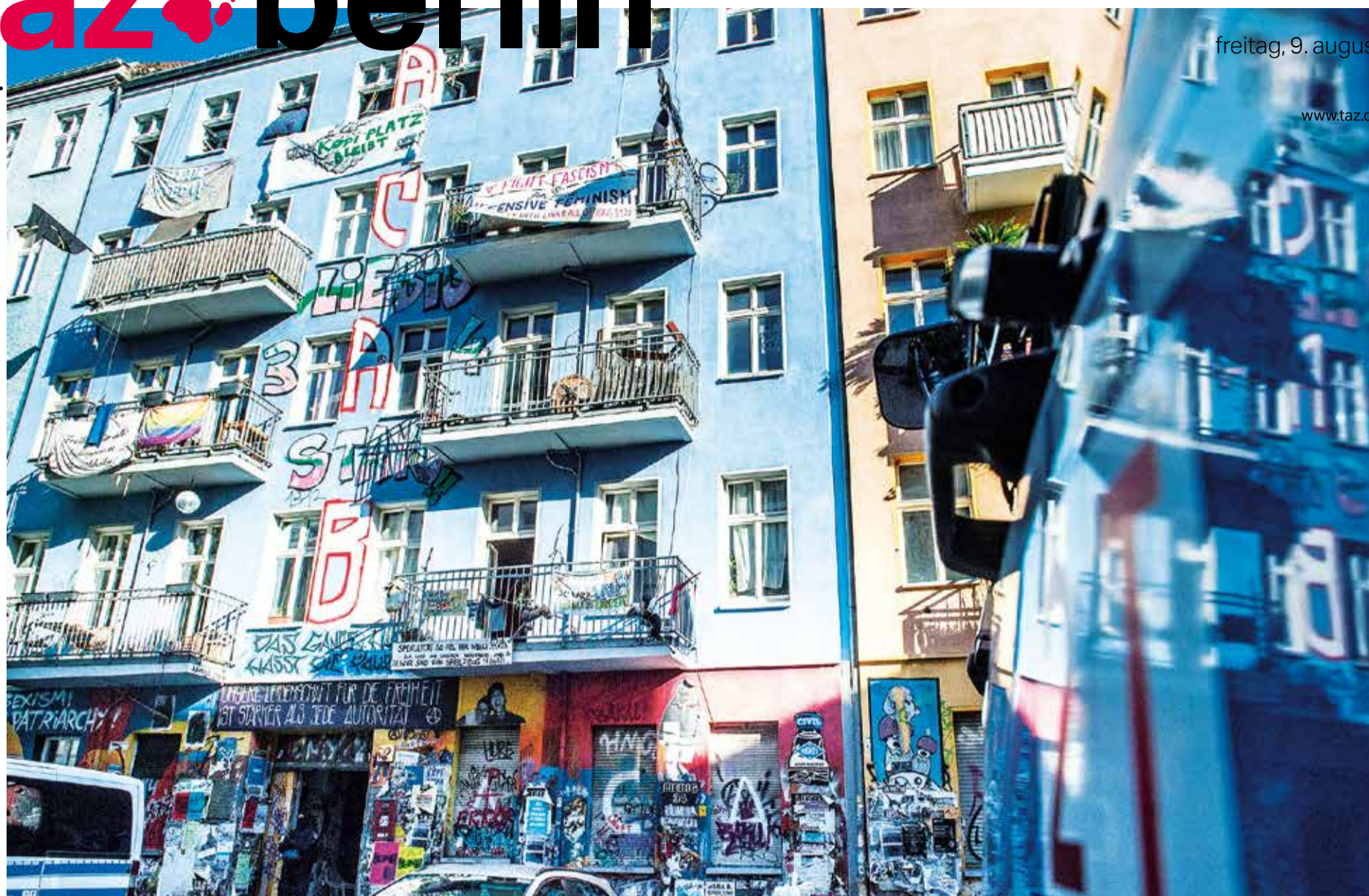
Aufsichtsrat: Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/ Steuerberater, Bielefeld | Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin | Nina Schoenian, Kauffrau, Berlin

Druck auf PALM Recyclingpapier: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421 Pinneberg | prima Rotationsdruck Nord GmbH & Co. KG, 19243 Wittenburg | MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen

Aboservice: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 2 59 02-680

E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis regulär 42,80 €





Rigaer 94 zum Zeitpunkt der polizeilichen Begehung im Oktober 2021
Foto: Sergejx-Glanze/imag

Das Ende einer Ära naht

Ehemalige Mieter:innen der Rigaer Straße 94 wollen sich nicht weiter gegen Räumungsklagen des Eigentümers wehren. Dem Hausprojekt in Friedrichshain droht das Aus. Juristische Schwierigkeiten und der Nahostkonflikt sind entscheidend

Von Erik Peter

Seit 34 Jahren trotz die Rigaer Straße 94 der Aufwertung im Friedrichshainer Nordkiez und den Auflösungserscheinungen der autonomen Szene. Nun aber steht das seit Jahren umkämpfte Hausprojekt, das als linksradikales Symbol weit über Berlin hinaus bekannt ist, vor dem Aus.

Nach Informationen der taz will eine Gruppe ehemaliger Bewohner:innen, die immer noch im Besitz von Mietverträgen sind, auf eine weitere juristische Gegenwehr gegen die Räumungsklagen des Eigentümers verzichten. Betroffen wäre ein Großteil der Wohnungen im Seitenflügel und Hinterhaus – der Kern des linksradikalen Projekts. Hintergrund sind sowohl juristische Risiken angesichts einer neuen Linie der Berliner Gerichte als auch ein Streit über den Nahostkonflikt.

Wie Alexander von Arentin, einer der beiden Anwälte der Eigentümerfirma Lafone Investments Limited, der taz sagte, sei man aktuell „in Gesprächen mit Mietern und deren Vertretern“. Dabei gehe es um die Unter-

zeichnung von „Aufhebungsverträgen“. Die Alt-Mieter:innen, die seit 1992 im Besitz der Mietverträge sind, wollen demnach darauf verzichten, weiterhin gegen die gegen sie gerichteten Räumungsklagen vorzugehen. Die laufenden Berufungsverfahren vor dem Landgericht – in erster Instanz hatte das Amtsgericht Kreuzberg noch gegen die Räumungsklagen entschieden – würden damit beendet werden.

Nach Jahren der juristischen Auseinandersetzungen, in denen die Briefkastenfirma Lafone viele Niederlagen einstecken musste, hätte sie die angestrebten Räumungstitel. „Wir hoffen, dass da ein Ende in Sicht ist“, sagt von Arentin, der die Eigentümer in öffentlich-rechtlichen Verfahren, aber nicht in den Räumungsverfahren vertritt. Eine endgültige Einigung der Parteien und eine Anerkennung des Landgerichts stehe aber noch aus. Doch von Arentin gibt sich zuversichtlich: „Wenn man da lange nicht mehr lebt, ist es nachvollziehbar, dass man das beenden will.“

Ende 2022 schien der Konflikt noch zugunsten des Hausprojekts beendet zu sein. Damals hatte das Kammergericht als höchstes Berliner Gericht eine Berufung der Eigentümer gegen eine vor dem Landgericht wiederholt verlorene Räumungsklage gegen die Rigaer 94-Kneipe Kadterschmiede zurückgewiesen.

Die Prozessfähigkeit der Lafone stand infrage: Weder die Beglaubigung des damaligen und inzwischen ausgetauschten Geschäftsführers, ein eingesetzter Strohmännchen, noch die Prozessvollmacht für den Anwalt Markus Bernau sei glaubhaft gemacht worden. Eine Beschwerde der Eigentümerseite vor dem Bundesgerichtshof blieb erfolglos. Das Konstrukt der Briefkastenfirma, hinter der der Berliner Geschäftsmann Leonid Medved stehen soll, war für die Eigentümerseite zum Problem geworden.

Inzwischen aber sieht dieselbe Kammer des Kammergerichts die Dinge anders. In einem Beschluss vom Juli wird

die Unternehmenstätigkeit der britischen Firma und ihrer Geschäftsführung aufgrund neuer Glaubhaftmachungen erstmals nicht mehr angezweifelt.

Zudem heißt es: „Die Klägerin hat auch substantiiert dargelegt und nachgewiesen, ihren Prozessvertreter wirksam mit der Prozessführung beauftragt zu haben.“ Im Ergebnis entschied das Gericht, dass eine beklagte vermeintliche Bewohnerin eine

„Wir sind in Gesprächen mit den Mietern“

A. von Arentin, Eigentümeranwalt

Waschküche im Hinterhaus der Rigaer 94 herausgeben müsse. Von der Person waren bei einer polizeilichen Begehung des Hauses im Oktober 2021 persönlichen Unterlagen und Dokumente in dem Raum gefunden worden. Das Urteil ist rechtskräftig. Für alle weiteren Kla-

gen bedeutet das eine erhöhte Gefahr, dass weitere Räumungsurteile ergehen.

Für die betroffenen Bewohner:innen wie Alt-Mieter:innen geht damit das Risiko einher, nicht nur Prozesse zu verlieren und Gerichtskosten tragen zu müssen, sondern auch Schadensersatzpflichtig zu sein. Zuletzt zweifelte das Landgericht in zwei weiteren Verfahren gegen Mieter:innen des Vorderhauses die Rechtmäßigkeit der Lafone nicht an. Eine Mieterin wurde dazu verurteilt, 7.000 Euro Miete nachzuzahlen.

Auch gegen den Sportraum des Hauses gab es jüngst ein Räumungsurteil, wie die Rigaer 94 auf ihrer Website erklärte. Dort heißt es auch: „Seit einigen Monaten scheint die Justiz einen anderen Kurs einschlagen zu wollen.“ Gleichwohl gibt man sich kämpferisch, wie eh und je: „Auch wenn Richter:innen also entscheiden sollten, dass ein Briefkasten, irgendeine Schlips-träger:in oder wer auch immer Eigentümer:in unseres Hauses sein sollen, wollen wir daran

erinnern, dass wir uns nicht an ihre Spielregeln halten werden.“

Auf die Füße fällt der Rigaer 94 aber wohl etwas anderes. Am 1. November veröffentlichte das Haus auf seiner Website einen vor allem in der linksradikalen Szene vielfach scharf kritisierten Beitrag unter der Überschrift: „Einige Gedanken zum Ausbruch aus dem größten Gefängnis der Welt“, womit das Hamas-Massaker am 7. Oktober auf Israel gemeint war. Darin heißt es: „Der deutsche Staat, Politiker*innen und manchmal sogar unsere Mitstreiter*innen sorgen sich sehr darum, wie nah oder fern man sich zu den Ideen der Hamas positioniert.“

Dem Vernehmen nach hat die Haltung des Hauses, in dem auch der Livestream des abgebrochenen Palästina-Kongresses übertragen werden sollte, auch bei einigen Alt-Mieter:innen für Unmut gesorgt. Auch dies soll dazu beigetragen haben, nicht mehr den Kopf in juristisch hoch riskanten Verfahren für die aktuellen Bewohner:innen hinhalten zu wollen.

Luisa Faust über eine Solidaritätsdemonstration für das mutmaßliche Opfer von Jérôme Boateng

Von Gewalt betroffenen Frauen den Rücken stärken

Wie macht man auf etwas aufmerksam, das jeden Tag passiert, aber meist im Verborgenen bleibt?

Vorm Kammergericht in Berlin Schöneberg steht Zoe Anthea Kraft. Sie ist gekommen, um gegen Gewalt gegen Frauen zu demonstrieren, eine Gewalt, die Alltag ist. Jede dritte Frau in Deutschland wird mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von physischer oder sexualisierter Gewalt. Und fast jeden dritten Tag wird eine Frau in Deutschland von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet.

Im Gerichtssaal, vor dem Kraft steht, wird gleich eine Verhandlung statt-

finden. Vor Gericht wird jemand stehen, der vor Kurzem in München wegen Gewalt an seiner Ex-Partnerin und der Mutter seiner Kinder verurteilt wurde: der Profifußballspieler Jérôme Boateng.

Heute geht es um ein anderes mutmaßliches Opfer. Die Mutter seiner Ex-Partnerin Kasia Lenhardt kämpft darum, die weitere Verbreitung eines Bild-Interviews zu verhindern, in dem Boateng Lenhardt diskreditierte, ihr vorwarf, ihn zerstören zu wollen. Lenhardt wurde in sozialen Medien mit Hassnachrichten und Drohungen geflutet und beging wenige Wochen spä-

ter Suizid. Die Bild kassierte für das Interview mehrere Rügen des Presserats. Boateng hat sich für die Äußerungen bislang nicht öffentlich entschuldigt.

Vorm Gerichtsgebäude erzählt Kraft, dass sie in einer vergangenen Beziehung selbst Betroffene von häuslicher Gewalt war. Sie habe erlebt, dass ihr sogar im Freundeskreis nicht geglaubt wurde, als sie von ihren Erlebnissen berichtete. „Das kann gar nicht sein, der ist doch immer so nett“, hätten Bekannte gesagt. Solche Erlebnisse würden die Hemmschwelle steigern, sich an die Polizei zu wenden. Neben Kraft steht auch die Cousine von

Boatengs anderem Opfer. Sie hat die Gerichtsverhandlung in München verfolgt. „Mir hat währenddessen manchmal der Mund offen gestanden“, berichtet sie. Es habe sie schockiert, wie viel Last auf dem Opfer der Gewalt abgelegt wurde. Die Richterin habe ihre Cousine gefragt, warum sie ihren gewalttätigen Partner nicht früher verlassen habe, und so die Verantwortung für Boatengs Taten auch seinem Opfer zugeschoben.

„Das hat was mit mir gemacht“, sagt sie, deswegen ist sie heute hier, obwohl sie selbst solche Art von Gewalt nicht erlebt hat. Aber sie weiß, dass Betrof-

fene manchmal so verletzt und traumatisiert sind, dass sie jemanden anderen brauchen, der für sie einsteht. Genau das will sie vor dem Kammergericht in Berlin tun. Sie ist außerdem hier, um sich mit der Familie von Lenhardt solidarisch zu zeigen.

Die Gruppe vor dem Kammergericht Berlin ist kleiner als die Anmelderinnen der Demonstration gehofft haben, etwa zehn Menschen sind gekommen. Im Kreis stehen sie nahe beisammen, überlegen, wie sie jetzt weitermachen. Die Entscheidung fällt schnell: Sie wollen sich in den Gerichtssaal setzen, Platz einnehmen und Präsenz zeigen.

Kommentar von **Marie Frank** über den Ausbau des Massenlagers Tegel

Das Leiden der Geflüchteten ist politisch gewollt

Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert, heißt es so schön im Volksmund. Eine Hölle ist das Massenlager für Geflüchtete auf dem ehemaligen Flughafen Tegel allemal. Abgeschottet vom Rest der Stadt, zusammengepfercht in einem Zelt mit 14 fremden Menschen ohne jegliche Privatsphäre oder die Möglichkeit, sich seinen Bedürfnissen entsprechend zu versorgen. Und das ganze für einen Tagessatz, mit dem man ein Zimmer für einen ganzen Monat mieten könnte.

Doch statt die Hölle von Tegel zu schließen und den Schutzsuchenden ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, soll Deutschlands größte Unterkunft für Geflüchtete sogar noch ausgebaut werden. Erst wurden eigene Schulen eingerichtet, damit auch ja keine Integration stattfindet. Nun werden noch mehr Zelte aufgebaut, um noch mehr Menschen auf engstem Raum zusammenzupferchen.

Begründet wird die integrationsfeindliche und inhumane Maßnahme wie so oft mit angeblichen Sachzwängen: Wir haben keinen Platz in Berlin, was sollen wir denn machen, heißt es, oder noch schlimmer: Wenn wir keine Massenlager mit unhaltbaren Zuständen wollen, dürfen wir halt keine Flüchtlinge mehr ins Land lassen.

Es geht auch würdevoll

Das ist nicht nur perfide, sondern auch Blödsinn. Anders als behauptet, ist eine alternative und würdevolle Flüchtlingspolitik durchaus möglich. Wenn ein Platz im Massenlager genauso viel kostet wie ein hochklassiges Hotelzimmer, kann – und sollte – man die Menschen im Hotel unterbringen. Bloß fürchtet man den Zorn der von rechten Ideologen aufgepeitschten Massen. Als ob es irgendjemandem besser geht, wenn es Schutzsuchenden besonders schlecht geht.

Die dezentrale Unterbringung aller Geflüchteten muss das oberste Ziel sein. Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) weiß das und sagt das auch – bloß scheint das irgendwie niemanden zu interessieren. Das verwundert. Seit der schwarz-rote Senat an der Macht ist, machen seine Senator*innen vor allem dadurch von sich reden, dass sie autoritär irgendwelche rückwärtsgewandten Vorhaben durchdrücken: Ein unsinniger Zaun gegen soziale Probleme für mehrere Millionen Euro, gigantische Betonwüsten für Büros oder Autos, Radwegestopps und so weiter.

Doch wenn es um progressive Vorhaben wie eine menschenwürdige Unterbringung geht, ist die Macht der Verantwortlichen auf einmal begrenzt. Als wäre die Stadt eine semipermeable Membran, durch die nur Klientelpolitik ungehindert fließen kann, während soziale Vorhaben für die benachteiligten Menschen auf wundersame Weise aufgehalten werden.

Doch nichts ist daran wundersam. Politik entsteht nicht einfach, sie wird gemacht – oder eben auch nicht. Wenn man von dem Geld, das das Massenlager Tegel kostet, jeden Monat eine gute Unterkunft bauen kann, und das nicht getan wird, dann darf getrost vermutet werden, dass der politische Wille doch nicht so groß ist. Und man lieber Zäune baut, statt Brücken.

Funde am Molkenmarkt

Bei den Grabungen gab es 6.000 Fundstücke, die später ausgestellt werden sollen

Die Archäologen haben bei ihren Grabungen am Molkenmarkt rund 600.000 Fundstücke geborgen, die Aufschluss geben können, wie Berliner in vergangenen Jahrhunderten gelebt haben. Dazu zählen Ofenkacheln, Münzen, Trinkgläser, Lederschuhe und Tongefäße, die im Mittelalter zum Kochen oder zum Aufbewahren von Lebensmitteln genutzt wurden. Als einer der ungewöhnlichsten Funde gelten die Reste eines Bohlenwegs aus der Zeit der ersten Erwähnung der Stadt um 1230.

Aber auch auf Spuren der jüngeren Berliner Geschichte sind die Archäologen gestoßen, etwa auf Teile des Terrakotta-Frieses am Roten Rat-

haus, der in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges zerstört wurde.

Die Grabung am Molkenmarkt gilt als größte innerhalb eines Stadtkerns in ganz Deutschland. „Jede Woche tut sich etwas“, sagte Rauhut. Etwa 15.000 Quadratmeter Fläche wurden bisher von den Archäologen unter die Lupe genommen.

Die umfangreiche Auswertung soll nach Abschluss der Grabungen fortgesetzt werden. Ein Teil davon soll künftig im Archäologischen Haus am Petriplatz gezeigt werden. Außerdem sollen sogenannte Archäologische Fenster einen Blick in die Vergangenheit ermöglichen. (dpa)



Ein seltener Einblick. Die Flüchtlingsunterkunft in Tegel
Foto: Monika Skolimowska/picture alliance

Wegen Überfüllung weiter offen

Die Notunterkunft im ehemaligen Flughafen Tegel ist überfüllt und teuer. Die Sozialsenatorin will sie verkleinern. Die CDU bremst

Von **Marina Mai**

Soll die Notunterkunft im früheren Flughafen Tegel erweitert werden oder schließen? Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) will die Unterkunftsplätze reduzieren und Notunterkünfte mittelfristig am liebsten ganz abschaffen. Oder soll Tegel, wo vor allem Flüchtlinge aus der Ukraine untergebracht sind, wachsen? Darüber ist in der Koalition ein Streit entbrannt.

Der Vertrag des Landes Berlin über Tegel läuft noch bis Ende 2025. Im laufenden Jahr plant die Senatorin gut 2.000 Plätze in besseren Unterkünften und 2025 weitere 3.000. Kiziltepe weist auf Probleme in Tegel für die Bewohnerinnen und Bewohner und ihre Integration hin. „Es ist für die Menschen nicht gut, wenn 14 Personen auf engstem Raum schlafen müssen, ohne Perspektive, wann sie die Unterkunft wieder verlassen können“, so die Sozialsenatorin.

„Ob wir Tegel nach 2025 weinternutzen, hängt auch davon ab, wie schnell wir weitere Unterkünfte in der Stadt finden“, konkretisiert Kiziltepes Sprecher Stefan Strauß gegenüber der taz. Außerdem gebe es Unwägbarkeiten, etwa die künftigen Flüchtlingszahlen. „Eine Prognose ist hier schwierig und hängt von der weispolitischen Lage ab, zum Beispiel von Kriegen und Krisen.“

Dirk Stettner hält dagegen. Für den CDU-Fraktionschef führt an weiteren Großunterkünften in Berlin kein Weg vorbei. „Solange der Bund seine Asylpolitik nicht ändert und den hohen Zustrom an Asylbewerbern nicht stoppt oder wenigstens stark drosselt, werden wir weiter Großunterkünfte brauchen“, sagt Stettner.

Vor allem der Flüchtlingsrat setzt sich schon lange für eine „sofortige Schließung der katastrophalen, menschenunwürdigen, abgeschotteten und extrem kostspieligen“ Massenunterkunft ein. Gefordert wird eine „dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen,

mindestens jedoch in Gemeinschaftsunterkünften mit Apartmentstrukturen und Möglichkeiten zur Selbstversorgung“. So sagt es die Sprecherin des Flüchtlingsrats, Djairan Jetka.

In Tegel und in weiteren Berliner Notunterkünften bekommen die Bewohner zwar Mahlzeiten. Sie haben aber keine Möglichkeiten, sich selbst etwas zuzubereiten. Auch auf kulturell und gesundheitlich bedingte Ernährungsanforderungen kann kaum Rücksicht genommen werden. Auch deshalb meint der Flüchtlingsrat: „Tegel gehört geschlossen und nicht erweitert.“

„Tegel gehört geschlossen und nicht noch erweitert“

Flüchtlingsrat Berlin

Im Moment wird die Unterkunft in Tegel aber gerade erweitert. Das Land lässt dort zusätzliche Großzelte aufstellen. In denen sollen etwa 1.000 Menschen auf engstem Raum untergebracht werden. Derzeit wohnen 10 bis 14 Personen in einer Schlafkabine ohne ausreichende Platz, ihre Sachen abzustellen. Wer für den Deutschkurs oder die Schule lernen will, hat Schwierigkeiten, ein geeignetes Plätzchen zu finden.

„Aufgrund der Erfahrungen aus den vergangenen Jahren dienen die neuen Hallen als Reserve, da im Spätsommer und Herbst die Zahlen der neu nach Berlin kommenden Menschen immer gestiegen sind“, begründet Sascha Langenbach vom Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten die Erweiterung. Pflegefälle, die derzeit auch in die Massenschlafkabinen mit anderen Menschen zusammengepfercht leben, sollen woanders untergebracht werden. „Wenn es gut läuft, noch im August“, kündigt Langenbach an.

Derzeit hat Tegel eine Kapazität für 6.400 Menschen. 4.054 Betten sind mit Ukrainern und

Ukrainerinnen belegt, 816 mit Asylbewerbern. Da Plätze frei sind, werde derzeit daran gearbeitet, einige Schlafkabinen mit nur 4 bis 10 Personen zu belegen, sagt Langenbach der taz. „Dann gibt es auch mehr Ablagen, Stühle und einen Tisch.“

Die Unterkunft Tegel ist nicht nur die schlechteste in Berlin, sie ist mit hoher Wahrscheinlichkeit auch die teuerste. Zwar hält der schwarz-rote Senat die genauen Kosten geheim. Auf der Grundlage eines Teils der öffentlichen Daten hat der Flüchtlingsrat allerdings einen Tagessatz pro Nacht und Person von rund 260 Euro teils errechnet und teils geschätzt.

Rechnungen der taz kommen auf einen geringfügig höheren Betrag, wenn man zugrunde legt, dass Tegel das Land pro Tag 1,6 Millionen Euro kosten würde. Diese Zahl nannte ein Vertreter der Landesregierung vertraulich. Für 260 oder 280 Euro kann man auch in einem Sternhotel wohnen. In regulären Sammelunterkünften mit besseren Standards für die Bewohner als in Tegel sind Tagessätze von gut 30 Euro üblich.

Sozialstaatssekretär Aziz Bozkurt (SPD) hatte einmal gesagt, man könnte von dem Geld, das Tegel koste, „jeden Monat eine MUF bauen“, also eine feste Unterkunft für 500 Menschen. Laut internen Unterlagen der Landesregierung, die der taz vorliegen, gehen der Löwenanteil der Finanzierung für Tegel an die Messe Berlin GmbH unter anderem für die Security, an die Tegel Projekt GmbH, zum Beispiel für Miete und Betriebskosten, sowie an das Sozialwerk des DRK, das die Unterkunft betreibt.

Die Vergabe erfolgte 2022 durch die damalige Sozialsenatorin Katja Kipping (Linke) ohne Ausschreibung, weil nach Ausbruch des Ukrainekrieges dafür keine Zeit war und eine riesige Zahl von Ukrainerinnen schnell untergebracht werden musste. Nach Kenntnis der taz ist auch nachträglich zumindest bisher keine Ausschreibung erfolgt.

Entsetzen in Neukölln

Ermittlungen gegen Arzt

Nach der Festnahme eines Palliativmediziners wegen des Verdachts des Totschlags zeigen sich die Palliativdienste entsetzt. Die Mitarbeiter der Neuköllner Einrichtung, in der der Verdächtige immer wieder Patienten untergebracht hat, seien fassungslos, sagte ein Sprecher. Es habe keinerlei Auffälligkeiten oder Hinweise auf Verdächtiges gegeben. Der verdächtige Arzt war nach Angaben des Sprechers kein Angestellter der Palliativdienste. Palliativpflege erfolgt demnach in der Regel zu Hause. Wenn die Pflege engmaschiger werden muss, meldet der Arzt seine Patienten in einem Hospiz an. Das Personal vor Ort kümmere sich dann um die Pflege. Gegen den 39-jährigen Palliativarzt wird wegen Totschlags und Brandstiftung ermittelt. Er befindet sich seit Dienstag in Untersuchungshaft. Laut Staatsanwaltschaft war der Arzt seit Jahresanfang im Palliativteam eines Pflegedienstes beschäftigt. (dpa)

Messerattacken

Spranger drückt aufs Tempo

Innensenatorin Iris Spranger (SPD) fordert von der Bundesregierung mehr Tempo bei der Verschärfung des Waffenrechts. „Der Schutz der Bevölkerung vor Missbrauch von Waffen und vor Messerkriminalität muss verbessert werden“, sagte sie der dpa. „Wir brauchen dringend eine Verschärfung des Waffenrechts.“ Die Senatorin erinnerte daran, dass die Innenministerkonferenz das Bundesinnenministerium schon vor längerem aufgefordert habe, geeignete gesetzliche Verschärfungen des Waffenrechts zum Beispiel für den Besitz und das Führen von Schreckschuss- und Signalwaffen vorzunehmen. „Wichtig ist mir, dass der Bedarf für eine solche Waffe konkret nachgewiesen werden muss.“ (dpa)

Kinderpornografie

Polizist wurde verurteilt

Ein Berliner Polizist ist in einem Prozess um Kinderpornografie zu einem Jahr und vier Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden. Das Amtsgericht Tiergarten sprach den 57-jährigen des Besitzes von kinder- und jugendpornografischen Bildern und Videodateien schuldig. In einem Fall habe er Kinderpornografie zugänglich gemacht. Der seit Bekanntwerden der Vorwürfe vom Dienst suspendierte Mann soll zudem sechs Beratungsgespräche bei einer Therapieeinrichtung absolvieren. Außerdem soll er für vier Jahre einem Bewährungshelfer unterstellt werden. Zu dem Verfahren gegen den geständigen Polizisten war es nach einem Hinweis aus den USA gekommen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. (dpa)



Geduldete Neonazis

Seit Jahren trainieren Rechtsextreme in Pankow in einer bezirklichen Sportanlage. Die jeweiligen Stadträt:innen interessiert das wenig. Begründung: Die Neonazis seien doch unauffällig

Von Daniel Brandt

Sie greifen bewaffnet und aus dem Hinterhalt Antifaschist:innen an, demonstrieren ihre vermeintliche Stärke bei Kampfsporttrainings in öffentlichen Parks und Sportanlagen und ködern zunehmend junge Leute für ihre „nationale Revolution“: Die militante Neonazi-Partei Der Dritte Weg fällt seit Monaten durch Angriffe und Drohgebärden auf. Und wie antifaschistische Recherchen zeigen, wird die Infrastruktur, um solche Übergriffe vorzubereiten, von einem Berliner Bezirk zur Verfügung gestellt.

In einer Kraftsporthalle auf dem Sportkomplex Rennbahnstraße im Pankower Ortsteil Weißensee treffen sich wöchentlich und zu festen Trainingszeiten Neonazis. Zuerst berichtete der *Tagesspiegel* darüber. Die Halle gehört dem Bezirksamt Pankow, während der Trainingszeiten hat der Sportverein TSC Preußen 97 das Hausrecht. Auf Fotos, die der taz zur Verfügung gestellt wurden, sind bekannte Kader des Dritten Wegs zu sehen, die in der Trainingshalle offenbar routiniert ein und aus gehen. Die Sportanlage dürfte von hohem Nutzen für die Neonazis sein. Schließlich verfügt der Dritte Weg – soweit bekannt – über keine eigenen Trainingsstätten in Berlin.

Besonders häufig zu sehen ist Christian Schmidt, ein ehemaliger NPDKader, der heute beim Dritten Weg unterwegs ist. Zwei junge Frauen, die schon bei öffentlichen Kampfsporttrainings der Partei aufgefallen sind, haben die Trainingsstätte besucht. Ebenfalls mit von der Partie: Erik S., der führende Kopf der Nationalrevolutionären Jugend (NRJ), der Nachwuchsorganisation des Dritten Wegs.

Mitglieder der NRJ werden verdächtigt, hinter einem Angriff auf Antifaschist:innen am S-Bahnhof Ostkreuz zu stecken. Am ersten Juliwochenende griffen 15 bis 20 verummte Neonazis mit Knüppeln,

Schlagstöcken und Pfefferspray mehrere Personen an, die sich dort für die gemeinsame Anfahrt zur Demonstration „Nach den Rechten schauen“ im Marzahn-Hellersdorfer Ortsteil Kaulsdorf verabredet hatten.

Mehrere Antifaschist:innen wurden verletzt, zwei mussten mit Kopfverletzungen ins Krankenhaus. Laut Augenzeug:innen und Polizei hatten die Neonazis Schlagstöcke und Pfefferspray eingesetzt. „Die Brutalität des Vorfalls ist erschreckend“, so die Berliner Register. Zudem zeigte sich, dass der Dritte Weg seine traditionellen Schwerpunktgebiete im Osten Berlins verlässt und weiter in Richtung Innenstadt vorrückt. Im Zusammenhang mit dem Überfall am Ostkreuz hat die Polizei Mitte Juli die Wohnungen mehrerer Neonazis durchsucht, darunter die von NRJ-Anführer Erik S.

An der Rennbahnstraße trainieren also bekannte Kader genau jener Gruppierung ihre Körper, die seit Wochen für Gewalt auf Berlins Straßen sorgt. Im Bezirksamt Pankow sieht man darin offenbar kein allzu großes Problem: Der zuständige Sportstadtrat Jörn Pasternack (CDU) erklärte, dass die Teilnehmer:innen des Neonazi-Trainings „unauffällig während des Sportbetriebes“ seien.

Auch der Polizei scheint das bezirklich geduldete Neonazi-Sparren keine Sorgen zu bereiten. „Von legalen Sportaktivitäten – auch von Kampfsporttrainings – auf öffentlich nutzbaren Sportanlagen gehen im Allgemeinen keine Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung aus“, heißt es von der Pressestelle. Nach taz-Informationen finden die Trainings nach wie vor statt.

Im Sportkomplex Rennbahnstraße ist schon einmal ein Neonazi-Training aufgefliegen, ohne dass ernsthafte Konsequenzen daraus gezogen worden sind. 2022 tauchten auf *Indymedia* Fotos auf, die ein Box-

training auf dem Fußballplatz desselben Sportkomplexes zeigen. Mit dabei: Neonazis, die bis heute an der Rennbahn trainieren, zum Beispiel Christian Schmidt, damals noch NPDKader. Auch Roy Grassmann, ein Reporter des rechtsextremen Senders AUF1 und Ex-NPDKader, war sowohl damals wie heute bei den Trainings mit an Bord. Und schon 2022 unternahm das Bezirksamt Pankow, namentlich Pasternacks Vorgängerin Dominique Krössin (Linke): nichts. Selbst eine parlamentarische Anfrage ihrer eigenen Genoss:innen im Abgeordnetenhaus blieb folgenlos.

Trotz der zunehmenden Aktivitäten der Neonazis, gibt es an vielen Stellen kein Problembewusstsein

Beim Training auf dem Fußballplatz vor zwei Jahren hatten die Neonazis offenbar auch Besuch von Kameraden. So boxten sie mit Mitgliedern der Identitären Bewegung. Zu sehen ist etwa Mario Müller, der auch an dem Treffen in der Potsdamer Villa Adlon teilgenommen haben soll. Laut *Correctiv* hat Müller, heute „wissenschaftlicher Mitarbeiter“ eines AfD-Bundestagsabgeordneten, in Potsdam damit geprahlt, Adressen von Antifaschist:innen an polnische Hooligans weitergegeben zu haben. Auch Phillip Zech, 2019 und 2020 im Vorstand der AfD Charlottenburg-Wilmersdorf, ist auf den Fotos zu sehen.

Auf dem aktuellen Bildmaterial, das der taz vorliegt, sind zwar keine Aktivist:innen der IB zu sehen. Doch

zwischen der Weißenseer Neonazi-Kraftsportgruppe und dem Vorfeld der AfD bestehen weiterhin Kontakte: Bei einem Halbmarathon in Brandenburg im vergangenen Jahr hat Zech einem führenden Kader des Dritten Wegs, der am Lauf teilgenommen hat, mit einem High-Five im Vorbeilaufen begrüßt. AUF1-Moderator Roy Grassmann trainiert nicht nur regelmäßig mit den Kadern des Dritten Wegs an der Rennbahnstraße, er war auch Besucher des „Weihnachtskonzerts“ der Jungen Alternative Brandenburg. Am 29. Dezember 2023 feierten Identitäre und Neonazis gemeinsam in der Gaststätte „Mittelpunkt der Erde“ in Hönow, wie sich anhand von Fotos nachvollziehen lässt.

Laut einer Recherche des Antifaschistischen Monitors Berlin beginnen Neonazis des Dritten Wegs nun auch, den Breitensport zu unterwandern. An mindestens zwei öffentlichen Laufveranstaltungen sollen Neonazis aus dem Umfeld der Partei teilgenommen haben: dem „Berlin-Marsch“ im Oktober 2023 und dem „Schlossinsellauf“ im Juni 2023 im brandenburgischen Lübben. Beim „Berlin-Marsch“ liefen mit Christian Schmidt und Leander Schultze dann auch zwei Mitglieder der Trainingsgruppe aus Weißensee mit. In Lübben traten die beiden laut der Antifaschistischen Recherche sogar unter dem Teamnamen „Körper und Geist“ an. „Körper und Geist“ ist auch der Name der parteieigenen Arbeitsgruppe für Kampfsport und Straßenkampf.

Trotz der zunehmenden Aktivitäten der militanten Neonazis, scheint es an vielen Stellen kein Problembewusstsein zu geben. Auch im Sportkomplex an der Rennbahnstraße können die extremen Rechten mindestens seit Monaten ungestört trainieren – selbst wenn sie in Szenekleidung und mit Sporttaschen von bekannten Neonazi-Marken erscheinen.

was macht die bewegung?



Radwegestopp stoppen

Mit der Bewegung ist es in Berlin ja so eine Sache. Zumindest auf dem Rad ist sie bisweilen nicht nur gefährlich, sondern wegen der vielerorts schlecht ausgebauten oder nicht vorhandenen Radwege auch mühsam und langsam. Das soll nach dem Willen von CDU-Autosenatorin Ute Bonde auch so bleiben: Mit dem Planungsstopp der Radschnellverbindungen hat die Union der Verkehrswende erneut eine Absage erteilt. Die Wut der Radler*innen ist groß und die wollen sie am Freitag mit drei Fahrraddemos auf die Straße bzw. zum Roten Rathaus tragen. (Freitag, 9. August, Ost-Route: 14.30 Uhr, Loeperplatz; West-Route: 14.30 Uhr, Theodor-Heuss-Platz; Süd-Route: 14 Uhr, Rathaus Steglitz; Kundgebung: 15.30 Uhr, Rotes Rathaus)

Gebt das Gras frei!

Ebenfalls wütend über die Untätigkeit des Senats sind die Kiffer*innen. Berlin hat als einziges Bundesland immer noch keine Zuständigkeitsverordnung für die Vergabe von Lizenzen für Cannabis Social Clubs vorgelegt und bearbeitet die Anträge nicht. Die Clubs drohen mit einer Untätigkeitsklage und auch auf der Straße wollen Hanfaktivist*innen Druck machen: Unter dem Motto „Legalisierung, aber richtig!“ findet am Samstag die Hanfparade durch das Regierungsviertel statt. Es gibt Infostände, Konzerte und natürlich jede Menge Joints. (Samstag, 10. August, 12 Uhr, Alexanderplatz)

Liebe und Anarchie

Wer lieber klar im Kopf bleibt, ist am Samstag in Neukölln besser aufgehoben. Dort heißt es: Nach dem Pride ist vor dem Pride. Zwei Wochen nach Europas größter Queer-Parade mit Großkonzerten, Polizei und Regierungvertreter*innen wird beim Anarchist CSD Liebe, Anarchie und queere Autonomie gefeiert. Hier baut man nicht auf Staat und Kapitalismus, im Gegenteil. Die antiautoritären Queers wollen nämlich keine Hierarchien, Grenzen und Unterdrückung, sondern ein selbstbestimmtes Leben ohne Angst vor Gewalt und Repressionen. (Samstag, 10. August, 17 Uhr, Hermannplatz)

Basteln gegen Fundis

Definitiv nicht für Selbstbestimmung sind die fundamentalistischen Christ*innen vom „Marsch für das Leben“. Die Abtreibungsgegner*innen wollen am 21. September wieder Berlins Straßen mit ihren antifeministischen und menschenverachtenden Ansichten vollmüllen. Dagegen wird es auch in diesem Jahr wieder bunten Protest geben. Und wem Kreuze klauen nicht ausreicht, der*die kann am Dienstag bei einem Bastelabend der Kreativität freien Lauf lassen, um den „Lebensschützer*innen“ ihren Marsch zu versauen. (Dienstag, 13. August, 19 Uhr, Liniestraße 206)

Neonazis auf dem Weg zum Training im Sportkomplex Rennbahnstraße
Foto: Recherchenetzwerk Berlin

berliner szenen

Früher konnte man ihn hören

Im Hausflur treffe ich die mäusegesichtige alte Dame aus dem dritten Stock. Das mit dem Mäusegesicht ist überhaupt nicht böse gemeint. Mäuse haben putzige Gesichter. Sie ist auch eher unauffällig, also passt es ganz gut, finde ich. Mit den übrigen Damen im Haus bin ich per Du, nur mit ihr nicht. Zusammenkünften der Hausgemeinschaft ist sie immer ferngeblieben, genau wie ihr Mann. Ich frage, wie es geht, und sie sagt, och, ganz gut. Ich frage, wie es ihrem Mann geht, der im Winter in ein Pflegeheim umgezogen ist, und sie sagt, der ist im Mai gestorben. Ich sage, das tut mir leid, und sie winkt ab und sagt, er konnte ja sowieso nicht mehr gehen, sehen und hören, und das Heim hat er auch nicht gemocht.

Ich denke kurz über das „sowieso“ nach und wie ihr Mann, der in der DDR glaube ich als Physiker gearbeitet hat, immer im Hof das Rohr des Badeofens gereinigt hat. Danach konnte man ihn hören, wie er im Keller Briketten und Holz zum Anheizen zerkleinerte. Mit den Jahren ist er immer seltener in den Keller gegangen und war kaum noch zu sehen. Es ist ihm schwergefallen, die Treppen zu steigen, und einmal bin ich zum Einkaufen gegangen und bin ihm am untersten Treppenabsatz begegnet, und als ich eine halbe Stunde später oder so zurückkam, war er immer noch nicht oben angekommen. Auf Hilfsangebote reagierte er ablehnend bis schroff. Er ist dann krummer und krummer geworden, bis sein Körper ein rechter Winkel war.

Ich frage, ob sie zurechtkommt, und sie sagt, noch ja, und dann gibt es ja auch die Tochter. Und die Renate?, frage ich. Die Renate wohnt gegenüber von ihr. Ihr Leben lang hat sie da gewohnt, erst mit der Mutter und der Schwester, nach dem Tod der Mutter nur noch mit der Schwester und nach deren Tod allein. Ach, die hat sie schon eine Weile nicht gesehen, sagt sie.

Sascha Josuweit

Lars Penning kino



Ode an die Gemeinschaft

Eine amerikanisch-koreanische Familie zieht in den 1980er Jahren nach Arkansas, um eine Farm aufzubauen und koreanisches Gemüse anzubauen. Trotz familiärer Probleme, die das mit sich bringt, ist das liebevoll gestaltete Drama „Minari“ von Lee Isaac Cheung eine große Ode an den Gemeinschaftsgeist, der es in den USA aktuell nicht leicht hat.

10. 8., 17.45 Uhr, 13. 8., 20 Uhr, Babylon Mitte

sieben sachen



Der harte Kern von Strongboi: Alice und Ziv
Foto: Jascha Hase

From Lo-Fi to Disko

Ursprünglich als Lo-Fi-Projekt in Berlin ins Leben gerufen, bei dem hauptsächlich Casio-Keyboards und allerhand Spielzeug zum Einsatz kommen, hat sich Strongboi mittlerweile zu einer kompletten Band entwickelt. Am Samstag bringen sie ihre fluffig jazzigen Discomelodien auf die sommerliche Freilichtbühne Weißensee. Außerdem zu Gast: die aus dem ländlichen Israel stammenden Multi-Instrumentalisten RAS und The Zenmenn.

Freilichtbühne Weißensee, Große Seestr. 10, 10. 8., Einlass 17.30 Uhr, Beginn 18.30 Uhr, Tickets 19 Euro

Jenseits von Tourismus

In seiner 20. Ausgabe der Europäischen Kulturtag widmet sich das MEK der nord-europäischen Region Sápmi, die schon im Jahr 2000 vorgestellt wurde: Was hat sich seitdem getan? Wie wird sámisches Kulturerbe erhalten? Zum Programm gehören Lesungen, Filmvorführungen, Podiumsdiskussionen, Musik und natürlich regionale Speisen.

Museum Europäischer Kulturen, 15. 8.–15. 9.



Die sámische Musikerin Anna Näkkäljärvi-Länsman aka Ánnámáret Foto: © Marja Viitahuhta, 2022



Allgegenwärtig: Elemente des Verfalls Foto: Michael Dressel

Bilder einer dysfunktionalen Show

Der Fotograf Michael Dressel wuchs in der DDR auf. Nach einem missglückten Fluchtversuch war er zwei Jahre in Haft. Vielleicht schärfte dies den Sinn für das Groteske. Dabei ist der Blick auf seine Wahlheimat Amerika geprägt von einer Außenseitermentalität. Seine Fotoserie und das gleichnamige Buch „The End Is Near, Here“ repräsentieren seine Sicht auf den gegenwärtigen Zustand der USA und erzählen von Armut und Verfall, extremem Nationalismus, Religiosität, Waffenwahn und Paranoia.

Kunsthaus sans titre, Potsdam, bis 8. 9., Mi–So 14–18 Uhr

Dystopisch bis sonnig

Nick León fängt die Klänge Floridas ein – sie dokumentieren auch seine Transformation vom Underground-Rapper zum experimentellen Produzenten und DJ in Miami. Im silent green präsentiert er eine Live-A/V-Kollaboration mit Ezra Miller, der bekannt ist für Generative Kunst und immersive Sounds. Außerdem erforscht die Berliner Klang- und Bildkünstlerin perila sensibles



Klangmaterial und nimmt Zuhörer*innen auf eine persönliche Reise mit. Ulla (Ulla Straus) veröffentlichte auf Labels wie Quiet Time und West Mineral Ltd und wurde für ihr Album „Tumbling Towards A Wall“ gefeiert.

Nick León & Ezra Miller/perila & Ulla: silent green, Gerichtstr. 35, 11. 8., Tickets 26 Euro

Von Underground bis Latin: Nick León Foto: promo

Gefangen im Transit

„Calls from Moscow“ dokumentiert die Geschichte von vier jungen Kubanern, die provisorisch in Moskau untergebracht sind, um von dort weiterzuziehen. Doch der Ukraine-Krieg verändert die Lage dramatisch. Der preisgekrönte Film über queere Einwanderer ohne Papiere feiert seine Premiere in Anwesenheit des Regisseurs Luis Alejandro Yero.

Lichtblick Kino, ab 12. 8., 20 Uhr, 8 Euro



„Calls from Moscow“ (2023), Regie: Luis Alejandro Yero, läuft in OmeU Foto: The Cosmic Production



Die einzigen Regeln: selbstverfasste Texte, sechs Minuten Bühnenzeit Foto: Georg Schuster

Berlins queerster Poetry Slam

Der Berliner Poetry Slam von und für die LGBTQIA+ Community und alle Sympathisant*innen findet im August zum ersten Mal im Garten der ufaFabrik statt. Dort werden Slammer*innen auf der Bühne stehen, die bereits eine der Ausgaben gewinnen konnten, die bisher im SO36 ausgetragen wurden. Moderiert von Gaylord Christian Ritter. Mit DJ Björn Gögge und einem Special Guest außerhalb des Wettbewerbs.

Freilichtbühne der ufaFabrik, 10. 8., 19 Uhr, 20/15 Euro

Wagemut und Freiheit

Ein Baum mit zinnoberröten Blüten steht im Mittelpunkt der neuen Choreografie von Dorothee Munyaneza, „umuko“, die in Zusammenarbeit mit fünf jungen ruandischen Künstler*innen entwickelt wurde. Der Umuko-Baum gilt in Ruanda traditionell als Heiler und Bewahrer von Geschichten und ist ein Symbol für das Band zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Als Zeichen der



Dorothee Munyaneza: „umuko“ Foto: Patrick Berger

Kreativität, den Wagemut und die Freiheit einer neuen Generation eröffnet das Stück die 36. Ausgabe des Festivals „Tanz im August“, das bis Ende des Monats an zahlreichen Spielstätten (unter anderem HAU, Kraftwerk, Radialsystem, Berliner Festspiele) zeitgenössische Tanzperformances von anerkannten Choreograf*innen, sowie neue Ästhetiken und Formate aus aller Welt präsentiert.

Tanz im August: 15.–31. 8., diverse Orte, Ticketpreise gestaffelt

Theater vorschau

ufaFabrik		☎ 75 50 30
Sa., 10. 08.	19:00	Jeweils überdachte Freiluftbühne Queer Slam Berlin - Best Of - Berlins queerster Poetry Slam geht raus!
So., 11. 08.	19:00	Pippo Pollina & Palermo Acoustic Quintet Canzoni Segrete Tour (Italien)
Mi., 14. 08.	19:00	Schalala - Open Air - Das Mitsingding

Der gesamte Spielplan auf: www.ufafabrik.de

Werben auch Sie in unserem Theaterkasten!
Fon: 0 30 - 259 02 314 | anzeigen@taz.de

A L'ARME! Festival Vol. XII FINALE
International Festival for
Avantgarde-Jazz &
Vibrant Experimental Music

08.08.2024
09.08.2024
10.08.2024

radialsystem.de

taz+ präsentiert: **FREILUFTKINO KREUZBERG**

Fr 9. August 20:45 // engl.m.dt.Ut
COME ON, COME ON ZU GAST REGISSEUR MIKE MILLS
Eine der erfolgreichsten Filme unserer Kinogeschichte, mit Joaquin Phoenix.

Sa 10. August 20:45 // engl.m.dt.Ut
ALLES STEHT KOPF 2
Natürlich steht da alles Kopf, und wir auch, denn dieser Film ist ein Mega-Spaß.

So 11. August 20:45 // dt.m.engl.Ut
VERBRANNT ERDE
Thomas Arslans toller nächtlicher Berlin Gangster Film.

Mo 12. August 20:45 // engl.m.dt.Ut
CHALLENGERS - RIVALEN
Zendaya, Mike Faist oder Josh O'Connor. Wir sind weiter unentschieden...

Di 13. August 20:45 // engl.m.dt.Ut
Lanthimos Tuesday # 1 THE LOBSTER
Mit einem großartigen Cast um Colin Farrell, Rachel Weisz, John C. Reilly, Léa Seydoux und Ben Whishaw.

Mi 14. August 20:45 // engl.m.dt.Ut
LOVE LIES BLEEDING
Kristen Stewart und Katy M. O'Brian im neuen Film von Rose Glass.

Do 15. August 20:45 // engl.m.dt.Ut
BACK TO BLACK
Nicht nur für Amy Winehouse Fans ...

Fr 16. August 20:30 // engl.m.dt.Ut
KINDS OF KINDNESS
Emma Stone & Jesse Plemons sind sensationell in neuen Film von Yorgos Lanthimos.

HOEFBRÄU MÜNCHEN **típBerlin** **THEBERLINER**

KONZERT & TANZ **7. Irish Festival Berlin**
Berlin meets Dublin

16.+17.8. überdachte Freiluftbühne
FR 19:00 | SA 15:30
755 030 | UFABRIK.DE

taz+presso Kaffee trinken und Zeitung lesen ist eine wunderbare Kombination. taz.de/shop

taz+ newsletter
Jede Woche exklusive Neuigkeiten aus der taz
www.taz.de/newsletter

LANGE NACHT DER MUSEEN
24.08.2024

BERLIN SECRETS EDITION

JETZT NOCH SPARTICKET SICHERN! 12€
www.langenachtdermuseen.berlin



Da kann ganz schön was runterkommen: Dach einer Netto-Filiale
Foto: Jan Woitas/dpa

Supermärkte mit Dachschaden

Während des Wolkenbruchs am Mittwoch sickerte Wasser durch ein offenes Dach in einen Supermarkt in Syke. Erst eine Woche zuvor war das Dach eines Discounters in Ratzeburg eingestürzt

Von Kaija Kutter

Nein, die beiden Fälle haben erst mal nichts miteinander zu tun. In der niedersächsischen Stadt Syke führte Starkregen am Mittwoch nicht nur zu überfluteten Straßen und Kellern. Auch die Deckenplatten eines Netto-Supermarktes fielen herunter. Wegen Bauarbeiten sei ein Teil des Dachs offen gewesen, berichtet Polizeisprecher Thomas Gissing. Die Öffnung war mit Folie abgedeckt, aber die hatte bei dem Regen nicht gehalten.

Das ist also einfach Pech. „Das war eine Gewitterzelle mit Starkregen, Hunderte Liter Wasser kamen herunter“, berichtete Feuerwehrsprecher Lutz Budelmann der *Nordwestzeitung*. Die etwa 20 Menschen im Laden hätten diesen sofort verlassen. Verletzte gab es nicht.

Der Vorfall lenkt die Aufmerksamkeit auf ein Unglück acht Tage zuvor. Im schleswig-holsteinischen Ratzeburg war am Nachmittag bei schönem Wetter das Dach des örtlichen Netto-Marktes eingestürzt. Zwölf Menschen waren im Laden. Laut Ratzeburgs Bürgermeister Eckard Graf (SPD) wurden zwei von ihnen leicht verletzt. Zeugen zufolge deutete sich der Einsturz des Dachs durch lautes Knacken an. Kunden und Mitarbeitende seien daraufhin aufgefordert worden, das Gebäude sofort zu verlassen.

Diese Woche Mittwoch haben Gutachter das Gebäude mit Hilfe einer Drohne untersucht. Der längliche Backsteinbau mit rotem Satteldach ist wegen Einsturzgefahr gesperrt. Das Gelände wird laut Polizei weit-

räumig abgesperrt und durch einen Sicherheitsdienst überwacht.

Den Gutachter hat die Staatsanwaltschaft Lübeck beauftragt, wie die *Hamburger Morgenpost* berichtet. Sie zitiert einen Brancheninsider, der sich das Übersichtsbild der Unfallstelle angesehen habe. Für ihn könnte ein Materialfehler in der hölzernen Balkenkonstruktion des Dachs die Ursache für das Unglück gewesen sein.

„Die Polizei hat den Sachverhalt vor Ort aufgenommen. Die Ursache wird von Sachverständigen untersucht“, sagt Christina Stylianou, die Leiterin der Unternehmenskommunikation von Netto. Der Discounter sei Mieter des Objekts und könne zu weiteren Details aufgrund der laufenden Untersuchungen keine Auskunft geben. Stylianou zufolge wurden zwölf Personen leicht verletzt und durch Rettungskräfte entsprechend versorgt.

Bürgermeister Eckard Graf sagt, dass die Ratzeburger einen ganz schönen Schreck bekommen hätten. Es befinde sich nur wenige Kilometer weiter in der Nachbarstadt Mölln ein Netto-Markt, der nahezu baugleich sei, so wie viele in Schleswig-Holstein und andernorts. „Die müssten überprüft werden. Es muss ausgeschlossen werden, dass so etwas wieder passiert“, sagte er auch der *Bild*-Zeitung.

Die *Bild* hatte den Obermeister der Hamburger Dachdecker-Innung zitiert, wonach bei solchen Baukonstruktionen schon kleinste Veränderungen Auswirkung auf die Statik haben könnten. Außerdem zitiert das Blatt aus einer Publikation des

Instituts der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen mit dem Titel „Schwachpunkt Nagelplatten-Dachkonstruktion“. Demnach sind seit 1999 bauaufsichtlich Nagelplatten aus verzinktem Stahl zulässig, die in Dächern Holzbalken miteinander verbinden. Bei Versagen eines dieser Binder könne es zum Einsturz kommen. In den Jahren von 2000 bis 2009 listet das Institut 28 Einstürze von Nagelplatten-Dachkonstruktionen bei Supermärkten auf, betroffenen waren diverse Ketten der Branche, unter anderem 2005 ein Lidl in

„Sobald ein gutachterlicher Bericht zur möglichen Einsturzursache hier im Hause vorliegt, wird das weitere Vorgehen entschieden“

Innenministerium Schleswig-Holstein

Hannover, 2007 ein Edeka in Lehrte und 2009 ein Penny in Hamburg.

Ratzeburg liegt im Kreis Herzogtum Lauenburg. Nach weiteren Überprüfungen gefragt, sagt dessen Sprecher Tobias Frohnert: „Die Märkte haben ja alle eine Baugenehmigung bekommen. Im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens wurde die Statik ja geprüft.“ Da seien Bauherr und Architekt in der Pflicht. Die Anweisung an die Bauherren einer erneuten Überprüfung der Statik ih-

rer Märkte müsste von der Oberen Bauaufsicht des Landes angewiesen werden.

Das in Schleswig-Holstein auch für Bauen zuständige Innenministerium erklärt auf die Frage der taz, ob das Ministerium hier Handlungsbedarf sieht, so etwas anzuweisen: „Die Ermittlungen zur Einsturzursache sind noch nicht abgeschlossen. Sobald ein gutachterlicher Bericht zur möglichen Einsturzursache hier im Hause vorliegt, wird das weitere Vorgehen entschieden.“

Graf fände in jedem Fall eine Überprüfung sinnvoll. „Das Interesse des normalen Bürgers muss hier berücksichtigt werden“, sagt der SPD-Politiker. „Nämlich sicher und gefahrenfrei seinem täglichen Einkauf nachzugehen.“

Gegen Starkregen, der am Mittwoch besagte Abdeckfolie an Dach des Syker Supermarktes durchdrang, wäre damit noch nichts gewonnen. Das Unwetter, das über Norddeutschland hinwegfegte, zwang auch 16 Bewohner eines durch Wasser beschädigten Hauses in Hamburg-Billstedt zur Evakuierung, flutete Straßen und setzte mit seinen Blitzen Strohballen in Brand. Die Vorsitzende des BUND Hamburg, Sabine Sommer, kritisiert, dass die Politik die Bürger mit den Folgen des Klimawandels zu sehr allein lasse. Es reiche nicht, eine Starkregenkarte zu erstellen und die Menschen mit Warn-Apps auf Hitze, Starkregen oder Orkanböen hinzuweisen. Nötig seien konkrete Maßnahmen auch im Wohnungs- und Straßenbau, geregelte Zuständigkeiten und „ausreichende Finanzierung“.

südwest

Die Herkunftsfrage

Wegen schwerer Brandstiftung ermittelt in Bremen der Staatsschutz: Abgefackelt wurde ein Auto eines Politikers, und zwar – okay, jetzt wird's knifflig: Die meisten schreiben zwar „Ex-AfD-Abgeordneten“, aber stimmt das? Müsste es nicht doch AfD-Ex-Abgeordneten heißen? Oder Ex-AfD-Ex-Abgeordneten? Denn in Bremens Bürgerschaft saß der Geschädigte wohl nicht für die AfD, die sich in erbittertem Streit aufgelöst hatte, sondern als Teil der Gruppe Magnitz-Runge-Felgenträger, die nach einem rätselhaften Todesfall Magnitz-Löhmann-Felgenträger hieß und dem von der Bundes-AfD anerkannten Landes-AfD-Rumpfvorstand in Treue zum Landes-AfD-Notvorstand am liebsten mal per Kantholz so richtig eins ... Wie dem auch sei, die Ermittler sollten dringend das persönliche Umfeld und die Herkunft des Opfers im Blick behalten.



Christa Pfafferott
Zwischen Menschen

Auf wundersame Weise

Ich bin viel zu spät. Ich ärgere mich, dass ich zu spät komme, obwohl ich früh aufgestanden bin. Wie kam mir die Zeit abhanden? Während ich zu meinem Termin eile, sehe ich in der Ferne eine Frau am Boden sitzen. Es sieht seltsam aus, wie sie dort mitten auf dem Gehsteig hockt. Bettelt sie? Etwas an ihr ruft in mir einen Anflug von Ärger hervor. Ich spüre schon von Weitem eine Frequenz, dass ich mich zu ihr verhalten muss. Dass sie ein Hindernis sein wird auf meinem Weg, auf dem ich doch alles ausblenden muss, um irgendwie noch pünktlich zu kommen. Doch dann bin ich auf ihrer Höhe. Und dann ist es egal. Alles stoppt. Ich spüre, sie braucht Hilfe:

„Geht es Ihnen gut?“, frage ich.

Sie antwortet nicht. Eine Frau, die auch zur Arbeit gehen wollte. „Ich bin gefallen“, sagt sie langsam. „Habe ich was im Gesicht?“, fragt sie. „Ein wenig Blut am Kinn.“

„Ist es schlimm?“, fragt sie erschrocken. Sie scheint vor allem zu interessieren, ob etwas in ihrem Gesicht versehrt ist.

„Nein, nein“, sage ich. Ich versuche beruhigend zu klingen.

„Ich komm nicht mehr hoch“, sagt sie.

„Soll ich Ihnen helfen?“, Sie nickt. Dann greife ich von hinten unter ihre Arme, ich spüre Schweiß unter ihren Achseln. Angstschweiß, denke ich, dann richte ich sie auf. Als sie steht, schwankt sie. Ich stütze sie. „Soll ich einen Krankenwagen rufen?“, frage ich.

Doch dann bin ich auf ihrer Höhe. Und dann ist es egal. Alles stoppt

„Nein, nein“, sagt sie schnell. Ihre Wasserflasche liegt am Boden. Ich hebe sie auf. Sie trinkt ein paar Schlucke und schwankt immer noch dabei. Ich mache mir Sorgen und überlege, ob ich gegen ihren Willen einen Krankenwagen rufen soll.

„Ich falle in letzter Zeit immer wieder um“, sagt sie dann.

„Waren Sie deswegen beim Arzt?“, frage ich.

„Ja, er meinte, das wäre nur Stress. Aber gestern ist es mir auch passiert. Einfach so, aus dem Nichts. Das ist kein Stress. Ich verliere das Gleichgewicht.“

„Vielleicht gehen Sie noch mal zu einem anderen Arzt?“

„Ja, das dachte ich auch.“

Ich spüre auf einmal etwas Schweres in mir, die Sorge, dass hinter ihrem Fallen etwas Ernstes liegen könnte.

„Es geht schon“, sagt sie. Sie macht einen Schritt, doch es geht nicht. Die Frau schwankt. „Warten Sie noch einen Moment“, sage ich.

Ich stehe mit ihr auf der Straße. Kurz denke ich an meinen Termin, den ich nun innerlich loslasse. Es ist zu spät. Doch was sind Minuten, Stunden gegen entscheidende Momente.

„Ich möchte nach Hause“, sagt sie. „Soll ich Sie begleiten?“, frage ich.

Die Frau zögert. Sie umgibt eine höfliche Distanz. Selbst in dieser Situation. Oder vielleicht gerade wegen dieser hilfsbedürftigen Lage. Sie wirkt wie ein Mensch, der vieles allein schafft oder sich vielleicht daran gewöhnt hat.

Dann nickt sie: „Ich wohne ganz nah.“

Langsam laufen wir ein paar Schritte. Als wir ihr Mehrfamilienhaus erreichen, schließt sie die schwere Haustür auf, modern, gut gesichert. Zusammen gehen wir bis zu ihrer Wohnungstür: „Schaffen Sie es wirklich?“

Sie nickt.

Mit unsicherem Schritt geht sie in ihre Wohnung. Sie öffnet dabei die Tür nur einen Spalt, als wollte sie verhindern, dass ich mit hingehe, dass ich weiter mit ihr in ihr Leben schreite.

Doch dann blickt sie mich an.

„Wie heißen Sie?“, fragt sie, als würde sie damit den Vorfall für sich ordnen wollen.

Ich sage meinen Vornamen. Sie nickt und lächelt.

Dann zieht sie die Tür zu.

Ich gehe aus dem fremden Haus, aber ich beile mich nicht mehr. Als ich meinen Termin erreiche, sind auf wundersame Weise auch die anderen zu spät, mit denen ich verabredet war. Es ist, als hätte sich in der Zeit eine Lücke gebildet, in der ich die Frau aufheben sollte.

Christa Pfafferott ist Autorin und Dokumentarfilmerin. Sie hat über Machtverhältnisse in einer forensischen Psychiatrie promoviert. Als Autorin beschäftigt sie sich vor allem damit, Unbemerkttes mit Worten sichtbar zu machen.

Soll als zentrale Einrichtung bestehen bleiben: der Hamburger Kinder- und Jugendnotdienst in der Feuerbergstraße
Foto: Hanno Bode/imagoo

Hamburg will Kinder in Not nicht herumschieben

Senat will Drehtüreffekte beim Kinder- und Jugendnotdienst stoppen. Das Problem seien Kinder, die mehrfach ihre Einrichtung verlassen mussten und keinen Platz mehr finden

Von **Kaija Kutter**

Hamburgs Sozialbehörde will am Konzept eines zentralen Kinder- und Jugendnotdienstes (KJND) in der Alsterdorfer Feuerbergstraße festhalten. „Wir brauchen diesen einen Ort, wo sieben Tage die Woche rund um die Uhr Kinder aufgenommen werden können. Den kann man in seiner Funktionalität nicht in der Stadt zwei, drei Mal vorhalten“, sagt Staatsrätin Petra Lotzkat. Zugleich wolle die Behörde neue Wege gehen, um zu verhindern, dass Kinder an diesem Übergangsort übermäßig lange bleiben müssen.

An Hamburgs KJND gibt es seit Jahren Kritik von verschiedenen Seiten. Als 2022 die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten wieder anstieg, wurden auf einem Teil des Grundstücks Container aufgebaut. Nunmehr gibt es auf dem Areal mit der Notunterbringung für hier aufgewachsene Kinder, einem Mädchenhaus und der Erstaufnahme für Geflüchtete 155 Plätze, was sehr groß für eine Jugendhilfeeinrichtung ist.

Wie jüngst eine Anfrage der Linken zu Tage brachte, gab es im ersten Halbjahr 2024 dort rund 350 besondere Vorkommnisse, darunter etwa 70 Körperverletzungen und fünf Suizidversuche. „Die Lage ist katastrophal – und sie wird es auch bleiben, wenn nicht endlich etwas passiert“, sagte die Linken-Jugendpolitikerin Sabine Boedinghaus.

Sie hatte im Herbst vergeblich beantragt, dass der KJND auf drei Standorte in der Großstadt Hamburg verteilt wird und sich dabei auch auf ein Forschungsprojekt aus den Jahren 2019 bis 2020 berufen, wonach der KJND „in seiner jetzigen Form geschlossen und jedenfalls ganz neu konzipiert“ werden müsste.

Sozial-Staatsrätin Petra Lotzkat, in der Behörde seit 2018

für die Jugendhilfe zuständig, kommt zu einer anderen Analyse: Die pauschale Kritik tue einen verlassenen sehr viele in Obhut genommene Kinder den KJND sehr schnell wieder“, sagt Lotzkat. „Andere Kinder fühlen sich dort zum ersten Mal angenommen und wollen im Einzelfall dort sogar bleiben.“ Jährlich würden rund 1.400 Kinder und Jugendliche aus Hamburg in Ob-

„Sehr viele Kinder verlassen den KJND schnell wieder. Andere fühlen sich dort zum ersten Mal angenommen und wollen sogar bleiben“

Petra Lotzkat, Sozial-Staatsrätin

hut genommen, viele von ihnen im KJND – die rund 1.000 unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlinge nicht eingerechnet. In den meisten Fällen blieben die Kinder nur kurze Zeit, bevor sie ein neues Zuhause fanden.

Doch es gebe eine Gruppe von Kindern, die schon mehrfach die Einrichtung wechseln mussten und die die Träger dem KJND dann wieder vor die Tür stellten. „Dieser Drehtüreffekt belastet die Kinder sehr. Sie haben jedes Mal die Erfahrung zu versagen“, sagt Lotzkat. Und es werde immer schwieriger, für sie eine Einrichtung zu finden. Erst recht, wenn, wie jüngst wieder, einzelne Kinder als besonders schwierig oder sogar gefährlich in der Presse vorgeführt würden.

Das Problem sei der Abfluss beim KJND, sagt Lotzkat. Um diesen zu verbessern, seien schon viele Maßnahmen ergriffen

worden, die aber nicht ausreichten. Die Behörde wolle deshalb im Herbst auf die Träger der stationären Jugendhilfe zugehen und Vereinbarungen treffen, um solche Drehtüreffekte zu minimieren. „Wir könnten uns zum Beispiel darauf verständigen, dass ein Träger ein Kind erst dann wieder abgeben kann, wenn für das Kind ein neuer Ort gefunden wurde“, sagt die Staatsrätin.

Die Vereinbarungen könnten darin bestehen, dass die Träger nicht mehr über Einzelfälle finanziert werden, sondern Budgets bekommen. Das könnte auch die Kooperation der Träger untereinander erleichtern, hofft Lotzkat. „Wenn ein Träger ein Kind nicht halten kann und rechtzeitig sagt ‚Es passt nicht in unsere Einrichtung‘, dann könnte man gemeinsam klären, was für dieses Kind eine Lösung sein kann, ohne dass es wieder im KJND untergebracht werden muss.“

Abgesehen von besagter 24-Stunden-Aufnahmebereitschaft sei die Behörde sehr offen dafür, weitere dezentrale Einrichtungen auch bei freien Trägern zu schaffen, wo die in Obhut genommenen Kinder wohnen könnten. Einige wenige Träger böten das auch bereits an. „Wir bemühen uns darum seit zwei Jahren und haben da keine ideologischen Bedenken“, sagt die Staatsrätin. Schon heute würden 60 Prozent der Kinder außerhalb des KJND an anderen Orten der Stadt in Obhut genommen.

Hamburgweit sei der Mangel an Fachkräften und geeigneten Liegenschaften ein Problem. Zudem nähmen die Konflikte in Familien und die Schwere der Fälle zu, was auch noch mit der Coronazeit zu tun habe. „Wir haben aber viel mehr Meldungen von möglichen Kindeswohlgefährdungen als tatsächliche Fälle. Das zeigt, dass die Jugend-

hilfe das gut macht und es gelingt, Probleme gut zu diagnostizieren und auch im Sozialraum aufzufangen“, sagt Lotzkat.

Eine weitere Kritik am KJND im Zusammenhang mit den minderjährigen Schutzsuchenden betrifft die Altersfeststellung. Die *Hamburger Morgenpost* berichtete jüngst, dass der Fachdienst Flüchtlinge im KJND 16-jährige willkürlich als volljährig eingestuft habe, worauf sie in Einrichtungen für Erwachsene kamen. Die Beratungsstelle „Fluchtpunkt“ habe daraufhin in 89 Fällen eine Überprüfung beim Institut für Rechtsmedizin durchgesetzt, die ergeben habe, dass 75 von diesen jünger als 18 waren.

Darauf angesprochen sagte Lotzkat, die Mitarbeiter des KJND machten eine „Inaugenscheinnahme“ an Hand wissenschaftlicher Kriterien, für die sie vom Institut für Rechtsmedizin (IFR) geschult worden seien. In Zweifelsfällen werde das Alter durch das IFR medizinisch festgestellt. Dieses könne aber verlässlich nur das sogenannte Mindestalter der Kinder- und Jugendlichen bestimmen.

Alle, die solcherart vom IFR als möglicherweise erst 17,4-jährig und damit als minderjährig eingestuft wurden, nehme der KJND zurück. Sie seien aber in der Mehrzahl fast volljährig. „Wir können sie dann nicht mit den jüngeren Kindern in einer Gruppe zusammenfassen, denn auch diese haben einen Schutzbedarf und zu große Altersunterschiede führen zu Machtgefällen und Unausgewogenheiten in den Gruppen“, sagt Lotzkat. Sie kämen aber nicht in Erwachsenenunterkünfte, sondern in eigene Einrichtungen, wo sie auch im Rahmen der Hilfe für junge Volljährige bleiben könnten und zudem aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds ein Bildungsangebot erhielten.





Würden unter Kürzungen besonders leiden: Schüler:innen an Gemeinschaftsschulen
Foto: Ronny Hartmann/dpa

Schleswig-Holstein spart an den Schwächsten

Weil Lehrkräfte fehlen, werden die Deutsch-als-Zweitsprache-Klassen größer. SPD wirft Schwarz-Grün vor, keinen Überblick über die Schullandschaft zu haben

Von Esther Geißlinger

In Schleswig-Holsteins Haushalt klafft eine Lücke von rund 900 Millionen Euro, die unter anderem durch Einsparungen geschlossen werden soll. Auch Schulen könnten betroffen sein. Eine mögliche Stellschraube gibt es bei den Gemeinschaftsschulen.

Bereits beschlossen ist eine Kürzung beim Sprach-Lernunterricht für Kinder ohne deutsche Muttersprache. Im Januar hatte Ministerin Karin Prien (CDU) angekündigt, die Klassen im Bereich Deutsch als Zweitsprache (DaZ) ab dem neuen Schuljahr zu vergrößern. Zwar habe die Regierung „alle Anstrengungen unternommen, um mehr DaZ-Lehrkräfte auszubilden, die Zahl der Stellen zu erhöhen und die Qualität zu verbessern“, sagte Prien.

So seien seit 2017 und erneut nach dem Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine rund 605 neue Stellen geschaffen worden. Hinzu kämen 160 ukrainische Lehrkräfte sowie zusätzliche Stellen für Aufgaben jenseits des reinen Sprachunterrichts. „Das hat es in dieser Form vor 2022 in Schleswig-Holstein nie gegeben“, sagte die Ministerin im Landtag.

Doch es folgte ein Aber: Die Zahlen der Kinder mit DaZ-Bedarf steigt schneller als die der Lehrkräfte – rund 35.000 wa-

ren es im September 2023. Daher sitzen ab dem neuen Schuljahr 18 statt bisher 16 Mädchen und Jungen ohne Deutschkenntnisse in den DaZ-Klassen. Damit bleibe Schleswig-Holstein „im Rahmen der bundesweit üblichen Lerngruppengrößen“, sagte die Ministerin.

Protest kommt von der Gewerkschaft GEW: „So macht die Landesregierung Bildungschancen zunichte“, protestierte deren DaZ-Expertin Katja Coordes. Die Klassen müssten eher kleiner werden. Das bestätigt Inger Petersen, Professor für Deutsch als Zweitsprache an der Kieler Universität: „Schon bei 16 Kindern pro Klasse seien Lehrkräfte kaum in der Lage, alle individuell zu fördern, heißt es in einer Stellungnahme. Die geplante Vergrößerung der DaZ-Lernklassen, sei „eine kontraproduktive

Maßnahme, die einer erfolgreichen Schullaufbahn von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein aller Wahrscheinlichkeit nach abträglich ist“.

Die Zahlen der Kinder mit DaZ-Bedarf steigt schneller als die der Lehrkräfte

Aktuell sieht die Bilanz der Regierung bei den DaZ-Klassen gar nicht so schlecht aus, das ergab eine Anfrage der SPD. So gehen alle Kinder, die mit ihren Eltern in den Erstaufnahme-Unterkünften leben, in die Schule. Auch wenn die Familien aus den Unterkünften in reguläre Wohnungen umgezogen sind, gibt es kaum Wartezeiten auf einen Schulplatz. Einzig in Kiel kann es zwei Wochen dauern, bis ein Kind einer Regelschule zugewiesen wird, in Lübeck ist es eine Woche. In den übrigen Regionen gibt es sofort einen Platz.

Martin Habersaat, Bildungsexperte der SPD-Landtagsfraktion, ist mit den Antworten der Landesregierung dennoch nicht zufrieden. „Die Regierung schaut nicht richtig hin“, kritisiert er: „Offenbar will man es nicht so genau wissen.“ Denn in den Antworten auf seine An-

frage verweist das Ministerium mehrfach auf allgemeine Regeln und die örtlichen Schulen. Dort aber sei die Lage komplizierter, als es auf dem Papier aussehe, sagt Habersaat: „In einigen Gemeinden sind die DaZ-Klassen weit weg vom Schulgelände untergebracht.“ Das Hineinwachsen in den Schulalltag, bei Fächern wie Musik oder Sport, das ja gewollt sei, finde gar nicht statt.“

Der Anspruch der Regierung müsse doch sein, Bescheid zu wissen, findet Habersaat: „Gerade wenn Frau Prien meint, das schlechte Abschneiden des Landes bei Pisa und anderen Untersuchungen habe mit der heterogenen Schüler:innenschaft zu tun, braucht es doch genaue Einsichten.“

Neben der bereits beschlossenen Vergrößerung der DaZ-Lerngruppen könnte es auch weitere Streichungen geben. Offiziell gibt es keine Zahlen. „Wir hören Gerüchte“, sagt Habersaat. So könnten an Gemeinschaftsschulen Doppelbesetzungen gestrichen werden, mit denen Gruppen geteilt werden oder zwei Lehrkräfte in der Klasse unterrichten.

„Wenn das in den Gemeinschaftsschulen passiert, würde das am meisten die Leistungsschwächsten treffen“, fürchtet Habersaat. Dazu gehören Kinder mit geringen Sprachkennt-

das portrait

Die Studentin Paula Büttelmann ist chronisch müde

Paula wirkt wie eine sehr aufgeweckte Person, aber nach einem halbstündigen Zoom-Gespräch wird sie sich erst mal wieder hinlegen. Es bleibt ihr einziger Termin an diesem Tag, die restliche Zeit verbringt sie im Bett.

28 Jahre alt ist Paula. Vor gut zwei Jahren hat sie sich mit Corona infiziert. „Ich hatte kaum Symptome, wusste es nur, weil der Test positiv war“, erzählt sie. Erst drei Monate später kam ME/CFS, umgangssprachlich auch chronisches Fatigue-Syndrom genannt, eine besonders starke Variante von Long-Covid-Erkrankungen. Die Kassenärztliche Vereinigung Hamburg zählte allein in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres knapp 14.000 Fällen von Post-Covid-Krankheiten. Am gestrigen Severe-ME-Awareness-Day forderten rund 100 Demonstrant*innen vor dem Universitätsklinikum Eppendorf (UKE) mit einer Liegenddemo eine bessere Versorgung und mehr Forschung.

Für Paula ist eine Demo zu anstrengend. Ihr Lehramtsstudium in Geografie und Sport hat sie schon längst aufgeben müssen und be-

Die Ärzte verschrieben ihr Psychotherapie. Das macht Paula wütend

reits zu Beginn der Krankheit war sie stark eingeschränkt: „Bis zur nächsten U-Bahn nahm ich für eine Haltestelle den Bus, das konnten meine Kommiliton*innen überhaupt nicht verstehen.“ Ihnen wirft sie das nicht vor, aber über Ärzte kann sie sich aufregen.

Vor Kurzem war sie in der Klinik der Berufsgenossenschaft in Bergedorf. Dort können sich Long-Covid-Erkrankte, die sich auf der Arbeit angesteckt haben, untersuchen lassen. Die Erfahrung, die sie dort machte, war jedoch unterirdisch. „Ich hatte Atteste von anderen Ärzten dabei, die ME/CFS diagnostiziert haben. In Bergedorf machten sie viele Untersuchungen, aber weil die Ergebnisse in kein Schema passen, attestierten sie mir eine psychosomatische Erkrankung.“ Sie verschrieben ihr Psychotherapie und „Aktivierung“.

Das klingt absurd und macht Paula wütend, denn nichts sei in dieser Situation schlimmer, als sich zu überlasten und wenn alles auf die Psyche geschoben wird. Ihr maximales Bewegungspensum liegt bei 600 bis 700 Schritten am Tag. Darüber hinauszugehen, kann zu einem Crash führen, dann ist sie für fünf bis 14 Tage noch platter als ohnehin schon.

Selbst der Elektrorollstuhl löse viele Probleme nicht. Die Geräusche und der Stress auf der Straße – das sei einfach zu viel. „Ich habe jetzt eine 50-prozentige Behinderung bestätigt bekommen, mit der ich Bus und Bahn fahren darf, aber die kann ich aufgrund von Reizüberflutung sowieso nicht benutzen.“ Viele andere Menschen in ihrer 70-köpfigen Selbsthilfegruppe kämpfen um Anerkennungen. „Fast alle haben einen Anwalt“, sagt Paula.

Trotz ihrer wenigen Energie beschäftigt sich Paula anscheinend sehr viel mit dem Thema. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) nehme Long Covid ernst, spreche von einer Volkskrankheit. Es gebe auch einen Bundesausschuss, der Richtlinien für den Umgang mit Long Covid auf den Weg gebracht hat, aber in Hamburg scheinbar das niemanden zu interessieren. Nach dem Haus- und Facharzt sollen Betroffene eine Long-Covid-Ambulanz aufsuchen. „Hier gibt es das aber nicht“, sagt Paula. In Bergedorf könnten sich eben nur Menschen untersuchen lassen, die sich auf der Arbeit angesteckt haben und das UKE wolle eine solche Ambulanz nicht einrichten. *Mika Backhaus*



Kann kaum aufstehen: Post-Covid-Patientin Paula Büttelmann
Foto: privat

nachrichten

Geldstrafe für Blockade in Kiel

Für eine Blockadeaktion auf der Bundesstraße 76 im Sommer 2023 hat das Landgericht Kiel einen 27-jährigen wegen gemeinschaftlicher Nötigung zu einer Geldstrafe in Höhe von 900 Euro verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, der Angeklagte und die Staatsanwaltschaft können innerhalb einer Woche Revision einlegen. Insgesamt zehn Aktivist*innen der Gruppe Letzte Generation hatten am 10. Juli 2023 in Kiel für Behinderungen im Berufsverkehr gesorgt, weil sie sich in der Nähe des Holstein-Stadions in der Zufahrt zum Westring sowie auf dem Kronshagener Weg festklebten. (dpa)

Gedenken in Bremen an Völkermord

Der Völkermord deutscher Kolonialtruppen an Herero und Nama im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika steht im Mittelpunkt eines Gedenkens, das am Sonntag in Bremen geplant ist. Und zwar um 13 Uhr am Mahnmal „Ohamakari“ im Nelson-Mandela-Park in der Nähe des Hauptbahnhofs, wie die Bremer Landeszentrale für politische Bildung mitteilte. Die aktuelle politische Diskussion sei geprägt von der Suche nach einem angemessenen Umgang mit den Auswirkungen des deutschen Kolonialismus, hieß es. Dabei gehe es um Rassismus und koloniale Kontinuitäten oder die Rückgabe von Kulturgütern. (epd)

Niedersachsens Kreise wollen Geld

Der niedersächsische Landkreistag hat vom Land die komplette Übernahme der Verwaltungskosten für das von der Bundesregierung beschlossene zusätzliche Wohngeld gefordert. Das seit 2023 geltende „Wohngeld-Plus“ für einkommensschwache Haushalte koste die Kommunen pro Jahr mehr als 35 Millionen Euro allein für die Verwaltung, sagte der Präsident des Landkreistages, Sven Ambrosy, am Donnerstag in Hannover. Die Landesregierung habe am Dienstag eine Regelung im Entwurf beschlossen, ohne zuvor die Finanzierung der Verwaltungen mit den Kommunen einvernehmlich zu klären. (epd)



das wird

„Wichtig, die Herzen zu erreichen“

In Osnabrück soll bessere Kommunikation den Klimaschutz voranbringen

Interview **Karima Küster**

taz: Frau Rademacher, warum ist Kommunikation so wichtig, wenn es um Klimaschutz geht?

Birgit Rademacher: Im Grunde genommen ist Kommunikation überall wichtig. Speziell bezogen auf das Ziel der Stadt Osnabrück, bis spätestens 2040 klimaneutral zu werden, ist es extrem wichtig, dass wir viele Menschen erreichen. Klimaschutz wird Veränderungen hervorrufen, und gemeinsames Handeln ist notwendig. Kommunikation ist der Schlüssel für gemeinsame Abstimmung und Konsensbildung. Sie ist die Basis für gute Zusammenarbeit und Vertrauen.

taz: Wie tragen die Klimabotschafter und -botschafterinnen dazu bei, die Klimaziele zu erreichen?

Rademacher: Auf eine einfache Formel gebracht: Es sind Menschen, die Gesicht zum Klimaschutz zeigen. Viele haben eigene Projekte und zeigen damit, was möglich ist. Einige haben sich sogar selbstständig gemacht. Die Klimabotschafter fungieren als Multiplikatoren und bringen dem Thema dadurch Aufmerksamkeit. Sie tragen es in ihr eigenes Umfeld, sei es beruflich oder privat. Dadurch gibt es einen großen Vervielfältigungseffekt.

taz: Die Klimabotschafter-Initiative konzentriert sich stark auf eine klimafreundliche Alltagsgestaltung. Auf Ihrer Website schreiben Sie: „Jeder muss einen Beitrag im Alltag leisten.“ Droht da nicht, dass größere politische und wirtschaftliche Strukturen zu wenig berücksichtigt werden?

Rademacher: Nein, das denke ich nicht. Beim Thema Klimaschutz müssen wir beide Ebenen betrachten. Es ist extrem wichtig, systemisch heranzugehen und gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Auch auf Bundes-, Landes- und globaler Ebene darf noch einiges gemacht werden. Gleichzeitig ist es wichtig, sich auf das zu konzentrieren, was im Kleinen getan werden kann. Außerdem sind die Initiative und das Engagement von unten auch für die Politik wichtig, um zu zeigen, dass Klimaschutz gewollt ist. Damit werden Akzeptanz und Aufmerksamkeit geschaffen.

taz: Wie sieht gute Klimakommunikation konkret aus?

Rademacher: Natürlich ist zunächst ein fundiertes Wissen wichtig, damit es nicht zu Falschinformationen kommt. Dann ist es aber auch entscheidend, die Herzen zu erreichen und Vertrauen zu schaffen. Man muss dem anderen wirklich zuhören und dessen Bedenken aufgreifen. Die Kommunikation muss von Respekt und Wertschätzung getragen sein. Inhaltlich geht es bei Klimaschutz natürlich auch darum, die Dringlichkeit darzustellen – aber auch Hoffnung zu machen und Handlungsmöglichkeiten zu zeigen. Dabei hilft es sehr, den Fokus drauf zu legen, was es vor Ort gibt und wirklich im Leben der Menschen anzusetzen.

Workshop

„Gute Klimakommunikation – wie geht das?“, Sa, 10.8., 14 Uhr, Volkshochschule Osnabrück, Bergstraße 8; eine kurzfristige Teilnahme ist leider nicht möglich

Infos zum

Osnabrücker Klimaschutz-Masterplan: <https://t1p.de/p53q1>



Birgit Rademacher Biologin, ist seit 2012 „Masterplanmanagerin 100% Klimaschutz“ bei der Stadt Osnabrück.



Corona verschwand aus den Nachrichten, aber das Publikum kam nicht wieder: Eingang des Hafenklang in Hamburg
Foto: Silke Heye/imagio

Land unter im Live-Club

Kein Einzelfall: Der Hamburger Konzertschuppen Hafenklang braucht Geld und startet ein Crowdfunding. Mittelfristig seien aber die Politik und große Eventfirmen in der Verantwortung

Von **Robert Matthies**

Wie ein Relikt aus vergangenen Zeiten: Ende der 1990er wurden am Altonaer Nordufer der Elbe moderne Büro- und Gewerbegebäude hochgezogen, die sogenannte „Perlenkette“. Auch das Gebäude, in dem sich der Live-Club Hafenklang befindet, sollte einem Hotelneubau weichen. 1890 war das ehemalige Stallgebäude für Straßenbahn-Pferde erbaut worden, seit den 1970ern diente es als Musikstudio und Künstlertreff, Udo Lindenberg und Einstürzende Neubauten nahmen dort bereits auf. Durch massiven Protest wurde der Bau 1997 gerettet, dieses Jahr feiert das Hafenklang als Live-Club sein 25-jähriges: eine dunkle Halle im Erdgeschoss, darüber der freundlichere „Goldene Salon“ sowie Büros.

Seit Corona hat auch dieser Club massive Geldprobleme: Vieles sei anders geworden, sagt Thomas Lengefeld vom Betreiber:innen-Team. In der ersten Hälfte des laufenden Jahres sei ein Defizit von 55.000 Euro entstanden. „Obwohl wir eigentlich nichts anderes machen, keine Werbung, kein Booking, sonst irgendetwas.“ Kurzfristig will das Kollektiv den Weiterbetrieb mittels Crowdfunding sichern, mittelfristig seien aber die Politik gefordert und die Branchenriesen, die kleine Konzertveranstalter zunehmend kaputt machen.

Mehrfach wurde der Laden für innovatives Programm ausgezeichnet,

auch zum „Live-Club des Jahres“ erklärt. „Wir sind eine Institution, sagt man“, heißt es auf der Hafenklang-Internetseite, und: „ebenso nah an der Elbe wie am Puls der Zeit“. Wichtiger als die Einnahmen war den Betreiber:innen immer, Künstler:innen eine Bühne zu geben, die sie mögen – auch wenn eine später die große Hamburger Sporthalle ausverkaufende Band wie At the Drive-In dann eben vor nur sieben Leuten spielte.

Dass es so aber nicht mehr funktioniert, sei schon länger klar, sagt Lengefeld: Seit dem Auslaufen der staatlichen Coronahilfen habe man rund 100.000 Euro in den Veranstaltungsbetrieb gesteckt. Das Problem betreffe die ganze Branche, liege vor allem am veränderten Freizeit- und Ausgehverhalten, sagt Lengefeld, der sich seit den 1990ern auch ums Booking kümmert. Der Trend gehe zum Großevent. „Da geben die Leute ihr schmaleres Budget aus. Die Kids sind über Spotify und YouTube sozialisiert und nicht mehr im Club.“ Auch die Getränkepreise in so einem Laden überforderten gerade jüngere, die dann eben cornern, also draußen vor dem Kiosk feiern: In den vergangenen vier Jahren sei der Getränkeumsatz im Hafenklang um ein Drittel eingebrochen, so Lengefeld.

Zugleich sei die Inflation und damit die Produktionskosten gestiegen. „Bei einem Konzert brauchen wir 130 bis 150 Leute, um überhaupt

schwarze Zahlen zu schreiben.“ Ein inhabergeführter Club könne auf Veranstaltungen verzichten, die nicht einträglich genug sind – oder einfach Partys veranstalten, auf denen viel getrunken wird, die aber nicht viel kosten. Hinter dem Hafenklang stecke aber ein Kollektiv, dessen Anspruch eben nicht nur sei, Geld zu verdienen.

„Ihr habt ein Image-, wir haben ein Geldproblem, kommen wir da irgendwie zusammen?“

Thomas Lengefeld, Hafenklang, über seinen Besuch beim Konzertriesen Live Nation

So könne man junge Bands nicht leer ausgehen lassen, indem sich der Club etwa erst mal alle Einnahmen bis 600 Euro sichere, und die Künstler:innen nur bekommen, was darüber hinaus noch in der Kasse landet.

Nun gehe es darum, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass da etwas wegbreche. „Das versuchen wir der Politik gerade klarzumachen.“ Konzertbühnen wie das Hafenklang bräuchten eine verlässliche Förderung, findet Lengefeld, so wie Theater. Sonst seien anspruchsvolle Programme nicht mehr möglich. Das sähen auch alle ein, mit

denen er bislang gesprochen habe. Aber in der Politik drehten sich die Mühlen langsam – „Bis dahin sind wir längst pleite“.

Das Crowdfunding sei dennoch nur eine vorübergehende Notlösung. Lengefeld setzt nicht nur auf Unterstützung seitens der Politik, sondern spricht auch die Riesen der Konzertbranche an. Etwa die Sponsoring-Abteilung von Live Nation, weltgrößte Eventfirma, Jahresumsatz 16,7 Milliarden Dollar, gegen die in den USA derzeit ein Kartellverfahren läuft: Das Büro liegt 50 Meter entfernt vom Hafenklang in einem Glasloft am Elbhang. Dort habe er sich als Nachbar vorgestellt und dem Chef gesagt: „Ihr habt ein Imageproblem, wir haben ein Geldproblem, kommen wir da irgendwie zusammen?“ Es wurde gelacht, aber man kam ins Gespräch.

Aufgegeben hat das Hafenklang-Kollektiv noch lange nicht. „Wir sind nach wir vor sportlich und kämpferisch eingestellt“, sagt Lengefeld. Am Samstag aber ist erstmal die Altonaer Punkrockkneipe „Café Treibeis“ im Hafenklang zu Gast. Auch der geht es seit Corona gar nicht gut. Acht Bands, die zu hören sind auf einem „Treibeis Soli Sampler“, der im April herauskam, spielen unten in der düsteren Hafenklang-Halle, oben gibt es Essen und Merchandising. Auf die eigene Crowd ist immer noch Verlass.

www.startnext.com/broke-but-dope-save-hafenklang

der nussen-in-sandesneben-glamour

Deutschlands attraktivster Bundestagsabgeordneter heißt Bruno Hönel. Das hat eine „Informationsplattform für verantwortungsvolles Glücksspiel“ vermeldet – KI-gestützt, hallo?! Wir glauben's trotzdem: Seit 2021 vertritt die grüne Sahneschnitte den Wahlkreis Lübeck, Berkenthin und Sandesneben-Nusse, und schon letztere horny Ortsangabe verdient 9,5 von 10 Punkten.

LE MONDE

diplomatique



Syrien

ist nicht sicher: Kristin Helberg über die aktuelle Debatte um Abschiebungen und die realen Verhältnisse vor Ort

► S. 4/5

Libanon

an der Schwelle zum Krieg: Emmanuel Haddad über das Leid im Süden und die schwache Solidarität mit der Hisbollah

► S. 7

Roter Staub

in Smederovo: Jean-Arnault Dérens und Laurent Geslin über Chinas umstrittene Bergbauaktivitäten in Serbien

► S. 10/11

Inseln

unter Einfluss: G. Giraudeau über Großmächte im Südpazifik und Klimagerechtigkeit für Staaten, die verschwinden werden

► S. 12

Burger

vom Sternekoch: Camille Beauvais und Gatien Élie über die große Liebe zum Fastfood in der französischen Gastronomie

► S. 19

Peter Radelfinger



Atlas, AO48, Mischtechnik, 1983 bis heute, 44 x 33,5 cm
(zum Künstler siehe Seite 2)

Eine andere KI ist möglich

von Evgeny Morozov

Die Fortschritte der künstlichen Intelligenz verblüffen, werfen aber auch die Frage auf, wozu die Technologie eigentlich dienen soll. In den 1970er Jahren träumten Hippie-Informatiker von Maschinen, die die menschliche Intelligenz fördern und die Welt besser machen sollten.

KI-Entwicklung in öffentlichen Institutionen?

Die zweite Version scheint attraktiver, wenn man sieht, dass im KI-Entwicklungswettbewerb heutzutage Schnelligkeit mehr zählt als Qualität. Wie etwa beim katastrophal ausgegangenen Experiment mit der Google-Funktion „AI Overviews“, die Nutzern riet, ihre Pizza mit Kleister zu belegen und pro Tag einen Stein zu essen, um ihre Gesundheit zu verbessern.² Eine öffentlich finanzierte generative KI mit bedacht-sam ausgewählten Datensätzen und strenger Überwachung würde sicher qualitativ bessere Tools liefern. Zudem könnte man von den kommerziellen Nutzern mehr Geld verlangen, das in die Entwicklung zurückfließen würde.

Aber ist eine vergesellschaftete KI-Ökonomie überhaupt erstrebenswert – oder würden wir damit nur vor dem Silicon Valley kapitulieren?

Salvador Allendes sozialistisches Internet

Hätte eine „kommunistische KI“, was das Eigentum an Daten, Modellen, Rechenkapazitäten und deren Kontrolle betrifft, nur einen anderen Träger? Oder hätte ein solches Modell vielleicht sogar das Potenzial für eine echte und tiefere gesellschaftliche Transformation?

Zwei Beispiele aus der Vergangenheit scheinen dafür zu sprechen. Das erste ist CyberSyn, ein visionäres Vorhaben des chilenischen Präsidenten Salvador Allende.³ Mithilfe des ehrgeizigen, aber kurzlebigen Projekts (1970–1973) unter der Leitung des britischen Kybernetik-Experten Stafford Beer sollte die chilenische Wirtschaft produktiver organisiert werden.

Das oft als „sozialistisches Internet“ bezeichnete CyberSyn speiste sämtliche Produktionsdaten der Staatsunternehmen über das chilenische Telexnetz in einen Zentralcomputer ein. Doch die eigentliche Innovation war eine Keimform des maschinellen Lernens, die den Einfluss der Beschäftigten erweitern sollte. Man wollte also, um die Macken des sowjetischen Zentralisierungsmodells zu überwinden, das praktisch erworbene Wissen der Belegschaft nutzen, das auch dem Management in kapitalistischen Betrieben normalerweise verborgen bleibt.

Die Experten besuchten die Fabriken und verschafften sich in Gesprächen mit den Beschäftigten ein Bild über die jeweiligen Produktionsabläufe und Steuerungsprozesse. Auf Grundlage dieser Informationen wurden dann schematisierte Operationsmodelle mit bis zu 10 Parametern pro Fabrik entwickelt. Die gewonnenen Daten wurden mittels einer speziellen Statistik-Software überwacht, die den Manager-Arbeitern auftretende Probleme fast in Echtzeit meldeten.

Im Kern fußte CyberSyn auf der Vision eines hybriden Systems, das die menschliche Intelligenz durch computergestützte Rechenleistung verstärken sollte. Die Transformation von implizitem Wissen in verwertbares explizites Wissen sollte die zur Führung des Landes aufgestiegene Arbeiterschaft befähigen, kompetent und selbstbewusst mit den Bürokraten in Santiago zu kooperieren, um die Leistungen unter der neuen Regierung zu verbessern. Ist das die „sozialistische KI“, die uns vorschwebt?

► Fortsetzung auf Seite 14

Aushungern

Kriegsstrategie von Sudan bis Gaza

von Alex de Waal

Noch vor einigen Jahren schien es weltweit und quer durch das politische Spektrum einen Konsens darüber zu geben, dass es absolut unzulässig ist, Hunger als Waffe einzusetzen. Darin war sich die US-Regierung unter Donald Trump nicht nur mit dem liberalen Europa einig, sondern auch mit Russland, China und den meisten arabischen und afrikanischen Ländern. Am 24. Mai 2018 stimmten alle 15 Mitglieder des UN-Sicherheitsrats in seltener Einstimmigkeit für die Resolution 2417, die „den Einsatz von Aushungern der Zivilbevölkerung als Methode der Kriegsführung“ entschieden verurteilt.

Sechs Jahre später herrscht bei allen Beteiligten offensichtlich eine stillschweigende Einigkeit darüber, dass das Ganze nicht wirklich gewollt war. Doch weil sie sich scheuen, die verabschiedeten Prinzipien zu verwerfen, ziehen sie es vor, die Fakten zu leugnen oder Normen und Fakten zum Einsatz von Hunger als Waffe auf eine nachgiebigere Lesart hin umzudeuten. Dabei argumentieren demokratische und autokratische Regierungen zwar unterschiedlich, kommen aber zu demselben Schluss: dass Hunger als Kriegsfolge hinzunehmen sei.

Die Hungersnöte unserer Zeit sind von Menschen verursacht. Diese schlichte Tatsache muss man immer und immer wieder betonen. Seit 2011 hat das Famine Review Committee (FRC) im Auftrag der UN in 20 Fällen eine „Integrierte Klassifizierung der Ernährungssicherheitsphasen“ (Integrated Food Security Phase Classification,

IPC) vorgenommen. Die IPC ist quasi die „Richterskala“ des Hungers und dient der Klärung, ob im jeweiligen Fall die Kriterien für eine „Hungersnot“ (famine) erfüllt sind.

In 19 der 20 IPC-Verfahren ging es um einen Ernährungsnotstand, der maßgeblich durch einen Krieg verursacht war. Die einzige Ausnahme war 2021 die Hungersnot in Madagaskar, die nach mehreren klimabedingten Dürrejahre im Süden der Insel entstanden war.

Dennoch hat sich in unseren Köpfen die Vorstellung eingebrannt, eine Hungersnot sei in aller Regel eine Naturkatastrophe. Damit verschaffen wir den Militärs und Politikern, die ihre eigenen Völker aushungern, ein willkommenes Alibi – und uns die bequeme Ausrede, es müssten nur mehr Nahrungsmittel produziert und nicht etwa die Kriegsverbrecher gestoppt werden.

Ein schlagendes Beispiel ist der Sudan. Hier führen seit April 2023 zwei korrupte Generäle einen Plünderungs- und Aushungerungskrieg, der die Menschen ihrer elementaren Nahrungsmittel beraubt. Dabei haben beide Kriegsparteien ihre arabischen Schutzpatrone.

Russland hält Verbindungen zu beiden Seiten: Moskau verhandelt mit der von der UNO anerkannten Regierung und deren Armee über einen Hafen am Roten Meer; zugleich kooperieren russische Söldner der in Africa Corps umbenannten Wagner-Gruppe mit der anderen Seite, den Rapid Support Forces (RSF). Vor diesem Hintergrund erklärte

► Fortsetzung auf Seite 8

E in Gespenst geht um in Amerika: das Gespenst des Kommunismus. Aber diesmal kommt es digital daher.

Daron Acemoglu, Ökonom am Massachusetts Institute of Technology (MIT), stellt eine provozierende Frage: „Würde ein KI-gesteuerter Kommunismus funktionieren?“ Der Risikokapital-Unternehmer Marc Andreessen bangt: „Wird China eine kommunistische KI entwickeln?“¹ Das Ratespiel macht sogar Vivek Ramaswamy mit. Der Trump-Anhänger und Geschäftsfreund von Donald Trumps Vizekandidaten J. D. Vance verkündet auf X, eine prokommunistische künstliche Intelligenz sei so gefährlich wie Corona.

Bei der ganzen Panikmache bleibt allerdings völlig unklar, was mit einer „kommunistischen KI“ gemeint sein soll. Hat man eine Entwicklung vor Augen, die dem chinesischen Tech-Modell folgt, mit Plattformen nach dem Vorbild US-amerikanischer Konzerne, die aber strenger staatlicher Kontrolle unterliegt? Oder eine Version, die sich am europäischen Sozialstaatsmodell orientiert, mit einer Konzentration der

Das neue Buch der editionBlätter

Mit Beiträgen von:

Seyla Benhabib, Micha Brumlik, Norbert Frei, Jürgen Habermas, Ágnes Heller, Paul Mason, Arundhati Roy, Luiz Ruffato, Irina Scherbakowa, Timothy Snyder, Rebecca Solnit u.v.a.

Jetzt im Buchhandel oder online:
blaetter.de/edition-demokratie

DEMOKRATIE
oder FASCHISMUS
Was heute auf dem Spiel steht

Auch
als Abo-
Prämie!



432 S. | 24 Euro | ISBN 9783982132334

ANZEIGE

Edi Rama mischt sich ein

Die Bürgermeisterwahl im albanischen Küstenstädtchen Himara gewann am 4. August ein Kandidat der Sozialistischen Partei (PS) von Präsident Rama. Es war eine außerplanmäßige Abstimmung, weil Fredi Beleri, der Sieger der regulären Wahlen vom 14. Mai 2023, sein Amt nicht antreten konnte. Der Kandidat der griechischen Minderheit und oppositionellen Demokratischen Partei (PD) war vor dem Wahltag verhaftet worden. Im März 2024 wurde er zu einer zweijährigen Haftstrafe wegen angeblichen Stimmenkaufs verurteilt. Er sitzt in Tirana im Gefängnis. Allerdings durfte er zur Verteidigung als Abgeordneter im EU-Parlament, zu dem er auf der Liste der griechischen Regierungspartei ND gewählt wurde, für einen Tag nach Brüssel reisen. Als sein Ersatz in Himara trat der griechisch-amerikanische Unternehmer Petros Gikourias an. Präsident Rama

gestern in **LMD**
heute in den **Nachrichten**

hat sich persönlich in diesem lokalen Wahlkampf engagiert, bei dem es um die Macht in einer Region geht, die als Immobilienfiletstück der „albanischen Riviera“ gilt. Bei der Verteilung der Beute droht die griechische Minderheit leer auszugehen, da ihre Besitzansprüche im kommunistischen Albanien nie registriert wurden. Über den „Fall Beleri“ und die ökonomischen Interessen, die in Himara auf dem Spiel stehen, berichtete im Mai 2024 Hans-Georg Taucher.

Lithium aus Serbien

Am 19. Juli reiste Bundeskanzler Scholz mit dem Vizepräsidenten der EU-Kommission nach Belgrad, um mit Präsident Vučić ein Abkommen über den Abbau von Lithium zu schließen. Das seltene Metall wird für die angestrebte Energiewende benötigt. Über den „Lithiumhunger“ der EU, der jetzt im westserbischen Jadar-Tal gestillt werden soll, berichteten Saša Dragojlo und Ivica Mladenović in *LMD* schon im September 2022. Bereits damals stand der britisch-australische Bergbaukonzern Rio Tinto in den Startlöchern, an den nun die Abbaukonzession vergeben wurde. Umweltschützer:innen befürchten indes eine Verunreinigung des Grundwassers. Ähnliche Sorgen gibt es im bosnischen Lopare. Hier hat das Schweizer Unternehmen Arcore Probebohrungen durchgeführt. Lokale Initiativen warnen vor massiven Umwelterstörungen, berichtete Sead Husic im Mai 2024 in seinem *LMD*-Artikel „Lithium aus Lopare?“ Dabei gibt es auch in Deutschland reiche Vorkommen. Im Oberheingraben etwa könnte das Metall aus Thermalwasser gefördert werden, was umweltverträglicher wäre als der Abbau in Serbien oder in Bosnien und Herzegowina.

Diese und alle anderen Beiträge seit 1995 im *LMD*-Archiv unter:
monde-diplomatique.de



Atlas, A067, Mischtechnik, 1983 bis heute, 22 x 33,5 cm

Peter Radelfinger

Der Schweizer Zeichner, Maler und Konzeptkünstler Peter Radelfinger wurde 1953 in Bern geboren. Die Kunst dieser Ausgabe ist seiner Serie „Atlas“ gewidmet. Seit 1983 bearbeitet und übermalt Radelfinger in mehreren Phasen die Seiten eines Schweizer Atlas für die Mittelschule.

In der ersten Phase entstehen Zeichnungen, Malereien, Collagen und Montagen. Radelfinger selbst bezeichnet das Ergebnis dieser Phase als ein weitgehendes „Debakel“. In einer zweiten Phase werden die Blätter mit meist weißer Farbe übermalt, also neu grundiert in dem Versuch, „neue Gründe zu finden“. Es ist ein, wie Radelfinger schreibt, Arbeitsprozess „der Schichtung, Überlagerung und Überlappung“, der dann allerdings in der dritten Phase wieder umgekehrt wird: Der Künstler schleift die Seiten wieder ab, sowohl mit einer Schleifmaschine als auch mit der Hand. Der Künstler bezeichnet es als „geopoetische Überarbeitung und Neukartierung“. Das Ergebnis sind sehr zarte, inzwischen fragil gewordene Blätter, die „Raum für Unbestimmtheiten“ zulassen. Der Abschleifprozess ist noch nicht abgeschlossen, und für den Künstler bleibt offen, „ob am Schluss etwas oder nichts übrigbleibt“. www.radelfinger.com **Wilhelm Werthen**

edito

Rabatz in der Nationalversammlung

Seit Präsident Macron die Nationalversammlung aufgelöst hat, brodelt es. Abgeordnete werden angegriffen, Wahlkreisbüros verwüstet, Parteimitglieder verprügelt. In den sozialen Medien hagelt es Drohungen, das politische Spitzenpersonal beschimpft einander. Journalistinnen und Kommentatoren äußern Sorge vor diesem Aufflammen politischer Gewalt, der gesamte Westen sei in Gefahr und Trump in den USA nur um Haarsbreite einem Attentat entgangen – wie vor Kurzem der slowakische Ministerpräsident Fico.

In diesem Klima zeichnet sich offenbar eine parteiübergreifende Lösung ab. Parteichefs sollten die Debatten und die Leidenschaften beruhigen, Spaltungen überwinden. Denn wie kann es eine friedliche Gesellschaft geben, wenn die Mächtigen

außer Rand und Band sind? Präsident Macron ruft also zu „Gelassenheit und Respekt für alle“ und zu Kompromissen auf. Der Sozialist Boris Vallaud ist „eher für Beruhigung als für Radikalismus“. Selbst der Rassemblement National hält sich für eine „Partei der Befriedung“. Wer sich dem widersetzt, wird getadelt. Als Sophia Chikirou von La France insoumise den „Hollandismus“ mit Bettwanzen verglich, wurde sie von der Grünen Marine Tondelier zurechtgewiesen: „Wir müssen mit gutem Beispiel vorangehen, denn die Gewalt in der Gesellschaft wächst, und wir müssen da sein, um zu schützen, zu heilen und zu befrieden.“ Als wiederum die Grünen einem Rechts-extremen nicht die Hand schütteln wollten, kam der Tadel von den Republikains: „In einer Demokratie muss man seinen Gegner respektieren. Das

Land braucht Befriedung.“ Die Grenze des Anstands hängt davon ab, wer sie definiert.

Ein kurzer Ausflug in die Geschichte zeigt, dass die Idee eines zahmen Parlaments, das seine Meinungsverschiedenheiten in vorbildhafter Höflichkeit beilegt, eine Schimäre ist. Wer immer in der Nationalversammlung saß, musste sich zu allen Zeiten und von allen Seiten Beschimpfungen gefallen lassen: Analphabet, Knecht, Idiot, Gauner, Lügner, Judas, Mörder, Drecksack, Fälscher, Schisser, Lakai, Kaiserlein, Knallkopf, Galgenvogel. Die heutige Zeit fällt da eher durch mangelnde Kreativität auf.

In Krisensituationen häuften sich Verbalattacken und Rabatz im Parlament: Abgeordnete klapperten mit den Pulten, brüllten herum oder sangen gar aus voller Kehle. Die Drey-

fus-Affäre, die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, der Regierungsantritt der Volksfront, die Streiks von 1947, das Abtreibungsgesetz ... Die Spannungen und Spaltungen im Land wirken sich im Parlament aus, nicht umgekehrt. Beruhigung ist daher nicht Ausgangspunkt, sondern mögliches Ergebnis einer Politik, die diese Brüche offensiv angeht. „Der reiße Strom wird gewalttätig genannt, aber das Flußbett, das ihn einengt, nennt keiner gewalttätig“, schrieb Bertolt Brecht.

In letzter Zeit gab es Grund genug für Unmut. Eine unbeliebte Reform folgt auf die andere, und Wahlen scheinen auch nichts ändern zu können, wenn das Lager des Präsidenten diskreditiert ist, sich aber mit allen Tricks an die Macht klammert. Ist es da verwunderlich, dass der Ton immer schärfer wird? **Benoît Bréville**

In dieser Ausgabe | 08/24

Die nächste Ausgabe erscheint am 12. September

4 Wie sicher ist Syrien?

Die Bundesrepublik will schwerkriminelle Geflüchtete abschieben. Warum das kein guter Plan ist
von *Kristin Helberg*

7 Libanon an der Schwelle zum Krieg

von *Emmanuel Haddad*

8 Aushungern

Fortsetzung von Seite 1
von *Alex de Waal*

10 Roter Staub in Smederovo

Chinas Interessen in Serbien
von *Jean-Arnault Dérens und Laurent Géslin*

12 Südpazifik unter Einfluss

Großmachtinteressen und die Frage der Klimagerechtigkeit für Staaten, die verschwinden werden
von *Géraldine Giraudeau*

13 Inseln in der Klimakrise

Welche Rolle die Cookinseln für die grüne Revolution und in den geostrategischen Plänen der USA spielen
von *Glen Johnson*

14 Eine andere KI ist möglich

Fortsetzung von Seite 1
von *Evgeny Morozov*

16 Das Recht auf Strand in Kalifornien

von *Isabelle Bruno und Grégory Salle*

17 Die Bahnkiller

Der Tod des öffentlichen Nahverkehrs in den USA
von *Benoît Bréville*

18 Die indische Eisenbahn und ihr koloniales Erbe

von *Jean-Pierre Benoit*

19 Burger de Chef

Frankreich und seine Liebe zum Fastfood
von *Camille Beauvais und Gatien Élie*

20 Im Fitnessrausch

Comic
von *Wiebke Bolduan*



Das Ende der Vergeudung

Mein Leben ohne Kühlschrank

von Marta Sapata

Sechs Jahre lang brummt unser Kühlschrank vor sich hin. Dann gab er schließlich den Geist auf. Innerhalb von 24 Stunden herrschte in seinem Innern dieselbe Temperatur wie in der Küche. Außerdem war das Kühlmittel in die Atmosphäre entwichen. Der Handwerker, der es wieder auffüllte und dafür eine fette Rechnung ausstellte, sagte: „Ich kann Ihnen keine Garantie geben – das Gas könnte schon morgen wieder austreten.“ Was zwei Tage später auch geschah.

Es war August und entsprechend heiß; trotzdem fragte ich mich, ob wir nicht auch ohne Kühlschrank auskommen könnten.

Ich brauchte ein paar Tage, um mich auf die neue Lebensweise einzustellen. Manches wurde kurzerhand entsorgt, weil einige Sachen sehr schnell vergammelten. Ich fing an, überlegter einzukaufen: nur kleinste Mengen und wenig auf Vorrat. Was nicht mehr ganz frisch aussah, wurde als Erstes verzehrt.

Als ich das verwaiste Gehäuse in einen Schrank verwandelt hatte, postete ich eine Anzeige auf Facebook: „Ich suche nach Leuten, die ohne Kühlschrank leben.“ Einige Dutzend antworteten. Die meisten hatten sich ein kühlschrankloses Leben nicht ausgesucht, es war ihnen durch die Umstände aufgezwungen worden: Einer hatte seine Wohnung verloren und wohnte im Büro, eine andere war auf einen Ökobauernhof gezogen, wo es schlicht keinen Kühlschrank gab. Oder es gab einen Kühlschrank, der sogar funktionierte, nur ließ sich die Tür nicht schließen, auch nicht mit einem Klebeband. Und auf einmal ging es auch ohne.

Bei meinen Küchenbesichtigungen sah ich manchmal nur noch die verblassten Umrisse an der Wand, wo früher der Kühlschrank gestanden hatte, oder unfunktionale Geräte. Manche dienten als Schreibtisch oder Vitrine, andere hatten keine erkennbare Funktion und verströmten Gerüche, die sie früher erfolgreich absorbiert hatten.

Und alle sagten dasselbe: Zu ihrer eigenen Überraschung werfen sie weit weniger Lebensmittel weg. Sie kaufen öfter ein, geben aber weniger aus. Und die Reste, so es sie gibt, werden am nächsten Tag gegessen. Fleisch verdirbt leicht, also haben sie es gestrichen. Und Butter? Essen sie nur im Winter, draußen auf dem Fenstersims hält sie sich wunderbar. Gekühltes Bier trinken sie sofort, nachdem sie es gekauft haben. Und den Eintopf – aus Gemüse natürlich – heben sie im Ofen auf.

Wir sollten das nicht unbedingt alles glauben. Dank wissenschaftlicher Studien über Lebensmittelverschwendung wissen wir, dass die meisten Menschen dazu neigen, ihre Gewohnheiten zu verschleiern, wenn es um das Wegschmeißen von Essen geht. Aber tatsächlich gibt es zwischen dem technischen Hilfsmittel, das die Haltbarkeit von Nahrungsmitteln verlängert, und den entsorgten Mengen eine eindeutige Beziehung: Je größer der Kühlschrank, desto länger die Einkaufsliste; und je länger die Einkaufsliste, desto mehr wandert in den Abfall.

In Europa kommt statistisch ein Kühlschrank auf zwei Personen. Der Kühlschrank ist für uns ein Raum, in dem die Zeit vermeintlich stillsteht. Wir schließen die Tür, das Licht geht aus, und die Lebensmittel – organische Materie, die ständiger Verwandlung unterliegt – werden unsterblich. Nur leider stimmt das nicht. Die Kälte verzögert lediglich den zellulären Stoffwechsel und trickst damit Mikroorganismen

aus, deren Ausbreitung verlangsamt wird – selbst Einfrieren kann die Zersetzung nicht völlig aufhalten.

Künstliche Kälte hält unsere Nahrungsmittel nicht nur auf ihrer letzten Etappe vor dem Verzehr frisch, bereits auf dem Weg in unsere Haushalte ist sie ihr ständiger Begleiter. Dank niedriger Temperaturen bleibt das pflanzliche Gewebe fester und die Nahrungsmittel bleiben optisch ansprechender. Für diese Funktion gibt es das hübsche Wort „Turgor“. Es bezeichnet den Druck des Zellsafts auf die Zellwand. Ohne den Turgordruck würde der Salatkopf statt in unseren Kühlschrank in den Mülleimer wandern.

Manchmal begleitet die Kälte die Lebensmittel selbst auf ihrer letzten Reise. Denn wenn sie nicht innerhalb der angegebenen Haltbarkeitsfrist verkauft wurden, landen sie erst einmal hinter gepanzerten Türen in einer Kühlkammer. Wenn sie dann von einem Müllauto abgeholt werden, ist das wie ein erster Hauch tropischer Luft, woraufhin die natürliche Verwesung rasch einsetzt.

Im Lebensmittelversorgungssystem wird jede Unterbrechung der Kühlkette zum Katastrophenfall: Der künstlich unterbrochene Reifeprozess setzt plötzlich wieder ein und will die verlorene Zeit einholen. Ein Apfel, der ein Jahr lang in einem Kühlhaus eingelagert war und aus dem praktisch aller Sauerstoff herausgepumpt wurde, ist gleichsam eingeschlafert. Aber schon der erste Luftzug erweckt ihn zum Leben – er will reifen, schrumpeln, seine Samenkerne weitergeben. Als Nahrungsmittel macht ihn das nicht unbedingt attraktiv.

Verglichen mit Smartphones (voll mit seltenen Metallen, deren Vorkommen umkämpft sind), Klimaanlagen (die zur Erderwärmung beitragen) oder Wäschetrocknern (die schmutzige Energie verbrauchen, nur um einen natürlichen Prozess zu beschleunigen), mag der Kühlschrank unschuldig erscheinen. Doch das ist er nicht. Er hat vielmehr seinen spezifischen Anteil an dem beschädigten Zustand, in dem sich unsere Erde heute befindet.

Dieser Anteil lässt sich ermitteln. Die Celsius-Grade, die Kühlschränke zur Erderwärmung beitragen, sind

ebenso messbar wie das Volumen der Kältemittel, die in die Atmosphäre gelangen. Die fluorierten Ethan- und Propan-Derivate (FKW), die inzwischen die Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) abgelöst haben, greifen vielleicht nicht mehr die Ozonschicht an, aber sie sind um ein Vielfaches schädlicher als das berüchtigte CO₂.

Wie man dem abhelfen kann, wird seit langem diskutiert. 2016 unterzeichneten fast 200 Staaten in Kigali eine Änderung des Montreal-Protokolls von 1987, das ein FCKW-Verbot

„*Das Licht geht aus, und die Lebensmittel werden unsterblich*“

einführte. Der Beschluss von Kigali untersagt ab 2028 den Verkauf wie die Wartung von Geräten mit FKW-Kältemitteln, die durch organische Kühlflüssigkeit ersetzt werden sollen. Gleichwohl sind immer noch zig Millionen solcher Kühlschränke und Tiefkühlanlagen auf dem Markt. Jedes dieser Geräte ist, falls es nicht sachgemäß entsorgt wird, eine tickende Klimabombe.

Die Forscher:innen der NGO Project Drawdown, auf deren Ergebnisse sich unter anderem der Weltklimarat stützt, untersuchen die potenzielle Wirkung von hundert ausgewählten Maßnahmen gegen die Klimakrise zwischen 2020 und 2050. Nach ihren Berechnungen könnten bei einem Szenario, das von einer Erderwärmung von 2 Grad Celsius bis zum Jahr 2100 ausgeht, allein durch Verbesserungen im „Management von Kühlgeräten“ fast 60 Gigatonnen an CO₂-Emissionen weniger in die Atmosphäre gelangen. Und sogar rund 90 Gigatonnen könnten durch die Reduzierung von Nahrungsmittelabfällen eingespart werden.

Seit die Menschen sesshaft wurden, waren sie bemüht, die Lebensdauer ihrer Nahrungsmittel zu verlängern, wobei sie sich Mutter Natur zunutze machten: Große Eisblöcke, die im Januar aus Seen herausgesägt wurden, hielten das ganze Jahr über vor. Man musste sie nur in unterirdischen Eis-

kammern lagern und mit Sägemehl bedecken. Auf diese Weise hielten die Vorräte bis zum nächsten Winter.

Doch der weltweite Bedarf an gekühlten Vorratsspeichern wuchs und konnte nicht mehr allein durch die Natur gedeckt werden. Für Abhilfe sorgte Ende des 19. Jahrhunderts die Technologie. Sucht man ein Symbol für das Anthropozän, wird man unweigerlich an den Kühlschrank denken. Die Fähigkeit zur Temperaturregulierung ist eine der tragenden Säulen der globalisierten Produktion und Vermarktung von Lebensmitteln. Von dieser Fähigkeit hängt weitgehend ab, was als Essen auf unserem Tisch landet – und was wir davon wegschmeißen.

Ohne Kühlgeräte würden wir außerhalb der Erntezeit verschrunpelte Äpfel und keimende Kartoffeln essen. Frische Molkereiprodukte, Fleisch und Fisch wären rare Delikatessen; und tropische Früchte würden hierzulande ganz aus dem Angebot verschwinden. Alles in allem würden wir uns bescheidener ernähren, aber im Einklang mit den natürlichen Erntezyklen unserer jeweiligen geografischen Zone. Obst und Gemüse müssten nicht mehr tausende Kilometer zurücklegen, um auf unsere Teller zu kommen.

Unsere Kühlgeräte – oder besser die Art ihrer Nutzung – haben nicht nur unsere Auswahl vergrößert, sondern auch die Überzeugung genährt, dass wir alles haben können – hier und jetzt und mündgerecht. Die Möglichkeit des Kühlens ist auch einer der Gründe, warum wir Lebensmittel nicht mehr als wertvolle Ressource betrachten, deren Haltbarkeit durch zusätzliche Bearbeitung wie Trocknen, Salzen, Pökeln, Fermentieren oder Konservieren verlängert werden kann. Heute müssen wir nur noch den Kühlschrank aufmachen.

Europäische Kühlschränke haben im Durchschnitt eine Kapazität von 200 Litern, was freilich noch deutlich kleiner ist als jenseits des Atlantik. Bei der Größe dieser Geräte – und speziell ihrer Tiefe – entschwinden aufbewahrte Lebensmittel aus unserem Blickfeld. Ein großer Kühlschrank ist nachgerade darauf angelegt, Abfälle zu produzieren. Und selbst wenn wir uns beim Entsorgen von Lebensmittel aus dem Kühlschrank schämen oder ärgern

sollten, kühlen solche Empfindungen rasch wieder ab.

Auf dem Welternährungsgipfel von 2017 in Kopenhagen wurde auch über die Reduzierung von Lebensmittelabfällen diskutiert. Eine von vielen Ideen kam vom CEO eines multinationalen Nahrungsmittelkonzerns, der den Smart Fridge anpries: „Die Lösung, meine Damen und Herren, liegt in der Vorhersehbarkeit, auch und gerade was das Konsumverhalten betrifft.“ Der Innenraum des Kühlschranks wird von einer Kamera gescannt, woraufhin mittels KI eine Einkaufsliste erstellt wird. Der Smart Fridge regt aber auch an, den im Gemüsefach lagernden Blumenkohl zu verbrauchen: „Bitte iss mich, Marta, denn wenn du das nicht tust, werde ich das in deinem Profil vermerken, und das wird dir peinlich sein.“

Wie kommt dieses „Profil“ zustande? Eine mit dem Internet verbundene Homepage (so nennen es die Hersteller von Smart Fridges) wird dafür sorgen, dass das Wegwerfen von Lebensmitteln kein diskreter Akt mehr ist. Mit der Folge, dass weniger entsorgt wird. Das hat wie üblich seinen Preis, in diesem Fall die tägliche Überwachung und Information darüber, was wir einkaufen, essen und wegwerfen.

Wir sind mehrere Wochen lang ohne Kühlschrank ausgekommen. Am Ende haben wir einen neuen gekauft: ein frei stehendes Teil, nach europäischen Standards durchschnittlich groß, aber ohne die Fächer, in denen das Gemüse seinen köstlichen Turgor bewahrt (was natürlich schade ist), auch ohne Eiswürfelfach und ohne Touchscreen oder andere Überwachungstechniken. Das Kühlmittel ist – theoretisch – nicht klimaschädlich; allerdings beginnt das Gerät schon beängstigend zu brummen.

Aus dem Englischen von Niels Kadritzke

Marta Sapata ist Journalistin und Autorin. Der Beitrag erschien zuerst auf Polnisch in *Dwutygodnik*, eine englische Fassung bei *Eurozine*.

© Marta Sapata/Dwutygodnik/Eurozine; für die deutsche Übersetzung LMD, Berlin

Hörtext des Monats: monde-diplomatique.de



Peter Radelfinger, Atlas, A022, Mischtechnik, 1983 bis heute, 44 x 33,5 cm



Al-Na'im-Platz (Paradiesplatz) im Zentrum von Rakka, Oktober 2023 CHRIS HUBBY/picture alliance/zumapress

Wie sicher ist Syrien?

von Kristin Helberg

Deutschland will Schwerverkriminalen und Gefährder nach Syrien abschieben. Im Juli wurde erstmals einem Syrer der subsidiäre Schutz verweigert. Der Mann stammt aus Hasaka im Nordosten – dort kämpfen die Menschen gegen die Terrorgruppe Islamischer Staat und das, was vom einstigen „Kalifat“ übriggeblieben ist.

Noch nie stellte sich die Frage, wie sicher Syrien ist, so dringend wie heute. Im Juli verweigerte das Oberverwaltungsgericht Münster einem Syrer erstmals subsidiären Schutz. Begründung: Es bestehe in Syrien keine pauschale Gefahr mehr für Leib und Leben – weder „infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines innerstaatlichen Konflikts“ noch durch Folter oder unmenschliche Behandlung.

Für tausende Syrer, die Monat für Monat in Deutschland Asyl beantragen, ist das eine bedrohliche Entwicklung. Denn auf dieser Grundlage hatten syrische Geflüchtete, die kein Recht auf Asyl haben, bislang in der Regel subsidiären Schutz bekommen.

Gleichzeitig prüft das Bundesinnenministerium, wie Islamisten und Schwerverkriminalen nach Syrien und Afghanistan abgeschoben werden können, ohne dabei gegen Menschenrechts- und Asylbestimmungen zu verstoßen.

Ein schwieriges Unterfangen angesichts der Machtverhältnisse vor Ort: In Afghanistan herrschen seit 2021 die extremistischen Taliban, ihnen wären zurückkehrende Islamisten und damit verbundenes Geld, das sie für deren weitere Verwendung nutzen könnten, sicher willkommen. In Syrien herrscht vor allem Angst. Je nachdem wo die Menschen leben, fürchten sie Verhaftung und Folter, islamistische Milizen, türkische Luftangriffe oder eine Rückkehr der Terrororganisation Islamischer Staat (IS).

Nach 13 Jahren Krieg ist das Land in vier Einflusszonen geteilt – gibt es dadurch vielleicht mehr Optionen für die Rückführung von Syrern? Könnten deutsche Sicherheitsbehörden mit lokalen Akteuren verhandeln, ohne allzu großen diplomatischen Schaden anzurichten? Und wer wären die Ansprechpartner?

Offiziell zuständig ist Syriens Machthaber Baschar al-Assad, gegen den ein französischer Haftbefehl wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorliegt. Sein Regime kontrolliert zwei Drittel des Landes, dort leiden die Menschen unter einem mafiaähnlichen System aus Repression, Korruption und Folter. Abgeschobene Straftäter wären für Assad das perfekte Druckmittel, um von Deutschland Geld und politische Anerkennung zu erpressen.

Beides würde ein Regime stabilisieren, das die Rückkehr von Millionen Syrern und Syrern verunmöglicht und die Hauptverantwortung für monatlich 6000 Asylersuchenden in Deutschland trägt (ein Viertel davon sind Kinder bis 11 Jahre).

Gerade Dschihadisten instrumentalisiert der syrische Geheimdienstapparat seit Jahrzehnten, um interne und externe Gegner zu destabilisieren und die eigene Herrschaft zu zementieren. Abgeschobene würden hier nicht gerecht bestraft, sondern als Faustpfand missbraucht.

Auch im Nordwesten des Landes wären radikale Straftäter nicht sicher verwahrt. Dort herrscht die Extremistengruppe Hayat Tahrir al-Sham (HTS) über Teile der Provinz Idlib. Als international gelistete Terrororganisation kann sie kein Partner für Rückführungen sein.

In den türkisch besetzten Grenzgebieten im Norden treiben von der Türkei finanzierte Söldner der Syrischen Nationalen Armee (SNA) ihr Unwesen. In ihren Reihen finden sich auch ehemalige IS-Kämpfer. Der Generalbundesanwalt ermittelt gegen einzelne SNA-Milizen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. In einem völkerrechtswidrig besetzten Gebiet voller krimineller Banden gibt es für die Bundesregierung

naturgemäß keine Ansprechpartner für Abschiebungen.

Bleibt der Nordosten, fast ein Drittel des Landes, der von der kurdisch dominierten Demokratischen Autonomen Verwaltung Nord- und Ostsyrien (DAANES) kontrolliert wird. Im Vergleich zum Rest des Landes ist hier manches besser: Es gibt mehr Freiheiten für Medien und Zivilgesellschaft, die Todesstrafe wurde abgeschafft, Führungspositionen werden mit Frauen und Vertretern von Minderheiten besetzt. Trotzdem ist der Nordosten nicht sicher, denn er ist zwei Gefahren gleichzeitig ausgesetzt – türkischen Drohnenangriffen und IS-Dschihadisten.

DAANES-Vertreter erklärten sich dennoch bereit, rückkehrwillige Syrer aufzunehmen – allerdings keine Straftäter und Islamisten: Die Selbstverwaltung ist schon mit der Verwahrung und Versorgung zehntausender ehemaliger IS-Mitglieder überfordert.

Aufgeteilt in vier Einflusszonen

Mehr als fünf Jahre, von Ende 2013 bis Anfang 2019, herrschte die Terrormiliz im Osten Syriens. Die Gebiete des damaligen „Kalifats“ zählen heute zur DAANES, denn es waren ihre Kämpfer – die Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) –, die mit internationaler Unterstützung die Dschihadisten vertrieben. Im März 2019 verlor der IS seine letzte Schlacht in Baghuz nahe der irakischen Grenze. Seitdem gilt er als besiegt – zumindest hinsichtlich seiner territorialen Kontrolle.

Für den Westen hatte sich das Thema damit erledigt, nicht jedoch für die Menschen vor Ort. Sie leiden bis heute unter den Folgen der IS-Zeit. Viele haben Familienmitglieder verloren und mussten miterleben, wie Freunde oder Nachbarn verhaftet, öffentlich ausgepeitscht oder hingerichtet wurden. Den jungen Erwachsenen fehlen wertvolle Schuljahre, weil sie unter der IS-Herrschaft keinen regulären Unterricht hatten, andere fürchten die noch immer präsente radikale IS-Ideologie und eine Rückkehr der Dschihadisten.

Diese scheint immer wahrscheinlicher. Die US-Streitkräfte in der Region gehen von 3000 bis 5000 aktiven IS-Kämpfern in Syrien und Irak aus, deren Anschläge sich im Vergleich zu 2023 voraussichtlich verdoppeln werden. Auch die gefangen genommenen IS-Mitglieder sind eine wachsende Gefahr. Dutzende Dschihadisten sind in der Vergangenheit aus den Gefängnissen der DAANES ausgebrochen.

In den Lagern wächst eine neue Generation von Kämpfern heran – indoktriniert von ihren Müttern, heimlich ausgebildet im Lager und dann herausgeschmuggelt mit Hilfe von Untergrundzellen. In den ländlichen und armen Regionen von Deir al-Sor ist die Not groß und jedes Einkommen willkommen. Manche Bewohner kooperieren deshalb mit den Dschihadisten.

Das Erbe des IS lastet schwer auf dem Nordosten. 9000 Kämpfer und mehr als 45 000 Angehörige der Terrormiliz sitzen in den Gefängnissen und Lagern der DAANES. Sie müssen bewacht, vor Gericht gestellt, versorgt und wenn möglich resozialisiert werden. 15 000 von ihnen sind weder syrische noch irakische Staatsbürger, sondern sogenannte Drittstaatler, darunter 6000 Kinder und Jugendliche, die von ihren Eltern mit nach Syrien genommen wurden oder hier geboren sind.

Die Behörden der DAANES müssen sich also um 9000 erwachsene Menschen kümmern, die sich in anderen Ländern radikalisiert und dann dem IS angeschlossen haben, darunter etwa 30 deutsche Männer. Vor diesem Hintergrund erscheint die aktuelle Debatte über die Abschiebung von 65 polizeibekanntem syrischen Gefährdern geradezu weltfremd.

Die Selbstverwaltung wird mit diesem Problem weitgehend alleingelassen. Zwar erklärten sich in letzter Zeit immer mehr Länder bereit, Frauen und Kinder zu repatriieren – Deutschland hat 27 Frauen, 80 Kinder und einen Heranwachsenden zurückgeholt. Außerdem werden die SDF im Kampf gegen untergetauchte IS-Terroristen und bei der Bewachung der Gefängnisse und Lager von 900 in Nordostsyrien stationierten US-Militärs unterstützt.

Aber was die Rückführung männlicher Kämpfer und eine internationale juristische Aufarbeitung der Verbrechen angeht, laufen die Bemühungen der DAANES seit fünf Jahren ins Leere.

Wie kann der Nordosten Syriens angesichts solcher Herausforderungen stabilisiert werden? Was hilft gegen eine menschenverachtende Ideologie? Lassen sich IS-Frauen resozialisieren? Und wie versöhnt man Menschen in einer von Gewalt und Misstrauen geprägten Gesellschaft?

Die Suche nach Antworten auf diese Fragen führt zu ehemaligen IS-Anhängerinnen nach Tabqa, zu einer kurdischen Kämpferin, einem NGO-Projekt in Rakka und Malkursen in einem Lager für IS-Mitglieder. Dabei könnten die ideologischen Gegensätze kaum größer sein. In Nordostsyrien kämpften tausende junge Kurdinnen mit der Waffe in der Hand für ihre Freiheit, während manche Mädchen mit 13 Jahren verheiratet wurden; eine linksmarxistische Partei propagiert Basisdemokratie und Geschlechterparität – jede Führungsposition ist mit einer Frau und einem Mann besetzt –, während tiefgläubige Lehrerinnen fordern, mit Gesichtsschleiern arbeiten zu dürfen. Willkommen in der Autonomen Verwaltung der Widersprüche.

In Tabqa sitzen neun Frauen um einen großen Konferenztisch. Sie tragen den Nikab, sind also schwarz verhüllt bis zu den Augen. Ab 2013 hatten sie sich dem IS angeschlossen, nach dessen Niederlage kamen sie nach al-Hol, das größere der beiden abgeriegelten Lager für IS-Mitglieder unweit der Grenze zum Irak. Weil ihre Familien für sie bürgten, durften sie al-Hol verlassen. Seit Juli 2019 sind sie zurück in Tabqa, einer Kleinstadt an den grünen Ufern des Euphrats, einst bekannt für seine Ausflugslokale und beliebt bei Touristen.

Aicha¹ ergreift als Erste das Wort. Sie hat an der Universität Aleppo Arabisch studiert und vor dem Krieg als Lehrerin für das Assad-Regime gearbeitet. Die Rückkehr nach Tabqa sei schwer gewesen, sagt die 42-Jährige. „Unsere Familien haben sich nicht um uns gekümmert, keiner hat gefragt, wie es uns geht oder was wir brauchen.“ Aicha hat vier Kinder, ihr Mann sitzt im Gefängnis. Bis heute stünden sie als IS-Frauen am Rande der Gesellschaft, erklärt sie. „Die Nachbarn gehen uns aus dem Weg, sie sehen uns als Terroristinnen und wollen nichts mit uns zu tun haben.“

Die meisten der Rückkehrerinnen leben isoliert und in großer Armut. Sie sind alleinerziehend mit mehreren Kindern, die Männer entweder tot oder inhaftiert. Ihre Familien wollen oder können sie nicht unterstützen, weil sie selbst kaum über die Runden kommen oder weil sie den Frauen die alleinige Schuld an ihrer Misere geben.

Alia, eine junge Frau Mitte 20, findet das ungerecht. Sie ist geschieden und hat drei Kinder, fünf, sieben und neun Jahre alt. Sie erzählt ihre Lebensgeschichte so, als hätte sie keine andere Wahl gehabt. Während des Kriegs hätten verschiedene bewaffnete Gruppen in Tabqa die Macht übernommen, die Leute hätten sich untergeordnet, um zu überleben. Auch der IS habe Gehorsam gefordert, so Alia: „Sie haben Stellen aus dem Koran genommen, und dann Dinge dazu erfunden, die gar nicht dort stehen“, sagt sie. Anfangs hätte sie das nur widerwillig akzeptiert, doch irgendwann sei es normal gewesen. „Wenn jemand Fremdes mich bedroht, dann mache ich, was er will, damit er mir nichts tut“, erklärt sie.

Als der IS aus Tabqa vertrieben wurde, sind Alia und die anderen Frauen mitgezogen – das unterscheidet sie von den meisten anderen Bewohnern, die blieben und sich befreit fühlten. Syrerinnen, die dem IS gefolgt und nach dessen Niederlage im Lager al-Hol gelandet sind, gelten deshalb als Anhängerinnen und nicht als Mitläuferinnen. Alia begründet ihre Entscheidung mit Furcht: „Wir hatten Angst, dass die neuen Machthaber uns als IS-Anhän-

gerinnen betrachten und deshalb verhaften und töten würden“, sagt sie.

Der IS verbreitete jahrelang Lügen über „ungläubige kurdische Kämpfer“, die Frauen und Kinder sofort umbringen würden. Die Angst sitzt deshalb auf beiden Seiten tief. Das einzige Mittel dagegen sei Begegnung, sagt der 28-jährige Kardo von der Hilfsorganisation Dan for Relief and Development (DRD) – das erste Wort „dan“ ist Kurdisch und bedeutet „geben“. Die mit Geldern aus Europa und den USA finanzierte lokale NGO ist eine der ersten, die sich in Nordostsyrien um die Resozialisierung von IS-Frauen bemüht; mit Workshops, beruflicher Weiterbildung, psychologischer Betreuung und Angeboten für die Kinder.

Die Nachbarn würden ihrem Nachwuchs verbieten, mit den Kindern der IS-Frauen zu spielen, erzählt Kardo. Dabei bräuchten sie dringend psychosoziale Unterstützung: „Sie kommen aus den Lagern, haben beim IS gelebt, sie haben gesehen, wie ihre Väter gestorben sind. Am Ende sind sie nur Kinder, die sichere Orte zum Spielen brauchen.“

Auch Alias jüngere Kinder gingen mehrere Monate zu den DRD-Aktivitäten. Dann lief das Projekt aus, und es gab kein Geld für eine Verlängerung. „Meine Kinder waren sehr glücklich dort, sie haben Freunde gefunden“, erzählt Alia. Sie selbst hat mit Unterstützung des DRD eine sechsmonatige Weiterbildung zur Frisörin gemacht, findet aber keine Arbeit. „Ich habe viel gelernt und könnte jetzt als Frisörin arbeiten oder einen Salon eröffnen, aber mir fehlt das Geld dazu“, beklagt die junge Frau. „Wir bemühen uns, integrieren uns, aber am Ende bringt das alles nichts – was sollen wir tun?“

Keine der Frauen hat nach dem Berufstraining Arbeit gefunden. Aicha hat mehr Glück, sie gibt private Nachhilfestunden in Arabisch. Mit ihrem Universitätsabschluss könnte sie als Lehrerin arbeiten, aber in den Schulen der Selbstverwaltung müsste sie den Gesichtsschleier ablegen, und das will sie nicht. Verhüllt unterrichtet sie erfolgreich Schüler der neunten Klasse und Abiturienten, sagt sie. „Sie verstehen alles und schreiben gute Noten.“ Dass die Selbstverwaltung sie nicht mit Nikab anstellt, findet sie diskriminierend.

Die DAANES akzeptiert die Vollverschleierung in der Öffentlichkeit, in Nordostsyrien darf jeder Mensch tragen, was er will. Nur im Unterricht sollen die Lehrerinnen ihr Gesicht zeigen. Warum legt Aicha den Nikab nicht ab? Schließlich trug sie vor dem Krieg auch ein Kopftuch. Sie habe sich daran gewöhnt, erwidert die Lehrerin: „Wenn du jemanden nicht grüßen willst, kannst du einfach vorbeilaufen, der Nikab schützt das Gesicht vor Sonne, keiner erkennt mich.“

Den Bewohnern von Tabqa machen es die Frauen damit schwer. Woher sollen sie wissen, dass die schwarz verhüllten Frauen ihre Ansichten geändert haben, wenn sie sich noch genauso anziehen wie beim IS? Das weite schwarze Gewand ist in Syrien unüblich, konservative Musliminnen tragen hier einen langen Mantel und ein helles Kopftuch.

Wie denken die Frauen über ihre Zeit beim IS, über dessen Ideologie und die Verbrechen? Aicha zögert einen Moment. Sie habe sich im Kalifat Gott näher gefühlt und sei glücklich gewesen, erklärt sie dann. Aber der IS habe viele Fehler gemacht. „Sie haben eine richtige Theorie falsch umgesetzt“, meint sie und beteuert, dass sie die extremistischen Ideen und das radikale Verhalten der Dschihadisten ablehnt.

Die 26-jährige Roxanne ist schwarz verhüllten Frauen gegenüber skeptisch. Sie trägt grünen Fleckentarn, ihre langen braunen Haare sind zum Zopf zusammengebunden. Roxanne ist Sprecherin der Frauenverteidigungseinheiten (YPJ), der weiblichen Brigaden innerhalb der Volksverteidigungseinheiten (YPG), die den größten Teil der SDF stellen. Laut Roxanne leben in al-Hol bis heute viele überzeugte Extremistinnen, die an der Rückkehr des Kalifats

arbeiteten, darunter vor allem Ausländerinnen. Sie seien für die ideologische Indoktrination der Kinder und die Durchsetzung der „Kalifat-Regeln“ zuständig, erklärt die Kämpferin. Außerdem würden sie andere Frauen bedrohen und die Rekrutierung männlicher Jugendlicher organisieren.

Damit die syrischen IS-Frauen, die al-Hol verlassen durften, nicht erneut unter den Einfluss der Dschihadisten gerieten, müssten sie wirtschaftlich und auch psychisch gestärkt werden, meint Roxanne. „Wir wissen von einigen Fällen, in denen der IS versucht hat, die Rückkehrerinnen zu kontaktieren“, erzählt die YPJ-Sprecherin, „sie haben ihnen Geld angeboten oder versprochen ihnen zu helfen.“

Gefährdeter Wiederaufbau im Nordosten

Roxanne ist in Afrin aufgewachsen. 2013 hat sie sich den YPJ angeschlossen. 2018 kämpfte sie in Afrin gegen einrückende türkische Truppen; seitdem ist ihre Heimatstadt von der Türkei besetzt. Von der internationalen Gemeinschaft fühlt sich die Kurdin im Stich gelassen – keiner kümmere sich um die Verbrechen der SNA in Afrin und die türkischen Drohnenangriffe auf das Gebiet der Selbstverwaltung. Diese richten sich nicht nur gegen kurdische Militärs, sondern töten auch Zivilisten und zerstören Infrastruktur. Die Strom- und Energieversorgung in der Region ist deswegen dauerhaft erschwert.

Die Bedrohung seitens der Türkei behindere außerdem den Kampf gegen den IS, erklärt Roxanne. Wann immer die Türkei angreife, nutze der IS die Gelegenheit, um Anschläge zu verüben oder Gefangene zu befreien.

Jahren Einparteiensystem feierten damals Aktivisten im ganzen Land Rakka als die erste befreite Provinzhauptstadt Syriens.

Nur wenige Monate später übernahm der IS die Kontrolle und machte Rakka zur Hauptstadt seines „Kalifats“. Das Fußballstadion wurde zum Gefängnis, der zentrale „Paradiesplatz“ zum „Platz der Hölle“, auf dem der IS seine Feinde hinrichtete und abgehackte Köpfe zur Abschreckung auf Zäune spießte. Vier Jahre später vertrieben die SDF-Truppen mit Unterstützung der von den USA angeführten internationalen Anti-IS-Koalition die Dschihadisten aus Rakka.

Wenn sich Iman an jenen Tag im Oktober 2017 erinnert, strahlt ihr rundes Gesicht: „Eine kurdische Soldatin kam in unsere Straße und rief: ‚Ihr könnt herauskommen, der IS ist weg‘“, erinnert sich die 32-Jährige. Sie habe die schwarze Abaja und den Nikab ausgezogen und sei auf die Straße gelaufen. „Endlich konnte ich wieder atmen“, erzählt sie mit einem Lachen, in dem Moment sei ihre Seele in den Körper zurückgekehrt. Seitdem trägt Iman wieder ein helles Kopftuch.

Komplett „befreit“ fühlt sich die Syrerin dennoch nicht. Sie wurde mit 13 Jahren verheiratet – lange vor der IS-Herrschaft. Mit 17 hatte sie bereits drei Kinder. Um diese nicht zu verlieren, blieb sie bei ihrem gewalttätigen Ehemann. Sie lernte Schneiderin und verdient mit Änderungsarbeiten zu Hause etwas eigenes Geld.

In dem Vorort von Rakka, in dem Iman und die anderen Frauen leben, herrsche große Not, erklärt Vyan, die Direktorin von Ashti. Zugezogene aus Deir al-Sor, die in Zelten und halbfertigen Unterkünften leben, würden von den Einheimischen angefeindet, deren

den versäumten Schulstoff nachzuholen, bildet junge Erwachsene beruflich weiter und kümmert sich um psychosoziale Probleme wie familiäre Gewalt. „Über das Bildungsthema kommen wir mit den Familien in Kontakt“, sagt Vyan. So entstehe das Vertrauen, das für Gespräche über Erziehung und Gewalt entscheidend sei.

Ashti hat ein Schnell-Lern-Programm entwickelt. „So musste ein Zehnjähriger, der unter dem IS keinerlei Schulbildung erhalten hat, nicht in die erste Klasse, sondern konnte die Inhalte der ersten zwei Jahre in sechs Monaten lernen und dann in die dritte Klasse gehen“, erklärt die Direktorin. Die Zehnjährigen von damals sind heute Teenager – sie hätten es besonders schwer, weil ihnen entscheidende Schuljahre fehlen, erklärt Vyan.

Für die 15- bis 24-Jährigen gibt es deshalb berufliche Trainings, und wenn sie volljährig sind, kleine Kredite zur Selbstständigkeit. 122 Personen wurden zu Frisören, Automechanikern und Teppichreinigern, zu Kosmetikerinnen, Schneiderinnen oder Konditorinnen ausgebildet. Angesichts von tausenden Kindern und Jugendlichen, die im Kalifat zum Teil nicht einmal lesen und schreiben gelernt haben, ist das nur ein kleiner Beitrag – doch für mehr fehlt das Geld.

Alle NGOs in Nordostsyrien klagen über die zeitliche Limitierung ihrer Projekte: Nach wenigen Monaten endet meist die Finanzierung eines Projekts. Einen anderen internationalen Geber zu finden, der das Programm weiterführt, ist schwierig – egal wie erfolgreich es läuft.

Das wichtigste Thema sei Gewalt, sagt Vyan. Nach einem halben Jahrhundert Diktatur, 13 Jahren Krieg, davon mehrere Jahre unter einem Ter-

Etwa ein Fünftel der Bewohner Rakkas sind laut NGO-Schätzungen nach wie vor extremistisch eingestellt. Sie bleiben unter sich und betrachten DAANES-Mitarbeiter als Ungläubige. Umso wichtiger wäre es, mit IS-Anhängern schon vor ihrer Entlassung aus den Lagern oder Gefängnissen zu arbeiten. Frauen, die bereits in al-Hol über ihre traumatischen Erfahrungen gesprochen und über die „richtige“ Auslegung des Koran diskutiert haben, seien besser auf die Rückkehr in die Gesellschaft vorbereitet und schneller integriert, sagt Taha Khalil.

Der 61-jährige Kurde – nebenbei Schriftsteller, Künstler und politischer Analyst – hat eine Organisation namens Hiro gegründet, die den IS ideologisch besiegen möchte. Dabei hat Khalil auch an seine Tochter gedacht, die 2016 bei einem IS-Anschlag in Qamishli getötet wurde: „Wenn ich IS-Anhänger dazu bringe, ihre Einstellung zu ändern und andere Ideen, Religionen und Lebensweisen zu tolerieren, ist das die beste Rache für mich.“

Vergangenes Jahr hatte Hiro im Lager al-Hol ein Zelt gemietet und den IS-Frauen in Gruppensitzungen psychologische Unterstützung angeboten.

„Wir haben die weniger Radikalen gesucht, vor allem Syrerinnen und Irakerinnen“, sagt Khalil und scherzt, manche seien anfangs vor allem wegen der Cola und des Kuchens gekommen. Aber von Woche zu Woche seien die Frauen offener geworden. Zwei Psychiaterinnen und eine Sozialarbeiterin hätten insgesamt 40 Sitzungen geleitet, dabei sei es um Frauenrechte, die Erinnerungen der Frauen, ihre Ängste und erlittenen Schmerzen gegangen, erzählt der NGO-Leiter.

„Mit der Zeit haben einige ihr Gesicht gezeigt, sogar vor mir als Mann“, berichtet Khalil. „Viele bereuen es, sich dem IS angeschlossen zu haben.“ Sie hätten Angst vor den radikalen Frauen im Camp, meint der Hiro-Gründer, gleichzeitig fürchteten sie die Rückkehr in eine feindselige Gemeinschaft. Nur 12 der rund 300 Kursteilnehmerinnen sind seitdem in ihre Heimorte zurückgekehrt, berichtet Khalil, das Projekt endete nach fünf Monaten – aus finanziellen Gründen.

Die Ängste der Frauen in den Lagern sind den Rückkehrerinnen in Tabqa vertraut. Alia, Aicha und die anderen wissen aus eigener Erfahrung, wie aggressiv überzeugte IS-Anhängerinnen sein können. „Die Frauen in al-Hol sind über die Jahre noch fanatischer geworden, weil sie nur unter sich sind und nichts anderes mitbekommen“, meint Alia, die angeleitete Frisörin mit den drei kleinen Kindern. Deshalb müssten sie dort raus und zurück in die Gesellschaft. „Die Frauen zusammenzusperrn, ist der größte Fehler“, warnt die junge Mutter.

Was könnte helfen? Indem die deutsche Bundesregierung die Abschiebung syrischer Extremisten und Schwerverbrecher vorantreibt, erhöht sie die Gefahr für die Menschen in Syrien und – angesichts einer möglichen Wiedereinreise – auch für Deutschland. Stattdessen könnte sie versuchen, dazu beizutragen, wenigstens den Nordosten sicherer zu machen. Dafür müssten die Angriffe der Türkei gestoppt und der IS effektiver bekämpft werden – nicht nur militärisch und durch die Rücknahme der Dschihadisten mit deutscher Staatsangehörigkeit, sondern auch ideologisch, indem man ihm den gesellschaftlichen Nährboden entzieht.

Erst dann könnten Syrer im Nordosten Hoffnung schöpfen und bleiben – und womöglich ihre Landsleute in Europa überzeugen, freiwillig zurückzukehren.



Tabqa, 9. Juli 2023: Treffen ehemaliger IS-Anhängerinnen KRISTIN HELBERG

Die Gefahr, die von den Dschihadisten ausgehe, sei keineswegs gebannt, betont die Militärsprecherin und fordert mehr internationale Unterstützung für die SDF. Der IS werde von Tag zu Tag stärker, sagt Roxanne: „Das ist nicht nur für uns in Syrien ein Problem, sondern weit über die Region hinaus.“ Die Türkei und der IS seien allerdings nicht ihre einzigen Feinde, betont die Kurdin, sie kämpfe auch für die „Befreiung der Frau“.

In Rakka haben Iman und ihre Nachbarinnen schon zweimal „Befreiung“ gefeiert. Die Frauen sitzen in einem Besprechungsraum der NGO Ashti im Zentrum von Rakka. Kein anderer Ort in Syrien hat unter den gewaltvollen Machtwechseln der vergangenen 13 Jahre so gelitten wie die 300.000-Einwohner-Stadt am Euphrat. Im Zuge der syrischen Revolution, die 2011 begonnen hatte, vertrieben Demonstrierende 2013 das Assad-Regime. Nach 50

Häuser noch immer beschädigt sind, so Vyan. Durch die massiven Luftangriffe des US-Militärs während der Befreiung wurden weite Teile der Stadt zerstört. Der IS hatte außerdem Minen gelegt, die zunächst geräumt werden mussten. Die Instandsetzung der Strom- und Wasserversorgung und der Wiederaufbau Rakkas dauerten Jahre und sind bis heute nicht abgeschlossen.

Vyan ist 43 Jahre alt, sie trägt Jeans, weiße Turnschuhe und die Haare stufig geschnitten – für Rakka ein eher ungewöhnliches Outfit. Die Kurdin hat in Damaskus Medienwissenschaften studiert, 2013 kehrte sie in ihre Heimatstadt Qamishli ganz im Nordosten des Landes zurück und beschloss, mit vier Freundinnen ein Zentrum für Frauen und Kinder zu gründen. Zehn Jahre später war daraus eine NGO mit 171 Angestellten geworden. Seit Ende 2018 arbeitet Ashti in Rakka – die Organisation hilft Kindern und Jugendlichen,

rorregime, sei die Gesellschaft in Rakka zerrüttet. „Die Leute sind in einem Kreislauf der Gewalt gefangen“, erklärt sie. Der Mann schlage die Frau, die Frau die Kinder, die Kinder prügeln sich untereinander. In letzter Zeit komme noch die Suchtproblematik hinzu, berichtet Vyan. „Inzwischen nehmen auch Kinder und Frauen Drogen, weil sie ihre schrecklichen Erfahrungen vergessen wollen und einen Moment der Entspannung suchen.“

In den Stadtvierteln, die Ashti betreut, hat sich jedoch schon manches geändert. Iman und ihre Nachbarinnen haben Selbstvertrauen gewonnen, sie haben gelernt, offen über ihre Probleme zu reden und sich gegenseitig zu unterstützen. Natürlich müsse man die Männer miteinbeziehen, sagt Vyan. Ashti organisiert deshalb auch Gesprächsrunden für Männer und Treffen für Jungen und Mädchen zwischen 14 und 24 Jahren.

¹ Die meisten Gesprächspartner wollten aus Sicherheitsgründen nur mit ihren Vornamen genannt werden.

Kristin Helberg ist Journalistin und Politikwissenschaftlerin. Sie berichtete sieben Jahre lang aus Damaskus und hat mehrere Bücher zu Syrien geschrieben, zuletzt „Der Syrien-Krieg. Lösung eines Weltkonflikts“, Freiburg im Breisgau (Herder Verlag) 2018.
© LMD, Berlin

Und jetzt alle!

brandeins im Jubiläums-Abo

6 Monate
-25%



Mit Abschluss des Abonnements erhalten Sie alle Formate, in denen das brandeins Magazin verfügbar ist: Neben der monatlichen Lieferung des Print-Magazins können Sie die Ausgabe digital in der brandeins App und auf brandeins.de lesen und erhalten kostenlosen Zugriff auf das gesamte brandeins-Archiv inkl. Kollektionen. Die Bestellung erfolgt versandkostenfrei innerhalb Deutschlands. Das Abonnement ist jederzeit kündbar.



Aita asch-Scha'b, 29. Juni 2024: Überlebende mit Nasrallah-Porträt nach israelischem Luftangriff
MOHAMMAD ZAATARI/picture alliance/ap

Libanon an der Schwelle zum Krieg

von Emmanuel Haddad

Nach den Morden an Hamas-Chef Haniyeh und Hisbollah-Kommandeur Schukur spitzt sich die Lage im Nahen Osten weiter zu. Vor allem im Libanon wächst die Angst vor einem großen Krieg. Dabei lehnt eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung einen Konflikt mit Israel ab.

Ein Zaun teilt den Schulhof der Al-Takmeleye-Oberschule in Tyros, einer Küstenstadt im Südlibanon, in zwei Hälften. Auf der einen Seite spielen Kinder Fußball, bis der Gong zum Pausenende ertönt. Auf der anderen Seite sind Vertriebene aus den Dörfern an der israelischen Grenze in umfunktionierten Klassenzimmern untergebracht.

Naama lebt hier mit ihrer Mutter und ihren vier Schwestern. Ihr Vater, ein Viehzüchter, ist zusammen mit dem ältesten Sohn trotz der Bomben bei den Tieren im Heimatdorf Bustan geblieben: „Wir hatten 400 Ziegen, nur 100 haben die Bomben und die Verseuchung durch das Phosphor überlebt“, erzählt die 26-Jährige. „Wir haben fast alles verloren, aber wir müssen stark bleiben.“ Bustan ist eine von fünf Gemeinden an der Grenze, wo die israelische Armee Wohngebiete mit weißem Phosphor beschossen hat. Ein im Juni veröffentlichter Bericht vom Human Rights Watch spricht von einem „schweren internationalen Verbrechen“.¹

In einem Raum nebenan, wo der Putz von den Wänden bröckelt, sitzt Naamas Mutter zusammen mit anderen vertriebenen Frauen in der Gruppentherapie. Hoda Hassouna, die Therapeutin, arbeitet für die libanesische NGO Amel. Sie versucht die Teilnehmerinnen zu motivieren: „Du kommst vielleicht an den Punkt, an dem du dir sagst, dass dein Leben keinen Sinn mehr hat. Dann musst du wieder lernen, dich selbst zu mögen und dir Ziele zu setzen.“ Eine der Frauen antwortet lakonisch: „Und hilft uns das, unsere täglichen Ausgaben zu bestreiten?“

Seit dem 8. Oktober 2023, dem Tag nach den Angriffen der Hamas auf Israel, liefert sich die libanesische Hisbollah einen ständigen Schlagabtausch mit der israelischen Armee. In seiner ersten Rede nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten am 3. November ver-

zichtete Generalsekretär Hassan Nasrallah auf eine offene Kriegserklärung. Der Umfang der militärischen Aktionen beschränke sich auf die Unterstützung der palästinensischen islamistischen Bewegung.

Angesichts der zunehmenden Brutalität des israelischen Vorgehens im Gazastreifen forderten die Anhänger der „Hisb“ (Partei) in den folgenden Wochen allerdings immer häufiger einen Großangriff auf Israel. „Los, Nasrallah, bombardiere Tel Aviv“, wurde auf spontanen Demonstrationen skandiert. Viele im Libanon waren geschockt von den Bildern des Gemetzels in Gaza. Auch aus anderen politischen Lagern kamen Rufe nach einer Eskalation.

Dessen ungeachtet hielt sich die mit dem Iran verbündete „Partei Gottes“ lange an die üblichen Spielregeln und beantwortete die israelischen Angriffe auf Aita asch-Scha'b, Bustan, Kfar Kila oder Aitarun mit dem Beschuss israelischer Grenzstädte und Orte in den von Israel besetzten Golanhöhen. Am 27. Juli wurden in der drusischen Kleinstadt Madschal Schams Kinder auf einem Fußballplatz durch eine mutmaßlich von der Hisbollah abgefeuerte Rakete getötet; drei Tage später antwortete Israel mit einem Luftangriff auf ein Gebäude in einem Beirut Vorort, in dem sich der Kommandeur Fuad Schukur befand. Doch die große Explosion ist – zum Leidwesen der Kriegstreiber in den Reihen der Hisbollah – bisher ausgeblieben.

Für die Menschen im Südlibanon ist ein schwelender Konflikt allerdings nicht weniger verheerend. Nach Zahlen der Nachrichtenagentur AFP wurden bis Ende Juli 523 Menschen auf libanesischer Seite getötet, darunter 342 Hisbollah-Kämpfer.² Nach libanesischen Angaben beliefen sich die Schäden durch das israelische Bombardement bereits im Mai auf 1,5 Milliarden US-Dollar. An die 94 000 Menschen mussten aus der Grenzregion fliehen.

„Die 130 Familien in Bustan haben ihre Olivenernte verloren, konnten ihre Tabakernte nicht verkaufen und keinen Weizen säen“, klagt Sara Salloom, Mitglied der Biolandwirtschaftsorganisation Agri-Movement. „Und wenn sie eines Tages zurückkehren, müssen sie bis zur nächsten Erntesaison warten, um wieder Einnahmen zu erzielen. Vorausgesetzt, die Belastung mit weißem Phosphor lässt es überhaupt zu.“

Beobachtern zufolge versucht Israel, eine Pufferzone an der Grenze zu

errichten, die eine Rückkehr der vertriebenen Libanes:innen unmöglich machen würde – was die israelische Regierung jedoch dementiert.³ Ob dem so ist oder nicht – für die Menschen dort ist alles in der Schwebe, während ihre Landsleute, so gut es geht, weitermachen wie bisher.

Seit zehn Monaten gleicht der Libanon dem in zwei Hälften geteilten Schulhof von Tyros. Auf der einen Seite die verwüsteten Landstriche und Dörfer im Süden, in denen der Krieg das Leben unmöglich macht, und auf der anderen Seite der Rest des Landes, der kaum Unterstützung bekundet. „Der Libanon will keinen Krieg“ ist dort auf zahlreichen Plakaten zu lesen. Laut einer Umfrage von Mitte Oktober 2023 lehnen 73 Prozent der Libanes:innen einen Konflikt mit Israel ab.

Schwache Solidarität mit der Hisbollah

Die Unterschiede zwischen beiden Welten sind frappant für die Betroffenen. Hassan Charafeddine aus dem grenznahen Dorf Taiba etwa fand Zuflucht bei seiner Schwester in einem Vorort von Beirut, nachdem sein Nachbarhaus von einer israelischen Bombe getroffen wurde. „Die Leute, die etwas weiter nördlich leben, etwa in Nabatiye, wo die Zerstörungen geringer sind, haben viele Vertriebene aufgenommen, sie teilen unser Leid. Dann gibt es in Beirut die Menschen, die ein normales Leben führen, sich aber solidarisch zeigen und befürchten, dass sich der Krieg auf das ganze Land ausdehnen könnte. Und es gibt auch solche, die dir feindselig gegenüberstehen, während deine Angehörigen sterben und dein Haus zerstört wird.“

Ghassan Makarem ist der Mitbegründer von Samidoun, einer Solidaritätsinitiative für Südlibanon, die 2006 entstand.⁴ Er zieht einen Vergleich zwischen dem damaligen Konflikt und dem heutigen. „Als damals der Krieg ausbrach, waren wir gerade auf dem Märtyrer-Platz in Beirut, um gegen die Operation ‚Sommerregen‘ der israelischen Armee in Gaza zu protestieren. Daraufhin haben wir beschlossen, uns dafür einzusetzen, dass die öffentlichen Schulen für Vertriebene aus dem Süden geöffnet werden.“ Ihre politische Position sei klar gewesen: „Unterstützung des Widerstands gegen den israelischen Angriff, egal ob man für die Hisbollah ist oder nicht.“

Nizar Rammal, ein weiterer Samidoun-Mitbegründer, bedauert, dass diese Position heute schwer aufrechtzuhalten ist: „In Beirut leben die Leute, als gingen uns die Geschehnisse im Süden gar nichts an. Man kann aber nicht die Hisbollah beschuldigen, einen Staat im Staat zu errichten, und dann sagen, wenn an der Grenze etwas passiert, dass uns das nichts angeht. Das treibt die Menschen dort nur noch mehr in die Arme der Hisbollah.“

Diese Spaltung ist Ausdruck der politischen Realität im Libanon. Während die christliche Partei Freie Patriotische Bewegung (CPL) 2006 ein Bündnis mit der Hisbollah eingegangen war, herrscht zwischen Hisbollah und der christlichen Partei Libanesische Kräfte (FL) erbitterte Feindschaft. Die FL werfen der Hisbollah vor allem vor, die Wahl eines neuen Präsidenten zu blockieren. Seit dem Ende der Amtszeit von Michel Aoun (CPL) im Oktober 2022 ist der Posten des Staatsoberhauptes vakant.

„Die Hisbollah hat einen strategischen Fehler begangen, als sie eine Front im Libanon eröffnete“, meint Richard Kouyoumjian, der bei den FL für auswärtige Angelegenheiten zuständig ist. Mit ihrer Unterstützung für die Palästinenser füge die Hisbollah dem Libanon erheblichen Schaden zu. „Wir hingegen sind für die Neutralität des Libanon und die Umsetzung der Resolution 1701.“ Diese nach dem Krieg von 2006 vom UN-Sicherheitsrat verabschiedete Resolution sieht vor, dass sich die Hisbollah-Kämpfer von der Grenze zurückziehen und die libanesische Armee zusammen mit der Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon (Unifil) die Sicherung der Grenzregion übernimmt.

Mohamad Hage Ali vom Carnegie Middle East Center in Beirut sieht „einen immer tieferen Graben zwischen den christlichen Parteien auf der einen Seite, die der Hisbollah vorwerfen, unter Missachtung der staatlichen Institutionen über Krieg oder Frieden zu entscheiden, und den denjenigen, die sich mit den Palästinensern solidarisch fühlen“. Immer wieder beschuldigen Hisbollah-Anhänger ihre Gegner, mit Israel gemeinsame Sache zu machen. Die wiederum betrachten die Hisbollah als Werkzeug des iranischen Imperialismus im Libanon.⁵

Ganz abgesehen davon fürchten viele Libanes:innen, dass ein offener Krieg mit Israel den Libanon vollends kollabieren lassen könnte. Seit 2019 steckt das Land in einer multiplen Krise in praktisch allen Bereichen – Finanzen, Wirtschaft, Energie, Soziales und Politik. „Die Hisbollah hat sich für den Krieg entschieden, ohne Rücksicht auf den Zustand des Landes“, so Hage Ali. „Die kumulierte Inflation seit Oktober 2019 beträgt 5000 Prozent, innerhalb von fünf Jahren ist das Bruttoinlandsprodukt um die Hälfte geschrumpft und die Institutionen des Staats befinden sich in einer permanenten Krise.“

Die ständigen Drohungen der israelischen Führung tragen noch mehr zu den Spannungen bei. So hatte Premierminister Netanjahu am 7. Dezember 2023 gewarnt: „Wenn die Hisbollah einen totalen Krieg gegen Israel beginnt, wird sie damit Beirut und den Südlibanon in Gaza und Chan Yunis verwandeln.“ Am 18. Juni gab die israelische Armee bekannt, „operative Pläne für eine Offensive im Libanon“ seien „gebilligt und bestätigt“ worden. Daraufhin riefen Ende Juni mehrere Länder ihre Bürger:innen dazu auf, das Land zu verlassen. Das Auswärtige Amt verschärfte seine Reisewarnung für Libanon und fordert Deutsche dringend zur Ausreise auf.

Die Libanesinnen und Libanesen haben keine andere Wahl, als sich anzupassen, mit schwarzem Humor, Beruhigungsmitteln und Rezepten, die sie aus vergangenen Kriegen kennen. „Im Libanon haben wir schon mehrere israelische Militäroperationen erlebt. Wir wissen, was im Fall eines neuen Konflikts zu erwarten ist“, sagt die Psychotherapeutin Dania Dandashli.

Und das Risiko eines umfassenden Kriegs ist bei Weitem nicht gebändigt, das zeigt die Eskalation der letzten Monate. „Die Hisbollah erklärt weiterhin, dass sie keinen offenen Krieg will, aber auf der anderen Seite erhöht Israel ständig die Intensität seiner Angriffe“, sagt Joseph Daher, Professor an der Universität Lausanne. Eine beträchtliche Eskalation war schon die gezielte Tötung der Nummer zwei der Hamas, Saleh al-Arouri, mitten in einem der von der Hisbollah kontrollierten südlichen Vororte von Beirut am 2. Januar. Seitdem hat Israel die Häufigkeit der Anschläge auf Hisbollah-Kader im gesamten Libanon gesteigert, zuletzt mit dem Angriff auf Fuad Schukur vom 30. Juli.

Für den Fall eines groß angelegten Angriffs durch die Hisbollah haben die USA Israel zwar ihre Unterstützung zugesichert, zugleich aber verstärkt Zurückhaltung angemahnt. Neben all den Drohungen hat selbst Netanjahu Ende Juni angedeutet, dass er eine diplomatische Lösung bevorzugt, die die Rückkehr der über 60 000 aus dem Norden Israels Evakuierten ermöglicht.

Denn auch Netanjahu ist nicht entgangen, dass die Hisbollah mittlerweile über erhebliche Feuerkraft verfügt. Sie veröffentlichte Mitte Juni Drohenaufnahmen von potenziellen Zielen in Israel – eine deutliche Warnung. Israelischen Angaben zufolge verfügt die schiitische Miliz über mindestens 150 000 Raketen und Flugkörper, zehnmal mehr als im Krieg von 2006, sowie über mindestens 30 000 Kämpfer; ihr Chef Nasrallah spricht sogar von 100 000.⁶

Viele Menschen im Südlibanon sehen in diesem Abschreckungspotenzial ihre einzige Sicherheit. „Im Gegensatz zu 2006 haben wir heute das Gefühl, dass jemand da ist, um uns zu beschützen, und dass Israel nicht mehr ungestraft Zivilisten bombardieren kann“, sagt Hassan Charafeddine, der erzählt, dass er seit 1982 bereits dreimal aus seinem Haus in Taiba fliehen musste. Auch mit ihrer Sozialpolitik gewinnt die Hisbollah Unterstützung. „Sie zahlt jeder vertriebenen Familie 100 Dollar im Monat und gibt ihnen Einkaufsgutscheine“, berichtet Nizar Rammal.

Ist die „Partei Gottes“ also „ein Staat im Staat, besser gesagt, ein Staat in einem Nichtstaat?“, fragt Sami Atallah, Gründer der libanesischen Denkfabrik The Policy Initiative. Er prangert die chronische Unfähigkeit der libanesischen Behörden an, die Bürger:innen zu schützen, weder vor den Folgen der Finanzkrise noch vor der Explosion im Hafen im August 2020 noch vor den israelischen Bombardierungen. Den Befürwortern der Neutralität hält er entgegen: „Angesichts des laufenden Völkermords in Palästina kann der Libanon nicht sagen: ‚Das geht uns nichts an.‘“

Charbel Nahas, ehemaliger Minister und Gründer der Partei „Bürger im Staat“, geht noch weiter: „Es gibt keinen Staat mehr, daher hat die Forderung, die Armee solle die Hisbollah an der Südgrenze ersetzen, keinen Sinn. Dafür bräuchte es eine Volkszählung, eine Wehrpflicht und Waffen.“ Seiner Meinung nach müssten die militärischen und sozialen Errungenschaften der Hisbollah wieder unter die Kontrolle einer „säkularen und starken“ Regierung gestellt werden. Israel ziele jedoch darauf ab, die Staaten in der Region zu delegitimieren. „In den Augen Israels sind zersplitterte arabische Staaten und Gesellschaften der Idealzustand.“

¹ „Libanon: Israel's White Phosphorus Use Risks Civilian Harm“, Human Rights Watch, 5. Juni 2024, www.hrw.org.

² „Israel army says readying ‚decisive offensive‘ against Lebanon's Hezbollah“, France24, 27. Juli 2024.

³ „Israel's push to create a ‚dead zone‘ in Lebanon“, Financial Times, 27. Juni 2024.

⁴ Nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen, in Deutschland mittlerweile verbotenen palästinensischen Organisation.

⁵ „Nasrallah fait comme Hafez el-Assad: entre les chrétiens et le Hezbollah, le fossé se creuse“, L'Orient-Le Jour, 27. Juni 2024.

⁶ Will Lowry, „War between Israel-Hezbollah will be ‚10 times worse‘ than 2006“, The National, 25. Juni 2024.

Aus dem Französischen von Nicola Liebert

Aushungern

► Fortsetzung von Seite 1

die stellvertretende russische UN-Botschafterin Anna Evstigneeva am 13. Juni 2024 in der Debatte über die Belagerung der sudanesischen Stadt al-Fashir im UN-Sicherheitsrat: „Wir sind nicht bereit, das Hungerproblem im Sudan übermäßig zu dramatisieren.“ Stattdessen empfahl sie mehr Investitionen in die Landwirtschaft.

Die nackten Zahlen zeigen, dass im Sudan heute der weltweit schlimmste Nahrungsmittelnotstand herrscht. Laut dem IPC-Report vom 27. Juni 2024 ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung – 25 von 48 Millionen Menschen – auf humanitäre Hilfe angewiesen. Davon sind etwa 8 Millionen Menschen in akuter Not (*emergency*), was bedeutet, dass die Familien auf Mahlzeiten verzichten und ihre letzten Besitztümer verkaufen und dass die Kindersterblichkeit steigt. 755 000 Menschen sind bereits akut vom Hungertod bedroht.

Die Hungerkatastrophe im Sudan ist das Produkt mehrerer sich überlagernder Krisen. Die Nahrungsmittelproduktion ist unzureichend. Während industrielle Betriebe vor allem Hirse anbauen (größtenteils für den Export), muss Weizen importiert werden. Hinzu kommt, dass die Regierungen in Khartoum seit Jahrzehnten Aufstandsbewegungen in entfernteren Regionen mit militärischen Mitteln bekämpft haben. Im Zuge dieser Aktionen wurden Millionen Menschen vertrieben, die in der Folge auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen waren.

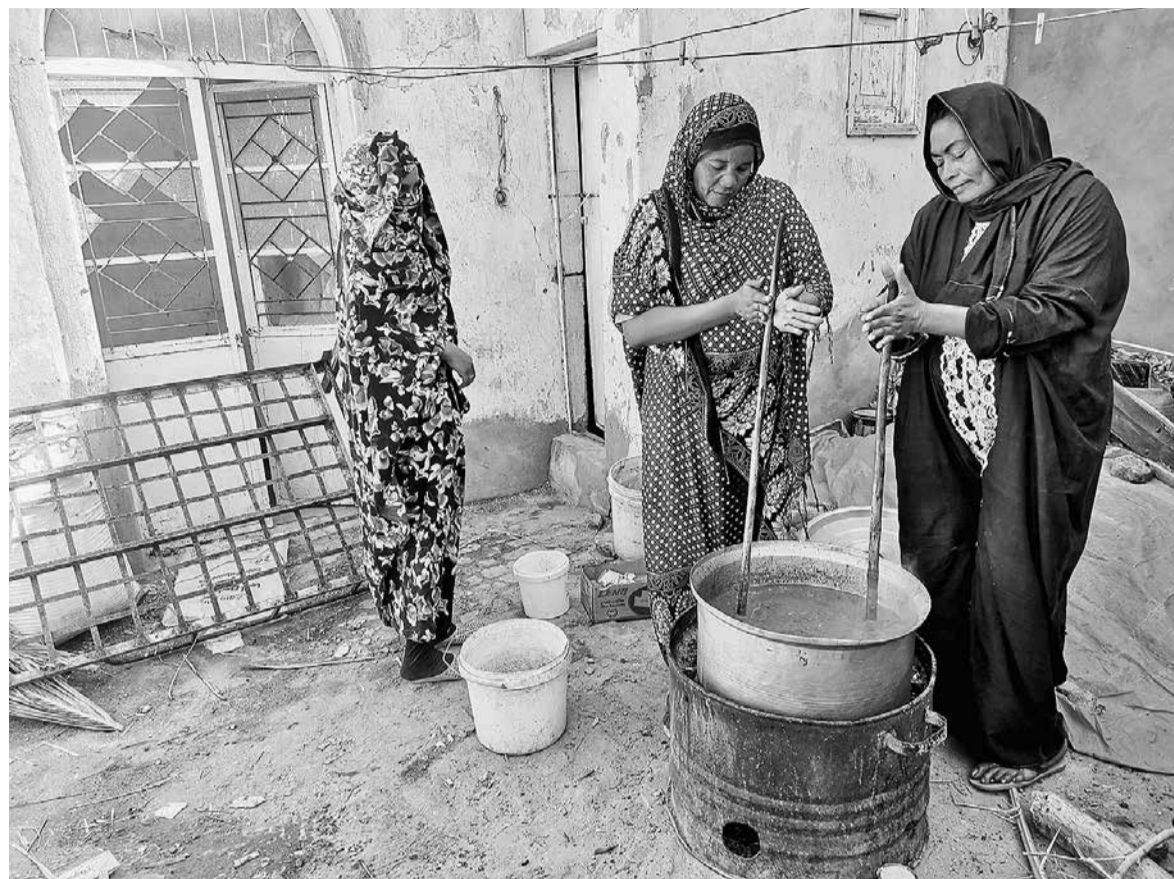
Vor acht Jahren ging dem Sudan dann auch noch das Geld aus, und er konnte seine Weizenimporte nicht mehr bezahlen. Schon damals, also lange vor Ausbruch des aktuellen Bürgerkriegs, musste das Land bei den UN einen neuen Höchstbedarf an Nahrungsmittelhilfen beantragen.

Der Krieg verschärfte die Krise zur Katastrophe. Die Kämpfe begannen mit Rivalitäten zwischen den beiden Generälen, die an der Spitze der seit April 2019 herrschenden Militärjunta standen.¹ Am 15. April 2023 unternahm General Mohammed Hamdan Daglo, der Kommandeur der paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF), einen Putschversuch gegen seinen Rivalen General Abdel Fattah al-Burhan, den Oberbefehlshaber der regulären Armee Sudanese Armed Forces (SAF).

Der Putsch scheiterte. Seitdem haben die Truppen beider Seiten die Hauptstadt Khartoum zerstört und sich im ganzen Land erbitterte Kämpfe geliefert. Die RSF-Milizen plündern überall, wo sie hinkommen, Städte und Krankenhäuser, Märkte und landwirtschaftliche Betriebe. Die SAF bombardiert lebenswichtige Infrastrukturen und unterbindet Hilfslieferungen für Gebiete, die von der RSF kontrolliert werden, etwa für große Teile von Darfur, wo die Hungersnot am schlimmsten wütet.

Die Männer, die den Hunger im Sudan verursacht haben, sind natürlich nicht bereit, ihre Schuld einzugestehen. Stanley Cohen untersucht in seinem Buch „States of Denial“ die verschiedenen Techniken des Leugnens von Gräueltaten, mit denen sich die Täter und deren Verteidiger exkulpieren wollen.² Auch im Fall von Hungerverbrechen beginnt es mit der schlichten Leugnung von Fakten.

Als der IPC-Report veröffentlicht wurde, bestand die erste Reaktion des sudanesischen UN-Botschafters Al-Harith Idriss al-Harith Mohamed darin, die angeführten Beweise nicht anzuerkennen. Und der Vertreter der sudanesischen Regierung, der in dem Komitee sitzt, das die IPC-Zahlen absegnet, erhebt regelmäßig Einspruch gegen Informationen von Hilfsorganisationen, die ohne die Genehmigung von Khar-



Februar 2024: Suppenküche in Omdurman (Sudan) MOHAMED KHIDIR/picture alliance/xinhua



Mai 2024: im Flüchtlingslager von Adwa (Tigray) XIMENA BORRAZAS/picture alliance/sopa/sipa USA



Juli 2024: Deir al-Balah (Gaza) ABED RAHIM KHATIB/picture alliance/dpa

tum tätig sind. Meist operieren diese NGOs in Gebieten, in denen die RSF die Kontrolle ausüben.

Die UN beugten sich dem Einspruch, weil SAF-Chef al-Burhan rechtlich noch immer die staatliche Souveränität repräsentiert – auch wenn er den Regierungssitz vorläufig von Khartoum nach Port Sudan am Roten Meer verlegt hat und sich die Regierungspräsenz in der Hälfte des sudanesischen Territoriums auf den Abwurf von Bomben beschränkt.

Eine zweite Art des Leugnens nennt Cohen das „interpretierende Abstreiten“: Man erkennt die Fakten an, behauptet aber, dass sie nicht das sind, als was sie erscheinen. Die im IPC-Report dokumentierte Zahl der von Hunger bedrohten Menschen im Sudan ist eine der höchsten, die je registriert wurden, und sie steigt weiter an. Doch der sudanesischen UN-Botschafter erklärte öffentlich, 755 000 Personen seien nur „unbedeutende“ 2 Prozent der Bevölkerung, und mit einer guten Ernte werde die Zahl zurückgehen. Im Übrigen schob er die Verantwortung für den Hunger und die Plünderungen auf den Kriegsgegner RSF: Es gebe genügend Nahrungsmittel im Land, doch wenn die Bauernfamilien ihre Ernte einbringen, würde sie ihnen immer von der RSF abgenommen.

Die gängige Behauptung, dass „die anderen“ schuld sind, verweist auf die dritte Art des Leugnens, die Cohen als „implicatory“, als insinierend bezeichnet. Um die eigenen Gräueltaten zu rechtfertigen, legt man in die Fakten eine andere, verborgene Bedeutung hinein. Im Fall Sudan ist dies die Behauptung, der Vorwurf einer „Hungersnot“ diene lediglich als Vorwand für eine Intervention oder Machtübernahme von außen, womit dann das eigene extreme Handeln als bloße Reaktion gerechtfertigt wird.

Als Al-Harith Idriss vor der Presse den IPC-Befund kommentierte, erhob er wüste Beschuldigungen gegen die RSF: Die Rivalen würden auf „niederträchtige Weise“ mit „gewissen internationalen Kreisen“ zusammenarbeiten, welche die These verbreiten, dass die Hungersnot „von oben angeordnet“ sei. Damit liefere man diesen „bösen“ Kräften „einen Vorwand, im Sudan zu intervenieren“, was einen Krieg von der Dimension eines „biblischen Armageddon“ bedeuten würde.

Wer diese ausländischen Verschwörer sein sollen, sagte der sudanesischen UN-Botschafter nicht. Aber der sudanesischen Außenminister zeigt inzwischen mit dem Finger auf die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und deren westliche Verbündete, etwa die USA und Großbritannien. Die logische Folgerung lautet: Um den Sudan gegen eine solche existenzielle Bedrohung zu verteidigen, ist jedes Mittel legitim.

Diese Position entspricht dem, was Achille Mbembe als „Neosouveränismus“ bezeichnet. Damit meint der kamerunische Theoretiker des Postkolonialismus ein letztes verzweifelter Beharren auf einer „nationalen Souveränität“, die als Deckmantel dient, unter dem die Herrschenden die Demokratie abschaffen und Menschenrechte verletzen.

Varianten der von Cohen beschriebenen Techniken des Leugnens kennen wir auch aus Syrien und Jemen. In beiden Krisenländern fanden Gegner wie Verbündete des Westens alle möglichen Erklärungen dafür, dass es sich um keine Hungersnot handele und dass die ganze Frage unerheblich sei.

Ein jüngeres Beispiel ist Äthiopien, wo im November 2020 die Regierung in Addis Abeba einen Krieg gegen die Region Tigray begann. Wie es dazu kam, ist bis heute umstritten. Unbestreitbar ist jedoch die systematische Zerstörung

von Farmen und agrarischen Erträgen, von Krankenhäusern und Wasseranlagen, gefolgt von einer totalen Blockade der Nahrungsmittellieferungen.

Aufgrund dieser Blockade starben in der Region Tigray 375 000 Menschen. Im Juli 2021 warnte das Famine Review Committee (FRC) in einem IPC-Report, dass eine Hungersnot bevorstehe. Der nächste Schritt, die offizielle Feststellung einer Hungersnot, hätte die Aushungerungsstrategie der Regierung in Addis Abeba ans Licht gebracht, weshalb diese dem FRC die Sammlung weiterer humanitärer Daten jeglicher Art untersagte. UN-Mitarbeiter:innen, die sich nicht daran hielten, wurden des Landes verwiesen.

Im Fall Tigray erwies sich der Hunger als eine billige und wirkungsvolle Waffe: Er schwächte den Widerstand der Bevölkerung und zwang deren Führung, sich auf die Friedensbedingungen der Zentralregierung einzulassen. Aber auch die UN haben sich dem politischen Druck gebeugt und ihre humanitären Prinzipien geopfert. So lautete auch das Urteil des humanitären UN-Koordinierungsgremiums Inter-Agency Standing Committee (IASC) in seinem Bericht vom 15. Mai 2024. Selten hat eine UN-Instanz ein derart vernichtendes Urteil über das moralische Versagen einer UN-Mission gefällt.³

Der jüngste und meistdiskutierte Fall von massenhaftem Hunger als Waffe ist der israelische Gaza-Feldzug im Gefolge des Hamas-Angriffs vom 7. Oktober 2023. Allerdings hatte die israelische Regierung bereits lange vor dem brutalen Massaker an israelischen Zivilist:innen die palästinensische Bevölkerung des Gazastreifens explizit „auf Diät“ gesetzt.⁴

Nachdem die Hamas 2006 in Gaza an die Macht gekommen war, hatte die „Koordinierungsstelle des israelischen Verteidigungsministeriums für die besetzten Gebiete“ (Coordination of Government Activities in the Territories/Cogat) die Warenlieferungen in den Küstenstreifen extrem eingeschränkt. In einem Dokument mit dem Titel „Food Consumption in the Gaza Strip – Red Lines“ wurde der tägliche Kalorienbedarf berechnet, um Unterernährung zu vermeiden, aber die Versorgungslage dauerhaft prekär zu halten.⁵

Seit dem 8. Oktober 2023 hat das israelische Militär systematisch Einrichtungen zerstört, die für die Zivilbevölkerung „lebensnotwendig“ sind. Damit ist das zentrale Kriterium für das Kriegsverbrechen des Aushungerns erfüllt.⁶ Als weiterer Tatbestand kommt die „vorsätzliche Behinderung von Hilfslieferungen“ hinzu, die von Israel über Wochen praktiziert wurde.

Schon die IPC-Zahlen vom Dezember 2023 lieferten Belege für einen extremen Ernährungsnotstand. Nie zuvor haben die Expert:innen eine derart rapide Krisenentwicklung dokumentiert. Ihr Bericht vom 18. März 2024, der vor einer „unmittelbar bevorstehenden Hungerkatastrophe“ warnte, veran-

lasste den Internationalen Gerichtshof (IGH) zu einem Beschluss: Das Gericht in Den Haag wies die israelische Regierung an, „alle notwendigen und wirksamen Maßnahmen zu ergreifen, um unverzüglich und in voller Kooperation mit den Vereinten Nationen die ungehinderte Bereitstellung von dringend benötigten Dienstleistungen und humanitären Hilfsgütern für die palästinensische Bevölkerung in ganz Gaza sicherzustellen“. Konkret genannt wurden „Nahrungsmittel, Wasser, elektrischer Strom, Treibstoff, Kleidung und Hygieneartikel wie auch Medikamente und medizinische Versorgung“.⁷

Die Anweisung des Gerichts erfolgte einstimmig, also auch mit der Stimme von Aharon Barak, den Israel als zusätzlichen Richter im Klageverfahren „Südafrika vs. Israel“ an den IGH entsenden durfte.⁸ Barak widersprach zwar entschieden dem Vorwurf des Genozids, räumte aber ein, dass Israel seinen Verpflichtungen nach dem Humanitären Völkerrecht nicht nachgekommen ist.

Auch gewichtige Stimmen in den USA – unter ihnen Samantha Power, die Direktorin der Entwicklungshilfeeinheit USAID und ehemalige UN-Botschafterin – sprachen von einer Hungersnot im Norden des Gazastreifens. Das veranlasste die israelische Regierung offenbar, mehr Lebensmittel über die Grenze zu lassen und damit das Abgleiten in die schiere Hungerkatastrophe zu bremsen.

Was die israelische Armee jedoch nicht von ihrem Angriff auf Rafah im Süden des Gazastreifens abgehalten hat, wodurch die Haupttroute für die humanitären Hilfslieferungen blockiert wurde. Die Verteilung von Nahrungsmitteln und Medikamenten kam zum Erliegen und zehntausende bereits entwurzelte Menschen sahen sich dazu gezwungen, erneut nach einer anderen Zuflucht zu suchen.

Die Fakten werden schlicht gelehnet

Ein deutlicher Beleg für die rücksichtslose Härte der israelischen Armee im Gazastreifen ist die Anzahl der humanitären Helfer:innen, die in Ausübung ihrer Arbeit getötet wurden. Mehr als 160 von ihnen wurden zwischen Oktober und Dezember 2023 getötet (im Rest der Welt wurden 2023 insgesamt 112 Helfer:innen getötet). Das setzte sich im Jahr 2024 fort: Bis Anfang Juli wurden in den besetzten palästinensischen Gebieten 97 Mitglieder humanitärer Organisationen getötet.

Auf die Anschuldigung, für den Hunger in Gaza verantwortlich zu sein, reagierten die Israelis zunächst mit dem Leugnen der Fakten. Dabei ergaben sich allerdings zwei Probleme: erstens die weltweite Aufmerksamkeit für die Situation in Gaza; und zweitens die extremen und unbedachten Äußerungen hochrangiger Regierungsvertreter, die ganz offen vom Aushungern des Gazastreifens gesprochen hatten.

„Ich habe eine komplette Belagerung des Gazastreifens angeordnet“, erklärte Verteidigungsminister Joav Gallant am 9. Oktober 2023 in Beer Scheva. „Es wird keinen Strom geben, keine Nahrungsmittel, kein Benzin, alles ist abgeriegelt.“ Und dann kam der infame Satz: „Wir kämpfen gegen Tiere in Menschengestalt, und wir agieren entsprechend.“

Selten hat jemand die Absicht, eine Bevölkerung auszuhungern, derart offen ausgesprochen. Nichtsdestotrotz haben die israelische Regierung und deren Verbündete in den USA ein Gespür für die rechtliche Problematik, weshalb später vor dem IGH in Den Haag ein israelischer Vertreter Galants Sätze als Gefühlsausbruch verharmlost hat, der nicht die offizielle Politik repräsentiere.

Auch im Fall Gaza erkennen wir die drei Techniken des Leugnens, die Stanley Cohen unterscheidet. Besonders leicht zu durchschauen ist das schlichte Abstreiten von Fakten. So präsentierte die Cogat am 6. März 2024 eine Liste der Lkw-Ladungen, die über die Grenzübergänge in den Gazastreifen gelangt seien.⁹ Angeblich waren damit die Zahlen des IPC-Reports widerlegt.

Die Angaben über die Ladung lassen sich allerdings nicht überprüfen; zudem wurde die angewandte Methode – die simple Addierung der Kalorienmengen – von Expert:innen längst aufgegeben. Doch selbst wenn die Zahl der angekommenen Mehlsäcke korrekt wäre, beantwortet das nicht die entscheidenden Fragen: Wie erreicht das Mehl die Menschen, die es am dringendsten benötigen? Werden die Hungernden mit anderen wichtigen Nahrungsmitteln versorgt? Was geschieht, um den Grundbedarf an Wasser, sanitärer Versorgung und spezieller Krankenkost zu decken? Können die Ärmsten die auf den Märkten angebotenen Lebensmittel kaufen?

Die zweite Technik, das „interpretierende Leugnen“, fußt auf folgender Argumentation: Da der IPC-Report vom März eine Hungerkatastrophe vorausgesagt hatte, der Bericht vom 25. Juni 2024 aber ein anderes Bild zeichnete, sei die frühere Darstellung eine böswillige Erfindung gewesen. Tatsächlich aber dokumentierte der Juni-Report die Zunahme der Hilfslieferungen im April und im Mai – zum Teil in Reaktion auf den IPC-Report vom März –, durch die das Schlimmste verhindert wurde.

Die dritte, die „insinuiierende“ Technik des Leugnens arbeitet mit der Unterstellung, wer von einer Hungersnot in Gaza spreche, tue dies nur aus Sympathie für die Hamas. Diese Technik benutzte Netanjahu zuletzt in seiner Rede vor dem US-Kongress am 25. Juli. Doch diese Argumentation ist für die israelische Seite schon deshalb problematisch, weil das von der US-Regierung aufgebaute Frühwarnsystem Fews Net (Famine Early Warning Systems Network) noch viel alarmierendere Töne angeschlagen hatte: Im März 2024 kam Fews Net zu dem Schluss,

das die Hungersnot in Gaza wahrscheinlich schon in vollem Gange ist.

Alles Abstreiten läuft letztlich darauf hinaus, die Dinge so zu verdrehen, dass das israelische Handeln völkerrechtlich zulässig und nur das tragische Resultat eines aufgezwungenen Kriegs sei. Das grundlegende Argument lautet demnach, dass Israel angesichts einer existenziellen Gefahr für sein nationales Überleben lediglich sein Recht auf Selbstverteidigung ausübe. Ganz so, wie auch afrikanische und arabische Autokraten auf ihre „Souveränität“ pochen.

Wie definiert man vorsätzlich?

Für die israelische Regierung war es von höchster Bedeutung, ob sie mit ihrer Position in Washington durchkommt. Im Gesetz über US-Auslandshilfen (Foreign Assistance Act) gibt es eine Klausel, wonach Waffenlieferungen an ein Land, das US-Hilfslieferungen blockiert, einzustellen seien. Das Vorgehen der Israelis in Gaza stellte Washington vor die Frage, ob man weiterhin Rüstungsgüter an Israel liefern kann.

Zu dieser Frage musste die Regierung dem Kongress ein Memorandum vorlegen. Ihre Expert:innen für humanitäre Hilfe zweifelten nicht daran, dass Israel Hilfslieferungen blockiert, und das schrieben sie auch so auf. Doch die Endfassung, an der sie nicht mehr mitwirkten, plädierte für weitere Waffenlieferungen an Israel. Eine langjährige Beraterin des State Departments, die an der ersten Fassung des Berichts beteiligt war, trat daraufhin zurück.¹⁰

Allerdings begannen die Juristen der US-Administration ihre Meinung zu überdenken, nachdem der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) gegen Israels Regierungschef Netanjahu und dessen Verteidigungsminister Galant Haftbefehle beantragt hatte – unter anderem weil es Grund zur Annahme gebe, dass sie für das Kriegsverbrechen des Aushungerns verantwortlich sind.

Das IStGH-Statut verbietet in Artikel 8 (2b) Abs. (xxv) „das vorsätzliche Aushungern als Methode der Kriegsführung durch das Vorenthalten der für sie lebensnotwendigen Gegenstände, einschließlich der vorsätzlichen Behinderung von Hilfslieferungen, wie sie nach den Genfer Abkommen vorgesehen sind“.

Die entscheidende Frage lautet, wie man „vorsätzlich“ definiert. Die vorherrschende juristische Meinung geht dahin, dass die verbotene Handlung absichtsvoll geschieht und das Verhungern von Zivilpersonen eine vorhersehbare Folge dieser Handlung ist.¹¹ Eine engere Definition besagt dagegen, dass eine sowohl spezifische als auch vorrangige Absicht des Aushungerns vorliegen muss.

Das US-Militär interpretiert das Verbot des Aushungerns so, dass ein „in-

cidental“ – nicht primär intendiertes – Verhungern von Menschen während einer militärischen Belagerung zulässig ist. Das wäre faktisch eine „Lizenz“ für die Methode, den Feind zur Kapitulation zu zwingen, indem man die Zivilbevölkerung aushungert, wie sie zum Beispiel vom Assad-Regime im syrischen Bürgerkrieg praktiziert wurde.

Die Pentagon-Juristen machen zudem geltend, dass sie an das Humanitäre Völkerrecht (International Human Law, IHL) und nicht an das Römische Statut des IStGH gebunden seien. Diese Unterscheidung ist deshalb relevant, weil Verstöße gegen das IHL in der Regel nur zu Verfahren vor einem Militärgericht, aber nicht vor einem unabhängigen Gericht führen.

Diese militärische Lesart impliziert, dass ein Kommandeur der Armee selbst nach der offiziellen Warnung vor einer Hungersnot die Menschen weiter in den Hunger treiben kann. Eine derart enge Definition für das Kriegsverbrechen des Aushungerns bedeutet schlicht, dass alle aktuellen Fälle, in denen Hunger als Waffe eingesetzt wird, nicht strafbar wären.

Im Fall Gaza wird die Schwelle für den Begriff „Aushungern“ so hoch angesetzt, dass die israelischen Praktiken als legitim erscheinen. Statt das Verhalten der Netanjahu-Regierung an höheren völkerrechtlichen Standards zu messen, wird die nachsichtige Behandlung derartiger Verbrechen zum universellen Maßstab erhoben. Es sollte uns nicht überraschen, wenn Hungerkatastrophen in Zukunft noch häufiger und noch verheerender werden.

¹ Siehe Alex de Waal, „Sudan’s Manmade Famine“, *Foreign Affairs*, 17. Juni 2024; siehe auch Gérard Prunier, „Sudan – Vom Krieg zerrissen“, *LMD*, März 2024.

² Stanley Cohen, „States of Denial: Knowing about atrocities and suffering“, Cambridge (Polity Press) 2001.

³ „Inter-Agency Humanitarian Evaluation of the Response to the Crisis in Northern Ethiopia“, Inter-Agency Humanitarian Evaluation Steering Group, 15. Mai 2024.

⁴ Siehe „Putting Palestinians On a Diet: Israel’s Siege & Blockade of Gaza“, Institute for Middle East Understanding (IMEU), 14. August 2014.

⁵ 2012 veröffentlichte die israelische NGO Gisha eine englische Fassung des Dokuments.

⁶ Vgl. „Wenn Hunger zur Kriegswaffe wird“, *Weltberichterstattung*, Mai 2020.

⁷ „Application of the Convention on the prevention and punishment of the Crime of Genocide in the Gaza Strip (South Africa v. Israel)“, IGH, 28. März 2024.

⁸ In einem IGH-Verfahren können der klagende wie der beklagte Staat einen zusätzlichen Richter stellen, wenn sie nicht schon im IGH-Kollegium vertreten sind.

⁹ „Food and Security in the Gaza Strip: Response to IPC report“, Cogat, 6. März 2024; eine ähnliche Liste wurde Anfang Juni von israelischen Ernährungswissenschaftlern vorgelegt.

¹⁰ Julian Borger, „US state department falsified report absolving Israel on Gaza aid – ex-official“, *The Guardian*, 31. Mai 2024.

¹¹ Siehe Tom Dannenbaum, „Nuts & Bolts of Int’l Criminal Court Arrest Warrant Applications for Senior Israeli Officials and Hamas Leaders“, *Just Security*, 20. Mai 2024.

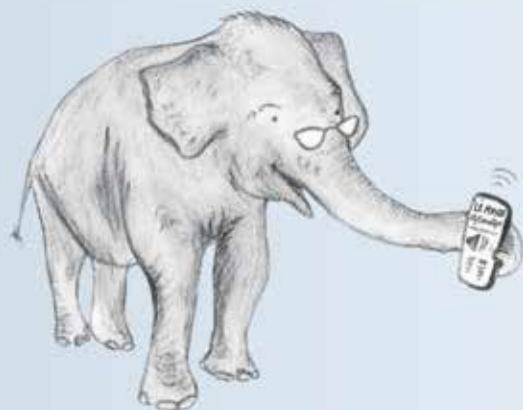
Aus dem Englischen von Niels Kadritzke

Alex de Waal ist Geschäftsführer der World Peace Foundation an der Fletcher School of Law and Diplomacy (Tufts University) und u. a. Autor von „Mass Starvation. The History and Future of Famine“, Hoboken (Wiley & Sons) 2018.

© LMD, Berlin

LE MONDE diplomatique

Alles digital? diplomatique!



Lesen Sie die **digitale Ausgabe** von Le Monde diplomatique in der App, im Browser oder als ePaper. Und hören Sie alle Texte aus der großen Monatszeitung für internationale Politik als MP3.

Hier bestellen:
monde-diplomatique.de/zeitungsabo

4,50
Euro
für 3 Monate



Roter Staub in Smederovo

Chinas Interessen in Serbien

von Jean-Arnault Dérens und Laurent Geslin



Straßenblockade in Krivelj, 14. März 2024 PAVEL NEMECEK/picture alliance/ctk

Drei Frauen sitzen vor einer Hütte am Straßenrand in dem ostserbischen Dorf Krivelj – vor sich eine Feuerschale, dazu ein Fernseher, sogar mit Kabelanschluss. Ein Nachbar bringt ihnen türkischen Kaffee. Er sagt: „Achtung! Da kommt ein Auto! Das sind die chinesischen Brüder.“ Die drei Frauen treten auf die Straße und zwingen den Fahrer zur Umkehr.

Die Rede von den „chinesischen Brüdern“ ist in Krivelj ironisch gemeint, die Regierung in Belgrad hingegen beschwört damit die Freundschaft mit „Bruder“ Xi Jinping.

Ähnliche Szenen spielen sich hier, im Herzen des Bergbaugesbiets Bor, seit dem 29. Januar 2024 mehrmals täglich ab. Die Einheimischen haben eine Sperre errichtet, auf einem Plakat steht: „Ihr seid nicht willkommen.“ Der Kupfertagebau hat das Dorf fast vollständig umzingelt. Seit den 1970er Jahren schon soll es verschwinden. 2018 hat das Staatsunternehmen Bergbau und Gießerei Bor (RTB Bor), Nachfolger der 1904 gegründeten Compagnie française des mines de Bor, 63 Prozent des Kapitals an die chinesische Zijin Mining Group abgetreten.

Dafür versprach der Bergbaugigant, die Schulden des staatlichen Unternehmens in Höhe von 200 Millionen US-Dollar zu übernehmen, 5000 Arbeitsplätze zu erhalten und in der ersten sechs Jahren 1 Milliarde Dollar zu investieren. Seitdem geht der Erzabbau stetig voran, ganze Bergflanken werden weggesprengt.

„Gold und Kupfer werden in unserer Gegend seit der Antike gefördert“, erklärt Jasna Tomić, die das Aktionskomitee von Krivelj leitet. „Seit die Chinesen da sind, ist das Leben für die verbliebenen 44 Familien unerträglich geworden. Die Luft ist kaum noch zu atmen und in den Hauswänden klaffen breite Risse. Und jetzt wollen sie einen Staudamm errichten, um eigenen Strom zu erzeugen. Im Januar fuhr hier jede Minute ein Sattelschlepper durch.“

Mit der Blockade der einzigen Zugangsstraße zu den Minen von Novo Cerovo verhinderten die Dorfbewohner:innen zwei Wochen lang die Kupfergewinnung. Dann hatte Zijin eine Alternativroute durch die Berge gebaut. Dennoch: Die Arbeiten am Staudamm

ruhen bis heute. Die 300 Meter vom Dorf entfernte Baustelle ist verlassen. An bröckelnden Rohbau ruinen hängen Schilder, die in schlechtem Serbisch mahnen: „Sicherheit kommt durch Wachheit – das Unglück lahmlegen.“ Ein alter Bergarbeiter, der uns herumführt, meint ironisch: „Das kommt dabei raus, wenn kommunistische Parolen auf Google Translate treffen.“

Jasna Tomić erklärt, sie habe keine „ernsthaften Gesprächspartner“ bei dem chinesischen Konzern oder den serbischen Behörden gefunden. Auf unsere gemailten Fragen antwortet das Belgrader Ministerium für Bergbau und Energie: „Die geplante Versetzung und Neuansiedlung des Dorfs Krivelj wird seit 2014 nach strengsten internationalen Normen durchgeführt.“ Zwei Drittel der Bewohner hätten ihre Zustimmung gegeben. Von Tomić und ihren Mitstreiterinnen an der Straßensperre wird das nicht bestritten.

Den Leuten hier geht es nicht nur um Geld. Sie wollen auch sicher sein, dass ihre neuen Häuser nach der Umsiedlung nicht abermals dem Bergbau weichen müssen. In der Umgebung von Bor, sagen sie, sollen zwölf Dörfer umgesiedelt werden. Die Angaben lassen sich nicht überprüfen – die Entwicklungspläne von Zijin Bor Copper und Serbia Zijin Mining, den serbischen Töchtern der Zijin Mining Group, sind nicht öffentlich.

Chinesische Investitionen statt EU-Gelder

Irena Živković sitzt seit Dezember 2023 für das Oppositionsbündnis „Serbien gegen Gewalt“ im serbischen Parlament. Sie beklagt die Undurchsichtigkeit der chinesischen Projekte. „Das Parlament hat die Abbaukonzession für RTB Bor gebilligt, aber die viel später auf der Website des Ministeriums veröffentlichte Version des Vertrags ist unvollständig. Im Stadtrat von Bor, dem ich lange angehörte, bekamen wir Informationen nur häppchenweise.“

Die Abgeordnete befürchtet ein Abbaumodell „wie im Kongo“. Serbien setze lieber auf Investitionen chinesischer Unternehmen als auf EU-Gelder, weil das weniger Kontrolle bedeutet. Die Zijin-Gruppe will schon insgesamt 2,89 Milliarden Euro in Serbien inves-

tiert haben. Sie ist des Lobes voll über die „soziale Stabilität des Landes“, „die geografische Lage“, „die vielen gut ausgebildeten Arbeitskräfte“, das „gute Geschäftsklima“.¹

Tatsächlich hat China allen Grund, seine Partnerschaft mit Serbien toll zu finden: Zwischen 2014 und 2023 beliefen sich die chinesischen Investitionen angeblich auf 5,5 Milliarden Euro.² Wenn chinesische Unternehmen in Serbien ansässig werden, haben sie die uneingeschränkte Unterstützung der Behörden. „Entscheidungen, die China betreffen, werden direkt im Büro von Präsident Vučić getroffen“, bestätigt die Juristin Hristina Vojvodić vom Renewables and Environmental Regulatory Institute (Reri). Das Reri kämpft für die Einhaltung der serbischen Umweltgesetze, insbesondere des Gesetzes über Bergbau und Geologie. „Den Chinesen sind Umweltstandards egal“, sagt Vojvodić, „sie fangen an zu buddeln und beantragen die Erlaubnis hinterher, die sie natürlich erhalten.“

Smederovo war im 15. Jahrhundert die letzte Hauptstadt des serbischen Despotats vor der Eroberung durch die Osmanen. Am Rand der Stadt steht ein Stahlwerk, dessen Rauch die umliegenden Dörfer vergiftet. Der 1921 gegründete und 1945 verstaatlichte Industriekomplex wurde 2003 von U.S. Steel gekauft, das ihn 2012 zum symbolischen Preis von 1 US-Dollar an den serbischen Staat zurückgab, zusammen mit fast 500 Millionen Euro Schulden. 2016 verkaufte Belgrad dann 98 Prozent seiner Anteile für lediglich 46 Millionen Euro an den zweitgrößten Stahlproduzenten der Welt, den chinesischen HBIS-Konzern.³

„Die Amerikaner hatten leicht modernisiert und ein paar Filter eingebaut, aber seit der Übernahme durch die Chinesen ist nichts geschehen, und die Inspektion für Umweltschutz darf die Fabrik nicht betreten“, klagt Nikola Krstić, Leiter einer Bürgerinitiative, die gegen die Verschmutzung durch das Stahlwerk kämpft. Häuser und Felder im Umkreis der riesigen Schloten sind mit einer dicken Schicht von rotem Staub bedeckt. Wenn man die Wäsche nur ein paar Minuten raushängt, ist sie wieder schmutzig.

2020 hatten mehrere hundert Menschen versucht, den Flusshafen zu blo-

ckieren, der HBIS in Erbpacht überlassen wurde. Seitdem haben mehrere Familien aus dem Dorf Radinac Klage eingereicht, aber viele schweigen lieber. Die Fabrik ist immer noch der wichtigste Arbeitgeber der Region.

Die Demonstrationen in Smederovo haben kaum eine Chance auf Erfolg. 2020 verabschiedete das serbische Parlament ein Gesetz, demzufolge die Regierung ein Infrastrukturprojekt für „dringend“ erklären kann. Damit erübrigt sich eine öffentliche Ausschreibung wie auch eine nähere Überprüfung des Investor. Zudem hat die Belgrader Regierung die chinesischen Unternehmen auch von der Bindung an das serbische Arbeitsrecht befreit.

Über die Zahl der chinesischen Beschäftigten wird viel spekuliert. 2022 waren es allein in der Region Bor offiziell 9000, heute sollen es sehr viel mehr sein. Manche werden von der Landbahn des Belgrader Flughafens direkt zum jeweiligen Arbeitsplatz gebracht, ohne die Einreisekontrollen zu durchlaufen. Sie wohnen in Containersiedlungen direkt neben den Tagebaustätten von Bor oder dem Stahlwerk von Smederovo. Fremden ist der Zugang zu den Wohnanlagen untersagt.

2021 ließ der Reifenhersteller Shandong Linglong Tire Co. 500 Vietnamesen kommen, um ein Werk in Zrenjanin, im Norden Serbiens, zu bauen. Rekrutiert wurden sie von der Tianjin Electric Power Construction Co. (TEPC), einer 100-prozentigen Tochter der staatlichen China Energy Engineering Group. Den Vietnamesen wurden die Pässe abgenommen, sie arbeiteten unter „sklavartigen“ Bedingungen und bei schlechter Verpflegung.

Am 30. Januar 2024 riefen indische Arbeiter bei TEPC mit Unterstützung der NGO Astra, die gegen Menschenhandel kämpft, ein serbisches Gericht an.⁴ Wie einige aussagten, „schliefen 16 Personen in einem Zimmer, Löhne wurden nicht ausgezahlt, und die Arbeitsbedingungen waren extrem hart“.

Die Belgrader Brücke der Freundschaft

Im ersten Quartal 2022 exportierten die drei größten chinesischen Unternehmen in Serbien – Zijin Bor Copper, Serbia Zijin Mining und HBIS – Produkte im Wert von 721 Millionen Euro nach China, das waren 11,6 Prozent der gesamten Exporte Serbiens.

China hatte nach 1961 besondere Beziehungen zum stalinistischen Albanien unterhalten, nachdem das Enver-Hoxha-Regime mit der Sowjetunion gebrochen hatte. Lag es deshalb nicht nahe, dass China in Albanien und in der übrigen Balkanregion investieren würde? „Im Gegenteil“, meint Vuk Vuksanović vom Belgrade Centre for Security Policy (BCSP), „für Mao war Tito ja ein Revisionist, und China trat auch nicht der Bewegung der Blockfreien bei.“

Der chinesische Blick auf Südosteuropa veränderte sich nach den Nato-Luftangriffen gegen Restjugoslawien (noch bevor sich die chinesische Unternehmen auf die Suche nach neuen Investitionsmärkten machten).⁵ In der Nacht des 7. Mai 1999 wurde die chinesische Botschaft in Belgrad von fünf US-Bomben getroffen, die mindestens drei Menschen töteten. Der damalige CIA-Direktor George Tenet behauptete, es habe sich um einen Irrtum gehandelt. Einige Monate später veröffentlichte Hinweise lassen aber vermuten, dass die USA vorsätzlich gehandelt hatten, um eine jugoslawische

Funkstation auf dem Botschaftsgelände auszuschalten.

Die USA haben sich entschuldigt und die Reparaturen bezahlt, doch der diplomatische Schock wirkt bis heute nach. Seit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovos 2008 unterstützt Peking mit seiner Vetomacht im UN-Sicherheitsrat die Regierung in Belgrad, die es ablehnt, die Selbstständigkeit der ehemaligen serbischen Provinz anzuerkennen. China wie Serbien beschwören das Prinzip der territorialen Integrität als ihr heiliges Mantra.

Mitte der 2000er Jahre begann sich China für die Länder Mittelosteuropas zu interessieren – in der Hoffnung, sich über diese Zugang zu den Hauptmärkten der EU zu verschaffen. 2012 startete Peking die Initiative 16+1 mit einem ersten Gipfeltreffen in Warschau, an dem 17 mittelosteuropäische Staatschefs teilnahmen. Das waren neben EU-Mitgliedstaaten auch Nicht-EU-Länder und EU-Beitrittskandidaten der Balkanregion – nicht aber der Kosovo.

Ein Jahr später kündigte Peking in der kasachischen Hauptstadt Astana sein Projekt „One Belt, One Road“ an. Das 2017 in „Belt and Road Initiative“ umbenannte Programm, auch unter dem Namen „Neue Seidenstraße“ bekannt, schließt heute rund 100 Länder auf allen Erdteilen ein.

Als Südosteuropa noch an den Folgen der Finanzmarktkrise von 2007 bis 2008 zu tragen hatte, wurde China als unverhoffter Retter begrüßt. „Die Balkanstaaten taten alles, um chinesische Investitionen zu erhalten“, erinnert Ana Krstinovska vom nordmazedonischen Thinktank Estima.

Tatsächlich war die neoliberale Politik, die sich zu Beginn der 2000er Jahre in den Ländern der Region durchgesetzt hatte, nicht imstande, die erwünschten ausländischen, vor allem europäischen Investitionen anzuziehen. In Belgrad vollzog Boris Tadić von der Demokratischen Partei, der 2008 mit einem proeuropäischen Programm zum Staatschef gewählt worden war, prompt eine Kurskorrektur. Fortan sollte sich die serbische Außenpolitik auf „vier Pfeiler“ gründen: EU, USA, China und Russland.

Zugleich startete Belgrad eine einmalig intensive Kampagne gegen die selbst erklärte Unabhängigkeit Kosovos. Dafür suchte man Verbündete in allen erdenklichen multinationalen Foren – etwa in der Afrikanischen Union oder in der Bewegung der Blockfreien, die zu diesem Zweck aus ihrem Tiefschlaf erweckt wurde.⁶

2009 reiste Tadić zu einem Staatsbesuch nach China, der erste eines serbischen Präsidenten. Zum Symbol der neuen Dynamik wurde die 1507 Meter lange Mihailo-Pupin-Brücke oder „Brücke der Freundschaft“. Die zweitlängste Donaubrücke von Belgrad wurde von der China Road and Bridge Corporation (CRBC) gebaut. „Mit solchen Aufträgen verschaffen sich die chinesische Unternehmen Referenzen, mit denen sie andere Ausschreibungen vor allem in der EU gewinnen können“, erklärt Vuksanović. Nach dem Belgrader Großprojekt bekam die CRBC den Auftrag für die Pelješac-Brücke in Kroatien.

Die „Brücke der Freundschaft“ wurde von der chinesischen Import-Export-Bank (Exim) finanziert. China bezuschusst solche Projekte nie, sondern vergibt immer nur Kredite für Arbeiten, die von chinesische Unternehmen unternommen werden. Dieses Finanzierungsmodell galt auch für den Bau eines Abschnitts der Autobahn Bar-Bol-



Bergbaustadt Bor, 4. April 2024 MARKO DJURICA/reuters

jare, die den Norden Montenegros mit der Adriaküste verbinden soll.⁷

Die 41 Kilometer Abschnitt wurde im Sommer 2022 für den Verkehr freigegeben. Er wurde von der CRBC gebaut und von der Exim-Bank mit einem Kredit über 944 Millionen US-Dollar finanziert. Die Kreditkosten belasten den Staatshaushalt Montenegros und machen 20 Prozent der Auslandsschulden des Landes aus.

Neben den schweren Umweltschäden, die der Autobahnbau im Tara-Tal angerichtet hat, kritisieren zivilgesellschaftliche NGOs auch die undurchsichtigen Verträge der Chinesen mit der früheren Regierung der Demokratischen Partei der Sozialisten Montenegros (DPS), die mit den Wahlen vom August 2020 aus dem Amt gejagt wurde. „Wie viel von den 20 Millionen Euro pro Kilometer sind in die Korruption geflossen?“, fragt etwa Dejan Milovac von der NGO „Mans“.⁸

China soll nach Angaben des Digital Forensic Center in Podgorica zwischen 2013 und Ende 2023 insgesamt 32 Milliarden US-Dollar in den Balkanstaaten investiert haben, das ist mehr als die Hälfte aller chinesischen Investitionen in Europa.

Wie Ana Krstinovska erläutert, hat die Griechenlandkrise den Einstieg Chinas auf dem Balkan zusätzlich begünstigt: „Seitdem konnte es sein Netzwerk in der Region ausbauen, vor allem mit der Übernahme von Infrastrukturen. 2008 pachtete die China Ocean Shipping Company (Cosco) zwei Containerterminals im Hafen von Piräus. Und 2016 überließ die Linksregierung von Alexis Tsipras – unter dem Zwang, den „Rettungsplan“ der Troika zu erfüllen und dazu Staatseigentum zu privatisieren – dem chinesischen Staatsunternehmen Cosco 67 Prozent der Anteile an der Hafengesellschaft.“⁹

China strebt nach einer logistischen Führungsrolle im Mittelmeer. 2017 hat das Reedereibündnis Ocean Alliance, zu dem auch Cosco gehört, den albanischen Hafen Durrës in sein Netzwerk integriert. Der Hafen im slowenischen Koper ist seit 2018 Teil der chinesischen Belt and Road Initiative. Seine Lage im äußersten Norden der Adria erleichtert den Zugang in Richtung Österreich, Ungarn und Deutschland.

Als Montenegro im Juli 2021 die erste Schuldenrate für den Bau der Autobahn nicht bedienen konnte, wäre um Haar der Tiefseehafen von Bar an China gegangen. Im letzten Moment erhielt Podgorica einen Anschlusskredit von zwei europäischen und zwei US-Banken. Trotz dieser Erfahrung unterzeichnete die neue montenegrinische Regierung am 29. März 2023 einen Vertrag mit der Shandong International Economic & Technical Cooperation Group, die einen weiteren Abschnitt der Adria-Autobahn bauen soll.

Die EU hat lange Zeit nur zögerlich auf den strategischen Vormarsch Chinas in der Region reagiert, so als gehe es um rein wirtschaftliche Interessen ohne politische Konsequenzen. Doch der Handelskrieg zwischen Washington und Peking zwingt die südosteuropäischen Staaten, sich zu entscheiden, argumentiert Krstinovska. Schon jetzt gehen die chinesischen Investitionen in Nato-Staaten zurück und verlagern sich nach Bosnien und Herzegowina und Serbien.

In Bosnien und Herzegowina war China lange auf die Republika Srpska, den serbischen Teil des immer noch zerrissenen Landes, fixiert. Deren Regierung steht in offenem Konflikt mit Sarajevo und ist ständig auf der Suche nach Geld. 2016 ermöglichte ein Kredit der China Development Bank über 350 Millionen Euro den Bau eines Kohlekraftwerks in der Gemeinde Stanari. Chinesische Unternehmen bauen auch Staudämme an der Neretva, die große Umweltschäden verursachen.

Das Interesse Chinas am bosnischen Energiesektor ignoriert jedoch die ethnopolitischen Abgrenzungen. Ein Konsortium chinesischer Unternehmen baut gerade einen Windpark im Kanton Livno, wo die Regionalregierung von den kroatischen Nationalisten der HDZ BiH geführt wird. Die hat den Chinesen angeblich schon Grundstücke bereitgestellt, zu Lasten der Eigentümer.

2015 reiste Dragan Čović, der mächtige Chef der HDZ BiH und damals Mitglied des Staatspräsidiums von Bosnien und Herzegowina, zu einem Treffen mit Präsident Xi nach Peking. Offenbar bevorzugt China, wie Professor Asim Mujkić von der Universität Sarajevo anmerkt, politische Bezie-

hungen zu autoritären Herrscherfiguren, die keinem Gebot der Transparenz unterliegen.¹⁰

Durch die Coronapandemie hat sich die chinesische Präsenz auf dem Balkan noch weiter verstärkt. Am 15. März 2020 fasste die EU den politisch fatalen Beschluss, jeden Export von medizinischem Material zu verbieten – selbst in EU-Kandidatenstaaten. Bereits am 21. März landete ein chinesisches Flugzeug auf dem Belgrader Flughafen, der für den zivilen Luftverkehr gesperrt war. An Bord waren Ärzte sowie Masken und Einweghandschuhe. An Häusern in Belgrad hingen alsbald große Transparente mit den Worten: „Danke, Bruder Xi!“

Der Ukrainekrieg hat die chinesischeserbische Annäherung noch beschleunigt. Die ehemalige, 1999 bombardierte chinesische Botschaft ist heute ein riesiges chinesisches Kulturzentrum; den Grundstein legte Xi Jinping bei seinem Staatsbesuch im Juni 2016. Auch auf seiner letzten Europareise Anfang April 2024 hat der chinesische Präsident wieder Serbien besucht, um die Bedeutung der strategischen Partnerschaft zu unterstreichen.

Gemeinsam gegen die Anerkennung Kosovos

Die vier Pfeiler der serbischen Diplomatie sind nicht mehr gleich wichtig, meint Aleksandar Mitić vom regierungsnahen Institut für internationale Politik und Wirtschaft. Serbien habe zwar keine Sanktionen gegen Russland verhängt, „aber die Beziehungen zu Moskau sind schwieriger geworden und die Treffen seltener“. Laut Mitić sind auch die Verbindungen mit Brüssel strapaziert: „Die EU demütigt Serbien schon über zwei Jahrzehnte, aber die Ukraine erhielt den Kandidatenstatus binnen weniger Monate.“

Umso wichtiger sind heute die beiden anderen Pfeiler. „In Belgrad zählen nur die Stimmen Chinas und der USA“, sagt Vuk Vuksanović. Diese Konstellation zwingt Serbien zuweilen zu komplizierten Verrenkungen.

Seit 2021 ist Christopher Hill US-Botschafter in Belgrad und in den Medien sehr präsent. Er war 1995 an den Friedensverhandlungen von Dayton be-

teiligt, aber auch an den gescheiterten Verhandlungen vor den Nato-Bombardierungen 1999.

Nicht immer folgt Belgrad den Empfehlungen aus Washington. So hatte US-Präsident Trump am 4. September 2020 Aleksandar Vučić und Avdullah Hoti, den damaligen Ministerpräsidenten Kosovos, ins Weiße Haus beordert. Die beiden unterzeichneten einen nie umgesetzten Vertrag zur „Normalisierung der Beziehungen“.

Zwei Klauseln waren besonders überraschend: Serbien und Kosovo (der gerade mit Israel die wechselseitige Anerkennung vollzogen hatte) verpflichteten sich, ihre Botschaften in Israel nach Jerusalem zu verlegen und jede Zusammenarbeit mit dem chinesischen IT-Konzern Huawei einzustellen.

Die serbische Botschaft befindet sich bis heute in Tel Aviv, aber Belgrad hat seine Waffenverkäufe an Israel seit Oktober 2023 vervielfacht.

Nur zehn Tage nach Unterzeichnung des Washingtoner Abkommens weihte Huawei in Belgrad ein Zentrum für Innovation und digitale Entwicklung ein. Das chinesische Unternehmen soll in der serbischen Hauptstadt Kameras zur Gesichtserkennung getestet haben. Doch dieses Projekt wurde vorläufig gestoppt, versichert Filip Milošević von der Stiftung „Share“ zur Verteidigung der Menschenrechte im Internet.

„Der Ukrainekrieg wird langfristige Folgen haben, die für allzu naive Visionen keinen Raum lassen. Die serbische Öffentlichkeit ist mehr aufseiten Chinas als für Russland. Peking hat es geschafft, seine Vorstellung einer neuen Weltordnung durchzusetzen, die auf dem Respekt der territorialen Integrität der Staaten beruht“, erklärt Stefan Vladislavljev von der Stiftung Belgrade Fund for Political Experience (BFPE).

Die Annäherung zwischen Belgrad und Peking vollzieht sich auch über die gegenseitige Unterstützung bei Abstimmungen in internationalen Institutionen. Laut Mitić setzten beide Länder jedoch auch andere Methoden ein, um die internationale Anerkennung Kosovos und Taiwans zu durchkreuzen. Zum Beispiel habe Peking finanziell nachgeholfen, um einige Pazifikstaaten dazu zu bringen, ihre Anerkennung Kosovos zu revozieren.

Im August 2023 gab es neue Spekulationen über einen möglichen Beitritt Serbiens zur Brics+-Gruppe.¹¹ „Diese Option wurde von der Regierung nie ernsthaft verfolgt“, versichert Mitić, die gezielten Gerüchte seien aber sicher als Test gedacht und als Signal an die westlichen Partner Serbiens.

In Majdanpek, einer Kleinstadt zwischen der Donau und der Bergbauregion Bor, sind solche geopolitischen Erwägungen weit weg. Hier beginnen die Bergbauaktivitäten gleich hinter dem Zaun des Busbahnhofs, alle halbe Stunde kündigen Sirenen weitere Sprengungen an.

„Der Berg fällt bald zusammen, in manchen Vierteln gehen Felsbrocken nieder“, klagt Wladimir Božić vom Bürgerkollektiv „Ne dam Nu dau“ (Ich gebe nicht). Er saß wegen „rassistischer Hetze“ gegen chinesische Arbeiter einen Monat im Gefängnis, nachdem er ein Protestcamp gegen die unkontrollierte Erweiterung der Minen organisiert hatte. „Wir müssen wissen, wo das Gebiet, das von den Chinesen ausgebeutet wird, anfängt und wo es aufhört. Und ob wir unsere Koffer packen müssen, um die Stadt zu verlassen.“

¹ Antwort des Unternehmens auf Anfragen per Mail.

² „La Serbie se félicite de ses liens économiques avec la Chine avant une possible visite de Xi Jinping“, *Euractiv*, 10. April 2024.

³ Mijat Lakićević, „Serbie: les noces chinoises des aciéries de Smederevo“, *Le Courrier des Balkans*, 9. Mai 2016.

⁴ „Serbie: une entreprise chinoise de nouveau accusée de traite d’êtres humains“, *Le Courrier des Balkans*, 7. Februar 2024.

⁵ Siehe Renaud Lambert, „Wer hat Angst vor China“, *LMd*, März 2024.

⁶ Siehe Jean-Arnault Dérens, „Kosovo muss warten“, *LMd*, September 2010.

⁷ Siehe Philippe Descamps und Ana Otasević, „Neustart in Montenegro“, *LMd*, Februar 2021.

⁸ „Down the same road into a larger debt. Second Report on the construction of Bar-Boljare Highway“, *Mans*, Podgorica, April 2019.

⁹ Siehe Niels Kadritzke, „Privatisierungsschwindel in Griechenland“, *LMd*, März 2016.

¹⁰ Predrag Zvijerac, „Kineske vjetrovanje u BiH vjetar u leđa korupciji u srcu Balkana“ (auf Serbokroatisch), *Radio Slobodna Evropa*, 22. März 2024.

¹¹ Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, Saudi-Arabien, Ägypten, Vereinigte Arabische Emirate, Äthiopien und Iran.

Aus dem Französischen von Claudia Steinitz

Jean-Arnault Dérens und Laurent Geslin sind Journalisten und Autoren; zuletzt erschien „Les Balkans en cent questions“, Paris (Tallandier) 2023.

Südpazifik unter Einfluss

von Géraldine Giraudeau

Am Nato-Gipfel in Washington nahmen auch Australien und Neuseeland teil – mit dem gemeinsamen Ziel, China einzudämmen. Die indopazifischen Inselstaaten, durch die Klimakrise in ihrer Existenz bedroht, sehen sich gezwungen, zwischen den beiden Lagern der größten Verursacher zu wählen.

Es gab eine Zeit, da die Politik des Westens die andere Seite der Weltkugel, wo fast nur Meer ist, kaum beachtete. Das änderte sich jedoch vor etwa 20 Jahren mit dem Aufkommen neuer wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Herausforderungen. Im Zuge einer Neuorientierung der internationalen Beziehungen in Richtung der vom Meer bedeckten Seite der Erde setzte sich damals das Konzept des „Indopazifiks“ als Großregion durch.

Der japanische Premierminister Shinzō Abe verwendete den Begriff erstmals 2007 in einer Rede vor dem indischen Parlament; Australien, Indonesien und die USA haben ihn zwischen 2013 und 2017 in ihre nationalen Verteidigungspläne aufgenommen; und Frankreich hat 2019 eine eigene Verteidigungsstrategie für den Indopazifik verabschiedet, die sich auf sieben der zwölf französischen Überseegebiete im Indischen Ozean und im Südpazifik stützt.¹

Seitdem hat diese Region stetig an Bedeutung gewonnen. Für zahlreiche Staaten, die ihren geopolitischen Einfluss ausweiten wollen, ist sie zu einem Fixpunkt ihrer außenpolitischen Interessen geworden. Das zeigen etwa die Aktivitäten Washingtons allein im Jahr 2023: Die US-Regierung kündigte die Einrichtung eines Sicherheitsdialogs mit Tokio und Seoul an, eine Verstärkung der US-Militärstützpunkte auf den Philippinen und die Unterzeichnung eines Sicherheitsabkommens mit Papua-Neuguinea – in Reaktion auf ein Abkommen zwischen China und den Salomonen im Jahr zuvor. Außerdem eröffneten die USA eine neue Botschaft in Tonga, reaktivierten ihren

Posten auf den Salomonen und stellten diplomatische Vertretungen für Kiribati und Vanuatu in Aussicht.

Frankreichs Präsident Macron besuchte 2023 Neukaledonien, Vanuatu und Papua-Neuguinea, zudem Sri Lanka, Bangladesch, Indien, Japan und China. Im Dezember 2023 besuchte seine damalige Außenministerin Catherine Colonna Australien, um die Beziehungen wieder zu kitten, die durch die einseitige Kündigung des U-Boot-Vertrags mit dem französischen Konzern Naval Group durch Canberra schwer gelitten hatten. Zudem kündigte Paris die Eröffnung einer Botschaft in Samoa an.²

Dieses massive Interesse an der Region ist eine jüngere Entwicklung. Sehr viel länger dauern schon die Bemühungen der Inseln, um die es dabei geht, sich in den internationalen Gremien Gehör zu verschaffen. Sie, die als Erste die Auswirkungen der Klimakrise zu spüren bekamen, wollten endlich wahrgenommen werden. Und zwar nicht als im Meer verstreute Landflecken und strategische Stützpunkte im geopolitischen Ränkespiel der Großmächte, sondern als Nationen, die einer beispiellosen Gefahr ausgesetzt sind.

Denn es sind die Auswirkungen der Klimakrise – die Dezimierung der Fischbestände, die Versauerung der Ozeane, extreme Wetterphänomene und vor allem der Anstieg des Meeresspiegels –, die die größte Bedrohung für die Sicherheit der Region darstellen. Eine existenzielle Bedrohung.

Dies gilt insgesamt für die Staaten, deren gesamtes Territorium aus Korallenatollen besteht, schmale Landstreifen ohne Erhebungen, auf die man sich flüchten könnte. Mit Ausnahme der Malediven im Indischen Ozean befinden sich diese Staaten alle in Ozeanien: Kiribati, die Marshallinseln, Tuvalu und Tokelau, eine autonome Inselgruppe Neuseelands.

Diese Inseln werden wahrscheinlich unbewohnbar sein, noch bevor sie überflutet werden – durch die Versalzung aufgrund des ansteigenden Meeresspiegels. Auch in vielen anderen Staaten der Region wird sich die Landfläche wohl stark verändern, auch wenn sie nicht direkt vom Untergang bedroht sind.

Nicht alle Bevölkerungen in Ozeanien haben die gleichen Möglichkeiten,

angesichts der Klimakrise einen Rückzugsort zu finden. Je nach Staatsangehörigkeit können manche Insulanerinnen freiwillig oder gezwungenermaßen in sicherere Länder auswandern, sich dort niederlassen und arbeiten. Manche aber auch nicht.

Historisch bedingt ist der völkerrechtliche Status der Territorien in diesem Teil der Welt sehr unterschiedlich. Einige haben mit der Entkolonialisierung ihre Unabhängigkeit erlangt, wie Vanuatu und Fidschi. Andere sind Hoheitsgebiete ohne Selbstregierung, wie die französischen und US-amerikanischen Überseegebiete.

Aufgrund eines Assoziierungsabkommens aus dem Jahr 1986 zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und Mikronesien, den Marshallinseln und Palau andererseits können sich die Bewohner dieser Inseln in den USA niederlassen. Die Bewohner der Cookinseln (siehe den nebenstehenden Text) und von Niue, die mit Neuseeland assoziiert sind, haben die neuseeländische Staatsbürgerschaft. Andere aber können nur auf Visa hoffen, vor allem durch eine Einwanderungslotterie, über die Australien³ und Neuseeland eine bestimmte Anzahl von Visa pro Jahr verlosen.

Staaten, die verschwinden werden

In dieser Weltregion sind das Streben nach geopolitischem Einfluss und die Klimakrise so eng miteinander verbunden, dass das eine nicht ohne das andere begriffen werden kann. Die Klimakrise bringt eine Instabilität mit sich, die das militärische Gleichgewicht verändern könnte.³ Er wird aber auch als neue Möglichkeit zur Einflussnahme gesehen. China ist sich dessen sehr bewusst und hat damit begonnen, seine Position in der Region zu stärken, indem es die Bedrohung durch die Klimakrise für seine Zwecke nutzt.

Schon 2006 auf dem China-Pazifik-Forum hatte Peking eine Erhöhung seiner Hilfen bei Naturkatastrophen angekündigt. Die Strategie scheint sich auszahlen, obwohl Chinas Investitionen in die Infrastruktur der Region, die im Laufe der Jahre massiv zugenommen hatten, zuletzt stagnierten.⁴ Inzwischen unterhalten nur noch drei ozeanische Staaten Beziehungen zu Taiwan: 2019 schwenkten die Salomonen um, Anfang dieses Jahres auch Nauru.

Chinas Konkurrenten wenden eine ähnliche Taktik an und setzen in ihrer Indopazifik-Strategie stark auf gutes Einvernehmen. Unter anderem kündigte US-Präsident Joe Biden auf dem Gipfeltreffen zwischen den USA und den pazifischen Inselstaaten im Jahr 2022 Hilfen in Höhe von 810 Millionen US-Dollar an.

Die Unterzeichnung eines Vertrags zwischen Australien und Tuvalu über

die „Falepili Union“ im November 2023 ist ebenfalls bezeichnend für diesen Ansatz: Das bilaterale Abkommen ist das weltweit erste Übereinkommen zur klimabedingten Migration; es sieht eine schrittweise Umsiedlung der Bevölkerung des polynesischen Archipels vor. Laut einer am 8. Mai veröffentlichten Absichtserklärung sollen 280 Aufenthaltsgenehmigungen pro Jahr erteilt werden (bei einer Bevölkerung von gut 11 000 Menschen).⁵

Das Abkommen über „nachbarschaftliche Fürsorge“ (falepili auf Tuvaluisch) sieht zudem eine umfangreiche Unterstützung bei der Klimaanpassung sowie Hilfen im Falle von Naturkatastrophen vor. Allerdings geht Australien darin keinerlei Verpflichtungen zur Senkung seiner Treibhausgasemissionen ein. Vielmehr zieht es einen erheblichen strategischen Vorteil aus dem Abkommen: Artikel 4 des Textes verleiht Canberra nämlich ein Vetorecht bei Tuvalus sicherheitspolitischen Entscheidungen, was vor allem in Hinblick auf China bedeutsam ist.

Die Regierung von Tuvalu hatte allerdings nicht wirklich eine Wahl. Sie entschied sich für den pragmatischen Weg, bei allerdings höchst unausgeglichenen Voraussetzungen. Abkommen wie dieses zwingen die pazifischen Inselstaaten letztlich dazu, sich für eine der beiden Seiten zu entscheiden. Dabei spielen sich die Hauptverursacher der Klimakrise als Retter auf in einer Region, die selbst für weniger als 0,03 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich ist.⁶

Die Klimakrise und seine Folgen werfen auch neue politische wie rechtliche Fragen auf, darunter die nach dem Fortbestand von Staaten, deren Bevölkerung irgendwann vielleicht vollständig umgesiedelt und deren Landgebiet vollständig überflutet ist. Was würde in diesem Fall beispielsweise mit den derzeit vom internationalen Seerecht anerkannten nationalen Hoheitsgewässern geschehen?

Wenn das schlimmste Szenario für Tuvalu eintritt, wer kontrolliert dann die mehr als 756 000 Quadratkilometer große ausschließliche Wirtschaftszone des Landes, in der der Inselstaat die Hoheit über Erforschung und Ausbeutung von Meeresressourcen innehat? Wenn man sich Abkommen wie Falepili Union ansieht, muss man nicht viel Fantasie aufwenden, um sich eine Zukunft vorzustellen, in der die großen Versursacher der globalen Erwärmung die Gewinne aus dem von ihnen selbst verursachten Verschwinden ganzer Nationen einstreichen werden.

Die Staaten des Pazifiks finden sich aber nicht einfach damit ab. Ihre Vertreter versuchen, so weitgehend wie möglich vom geopolitischen Wettbewerb um die Region zu profitieren. Zwar ist der Zusammenhalt der Inselstaaten fragil, und es mussten immer

wieder große Hindernisse überwunden werden; dennoch wird die Zusammenarbeit im Rahmen des Pazifischen Inselforums (PIF), der wichtigsten zwischenstaatlichen Organisation Ozeaniens, immer enger. Vor allem eröffnet das Forum den Regierungen die Möglichkeit, gemeinsam die Stimme zu erheben. Das taten sie etwa bei einer gemeinsamen Erklärung vom August 2021, in der es um den Schutz der Meeresgebiete angesichts des klimabedingten Anstiegs des Wasserspiegels ging.⁷

Überdies hat ihr Kampf für Klimagerechtigkeit einige wichtige Entwicklungen in Gang gebracht. So ersuchte Vanuatu den Internationalen Gerichtshof (IGH) um ein Gutachten zu der Frage, welche Pflichten die Staaten zur Eindämmung der Klimakrise haben. Das Ansinnen fand große Unterstützung weit über die Region hinaus, und im März 2023 schloss sich die UN-Generalversammlung mit einer an den IGH gerichteten Resolution dem Antrag Vanuatus an.

Auch im Hinblick auf die Rhetorik ist ein Wandel zu beobachten: Die Inselstaaten wehren sich gegen fremdbestimmte Diskurse über den Indopazifik. Sie wollen sich auch von den paternalistischen Narrativen Australiens oder Neuseelands befreien, die gern von der „pazifischen Familie“ und „fürsorglicher Nachbarschaft“ reden.⁸ All dies verdeutlicht den Anspruch der Inselnationen auf Anerkennung und Gerechtigkeit.

Vor allem aber wollen diese Staaten nicht in eine mögliche kriegerische Auseinandersetzung zwischen China und dem Westen hineingezogen werden. Dieses Bestreben zeigt sich zumal in der PIF-Strategie für einen „Blauen Pazifischen Kontinent“, in der die gemeinsamen Ziele bis zum Jahr 2050 formuliert sind. Das letzte Treffen des Forums stand unter dem Motto: „Unsere Stimmen, unsere Entscheidungen, unser pazifischer Weg.“

¹ Siehe Rory Medcalf, „L'Indo-Pacifique aux couleurs de la Chine“, *Politique étrangère*, Paris, Herbst 2019.

² Die sogenannten Pacific Engagement Visa, www.pev.gov.au.

³ Siehe Anastasia Kapetas, „China, climate and conflict in the Indo-Pacific“, Australian Policy Institute, 2023.

⁴ Siehe Denghua Zhang, „Assessing China's Climate Change Aid to the Pacific“, Australian National University, 2020.

⁵ „Explanatory memorandum – Falepili Union between Tuvalu and Australia“, Australisches Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel, www.dfat.gov.au.

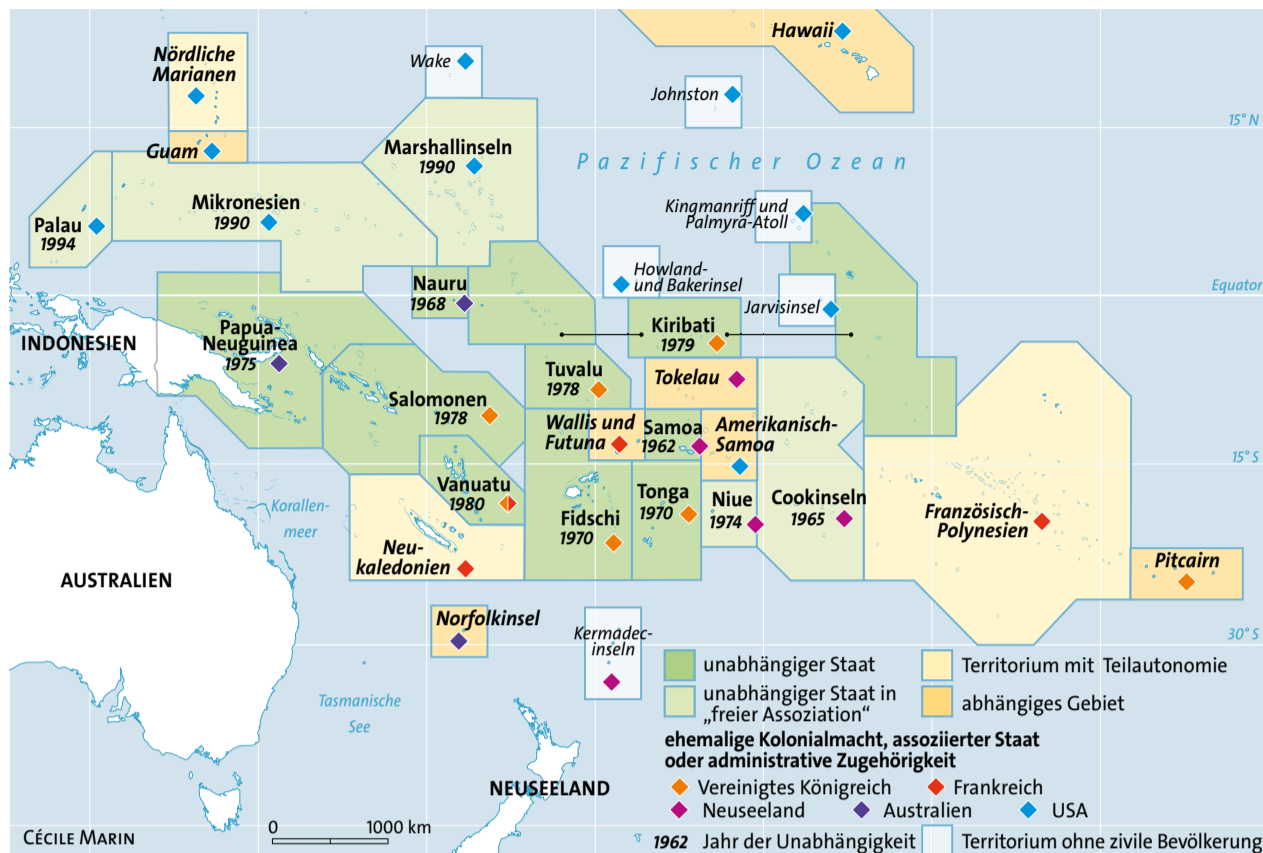
⁶ „SPREP competes in the Climate Change, Race Against Time“, Secretariat of the Pacific Regional Environment Programme, Apia, Samoa, 7. Oktober 2015.

⁷ PIF, „Declaration on preserving maritime zones in the face of climate change-related sea-level rise“, 6. August 2021.

⁸ Siehe Élise Barendon, „De l'usage stratégique des récits en Océanie: quand famille et politique étrangère ne font plus bon ménage“, *Le Rubicon*, 13. März 2024.

Aus dem Französischen von Nicola Liebert

Géraldine Giraudeau ist Professorin für öffentliches Recht an der Universität Paris Saclay (UVSQ).



ANZEIGE



Inseln in der Klimakrise

Welche Rolle die Cookinseln für die grüne Revolution und in den geostrategischen Plänen der USA spielen

von Glen Johnson

L agunen mit türkisfarbenem Wasser und unberührte weiße Sandstrände, an denen sich Palmen wiegen und Touristen aalen. Es ist eine Südseeidylle, die die vielen Probleme fast vergessen macht, mit denen die Cookinseln konfrontiert sind: Die Klimakrise macht das tägliche Leben immer schwerer, die Bevölkerung wandert nach und nach aus – Richtung Neuseeland und Australien, und angesichts geopolitischer Spannungen wird der Status der Region als atomwaffenfreie Zone infrage gestellt.

Der kleine Staat im Südpazifik besteht aus 15 Inseln – Atollen, Korallen- und Vulkaninseln. In der Hauptstadt Avarua auf der Hauptinsel Rarotonga empfängt uns Celine Dyer, Koordinatorin für Klimawandel im Amt des Premierministers, in ihrem kleinen Büro. Mit dabei sind die Jugendbotschafterin Charlene Akaruru und Dyers Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, Terito Story. Die drei berichten, wie die Klimakrise sich in ihrem Land auswirkt. Sie erzählen von den Überflutungen, der Erosion der Küsten, der Versauerung des Meers, den zunehmenden Stürmen und der Zerstörung von Laichgebieten für die Fische.

Ihre Vorfahren wussten noch die Sterne und die Meeresströmungen zu lesen. Heute errichtet man Deiche und installiert Pegelstandsmesser, um die Entwicklung des Meeresspiegels zu erfassen. Auf einer Reihe von Inseln scheint die Umsiedlung der Bevölkerung jedoch unvermeidbar.

Der nördliche Archipel der Inseln ist besonders stark von den Veränderungen betroffen – sie bedrohen unmittelbar die traditionelle Kultur und Lebensweise. Bis vor 40 Jahren konnten die Bewohner noch in den seichten Küstengewässern vor den Inseln fischen. Weil das Wasser wärmer wird, seien sie jetzt jedoch gezwungen, immer weiter auf das offene Meer hinauszufahren, erklärt uns Celine Dyer. „Um ihre Familien zu ernähren, müssen sie jetzt viel mehr Arbeit und Fremdenergie aufwenden. Sie müssen einen Außenbordmotor kaufen, ein Aluminiumboot und Treibstoff. Das ist ein zusätzlicher Kostenfaktor. Und es ist auch nicht zuletzt ein Verlust an Identität. Aber es gibt auf den abgelegenen Inseln eben keine anderen Arbeitsmöglichkeiten.“

Das Korallenriff rund um Rarotonga stirbt ab und bietet einen idealen Nährboden für Algen, an denen sich Dinoflagellaten festsetzen. Das sind winzige giftige Organismen, die in der Nahrungskette nach oben wandern. Bei Menschen, die etwa belasteten Fisch verzehren, können sie eine Vergiftung namens Ciguatera verursachen, die zu Lähmungen und in seltenen Fällen sogar zum Tod führen kann.

Der Anstieg des Meeresspiegels gefährdet auch die Friedhöfe. Auf den Cookinseln ist es üblich, Verwandte in der Nähe der Häuser ihrer Familie zu beerdigen, in sorgfältig gepflegten Gräbern, die oft mit Frangipani und Gardenien geschmückt sind. „Diese Gräber werden nun von den Fluten weggespült“, beklagt Dyer, „es ist, als würde man unser Volk von der Landkarte löschen.“

In einem Viertel aus dem frühen 19. Jahrhundert, der Anfangszeit der christlichen Missionierung, befindet sich das Museum der Cookinseln, das über die lokale Geschichte und Kultur informiert. Dort gibt es Gemälde, die die ersten polynesischen Seefahrer zeigen, die mit großen Einbäumen – vermutlich im 9. Jahrhundert – an den hiesigen Küsten anlegten. Als Kapitän

James Cook 1773 auf Manuae landete, einer Insel des südlichen Archipels, lebten dort bereits seit Langem Angehörige polynesischer Völker, von deren Handels- und Migrationsrouten der Pazifik durchzogen war.

Nun machen sich hier viele Menschen Sorgen, dass die alten Traditionen endgültig verschwinden könnten. Schon die Missionare stellten gleich nach ihrer Ankunft das traditionelle Singen, Tanzen und Trommeln unter Verbote, Feiern waren nur noch im Rahmen christlicher Veranstaltungen erlaubt. Bis heute steht die Gesellschaft stark unter dem Einfluss der kirchlichen Kolonialkultur. Was die Situation

und die Anpassung an die Folgen der Klimakrise erleichtern. „Sagen Sie mir nicht, dass ich diese dringend benötigten Mineralien in meinem Ozean nicht erforschen lassen und das Potenzial zur Förderung des Übergangs zu einer grünen Wirtschaft ignorieren soll“, erklärte Brown auf der Klimakonferenz 2022 in Scharm al-Scheich (COP27). „In vielen pazifischen Gesellschaften ist die Kultur der Erhaltung und des Schutzes der Umwelt weitaus besser verankert als in den Ländern, die jetzt ein Moratorium fordern und die weiterhin tausendmal mehr Kohlenstoff ausstoßen als wir.“

Der Meeresboden ist weitgehend unerforscht, und es ist wenig über die

Die Staaten der Region sind hinsichtlich des Abbaus der Rohstoffe vom Meeresgrund gespalten. Kiribati, Nauru und Tonga scheinen entschlossen, den Schritt zu wagen, während Tuvalu, Palau und Vanuatu noch ernste Zweifel hegen. So oder so, die Amerikaner kommen, und mit ihnen die große Geopolitik. Denn wie so oft gehen Rohstoffgewinnung und westliches Einflusstreben Hand in Hand.

Bislang konnten die Cookinseln wegen ihrer Assoziation mit dem reichen Neuseeland keinen Anspruch auf bestimmte US-Entwicklungshilfegelder stellen. Seit der Anerkennung ihrer Souveränität durch die USA im

Im Jahr 1986 hatten sich die Pazifikstaaten im Rarotonga-Vertrag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone verpflichtet, nachdem die südpazifischen Inseln – wie das Bikini-Atoll – jahrzehntelang von Briten, Franzosen und US-Amerikanern für Atomtests genutzt worden waren. Aufgrund des anscheinend unaufhaltsamen Marschs der USA in Richtung eines Konflikts mit China befürchten manche Beobachter, dass dieses Abkommen nun infrage gestellt werden könnte. Die USA, die es nie ratifiziert haben, könnten versucht sein, die Region in ihre Strategie der nuklearen Abschreckung einzubeziehen.

„China ist für uns ein wichtiger Partner, genauso wie die Vereinigten Staaten“, erklärt man uns im Außenministerium der Cookinseln. „Im September letzten Jahres haben wir formale Beziehungen mit Washington aufgenommen, so wie wir sie schon seit vielen Jahren mit China unterhalten. Was uns betrifft, gibt es da kein Dilemma.“ Dennoch scheint klar, dass die Cookinseln sich für die Seite der USA entschieden haben, im Gegensatz beispielsweise zu den Salomonen, die im vergangenen Jahr ein Sicherheitsabkommen mit der chinesischen Regierung unterzeichnet haben.

Anfang Februar warb Premierminister Brown für die Bildung einer trilateralen Verteidigungs- und Sicherheitspartnerschaft mit Neuseeland und Australien.³ Canberra hatte 2021 zusammen mit Großbritannien und den USA das Militärbündnis Aukus geschlossen und sich – zum großen Ärger Frankreichs – verpflichtet, mehrere Atom-U-Boote von den USA zu kaufen (siehe den nebenstehenden Text).

In Neuseeland wiederum, wo die vorigen Labour-Regierungen von Jacinda Ardern und Chris Hipkins eher gemäßigt waren, erwägt die neue, rechts stehende Regierung den Beitritt zur sogenannten Säule II von Aukus, die auf Forschung und Entwicklung fokussiert ist. Mit anderen Worten: auf die automatisierte Kriegsführung unter Einsatz von Drohnen, Killerrobotern, Schwarmintelligenz und dergleichen.

Für die USA sei „das grundlegende Ziel von Aukus die Verstärkung der nuklearen Abschreckung durch die Einbindung Australiens in ihre Strategie“, analysiert Marco de Jong, Historiker für die Pazifikregion an der Auckland University of Technology. Diese bestehe darin, China einzudämmen und US-amerikanische Atombasen im asiatisch-pazifischen Raum zu errichten, „um das Risiko auszulagern“. Die Säule II von Aukus zielt auf die Entwicklung von Technologien ab, mit denen das nächste Wettrüsten gewonnen werden könne, sagt de Jong. „Es ist ein menschlicher Run auf die apokalyptischen Maschinen der nächsten Generation, bei dem es einem kalt den Rücken herunterläuft.“

Nach und nach, so scheint es, wird die Südpazifikregion immer stärker in die Sicherheitsarchitektur der USA eingebunden – und dadurch immer wichtiger für ihr altes Projekt, die Welt durch ihre nukleare Ersts Schlagkapazität zu dominieren.



Anchorage Island im Suvarrow-Atoll, nördliche Cookinseln galaxiid/alamy

noch schlimmer macht, ist die Auswanderung: Bereits seit den 1970er Jahren leben mehr Insulaner in Neuseeland, als auf den Cookinseln verblieben sind.

Und für die ist der ökonomische Druck erheblich. Die heimische Industrie besteht nur aus marginalen Aktivitäten wie Obst- und Textilverarbeitung und Kunsthandwerk. So ist die Wirtschaft abhängig von Dienstleistungen und Geldüberweisungen der Diaspora; es wird weit mehr importiert als exportiert. Dieses Handelsdefizit können die Cookinseln nur mit Hilfe von Zuschüssen Neuseelands finanzieren.

Im Hafen von Avatiu auf der Insel Rarotonga liegt die „Anuanua Moana“, ein riesiges Forschungsschiff, das dem Unternehmen Moana Mineral gehört. Es hat – zusammen mit zwei weiteren Firmen, der Cobalt Seabed Resources und CIC Ocean Research, von den Cookinseln die Lizenz zu Exploration ihrer ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) erhalten. Die Explorationsphase läuft nun schon länger als zwei Jahre.

Das Objekt der Begierde sind Manganknollen auf dem Meeresboden, kartoffelgroße Aggregate, die sich über Jahrmillionen gebildet haben und neben Mangan auch andere wertvolle Mineralien wie Kobalt, Kupfer und Nickel enthalten. Auf dem zu den Cookinseln gehörenden Meeresgrund sollen mehrere Milliarden Tonnen dieser Knollen liegen. Sie gelten als unverzichtbar für die grüne Revolution und den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen.

Für Premierminister Mark Brown ist die Sache klar: Der Abbau dieser Mineralien würde die wirtschaftliche Lage des Landes drastisch verbessern

und die Knollen im maritimen Ökosystem spielen, bekannt. Umweltschützer:innen sind überzeugt, dass ihr Abbau verheerende Folgen hätte. Denn dabei wird der Meeresboden mit lastwagengroßen Maschinen abgegrast, und die Knollen werden durch riesige, tentakelartige Kollektoren auf die Schiffe an der Oberfläche gesogen. Dabei werden nicht nur viele Lebensräume in der Tiefsee zerstört, sondern auch große Sedimentfahnen aufgewirbelt, an denen Lebewesen ersticken könnten.¹

„Unsere Herangehensweise ist äußerst behutsam, alle rechtlichen Rahmenbedingungen werden eingehalten und wir sind sehr streng, was die Einhaltung des Vorsorgeprinzips angeht“, erklärt ein Beamter des Außenministeriums beruhigend. Diese Rohstoffe brächten dem Land großen Nutzen. Fragen zur Nachhaltigkeit und den zu erwartenden Gewinnen könne man aber derzeit noch nicht beantworten, weil Daten aus der Feldforschung fehlten. „Alles, was wir wissen, ist, dass diese Mineralien entscheidend sein könnten für den Übergang zu sauberer Energie, sowohl bei uns als auch bei unseren internationalen Partnern.“

Aber wer wird die Aktivitäten beaufsichtigen? Die drei Bergbauunternehmen, die die Explorationslizenz halten, müssen der Regierung über ihre Ergebnisse Bericht erstatten. Angesichts der enormen Investitionen, die sie bereits getätigt haben, ist jedoch kaum anzunehmen, dass sie sich ohne Weiteres zurückziehen würden, sollte sich die Regierung letzten Endes gegen den Abbau entscheiden.

September 2023 aber können sie Entwicklungskredite im Rahmen des Build-Gesetzes (Better Utilization of Investments Leading to Development) von 2018 erhalten. Marco Rubio, republikanischer Senator aus Florida, nutzte sogleich die Gelegenheit und forderte massive Investitionen in den Abbau von Manganknollen.

„Wie Sie wissen, sind nur wenige kritische Rohstoffvorkommen und Erschließungsbemühungen frei von dem arglistigen und auf Zwang beruhenden politischen Einfluss der Volksrepublik China“, schrieb er im Oktober 2023 an den Chef der US-Behörde für Entwicklungsfinanzierung (DFC). Der Meeresboden in der AWZ der Cookinseln berge große Mengen wichtiger Mineralien, darunter auch seltene Erden, und es sei notwendig, „zuverlässige Lieferketten im Interesse der wirtschaftlichen Sicherheit und des Wohlstands Amerikas zu entwickeln“.²

Die Nato wiederum erklärt, sie setze im Pazifikraum auf „Interoperabilität“ – also die Fähigkeit multinationaler Institutionen, gemeinsam zu handeln. Am Gipfeltreffen 2022 in Madrid nahmen erstmals die befreundeten Länder Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea teil, und das dort verabschiedete Strategiekonzept nimmt ausdrücklich China ins Visier. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg warnte gleich zu Beginn der Konferenz, China versuche „wie Russland die regelbasierte internationale Ordnung zu untergraben. Wir müssen daher vereint bleiben (...), um unsere Werte sowie unsere Freiheit zu schützen und gleichzeitig Frieden und Wohlstand zu fördern.“

¹ Siehe Olive Heffernan, „Grüner Goldrausch in der Tiefsee“, *LMD*, August 2023.

² Brief an DFC-Chef Scott Nathan, 17. Oktober 2023.

³ „Cook Islands and Australia celebrate 30 years partnership – Cook Islands call for trilateral defence and security arrangement“, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Einwanderung der Cookinseln, 1. Februar 2024.

Aus dem Französischen von Nicola Liebert

Glen Johnson ist Journalist.

Eine andere KI ist möglich

► Fortsetzung von Seite 1

Um den möglichen Gehalt dieses eigentümlichen Konzepts zu ergründen, habe ich mich mit dem Wirken des inzwischen 100 Jahre alten Warren Brodey beschäftigt. Brodey – erst Psychiater, dann Kybernetik-Experte, dann Hippie – hatte Ende der 1960er Jahre in Boston mit dem Geld eines reichen Mitarbeiters eine experimentelle Einrichtung namens Environmental Ecology Lab (EEL) gegründet. Zuvor war er am renommierten MIT tätig gewesen, wo seine Freunde Marvin Minsky und Seymour Papert KI-Projekte entwickelten, die nach Brodeys Meinung in die falsche Richtung gingen.

Minsky und Papert gingen davon aus, dass das menschliche Denken von abstrakten algorithmischen Regeln und Prozessen gesteuert wird. Wenn man die entscheidenden und komplett erfasse, könne man „künstliche Intelligenz“ in einen Computer einspeisen.

Brodey und seine fünf Mitarbeiter waren gegenteiliger Meinung: Sie waren überzeugt, dass Intelligenz nicht nur im Kopf entsteht, sondern vielmehr durch die Interaktion mit unserer Umwelt. So kamen sie auf den Begriff *ökologische Intelligenz*: Abstrakte Regeln und Abläufe als solche sind bedeutungslos; entscheidend ist allein der Kontext. Dieses Theorem veranschaulichten sie mit einem alltäglichen Beispiel: die Aufforderung, sich auszuziehen, kann sehr unterschiedliche Bedeutungen haben – je nachdem, ob sie ein Arzt formuliert oder ein Liebspartner oder ein Unbekannter in einer dunklen Gasse.

Künstliche Intelligenz, die solche kontextuellen Nuancen eigenständig erfassen kann, war für Brodey und seine Mitarbeiter schwer vorstellbar. Es reicht nicht, die mentalen Prozesse des Menschen nachzubilden, die Computer mussten auch unendlich viele Vorstellungen, Verhaltensweisen und Zusammenhänge und deren Verflechtungen erlernen – und vor allem die jeweiligen kulturellen Rahmenbedingungen verstehen, die jedem Kontext eine spezifische Bedeutung verleihen.

Statt sich an dieser anscheinend unmöglichen Aufgabe abzuheften, träumten Brodeys Leute davon, Computer und kybernetische Technologien dem Menschen dienstbar zu machen. Für sie waren Informationstechnologien mehr als ein Hilfsmittel zur Erledigung bestimmter Aufgaben: Sie waren Instrumente, die den Menschen helfen, über die Welt nachzudenken und mit ihr zu interagieren. Sie dachten etwa an eine kybernetische Dusche, die ein Gespräch über Klimawandel und Wasserknappheit beginnt, oder ein Auto, das während der Fahrt über den Zustand der öffentlichen Verkehrsmittel reflektiert.

Das Environmental Ecology Lab vertrat eine dezidierte Gegenposition zur Frankfurter Schule und deren Kritik der instrumentellen Vernunft: Nicht die Technologie, sondern der industrielle Kapitalismus beraubt unsere Welt ihrer ökologischen Dimension und nötigt uns die von Adorno, Horkheimer und Marcuse angeprangerte Zweck-Mittel-Rationalität auf. Diese verlorene Dimension wollte Brodey in seinem Lab wiederherstellen, indem er das Bewusstsein des Menschen für die Komplexitäten, die sich hinter dem scheinbar Banalen verbergen, mithilfe von Sensoren und Computern fördert.

Brodeys wunderliche Ideen haben unsere Digitalkultur maßgeblich geprägt, jedoch kaum sichtbare Spuren hinterlassen. Während seines kurzen Wirkens am MIT war er Mentor eines gewissen Nicholas Negroponte, der dann als Informatik-Professor – ebenfalls am MIT – die allgemeinen Vorstel-

lungen von der digitalen Revolution stark beeinflusst hat.⁴

Philosophisch trennten die beiden jedoch Welten. Für Brodey mussten sich die kybernetischen Geräte der neuen Generation vor allem durch „Reaktionsfähigkeit“ auszeichnen, also den Dialog zwischen Mensch und Maschine erleichtern und unser ökologisches Bewusstsein schärfen. Brodey unterstellte den Menschen den aufrichtigen Wunsch, sich weiterzuentwickeln, mit dem Computer als Verbündeten. Negroponte dachte in eine praktischere Richtung: Maschinen seien vor allem dazu da, unsere vorhandenen, aber noch nicht formulierten Bedürfnisse zu entdecken und zu befriedigen. Damit wurde er zum Verbündeten der KI-Strategien, die im Silicon Valley umgesetzt wurden.

Umweltbewusste Duschen und nachdenkliche Autos

Während Negroponte exzentrische Maschinen entwickelte, wollte Brodey in der Überzeugung, dass es Intelligenz nicht ohne den Menschen geben kann, eigenwillige und exzentrische Menschen erschaffen. Und während das Informatiker-Establishment der 1960er Jahre in der KI ein Instrument zur *Human Augmentation* – die Übernahme banaler Tätigkeiten zur Steigerung der Produktivität – sah, strebte Brodey nach *Human Enhancement* im Sinne einer Bereicherung des Menschen, die weit über Effizienz und Produktivität hinausging.⁵

Wir haben es also mit zwei grundverschiedenen Ansätzen zu tun. Ein Beispiel für *Human Augmentation*: das GPS unseres Smartphones, mit dem wir uns in unbekannter Umgebung leichter zurechtfinden. Doch der Vorteil ist ein flüchtiger, denn ohne die technologische Krücke sind wir so hilflos wie zuvor. *Human Enhancement* bedeutet dagegen, dass wir die Technologie nutzen, um neue Fähigkeiten zu erwerben; was in unserem Beispiel bedeutet: einen natürlichen Orientierungssinn zu entwickeln, indem wir etwa unsere Gedächtnisleistungen verbessern oder die Zeichen der Natur lesen lernen.

In einem Satz: *Human Augmentation* beraubt uns vorhandener Fertig-

keiten im Namen der Effizienz, während uns *Human Enhancement* neue Fertigkeiten beschert und vertiefte Interaktionen mit unserer Umwelt ermöglicht. Die beiden grundlegend unterschiedlichen Arten der Aneignung von Technologie entscheiden darüber, ob wir lediglich passive Nutzer oder aber kreative Handwerker werden.

Brodey kam zu seinen Erkenntnissen in den früheren 1960er Jahren im Rahmen eines halb geheimen CIA-Programms, an dem er als Psychiater teilnahm. Die Geheimdienstler hatten die brillante Idee, einer Gruppe von ausgewählten sprachbegabten Blinden Russisch beizubringen und ihnen abgefahrene Funksprüche vorzuspielen. Die Hypothese war, dass bei Blinden die anderen Sinne stärker ausgebildet sind als bei Analysten, die sehen können. Brodey versuchte über mehrere Jahre zu ermitteln, wie Blinde es schaffen, durch die Aufnahme und Verarbeitung äußerer, nichtvisueller Signale ihre sensorischen Fähigkeiten zu erweitern. Er kam zu der bahnbrechenden Erkenntnis, dass nicht nur Blinde, sondern alle Menschen ihre Wahrnehmungsfähigkeiten – riechen, hören, tasten – perfektionieren können.

Der eingefleischte Pragmatiker Brodey wusste sehr gut, dass die Umsetzung seiner Vorstellungen ohne Computer nicht möglich war. Doch als er seine Vision von *Human Enhancement* als Forschungsbereich am MIT etablieren wollte, stieß er auf heftigen Widerstand, nicht nur beim konservativen KI-Establishment, sondern auch bei Leuten, die sich an die Menschenversuche der Nazis erinnern fühlten. Diese Opposition gegen vermeintliche „Menschenversuche“ zwang Brodey, sich an private Geldgeber zu wenden.

Der entscheidende Unterschied zwischen *Human Enhancement* und *Human Augmentation* zeigte sich erst Jahrzehnte später auf dramatische Weise. Er betrifft die Indienstnahme für die Automatisierung: Die auf generativer KI basierenden Tools von heute drohen die Arbeit von Künstlern und Autoren nicht nur zu „optimieren“, sondern zu ersetzen. *Human Augmentation* zielt auf die Entwicklung von Maschinen, die denken und fühlen wie wir,

und macht damit unsere Fähigkeiten potenziell überflüssig.

Ganz anders Brodeys *Human Enhancement*, das ein anderes Denken, eine andere Wahrnehmung ermöglichen soll. Statt eine automaten-gesteuerte Zivilisation hervorzubringen, die Menschen in standardisierte Wesen umzuformen droht, versprechen Brodeys intelligente Technologien, neue Potenziale zu erschließen, die menschliche Erfahrungswelt zu bereichern, statt zu beschränken.

Mitte der 1960er Jahre geriet Brodeys Leben beruflich und privat aus den Fugen. Seine Ideen trieben ihn aus der Mitte des US-Establishments in die avantgardistischen Randzonen der Gesellschaft. Wie viele Anhänger der Hippie-Bewegung hatte er mit Politik nichts mehr am Hut, weshalb es ihm schwerfiel, seine Theorien in politische Forderungen zu übersetzen.

Mit ähnlichen Fragestellungen wie Brodey beschäftigte sich der fast gleichaltrige sowjetische Philosoph Ewald Iljenkow (beide Jahrgang 1924), aber sozusagen in einer anderen Welt, im Rahmen eines „kreativen Marxismus“. Die Schriften des Moskauer Philosophen ermöglichen uns ein klareres Verständnis dessen, was *Human Enhancement* für kommunistische und sozialistische Projekte bedeutet.⁶

Iljenkow arbeitete wie Brodey intensiv mit Menschen ohne Sehvermögen. Aus seinen Untersuchungen schloss er, dass die kognitiven und sensorischen Fähigkeiten das Produkt von Sozialisation und von Interaktion mit Technologie sind. Unter angemessenen pädagogischen und technologischen Rahmenbedingungen können wir die in uns schlummernden Fähigkeiten mobilisieren. Für Iljenkow war Kommunismus gleichbedeutend mit dem staatlich gelenkten Bestreben, die latent vorhandenen Fähigkeiten freizusetzen, um jedem einzelnen Menschen die Realisierung seines Potenzials zu ermöglichen.

Als die sowjetischen Bürokraten in den 1960er Jahren einer Faszination für die künstliche Intelligenz in den USA erlagen, war Iljenkow so empört, dass er 1968 unter dem Titel „Idole und Ideale“ einen Essay publizierte, der als

eine der wichtigsten kritischen Analysen der künstlichen Intelligenz gilt.⁷ Darin benutzt er einen frappierenden Vergleich: Die Entwicklung von KI sei wie der kostspielige Bau einer riesigen Fabrik, die mitten in der Wüste künstlichen Sand produziert. Die Fabrik mag perfekt funktionieren, aber wäre es nicht einfacher, den rundum in Massen verfügbaren Sand zu nutzen?

Iljenkows Kritik hat bis heute nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Noch immer hocken wir in dieser Wüste und rechtfertigen die Notwendigkeit der Sandfabrik, ohne zu merken, dass niemand sie braucht – außer dem militärisch-industriellen Komplex.

Brodey argumentierte mit einem anderen Bild, das er von Marshall McLuhan entlehnt hat: Die Wirkung seiner ökologischen Technologien sei wie bei einem Fisch, der plötzlich die Existenz des Wassers erkennt. Es ist höchste Zeit, dass ein ähnlich aufgeklärter Mensch die KI-versessenen Leute in der Sandfabrik auf die gigantische Wüste hinweist, die sich vor ihren Mauern erstreckt – eine Wüste voller kreativer, origineller und poetischer Intelligenz.

Bleibt die große ungelöste Frage: Werden die Menschen wirklich eine „Bereicherung“ erfahren, wenn wir weiterhin mit Konzepten „künstlicher Intelligenz“ operieren, die dem Grundanliegen, die Fähigkeiten der Menschen qualitativ zu bereichern, offenbar genau zuwiderlaufen.

In der Realität hat die Entwicklung der künstlichen Intelligenz weitaus mehr gekostet als die vielen Milliarden Dollar, die seit den 1950er Jahren vergeudet wurden. Einige haben auch persönlich draufgezahlt, wenn sie den skrupellosen Youngsters auf den Leim gingen, die frisches Risikokapital für die KI-Entwicklung einwarben. Deren aggressive Fundraising-Methoden trugen dazu bei, visionäre Denker wie Stafford Beer und Warren Brodey, die mit dem Etikett „künstliche Intelligenz“ nie glücklich waren, ins Abseits zu drängen.

Die beiden Männer, die sich 2002 kurz vor Beers Tod noch persönlich begegneten, stammten aus gänzlich verschiedenen Milieus. Beer hatte ein Unternehmen geleitet und war Mit-



Peter Radelfinger, Atlas, A028, Mischtechnik, 1983 bis heute, 44 × 33,5 cm



Peter Radelfinger, Atlas, A017, Mischtechnik, 1983 bis heute, 44 x 33,5 cm

glied des hochelitären britischen Athenaeum Club; Brodey war in einer jüdischen Mittelschichtsfamilie in Toronto aufgewachsen. Gemeinsam war ihnen jedoch, dass sie die KI als Wissenschaftsdisziplin ebenso verachteten wie den Dogmatismus derer, die sie praktizierten.

Beide Forscher fanden ihren Mentor in Warren McCulloch, der dominanten Figur auf dem Feld der Kybernetik. Diese neue Disziplin, als deren Vater Norbert Wiener gilt, war unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden. Die frühen KI-Entwickler haben die künstliche Intelligenz zwar als quasi natürliche Weiterentwicklung der Kybernetik dargestellt, doch in vielerlei Hinsicht ist KI keine Weiter-, sondern eine Rückentwicklung des ursprünglichen kybernetischen Ansatzes.

Viele Wissenschaftler, die auf ihrem Fachgebiet – Mathematik, Neurophysiologie, Ingenieurwissenschaften, Biologie oder Anthropologie – Pionierleistungen vollbracht haben, entdeckten dabei auffällige Parallelen zwischen ihren Disziplinen: Alle erforschten komplexe, nichtlineare Prozesse, bei denen Ursache und Wirkung nicht zu unterscheiden waren. Was als Wirkung eines bestimmten (natürlichen oder sozialen) Prozesses erschien, konnte zugleich die Ursache eines anderen sein.

Die Kybernetik war keine wissenschaftliche Disziplin. Sie war eine Philosophie, die sich mit der wechselseitigen Abhängigkeit zwischen scheinbar völlig unverbundenen Phänomenen befasste. Die wichtigsten Kybernetiker gaben ihre angestammten Forschungsgebiete nicht auf, sondern reichernten ihre Analysen durch eine neue Sichtweise an. Mit diesem interdisziplinären Ansatz ließen sich Prozesse, die in Maschinen, menschlichen Gehirnen oder Gesellschaften ablaufen, mit demselben konzeptionellen Instrumentarium untersuchen.

Als die KI Mitte der 1950er Jahre auf die akademische Bühne trat, formulierte sie einen kühnen, ja dreisten Anspruch: Künstliche Intelligenz unterscheidet sich klar von der Kybernetik, denn sie erschließe ein Neuland, in dem Maschinen „denken“ können wie Menschen. In Wahrheit hatte KI nicht zum Ziel, die Geheimnisse der menschlichen Erkenntnisprozesse zu ergründen, sondern die Forderungen ihres wichtigsten Kunden zu erfüllen.

Dieser Kunde war das US-Militär. Von Anfang an war die KI-Forschung auf die Anforderungen des Pentagon zugeschnitten. Indem sie sich zum Instrument der Militärpolitik machen

ließ, war die entscheidende Weiche für ihre weitere Entwicklung gestellt.

Einige frühe Projekte, die von der kybernetischen Philosophie inspiriert waren, wurden sehr schnell für militärische Zwecke umfunktioniert. Beim Aufbau künstlicher Neuronennetze etwa ging es dann nicht mehr darum, komplexe Strukturen menschlichen Denkens zu entschlüsseln. Vielmehr sollten sie als Hilfsinstrument bei der Analyse von Luftbildern zur Ortung feindlicher Schiffe dienen. Das ehrgeizige Projekt, eine künstliche Intelligenz zu entwickeln, diente am Ende nur noch dazu, profanen Rüstungsaufträgen einen wissenschaftlichen Anstrich zu verpassen.

Für die KI spielte Interdisziplinarität – anders als bei der Kybernetik – kaum noch eine Rolle. Die jungen und brillanten Mathematiker und Informatiker, die das neue Feld beackerten, fanden die Kybernetik zu abstrakt und zu philosophisch und auch potenziell subversiv. Norbert Wiener hatte nach 1945 die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki scharf kritisiert und verweigerte in der Folge jede Mitarbeit an militärischen Forschungsprojekten. Und so hatten Kybernetiker wenig Chancen auf finanzielle Förderung durch das Pentagon.

Kalte Krieger im Optimierungsrausch

Dieses Problem hatten die KI-Forscher, die den Militärs die Entwicklung autonomer Waffensysteme in Aussicht stellten, nicht. Während die traditionellen Wissenschaften versuchten, die Welt zu verstehen, und dabei teils auch mit Modellierungen arbeiteten, machten es sich die KI-Pioniere zur Aufgabe, vereinfachte Modelle eines realen Phänomens – der menschlichen Intelligenz – zu konstruieren. Und anschließend alles zu tun, um Außenstehenden einzureden, dass es zwischen Modell und Modelliertem keinen Unterschied gebe. Das ist in etwa so, als würden eigenwillige Geografen ein neues Fachgebiet namens „künstliches Land“ erfinden und ihrer Umwelt weiszumachen versuchen, dass es bald keinen funktionalen Unterschied mehr gebe zwischen der Landkarte und dem realen Territorium.

In vieler Hinsicht spiegelt sich in der Karriere – und der Tragödie – der künstlichen Intelligenz zu Zeiten des Kalten Kriegs der Entwicklungsverlauf, den die Wirtschaftswissenschaften in den USA genommen haben. Früher waren sie eine lebendige und vielstimmige Disziplin gewesen, die sich intensiv mit der Dynamik des weltwirtschaftli-

chen Geschehens auseinandersetzte, wozu vor allem auch der Einfluss gehörte, den der Staat und die Institutionen (von den Gewerkschaften bis zur Federal Reserve) auf Produktion und Wachstum ausübten.

Im Zuge des Kalten Kriegs wandten sich die akademischen Ökonomen jedoch von der realen Welt ab. Sie verlegten sich auf abstrakte Modelle, deren Relevanz für das wirkliche Leben beliebig war. Aufgrund dieser Fixierung auf Optimierungs- und Gleichgewichtsmodelle oder spieltheoretische Ansätze geriet die Rolle der Institutionen und realen Verhaltensweisen mehr und mehr aus dem Blick.

Heute basieren zwar manche digitale Anwendungen – wie Online-Werbung oder Mitfahrtdienste – auf diesen mathematischen Ansätzen, aber solche gelegentlichen „Erfolge“ können einen verfehlten Ansatz nicht retten. Fest steht jedenfalls, dass die modernen orthodoxen Wirtschaftswissenschaften zur Bewältigung von Problemen wie Ungleichheit und Klimawandel außer marktbasierter Lösungen nicht viel anzubieten haben.

Gleiches gilt für die künstliche Intelligenz, die als technologischer Triumph gefeiert wird, oft aber nur ein Tarnbegriff für Militarismus und Kapitalismus ist. Selbst die glühendsten KI-Verfechter werden wohl zugeben, dass ein Mindestmaß an Kontrolle und Reglementierung vonnöten ist; aber eine Zukunft, in der unsere Vorstellung von Intelligenz nicht von der KI geprägt wird, können sie sich kaum vorstellen.

Die KI war von Anfang an weniger eine Wissenschaft – ergebnisoffen und mit letztlich unbekanntem Ziel – als vielmehr eine Mischung aus Religion und Technik. Das Ziel war von Beginn an klar: ein computergestütztes Allzwecksystem zu schaffen, das jede Aufgabe ohne besonderes Training bewältigen kann. Diese Vision firmiert heute unter dem Namen Allgemeine Künstliche Intelligenz (AKI).

Hier zeigt sich eine weitere Parallele zu den Wirtschaftswissenschaften: Im Kalten Krieg hatten die Technologen von der AKI eine ähnlich Vorstellung wie ihre Kollegen vom freien Markt: eine sich selbst regulierende und autonome Kraft, an die sich die Menschen anzupassen haben.

Das ökonomische Modelldenken blendete die Rolle von kolonialer Gewalt, Patriarchat und Rassismus für die Expansion des Kapitalismus aus. Dieser galt als natürliche Äußerungsform des angeborenen menschlichen Hangs zum Tauschen galt, also zum ewigen

„truck, barter and exchange“ im Sinne von Adam Smith.⁸

Ganz ähnlich wird im Standardnarrativ über die Ursprünge der KI der Beitrag von Kybernetik, Mathematik und Logik gewürdigt, während der geopolitische und historische Kontext unberücksichtigt bleibt. Das ist so, als würde man Eugenik und Phrenologie kurzerhand als Teilbereiche der Genetik und Biologie behandeln und kein Wort über ihre rassistische Dimension verlieren. Demgegenüber hat Yarden Katz in seinem Buch „Artificial Whiteness“⁹ aufgezeigt, dass es KI ohne den Militarismus, Korporatismus und Chauvinismus des Kalten Kriegs nie gegeben hätte.

Utopie eines ergebnisoffenen Werdens

Kann man ein derart korrumpiertes Konzept jemals für progressive Zwecke nutzbar machen? Oder ist der Traum von einer „kommunistischen künstlichen Intelligenz“ so hinfällig wie der Traum von nachhaltigen Sweatshops, vergnüglicher Bandarbeit oder humanen Foltertechniken?

Nach dem, was Stafford Beer und Warren Brodey erlebt haben, sollten wir das Fantasieren über eine „sozialistische KI“ wohl besser aufgeben und das ganze Konzept vergessen. Statt uns linke Anwendungen oder neue Eigentumsformen auszudenken, um die vorhandenen KI-Produkte zu „humanisieren“, sollten wir eine Strategie für eine sozialistische Technologie *anstelle* der herrschenden KI entwickeln.

Das zentrale Ziel einer solchen solidarischen Post-KI-Technologie müsste sein, allen Menschen unabhängig von Klasse, ethnischer Zugehörigkeit oder Geschlecht Zugang zu den Institutionen, Infrastrukturen und Technologien zu verschaffen, die ihre kreative Autonomie fördern und ihre individuellen Potenziale voll zur Entfaltung bringen. Mit anderen Worten: Wir müssen den großen Fortschritt von Human Augmentation zu Human Enhancement, von der Erweiterung zur Bereicherung der menschlichen Fähigkeiten hinbekommen.

Eine solche Strategie sollte auf den Komponenten des Sozialstaats aufbauen, die am weitesten von den konservativen Imperativen der kapitalistischen Ordnung entfernt sind: Bildung und Kultur, Bibliotheken, Hochschulen und öffentlich-rechtliche Medien. Eine Post-KI-Technologie würde nach dieser Vision eine sozialistischen Bildungs- und Kulturpolitik unterstützen, statt

das neoliberale Wirtschaftsmodell zu stabilisieren.

Brodey selbst hat letztlich begriffen, dass es eine sozialistische KI ohne Sozialismus nicht geben konnte. Anfang der 1970er Jahre wurde ihm klar, dass es in den USA im Kontext des Kalten Kriegs keinen Sinn hatte, den Traum vom „Human Enhancement“ und einer „ökologischen Technologie“ zu verfolgen – zumal er wegen des Vietnamkriegs ablehnte, Forschungsmittel vom Pentagon und selbst von Universitäten wie dem MIT zu nutzen.

Nicholas Negroponte hat berichtet, dass Brodey nie an einer unbefristeten Stelle am MIT interessiert war. Ein bequemes Leben war seine Sache nicht. Lieber baute er sich inmitten der Wälder von New Hampshire ein Haus aus Schaumstoff und Luftballons, als ein ganz eigenes „reaktives und intelligentes“ Umfeld. Das war damals selbst für seine Bewunderer wie Negroponte befremdlich.

Brodeys Denken atmete den Geist der Utopie. Er und sein engster Mitarbeiter Avery Johnson hatten die Hoffnung, die amerikanische Industrie würde ihre Vision aufgreifen – reaktive und interaktive Produkte, die neue Vorlieben und Interessen wecken, statt Konsumbegierden auszubeuten. Doch die Konzerne interessierten sich mehr für Negropontes konservativere Version, bei der Interaktivität zu einem Instrument wurde, das unsere Ängste auslotet und uns immer mehr Zeug verkauft.

1973 zog der desillusionierte Brodey nach Norwegen, wo er sich aktiv in der maoistischen Kommunistischen Arbeiterpartei engagierte. Er reiste sogar nach China, wo er Ingenieuren seine Vision der „reaktiven Technologien“ nahebringen wollte. Eine bemerkenswerte Volte für jemanden, der im Kalten Krieg mit Projekten der U.S. Army und der CIA befasst gewesen war.

Nach vielen langen Gesprächen, die ich in den vergangenen zehn Jahren in Norwegen mit Brodey geführt habe, kann ich sagen: Brodey ist die perfekte Verkörperung jenes ergebnisoffenen Werdens, für das er sich seit den 1960er Jahren einsetzte. In seinem persönlichen Fall hat Human Enhancement definitiv funktioniert. Zeigt das womöglich, dass es uns allen etwas bringen könnte? Alles, was wir dafür brauchen, sind die richtigen Technologien und eine gehörige Skepsis gegenüber der künstlichen Intelligenz – ob kommunistisch oder nicht.

¹ Daron Acemoglu, „Would AI-enabled communism work?“, Project Syndicate, 28. Juni 2023; Marc Andreessen, „Future of the Internet, technology, and AI“, Podcast von Lex Fridman, Nr. 386, 21. Juni 2023.

² „Glue pizza and eat rocks: Google AI search errors go viral“, BBC vom 24. Mai 2024.

³ Podcast „The Santiago Boys“, 2003; siehe auch Philippe Rivière, „Der Staat als Maschine“, *LMd*, November 2010.

⁴ Negropontes einflussreichstes Buch war „Total Digital. Die Welt zwischen 0 und 1 oder die Zukunft der Kommunikation“, München (Bertelsmann) 1997.

⁵ Siehe Warren M. Brodey und Nilo Lindgren, „Human enhancement through evolutionary technology“, *IEEE Spectrum*, Bd. 4, Nr. 9, New York, September 1967.

⁶ Zu Ijkenow siehe: Alex Levant, Veas Oittinen (Hg.), „Dialectics of the Ideal, Ewald Ilyenkov and Creative Soviet Marxism“, Historical Materialism Book Series, Bd. 60, Leiden (Brill) 2014.

⁷ Der Text ist bis heute nicht übersetzt; eine englischsprachige Zusammenfassung bei: Keti Chukhrov, „The philosophical disability of reason: Ewald Ilyenkov's critique of machinic intelligence“, *Radical Philosophy*, Nr. 207, London, Frühjahr 2020.

⁸ Adam Smith, „Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen“, Bd. 1, Kapitel 2, „Von dem die Arbeitsteilung bewirkenden Prinzip“.

⁹ Yarden Katz, „Artificial Whiteness. Politics and Ideology in Artificial Intelligence“, New York (Columbia University Press) 2020.

Aus dem Französischen von Andreas Bredendfeld

Evgeny Morozov ist Autor des Podcasts „A Sense of Rebellion“, der im Juni 2024 veröffentlicht wurde und aus dem dieser Text hervorging.



Venice Beach, Kalifornien NICK UT/picture alliance/ap

Das Recht auf Strand in Kalifornien

von Isabelle Bruno und Grégory Salle

Milliardäre leben entspannt, sollte man meinen. Es sei denn, es geht um einen Strand in Kalifornien. Unterhalb des berühmten Highway One zwischen San Francisco und Santa Cruz liegt Martin's Beach, ein – normalerweise – öffentlich zugänglicher Strand in Privatbesitz. 2008 erwarb der milliardenschwere Investor Vinod Khosla das 36 Hektar große Grundstück für 33 Millionen Dollar und riegelte den einzigen Zugang zum Strand ab.

Obwohl sich das Gatter leicht umgehen ließ, kam es auf lokaler wie bundesstaatlicher Ebene zu heftigen Protesten. 15 Jahre lang folgte eine Klage auf die andere. Khosla eröffnete selbst die Feindseligkeiten, indem er die California Coastal Commission (CCC) und das zuständige County San Mateo verklagte, die ihn aufgefordert hatten, eine Genehmigung für die Schließung zu beantragen.

Am 10. Mai kam es nach sechs Verfahren zu einem vorläufigen Ende des Rechtsstreits, als das oberste Gericht von San Mateo County Khoslas Antrag abwies, das Gerichtsverfahren, das seit 2020 gegen ihn lief, einzustellen. Die State Lands Commission (SLC) und die California Coastal Commission (CCC) hatten geltend gemacht, dass ein privater Eigentümer selbst dann nicht die Zufahrt zu einem Strand blockieren dürfe, wenn er alle umliegenden Grundstücke besitzt.

Ihre Argumentation ist historisch begründet. Via Gewohnheitsrecht (Common Law) haben die Bürger:innen seit fast einem Jahrhundert Zugang zum Martin's Beach; zudem existiert seit 1976 der California Coastal Act, der den Zugang zu den Stränden an der kalifornischen Küste für die Allgemeinheit priorisiert.

Es ist davon auszugehen, dass die politische und juristische Auseinandersetzung weitergeht – nicht zuletzt wegen des gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Kapitals von Vinod Khosla, der mit Barack Obama befreundet sein soll und der Demokratischen Partei regelmäßig Spenden zukommen lässt. 2015 schätzte das Magazin *Forbes* sein Vermögen auf 1,6 Milliarden Dol-

lar, 2023 soll es dank lukrativer Investitionen in umweltfreundliche Technologien und künstliche Intelligenz bereits die Schwelle von 6 Milliarden überschritten haben.

Khosla besitzt also alle Voraussetzungen, um bei der Verteidigung seines Grundrechts juristisch bis zum Ende zu gehen: des Ausschlussrechts, das dem Privateigentum innewohnt. Er hat es sogar beim Supreme Court versucht, der seine Klage allerdings nicht annahm.

Jenseits des Streits um zwei Grundprinzipien – Zugangs- oder Ausschlussrecht – lässt sich bei der Auseinandersetzung um Martin's Beach wie durch ein Brennglas betrachten, wie es um die sozioökonomischen Ungleichheiten im „Golden State“ bestellt ist. Der Fall ist allen Protagonist:innen der Küstenplanung bestens bekannt. Denn mit ihm steht eine kalifornische Küstenpolitik auf dem Prüfstand, die seit einem halben Jahrhundert – seit soziale Proteste 1976 zur Verabschiedung des Californian Coastal Act führten – institutionalisiert ist.

Ungewöhnlich ist der Fall allerdings nur wegen seines ausufernden Verlaufs. Denn Kalifornien ist ohnehin derjenige Bundesstaat, in dem Konflikte um die Aneignung der Küste durch vermögende Besitzer am schärfsten verlaufen oder zumindest die größte Sichtbarkeit entfalten. Seit 20 Jahren stehen oft Prominente im Zentrum dieser Streitigkeiten um den Zugang zu Ufergebieten, die sich „unterhalb der durchschnittlichen Flutlinie“ (*high tide line*) grundsätzlich in öffentlichem Besitz befinden.

Die wohl bekannteste Affäre dreht sich um den Musik- und Filmproduzenten David Geffen, der Strandbesucher:innen 2002 den Zugang zum Carbon Beach vor seinem Grundstück in Malibu verweigerte. Damit verstieß er allerdings gegen eine Vereinbarung, die er 20 Jahre zuvor selbst unterschrieben hatte – um eine Baugenehmigung zu bekommen.

Mit Unterstützung der Stadtverwaltung von Malibu, einer Luxusenklave, wo fast ein Viertel der Haushalte ein Jahreseinkommen über 200 000 Dollar erzielt, strengte Geffen einen Prozess gegen die Bundesbehörden und die Initiative „Access for All“ an. Diese enga-

gierte sich vor allem für die Umsetzung einer bestimmten Vorschrift: Alle 300 Meter sollte es einen Strandzugang geben. In dem fraglichen Küstenabschnitt gab es indes über fünf Kilometer keinen einzigen Zugang.

Nachdem seine Klage dreimal abgewiesen worden war, gab Geffen 2005 auf und verkaufte schließlich 2017 sein Grundstück für 85 Millionen Dollar, ein Rekord in der Großregion Los Angeles.

Wieder zugänglich ist seit 2023 auch Escondido Beach – nach 40 Jahren Rechtsstreit. Den Behörden (SLC und CCC) war es schließlich gelungen, die beiden Besitzer dazu zu verpflichten, den seit 1980er Jahren geschlossenen Zugang wieder zu öffnen. Am nahegelegenen Lechua Beach dauert der Konflikt zwischen der Stadt Malibu und der Mountains Recreation and Conservation Authority (MRCA) an. Die Naturschutzbehörde hatte im Frühjahr 2023 Hinweisschilder zu diesem schwer auffindbaren Strand aufgestellt.

Grundsätzlich in öffentlichem Besitz

Im Juni entfernte die Stadt die Schilder mit der Begründung, die MRCA hätte dafür eine Genehmigung beantragen müssen, zudem gebe es Sicherheitsbedenken. Nach Ansicht der MRCA ist die fehlende Beschilderung ein zusätzlicher Ausschlussfaktor: Isolierte Strände seien damit auch gesellschaftlich zunehmend exklusiv. „Das stimmt nicht“, entgegnet Malibus Bürgermeister und versichert, er wolle so viele Menschen wie möglich als Strandbesucher empfangen.

Hinter diesem Geplänkel verbergen sich tiefe gesellschaftliche Risse: Im reichsten Bundesstaat der USA herrscht nämlich auch die größte Ungleichheit. Kaliforniens vermögende Oberschicht verfügt über großes materielles und symbolisches Gewicht, vom Silicon Valley bis Hollywood, während hier zugleich die meisten Obdachlosen in den gesamten USA leben.¹

Zudem kommt den kalifornischen Stränden eine besondere Bedeutung zu, sowohl praktisch als auch auf repräsentativer Ebene. Der Golden State besitzt weltberühmte Strände, die medial und

kulturell so oft in Szene gesetzt wurden, dass sie zum Stereotyp eines bestimmten Lebensstils geworden sind. Dieses Klischee verdeckt jedoch die Ungleichheiten, die auch auf dem Sand gelten.

Eine umfassende quantitative Studie von 2017 über Hindernisse beim öffentlichen Zugang zu kalifornischen Stränden stellte fest, dass es abhängig vom Wohnort (die Einwohner:innen der Küstenorte sind logischerweise die fleißigsten Besucher:innen), Haushaltsgröße (Kinder erhöhen die Lebenshaltungskosten) und Alter (am häufigsten besuchen Menschen unter 40 Jahren, meist Eltern von minderjährigen Kindern, die Strände) deutliche soziale Unterschiede gibt.²

Entgegen dem Mythos der gleichberechtigten öffentlichen Nutzung belegt die Studie einen teilweisen Ausschluss nichtweißer Unterschichten zugunsten weißer Mittel- und Oberschichten. Diejenigen, deren Jahreseinkommen nach eigener Auskunft weniger als 20 000 Dollar beträgt, halten den freien Strandzugang zwar überwiegend für ein „sehr wichtiges“ Thema (62 Prozent, im Durchschnitt 57 Prozent), kommen aber tatsächlich gar nicht oft an den Strand: Nur 67 Prozent besuchen nach eigenen Angaben mindestens einmal pro Jahr einen Strand – gegenüber 86 Prozent der Menschen mit einem Einkommen über 100 000 Dollar. Im Gesamtdurchschnitt sind es 77 Prozent. Die schwarze Bevölkerung ist unterrepräsentiert: 33 Prozent der Afroamerikaner:innen gehen weniger als einmal pro Jahr an den Strand, in der US-Gesamtbevölkerung sind es dagegen 23 Prozent.

Nach Schätzungen werden über 200 000 Hektar an öffentlichem Land durch Privateigentümer unzugänglich gemacht.³ Es ist also ein durchaus wichtiges Anliegen, den öffentlichen Zugang (*public access*) zur Natur vor privater Aneignung – sei es zu Wohn- oder sei es zu Geschäftszwecken – zu schützen. Dasselbe gilt für den gleichberechtigten Zugang (*equal access*), wie er seit Mitte der 2000er Jahre im Namen der Umweltgerechtigkeit vom Verein „The City Project“ gefordert wird, gegründet von einem auf Zivilrecht spezialisierten Anwalt aus Los Angeles.

Die Kalifornierinnen und Kalifornier haben eine enge Beziehung zu ihren Stränden. Am 1. Mai 2020, mitten in der Coronapandemie, gingen mehrere tausend Demonstrierende mit dem Ruf „Open our beaches!“ („Öffnet unsere Strände!“) gegen die Verletzung ihres Grundrechts – denn als solches wird es wahrgenommen – auf die Straße.

Nur: Diese Konflikte finden nicht unter ansonsten gleichbleibenden Umweltbedingungen statt: Mit den neuen ökologischen Gegebenheiten verändern sich die sozialen Fragen. Kalifornien eignet sich auch bei diesem Thema besonders gut für die exemplarische Beobachtung von Ungleichheiten. Der Golden State will nämlich seit den 1970er Jahren auf zwei Ebenen Vorbild sein: beim öffentlichen Zugang zu den Stränden und beim Naturschutz an den Küsten. Deshalb ist der Druck auf die Küsten hier mit am besten dokumentiert.

Der Bau erschwinglicher Wohnungen oder Parkplätze in Ufernähe, den die Zugangspolitik vorsieht, scheint nur schwer vereinbar mit der Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts, das den Verzicht auf Bauvorhaben und sogar einen „strategischen Rückzug“ bedeutet. Diese Formulierung ruft viel Ärger hervor, ebenso wie andere Bezeichnungen und Euphemismen, wie etwa den der „resilienten Umsiedlung“.

Doch diese Art Konflikte wird gern ausgeklammert, etwa im Fall Khosla. Auch wenn der Silicon-Valley-Milliardär als Galionsfigur von „Green Tech“ gilt, haben seine Anwälte im Streit um den Martin's Beach niemals ökologische Argumente ins Feld geführt. Dabei steht der Strand seit Ende letzten Jahrhunderts auf der Risikozonen-Liste des US-Instituts für Geologische Studien. Auch die oben erwähnte Sozialstudie über Strandbesuche geht auf die ökologischen Herausforderungen nicht ein.

Im Gegensatz zu Florida oder New Jersey zählt Kalifornien zwar zu den Musterschülern in guter Küstenverwaltung⁴; dennoch geben die verfügbaren Daten Anlass zur Sorge. Jüngste Modellierungen sagen voraus, dass ohne Gegenmaßnahmen der Meeresspiegel bis 2100 zwischen 0,5 und 3 Meter steigen wird. Zwischen 24 und 75 Prozent der kalifornischen Strände würden dann überflutet.⁵

Wie eine andere Studie auf Basis von Satellitendaten vorrechnet, werden mit jedem Fuß (circa 30 Zentimeter) steigenden Wasserspiegels etwa 100 Strandzugänge verschwinden, vor allem im Süden des Bundesstaats.⁶ Wissenschaftliche Analysen und Medienberichte bestätigen, dass das Problem längst nicht mehr allein in der Theorie oder in der Zukunft liegt: Einige Klippen, Bahnschienen, Straßen, Häuser und Hotels sind bereits unter-spült worden und eingestürzt.

Angesichts der teuren, wiederholt gescheiterten Maßnahmen zum Schutz vor dem steigenden Meeresspiegel – wie Steinaufschüttungen, Deiche und Techniken zur Rückhaltung oder Wiedergewinnung von Sand – kann es in einer Politik, die nach naturbasierter Lösungen strebt, nicht mehr darum gehen, gegen etwas anzukämpfen, sondern darum, damit zu leben. Sie sollte also besser auf die Fähigkeit der Küsten-Ökosysteme setzen, um die Folgen des Klimawandels wie Stürme oder Überschwemmungen aufzufangen, mit anderen Worten: Die Küstenlinie darf sich verändern, Dünen dürfen wandern, ebenso die Strände.

Dieser Ansatz stößt bei Grundbesitzern, Lokalpolitikerinnen und Vereinen, die unterstellen, dass damit nur den Reichsten öffentliche Gelder zugutekämen, in der Regel jedoch auf heftigen Widerstand.

2021 gab es in Kalifornien ein Gesetzesvorhaben zur Einrichtung eines bundesstaatlichen Fonds, der betrof-

Die Bahnkiller

fene Küstengemeinden mit verlängerbaren Krediten versorgen sollte. Damit hätten die Kommunen die am stärksten gefährdeten Wohnhäuser in Ufernähe aufkaufen können, um sie an die Bewohner:innen bis zur endgültigen Zerstörung zu vermieten.

Dieser Finanzierungsvorschlag zum natürlichen Rückbau der Küstenstädte wurde angesichts des Wohnungsmangels aber als ungerechter Ausgleich wahrgenommen, weil er vor allem den Eigentümer:innen von Luxusvillen entlang der Strände zugute gekommen wäre. Obgleich das kalifornische Parlament das Gesetz verabschiedet hatte, legte Gouverneur Gavin Newsom zweimal sein Veto dagegen ein – wegen der Kosten der Maßnahme, der Folgen für den Immobilienmarkt und der öffentlichen Auseinandersetzung darum.

Einige der vermögenden Grundbesitzenden wissen durchaus um die bevorstehenden Veränderungen und organisieren sich vor Ort. Dabei machen sich manche sogar die Perspektive der Umweltschutzgruppen zu eigen, denen sie sich bislang entgegengestellt hatten. Einen solchen Strategiewechsel gab es etwa in Broad Beach, Malibu. Früher bestanden sie auf ihrem privaten Eigentum und lehnten jegliche staatliche Eingriffe ab, um öffentlichen Raum für sich beanspruchen zu können. Nun fordern sie vom Staat Unterstützung – vor allem finanzieller Art – und sprechen gern vom öffentlichen Interesse am Allgemeingut, um die weitere Existenz der Strände zu sichern.⁷ Denn von dieser hängt schließlich der Wert ihrer Immobilie ab.

¹ Tanya de Sousa und andere, „The 2022 Annual Homelessness Assessment Report (AHAR) to Congress“, U.S. Department of Housing and Urban Development, 9. Januar 2023.

² Jon Christensen und Philip King, „Access for All: A new generation's challenges on the California coast“, Institute of the Environment and Sustainability (UCLA), San Francisco State University, 25. Januar 2017.

³ Soumya Karlamangla, „More than 500 000 acres of public land in California are inaccessible to the public“, *The New York Times*, 1. Februar 2023.

⁴ „State of the Beach Report“, 2023, surfrider.org. Siehe auch Laura Raim, „Miami versinkt“, in: *LMd*, Mai 2020.

⁵ Sean Vitousek und andere, „A model integrating satellite-derived shoreline observations for predicting fine-scale shoreline response to waves and sea-level rise across large coastal regions“, in: *JGR Earth Surface*, Bd. 128, Nr. 7, Washington, D. C., 29. Mai 2023.

⁶ Kiki Patsch und Dan Reineman, „Sea level rise impacts on coastal access“, in: *Shore & Beach*, Bd. 92, Nr. 2, Beaufort 2024.

⁷ Kara Schlichting, „The narrowing of Broad Beach. Coastal change and public beaches in Malibu, California“, *Pacific Historical Review*, Bd. 92, Nr. 2, Oakland 2023.

Aus dem Französischen von Sabine Jainski

Isabelle Bruno ist Dozentin für Politikwissenschaft an der Universität Lille; Grégory Salle arbeitet als Sozialwissenschaftler am Nationalen Forschungszentrum CNRS.

Manchmal zahlt sich Aktivismus aus – vor allem wenn er finanziell gut gepolstert ist. Wie damals am 1. Mai 1913, als eine Volksabstimmung über das Verkehrsprojekt „Let's Move Nashville“ für ein Light-Rail-Netz¹ und mehrere neue Schnellbuslinien angesetzt war, dem ein durchschlagender Erfolg vorausgesagt wurde.

In der zweitgrößten Stadt des Bundesstaats Tennessee gab es praktisch keinen öffentlichen Nahverkehr. Die Straßen waren ständig vom Autoverkehr verstopft, zum großen Ärger der gestressten Bürgerinnen und Bürger, die zudem unter der Luftverpestung litten. Ladeninhaber und Gewerbetreibende beschwerten sich ihrerseits über geschäftliche Einbußen. Erste Umfragen sagten also eine große Mehrheit für ein Ja zu „Let's Move Nashville“ voraus.

Doch dann trat die Gruppe Americans for Prosperity auf den Plan, die 42 000 Anrufe tätigte, an über 6000 Türen klopfte, Flugblätter verteilte und Werbekampagnen finanzierte. Die eingängige Botschaft war immer dieselbe: Öffentlicher Nahverkehr ist eine Verschwendung von Steuergeldern.

Das Ganze wurde allerdings mit verschiedenen Argumenten durchdekliniert: Bus und Bahn seien schon deshalb obsolet, weil die Zukunft den selbstfahrenden Fahrzeugen gehöre; öffentliche Verkehrsmittel förderten die Gentrifizierung; sie staatlich zu finanzieren verstoße gegen die Freiheit der Steuerzahler. „Wenn die Leute die Freiheit hätten, zu gehen, wohin sie wollen, und zu tun, was sie wollen, dann würden sie niemals öffentliche Verkehrsmittel nutzen“, war ein Lieblingspruch der Aktivisten.²

Die Kampagne trug Früchte: Das Projekt wurde – anders als erwartet – von der überwiegenden Mehrheit abgelehnt. Überaus erfreut waren indes die Brüder Charles und David Koch. Denn die beiden Milliardäre unterstützen die Americans for Prosperity genauso reichlich wie die konservativen Lobbyorganisationen Heritage Foundation und Cato Institute, die grundsätzlich gegen jede Form öffentlicher Finanzierung vorgehen – vor allem gegen Tram- und Bahnprojekte, die dem Auto den Rang streitig machen könnten.

Der Familienkonzern Koch Industry bezieht nämlich einen großen Teil seiner Einkünfte aus der Produktion von Asphalt, Benzin, Sicherheitsgurten und Reifen.

In den USA haben sich die Autoindustrie und deren Zulieferer stets als Gegnerin der Bahn erwiesen. In den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen ging es den Trams an den Kragen. Damals waren zahlreiche US-Städte mit dichten Straßenbahnnetzen ausgestattet, und man konnte für wenige Cents weite Strecken zurücklegen. Überall gab es in ein paar Dutzend oder hundert Metern Entfernung eine Haltestelle.

Doch der auf verschiedene Unternehmen aufgesplitterte Markt befand sich nahezu vollständig in privater

Hand. Die Verkehrsbetriebe sollten rentabel sein, doch sie verfügten nicht über ausreichende Mittel, um die teure Infrastruktur instandzuhalten. Sie fuhren daher Defizite ein und waren schlecht gerüstet, als ihnen die Automobil Konkurrenz machten, die neuerdings durch die US-amerikanischen Städte kurvten. Mitte der 1920er Jahre waren in Los Angeles bereits 160 000 Autos unterwegs und in New York über 600 000 – zehn Jahre zuvor waren es noch weniger als 40 000 gewesen.

Die Tram verlor allmählich an Attraktivität, da sie als weniger komfortabel und praktisch galt als der glänzende und relativ erschwingliche Ford T.

Diese Situation machten sich einige der wichtigsten US-Automobil- und Ölproduzenten wie General Motors, Standard Oil, Firestone Tire and Rubber und Phillips Petroleum zunutze. Über die Tarnfirma National City Lines, die sich auf Busse spezialisiert hatte, kauften sie die ersten Straßenbahngesellschaften nach und nach auf. Zwischen 1930 und 1950 übernahm die Tarnfirma etwa 50 miteinander konkurrierende Nahverkehrsbetriebe.

Nach dem Kauf wurden sämtliche Investitionsvorhaben gestoppt, das Netz verfiel und die Bahnen wurden durch Busse ersetzt. Deren Service war deutlich schlechter, die Busse fuhren seltener und waren auch viel unbequemer. Der Kundschaft gefielen sie nicht; und wer es sich leisten konnte, stieg aufs eigene Auto um. 1963 fuhr die letzte Tram durch Los Angeles.

Das ganze Verfahren roch nach illegaler Kartellbildung, mit dem Ziel, die Konkurrenz auszuschalten und ein Monopol zu schaffen. Schon 1946 wollte das Justizministerium gegen National City Lines und seine Geldgeber vorgehen. 1949 kam es zum Prozess. General Motors und seine Partner wurden für schuldig befunden, doch die Geldstrafe, die sie zahlen mussten, war lächer-

lich: 5000 Dollar für jedes beteiligte Unternehmen.³

Natürlich waren diese Mächtigkeiten der Autoindustrie nicht allein für das Ende der Straßenbahn in den USA verantwortlich. Sie verschwand aus allen Städten, auch aus solchen, deren Verkehrsbetriebe nicht von National City Lines aufgekauft worden waren. Der von General Motors verfolgte Plan beschleunigte nur einen bereits begonnenen Verfall. Es fehlte schlicht an Unterstützung und Interesse für den Nahverkehr seitens der staatlichen Institutionen.

Ebenfalls zu den Feinden der Bahn wurde die zivile Luftfahrtindustrie. Sie nahm umgehend den Kampf auf, sobald ein Schienenprojekt ihre Interessen bedrohte. Ihre Lobby bekämpfte mehrere Schnellzugprojekte an der Ostküste, in Florida, rund um Chicago und in Kalifornien.

In Texas brachte die in Dallas ansässige Fluggesellschaft Southwest, die 1971 mit drei Boeings zwischen Dallas, Houston und San Antonio einst gestartet war, das Vorhaben eines Hochgeschwindigkeitszugs zum Scheitern, der zwischen diesen drei größten Städten des Bundesstaats verkehren sollte. Das 1989 von Texas TGV aufgelegte Projekt wurde von der Fluggesellschaft von Anfang an hintertrieben – aus gutem Grund: Das neue Angebot hätte ihre Flugauslastung in Texas um 60 Prozent senken können.

„Die Bahn hat einen romantischen Reiz“, argumentierte das Unternehmen in einem 1991 den Behörden vorgelegten Dokument. „Doch dieses Projekt kann nicht von nostalgischen Gefühlen entschieden werden oder von dem Wunsch, die Bahn in Frankreich oder Deutschland zu imitieren. Die Realität in Amerika sieht so aus, dass ein Hochgeschwindigkeitszug in Texas nur überlebensfähig ist, wenn er den praktischen und preiswerten Transportser-

vice zerstört, den derzeit die Fluggesellschaften bieten – und das auch nur, wenn er beträchtliche öffentliche Subventionen in Anspruch nimmt.“⁴

Southwest schloss sich der Bürgerinitiative „Texaner gegen TGV“ an, um das altbekannte Lied von der Verschwendung öffentlicher Mittel zu singen. Die Fluggesellschaft drohte sogar damit, den Bundesstaat zu verlassen, und mobilisierte die Rancher. „Sie redete sogar den Viehzüchtern ein, ihre Kühe würden keine Milch mehr geben, sobald die elektrisch betriebenen Züge vorbeifuhren, und verbreitete alle möglichen Schauermärchen“, erinnert sich Ben Barnes, ein ehemaliger Vizegouverneur von Texas. Das Vorhaben wurde 1994 beerdigt. Jetzt, 30 Jahre später, wird es erneut aus der Schublade gezogen – und vermutlich wieder unter Sperrfeuer geraten.

In Florida kann man heute mit einem privaten Schnellzug in weniger als 3 Stunden von Orlando nach Miami fahren. Dagegen weiß man in Kalifornien immer noch nicht, ob das per Volksentscheid bestätigte Projekt eines Hochgeschwindigkeitszugs zwischen Los Angeles und San Francisco jemals gebaut wird.

Benoît Bréville

¹ Mischform zwischen Stadt- und Straßenbahn, die teilweise oder ganz unterirdisch fährt.

² Zitiert in: „How the Koch brothers are killing public transit projects around the country“, in: *The New York Times*, 19. Juni 2018.

³ Vgl. Christophe Bonneuil und Jean-Baptiste Fressoz, „L'Événement anthropocène. La Terre, l'histoire et nous“, Paris (Seuil) 2013.

⁴ Zitiert in: „Southwest Airlines hasn't decided whether or not to oppose Texas High-Speed Rail“, *Bloomberg*, 6. Mai 2015.

⁵ „Can Amtrak finally bring high-speed rail to Texas?“, *CNBC*, 10. März 2024.

Aus dem Französischen von Sabine Jainski

Der vorliegende Beitrag stammt aus *Le Monde diplomatique* (Hg.), „Les batailles du Rail“, *Manière de Voir*, Nr. 196, August/September 2024.



New York, 1913: mit der Straßenbahn in die Sommerfrische picture alliance/heritage images/bain news service

Jetzt
bestellen

taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstr. 21
10969 Berlin



Die zerrissene Supermacht

Bible Belt und Ivy League, Blue States und Red States, Black Lives Matter und Waffenfans: Die gesellschaftlichen Gräben in den USA scheinen unüberwindbar. Und in diesem Herbst stimmt die älteste Demokratie der Welt womöglich über ihr eigenes Fortbestehen ab.

Mit Beiträgen von Edna Bonhomme, Evgeny Morozov, Rebecca Solnit, Charlotte Wiedemann, Loïc Wacquant und vielen anderen plus 12 Seiten Originalgrafiken von Adolf Buitenhuis.

11,00 Euro, zzgl. Auslandsversand
broschiert, 112 Seiten
monde-diplomatique.de/edition35
shop@taz.de





Srinagar, Februar 2024: Kaschmirs erster elektrischer Zug auf Jungfernfahrt DAR YASIN picture alliance/ap

Die indische Eisenbahn und ihr koloniales Erbe

von Jean-Pierre Benoit

Mit einer Streckenlänge von 68 426 Kilometern, 7308 Bahnhöfen und täglich 13 500 Personen sowie knapp 10 000 Güterzügen auf den Schienen gehört die indische Eisenbahn zu einer der größten der Welt. 1,2 Millionen Menschen beschäftigte die staatliche Eisenbahngesellschaft Indian Railways (IR) im vergangenen Jahr – sie ist einer der wichtigsten Arbeitgeber im Land.¹ Zudem stammt fast alles, was für die Bahn geplant und verbaut wird, heute aus indischer Produktion.

Jenseits der touristischen Strecken, an denen Naturdenkmäler, Baukunstwerke und Tempel liegen, beeindruckt auf Zugreisen durch Indien die geografische Vielfalt des Subkontinents, von endlos weiten Landschaften bis zu ausufernden Megastädten. Auf den Bahnhöfen, wo Tag und Nacht eine fiebrige Betriebsamkeit herrscht, begegnen einem alle Gegensätze des Landes: Reichtum und Armut, Moderne und Rückständigkeit, Friedlichkeit und Gewalt, ethnische Diversität und die Dominanz des Hindunationalismus.

Die Bahnhöfe sind architektonische Kleinode, ob es nun eine malerische Holzhütte ist oder ein prachtvolles neogotisches Bauwerk aus der viktorianischen Epoche mit Elementen traditioneller indischer Architektur wie der Hauptbahnhof von Mumbai, der auf der Weltkulturerbe-Liste der Unesco steht.

Das indische Eisenbahnzeitalter begann 1837 in Madras im Süden des Landes mit einer Strecke für den Transport des Baustoffs Laterit. Finanzier war die britische East India Company, mit deren Gründung im Jahr 1600 die sukzessive Unterwerfung der indischen Fürstenstaaten begonnen hatte. Mit Waffengewalt und einer eigenen Armee erlangte die Handelsgesellschaft nach und nach die vollständige Kontrolle über den Subkontinent. Und mit ihrem Monopol auf Seide, Gewürze und andere begehrte indische Güter verdrängte sie alle anderen ausländischen Handelsniederlassungen, die lediglich Kontore unterhielten.

Vor allem aber vernichtete das britische Unternehmen damit das lokale Textilgewerbe, das nicht nur seine Ex-

portmärkte verlor, sondern teilweise die gesamte Existenz: Nach der Eroberung von Bengalen 1757, der damals reichsten indischen Provinz, zerstörten die Soldaten der East India Company die Webstühle der bengalischen Weber. Von Indiens Anteil am Textilwelthandel, der Anfang des 18. Jahrhunderts bei 25 Prozent lag, blieb am Ende der britischen Herrschaft kaum etwas übrig.

Angesichts der gewaltigen Größe der Kolonie (sie umfasste mehr als 4 Millionen Quadratkilometer), fehlender Straßen und langsamer Transportmittel war der Eisenbahnbau von großer strategischer Bedeutung für die britischen Kolonialisten. Über das Schienennetz wurden die Rohstoffe, die sie den Indern raubten, zu den Häfen und von dort weiter nach Großbritannien transportiert. Ein Teil dieser Rohstoffe kehrte in Form von Fertigprodukten mit hoher Wertschöpfung ins Land zurück.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden in den Zügen auch die britischen Truppen transportiert, die die Bauernaufstände zur Zeit der großen Hungersnöte (vor allem 1866 und 1876–1878, bei denen Millionen Menschen starben) niederschlagen sollten. Die Kolonialmacht hatte nämlich die traditionelle Subsistenzwirtschaft nach und nach durch eine Exportwirtschaft für Zuckerrohr, Jute, Baumwolle, Wolle, Indigo und Opium ersetzt. Viele Bauern, die unter der Steuerlast des Kolonialregimes ächzten, gerieten in die Fänge lokaler Kredithäie. Wenn sie ihre Schulden nicht mehr bezahlen konnten, wurde ihr Landbesitz konfisziert, und es blieb ihnen nur ein Leben als Landarbeiter unter sklavereiähnlichen Bedingungen.

Die ewiggestrigen Anhänger des britischen Empire – der Autor Pankaj Mishra nennt sie „Tropenhelm-Fetischisten“² – behaupten gern, die Kolonialherrschaft habe Indien die Demokratie, den Rechtsstaat und das Eisenbahnnetz gebracht. Die Ausbeutung kommt in diesen Darstellungen nicht vor: Die Wirtschaftswissenschaftlerin Utsa Patnaik ist nach ihren Analysen der Handels- und Steuerstatistiken zu dem Schluss gekommen, dass die East

India Company und der britische Raj (Kolonialherrschaft) zwischen 1765 und 1938 insgesamt fast 9,2 Billionen Pfund auf dem Subkontinent abgeschöpft haben.³ Durch Knebelverträge haben sich die Briten alle Gewinne gesichert.

In den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts wies Indien zwar den zweitgrößten Handelsüberschuss weltweit auf, doch das Pro-Kopf-Einkommen stagnierte und der Konsum von Getreideprodukten ging zurück. 1911 lag die durchschnittliche Lebenserwartung in Indien bei 22 Jahren.

Für die Verelendung war vor allem die East India Company verantwortlich, die auch das Eisenbahnnetz ausschließlich zu ihrem eigenen Nutzen schuf: „Schon die Konzeption und der Bau der indischen Eisenbahn war ein großer Kolonialbetrug“, schreibt Shashi Tharoor, Schriftsteller, ehemaliger UN-Diplomat und Abgeordneter im indischen Parlament.⁴

Heute beraten indische Ingenieure britische Firmen

Die britischen Aktionäre der East India Company – viele von ihnen saßen auch im britischen Unterhaus – verdienten Unsummen mit Investitionen in das indische Eisenbahnnetz, für die die Regierung eine Kapitalrendite von 5 Prozent netto pro Jahr garantierte: „Es war ein großartiges Geschäft für alle, außer für den indischen Steuerzahler.“

Zudem transportierten die Züge vor allem Bodenschätze und Baumwolle. Die Beförderung der Bevölkerung, die zu völlig überhöhten Preisen dritter Klasse reisen musste, war Nebensache, während die Frachttarife nirgendwo auf der Welt so niedrig waren wie in Indien. So finanzierten praktisch die indischen Fahrgäste den Gütertransport, von dem hauptsächlich die Kolonialmacht profitierte.

Briten waren auch die besseren Arbeitsplätze bei der Eisenbahn vorbehalten – angeblich um „die Investitionen zu schützen“. Diese diskriminierende Personalpolitik wurde kontinuierlich beibehalten, so dass bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts alle wichtigen Posten, von den Direktoren des Railway Board

Express zum Taj Mahal

Mit bis zu 160 Stundenkilometern saust der Gatimaan Express von Neu-Delhi nach Agra. Die eisige Luft aus der Klimaanlage scheint geradewegs vom Himalaja zu kommen. In den großen, bequemen Sitzen fühlt es sich an wie in der Business Class im Langstreckenflug; und so ist auch der Service: Das Essen wird auf Tablett am Platz serviert, es gibt gekühlte Getränke, WLAN und Multimedia-Entertainment.

Indiens erster „Semihochgeschwindigkeitszug“ ging 2016 in Betrieb, und so spektakulär wie der Zug ist auch das Ziel der Reise: das Taj Mahal am Stadtrand der alten Mogulhauptstadt Agra. Bei der Ankunft schlägt einem tropische Schwüle entgegen, zarte Düfte gemischt mit infernalischem Gestank. Neben dem marmorweißen Mausoleum, das Großmogul Schah Dschahan Mitte des 17. Jahrhunderts für seine verstorbene Hauptfrau Mumtaz Mahal errichten ließ, wirkt die Stadt Agra schmutzig und vernachlässigt. Dagegen herrscht auf dem Gelände des Taj Mahal, das jedes Jahr 6 Millionen Menschen besichtigen, eine fast überirdische Harmonie. Die Besucher:innen bewundern die Gärten

und die Architektur, lächeln viel und schießen ununterbrochen Selfies.

Zurück am Bahnhof und dann unterwegs in einem normalen Zug ohne Klimaanlage, staunt man wieder einmal über das breite Angebot an Leistungen und Tarifen. Es spiegelt die abgründige Ungleichheit Indiens wider und reicht vom Luxuszug „Palace on Wheels“ bis hinunter zu Großraumwaggon mit drei harten Klappliegen übereinander und Sitzbänken ohne Kopfstützen für jeweils drei Personen. In Sachen Pünktlichkeit sollte man hier nicht viel erwarten.

Der schicke Gatimaan Express wird allerdings bald überholt sein: Indien und Japan unterzeichneten 2016 im Rahmen ihrer „besonderen und umfassenden strategischen Partnerschaft“, die sich vor allem gegen China richtet, auch eine Vereinbarung für die indische Bahn: Auf der technologischen Basis des japanischen Superschnellzugsystems Shinkansen entsteht gerade zwischen Mumbai und Ahmedabad eine Hochgeschwindigkeitsstrecke über 500 Kilometer. Ein erstes Teilstück soll 2026 in Betrieb gehen.

Philippe Descamps

bis zu den Kontrolleuren, mit weißen Männern besetzt waren, deren Gehälter auf europäischem Niveau lagen.

Doch die indischen Arbeiter, die in den beiden großen Eisenbahnwerkstätten in Jamalpur (Bengalen) und Ajmer (Rajasthan) ab 1862 die Züge warteten, bildeten sich selbst so weit fort, dass sie schon 1878 auf eigene Faust Lokomotiven entwarfen und bauten, die genauso gut waren wie die britischen, nur deutlich günstiger. In Reaktion darauf verabschiedete das britische Parlament in Westminster 1912 ein Gesetz, das jegliche lokale indische Produktion untersagte. Zwischen 1854 und 1947 mussten deshalb rund 14 400 Lokomotiven aus Großbritannien und weitere 3000 aus Kanada, den USA und Deutschland importiert werden.

Nach Indiens Unabhängigkeit wurde das Schienennetz verstaatlicht. Doch weil den Indern das technische Know-how für den Eisenbahnbau über 100 Jahre systematisch vorenthalten worden war, mussten sie die ehemalige Kolonialmacht für den Aufbau neuer Lokfabriken um Hilfe bitten. Mittlerweile ist es umgekehrt: Die Technologieberater des in London ansässigen Unternehmens Rendel, Palmer & Triton, das in der Kolonialzeit die Infrastruktur für die indische Eisenbahn aufgebaut hat, konsultieren heute die Ingenieure des indischen Staatskonzerns Rites Ltd., eine Tochtergesellschaft der Indian Railways.

Bis zum Dach überfüllte Züge und schlimme Unfälle prägen nach wie vor das Bild, das viele mit der Bahn in Indien verbinden. Die Katastrophe vom Juni 1981, als im Bundesstaat Bihar ein Zug von einer Brücke in den Bagmati-Fluss stürzte und an die 800 Menschen ums Leben kamen, gilt als eines der schlimmsten Eisenbahnunglücke der Welt. Im Juni 2023 starben im Bundesstaat Odisha bei einer Kollision und der Entgleisung von drei Zügen 296 Menschen; mehr als 1200 wurden verletzt.

Auch wenn solche Katastrophen das Gegenteil vermuten lassen – im Verhältnis zu den gefahrenen Kilometern kommt es bei den Indian Railways selten zu Unfällen. Schließlich ist das Streckennetz das Rückgrat des natio-

nen Transportwesens; Indien hat hier seit der Unabhängigkeit viel investiert: Das Schienennetz wurde vereinheitlicht, die Signalanlagen wurden modernisiert, Fahrten und Sitzplätze können problemlos online gebucht werden, und die Tickets sind erschwinglich.

Indiens erklärtes Ziel ist das „weltweit größte grüne Eisenbahnnetz“. Diesellokomotiven wurden nach und nach ausgemustert, und die Anzahl der elektrifizierten Strecken hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Der Elektrifizierungsgrad soll noch in diesem Jahr 90 Prozent erreichen (gegenüber 57 Prozent in Europa und 61 Prozent in Deutschland). Jedes Jahr baut die indische Bahn neue Strecken, und immer mehr Bahnhöfe werden mit Solarpanelen ausgestattet.

Der Bau neuer Containerbahnhöfe soll in den nächsten acht Jahren dazu beitragen, dass sich die Anzahl der Güter, die auf der Schiene transportiert werden können, vervierfachen. Die Durchschnittsgeschwindigkeit der Güterzüge, bisher die Schwachstelle der Indian Railways, hat sich ebenfalls gesteigert und liegt mittlerweile bei 44,3 Kilometern pro Stunde. Die hindunationalistische Regierung unter Premierminister Narendra Modi, die grundsätzlich Privatisierungen befürwortet, spricht seit Jahren davon, dass sie auch die Bahn für Investoren öffnen will. Aber die Fortschritte in dieser Richtung sind bescheiden: 95 Prozent der Bahn befinden sich immer noch in Staatsbesitz.

¹ Zahlen aus dem Indian Railways Year Book 2021–2022, herausgegeben vom Eisenbahnministerium in Neu-Delhi, April 2023. www.investindia.gov.in.

² Siehe Pankaj Mishra, „Auf den Ruinen des Imperiums“, *LMd*, Januar 2013.

³ Siehe Utsa und Prabhat Patnaik, „Eine Theorie des Imperialismus“, Kassel (Mangroven Verlag) 2023.

⁴ Siehe dieses und die folgenden Zitate aus Shashi Tharoor, „Zeit der Finsternis. Das Britische Empire in Indien“, aus dem Englischen von Cornelius Reiber, mit einem Essay von Mithu Sanyal, Berlin (Aufbau Verlag/ Die Andere Bibliothek, Bd. 473) 2024.

Aus dem Französischen von Ursel Schäfer

Jean-Pierre Benoit ist Journalist und Autor. Der vorliegende Beitrag sowie der nebenstehende Kasten von Philippe Descamps stammen aus *Le Monde diplomatique* (Hg.), „Les batailles du Rail“, *Manière de Voir*, Nr. 196, August/September 2024.

Burger de Chef

Frankreich und seine Liebe zum Fastfood

von Camille Beauvais und Gatién Élie

Ein aufgekratzter Moderator läuft von einer Kochinsel zur anderen. „Noch 15 Sekunden!“ Auf der Bühne schwitzen fünf Kandidaten. Über ihre dampfenden Kochplatten gebeugt, stapeln sie Zutaten aufeinander. Mit gewagten Kreationen rivalisieren sie um die Gunst einer Jury von Starköchen. Sie wollen den 9. Coup de France des Burgers gewinnen, der beim Salon du Snacking, einer Fastfood-Messe an der Porte de Versailles in Paris verliehen wird.

Buns in allen Farben, Cheddar, tütenweise Bacon und Rindfleisch. Hier ist der Burger König. Die meisten Stände bieten die entsprechenden Zutaten an. „Das ist eigentlich kein Kochen, das ist bloß Montage“, meint die Köchin Marie-Anna Delgado. Von einem „Fabrikat“ schreibt Didier Pourquery in seiner „Histoire de hamburger-frites“ (Robert Laffont, 2019) Mit dem Snacking d'Or, dem Goldenen Snackpreis, wird Fertigmilch aus dem Plastikbeutel prämiert: weniger als 5 Prozent Cheddar, aber leicht in eine Sofsenpistole zu kriegen.

Der Burger ist nicht nur auf der Fastfood-Messe zu Hause, er hat auch angesagte Markthallen, Brasserien und sogar Edelrestaurants erobert. Die Nettogewinnmarge liegt bei fast 20 Prozent, doppelt so hoch wie bei einem normalen Gericht, eine echte Geldmaschine. Schnell profitabel, schnell zubereitet, schnell verzehrt – heutzutage steht er in drei von vier französischen Gastronomiebetrieben auf der Speisekarte. 2023 wurden 1,5 Milliarden Burger für 10 Milliarden Euro verkauft, kein anderes Gericht wird häufiger geliefert. Nur in den USA werden mehr Burger verzehrt.¹

Als 1961 in Paris das erste Fastfood-Restaurant, ein Wimpy, aufmachte, blieb es fast unbemerkt. Hamburger in Frankreich? Daran glaubte nicht mal McDonald's. Der Fastfood-Riese öffnete seine erste Filiale erst 1979 in Straßburg. Überall wurde der Hamburger niedergemacht. „Heilige Jungfrau Maria ... Man muss schon Vater und Mutter umgebracht haben, um das runterzuwürgen!“, schimpfte die Fernsehköchin Maité 1992 auf FR3. 1999 demolierte der Bauernverband eine Baustelle von McDonald's in Millau. 2004 erreichte das Doku-Drama „Super Size Me“ – in dem der Filmemacher Morgan Spurlock sich einen Monat lang ausschließlich bei McDonald's ernährt und zehn Kilo zunimmt – in Frankreich 170 000 Zuschauer.

Trotzdem berichten 20 Jahre später Artikel und Reportagen, wie der Burger das französische Baguette mit Schinken verdrängt. Unerbittlicher Triumph des Fetts? „Der Kontakt mit der glatten und öligen Textur im Mund“ stimuliert angeblich den orbitofrontalen Cortex, der über den „Belohnungswert der Lebensmittel“ urteilt, erklären die Neurowissenschaften.²

Aber die französische Gastronomie hat nicht auf diese Erkenntnisse gewartet, um sich anzupassen. Schon

2014 publizierte Larousse „Burgers de Chefs“, (deutsche Ausgabe: Fackelträger Verlag, 2015) 100 Burger-Rezepte, darunter eines von 3-Sterne-Koch Guy Martin mit Hummer und weißen Pfirsichen. 2023 krönte die Sendung „Très très bon“ des sehr, sehr anerkannten Restaurantkritikers François-Régis Gaudry das beste Burger-Restaurant in Paris.

Brot, Käse und Rindfleisch – eigentlich wissen die Franzosen mit diesen Zutaten umzugehen. Der für traditionelle französische Backwaren bekannte Hersteller Jacquet hat seine Produktion von Buns zwischen 2004 und 2014 verdreifacht. Der Nobelbäcker Gontran Cherrier bietet Buns in fünf verschiedenen Farben an. Die Molkerei Rians aus dem Berry passt ihre Ziegenkäse-Taler mittlerweile der Größe der Brötchen an.

Und die gehobene Burger-Kette PNY (Paris New York) verwendet Fleisch von Salers-Rindern, einer alten französischen Rasse aus dem Zentralmassiv, „aufgezogen nach französischer Bauerntradition“. Nähe, Tradition, Authentizität. „Die junge Generation, die die traditionelle, französische Küche ins Museum verbannt, hat ein Talent, einfach alles zu französisieren“, schreibt Gilles Fumey in seinem Buch über Edelsnacks.³

Montieren statt kochen

Die Millennials sind mit McDonald's groß geworden. Sie haben dort ihre Geburtstage gefeiert. Sie sind eine Generation, die ihre Launen befriedigen kann, wann immer sie Lust hat. Aber das Huhn mit den goldenen Eiern legt ihnen nicht schnell genug. „In Frankreich werden immer noch 67 Prozent der Mahlzeiten zu Hause verzehrt, nur ein Drittel außer Haus. In den USA sind es 51 Prozent.“ Nicolas Nouchi, Chef des Start-ups Stratégate zur Vermarktung von Fastfood, ist überzeugt, dass „in jedem von uns ein Amerikaner schlummert“, und motiviert beim Salon du Snacking junge Unternehmer, mit der „Essensdose im Büro“ aufzuräumen und die Telearbeiter zum Snacken zu bringen.

Er tut das mit drei strategischen Begriffen: Premiumisierung – Aufwertung der Produktpalette, um die Gewinnspanne zu erhöhen. Zum Beispiel: „Rindfleisch vom Jersey-Rind, ein Hauch von Cheddar, Savora-Sauce, knuspriger Bacon, Gewürzgerken auf einem Bett von Kartoffeln aus der Region, harmonisiert mit unserem Pic Saint-Loup Domaine Christophe Peyrus, 22 Euro (ohne Wein)“. Angeboten von Père & Fils Burger, Rue de Grenelle, Paris.

Hybridisierung – Desorientierung des Verbrauchers, um ihn einzufangen. Nicolas Nouchi beschreibt es so: „Ich war in New York. Das Krasse dort ist, du kannst nicht mehr unterscheiden, ob du in der Filiale einer Fastfood-Kette oder in einem schicken Restaurant sitzt. Diese experimentelle Dynamik muss der Konsument erleben und



Wer macht den Besten? Burger-World-Contest in Lyon

RENAUD JULIEN/picture alliance/abaca

sich sagen: Hier bin ich, ich weiß nicht, was ich will; aber ich habe alles, was ich will.“

Lieferdienste – den Impuls in einen Kauf verwandeln. Nicolas Nouchi preist es wie folgt an: „Seit Covid gehört es zum Mindset des französischen Konsumenten, einen warmen Burger nach Hause geliefert zu bekommen. Wenn man sich etwas liefern lässt, ist es nicht die Ekstase, aber man hat das Impulsmoment, das man sucht.“

Ob Premium- oder Billigburger: 7 von 10 Hamburgern bestehen aus Rinderhack. Nur 0,8 Prozent der Franzosen sind Vegetarier, 0,3 Prozent Veganer.⁴ Der Rindfleischverbrauch nimmt nicht ab, der Anteil von Hackfleisch steigt stetig. Das hat seinen Grund: Da es an Zeit und Können fehlt, überlassen die Französinen und Franzosen die Zubereitung der edlen Teile (Entrecôte, Filet, Kugel) den Restaurantküchen und beschränken sich zu Hause – auch aus Geldmangel – auf Hackfleisch.

Auch das gehört zum Erfolg des Burgers, verschärft jedoch die Sorgen einer anderen Branche. Aus Sicht des Fleischers ist es nämlich ein schlechtes Geschäft: „Normalerweise macht man aus 40 Prozent des Fleisches einer Kuh Gehacktes: minderwertige Teile, die sonst lange und umständlich gegart werden müssten“, erklärt Myriam Loloum von Unebio, dem Verband der Bioviehzüchter. „Erhöht man diesen Anteil auf 60 Prozent, wie es aktuell geschieht, geht man ans Muskelfleisch, das teuer ist, aber als Hackfleisch nicht teuer verkauft werden kann.“

Bislang bleiben die Züchter von diesem Wertverlust verschont. Dass sie immer weniger werden, wirkt sich zu ihren Gunsten aus. Die Schlachtereien haben da schlechtere Karten: Sie zerhacken edles Fleisch, um die wachsende Nachfrage zu befriedigen und müssen zugleich den Rückgang der französischen Tierbestände kompensieren. „Die Schlachthöfe arbeiten gegenwärtig mit zwei Dritteln ihrer Kapazität“, erklärt Myriam Loloum. „In ihrer Not suchen sie nach Masse, um ihre Maschinen rentabel laufen zu lassen.“ So kaufen sie Milchkühe zum Preis von Fleischkühen, importieren Rindfleisch aus Polen – oder sie kämpfen um neue Lieferverträge, etwa mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten.

Die Begeisterung für Burger und Hackfleisch schlägt sich für die Schlachter in Firmenkonzentrationen

und Sozialplänen für die Belegschaft nieder. Deshalb versucht der nationale Fleischerverband, die französische Art der Tierzerlegung bei der Unesco als Kulturerbe anerkennen zu lassen.

1978 stellte die Sendung „À la bonne heure“ auf TF1 ihre Kameras in einer Fleischerei auf. „Ist das Hackfleisch für Sie?“ „Nein“, antwortet die Kundin, „für eine Bekannte, die alt ist und schlecht kauen kann.“ „Und Sie?“ „Und Sie?“, fragt die Journalistin, „nehmen Sie lieber Steak?“ „Na immer, wenn man richtig kauen kann! Es ist doch eine Unsitte, Hackfleisch zu essen.“ Eine Unsitte, die sich inzwischen durchgesetzt hat.

Burger sind weich, schnell geschluckt, schnell verdaut. Zerkleinert, zerstampft, mit Soße übergossen: Vom tierischen Ursprung bleibt nur wenig. Der moderne Smash Burger hat weder Blut noch Konsistenz: Die Fleischkugel wird auf einer Heizplatte flachgedrückt und karamellisiert. „Der Burger ist das Fleischgericht für alle, die kein Fleisch mögen“, sagt Alexandre Mosescot, der Regisseur des Theaterstücks „Carne“ (Fleisch).

Fleisch essen und sich das Gefühl ersparen, ein Tier zu essen – diese „Sarkophagie“ ist vor allem unter den jüngeren Generationen verbreitet. Ganz allgemein steht der Burger für die heutige Beziehung vom Menschen zum Tier⁵ – eine Entfremdung nach einer langen Geschichte der Viehzucht.

„Noch fünf Sekunden.“ Das Publikum an der Porte de Versailles applaudiert. Die Kandidaten, kräftige Kerle mit tätowierten Armen, präsentieren ihre Werke in einer fotogenen Kulisse aus Kuhfellen, Ochsenköpfen und Strohhaufen bevor sie der Jury übergeben. Und der Moderator ruft begeistert: „Der Geist des Rindviehs ist unter uns!“

¹ „Petite mythologie du hamburger-frites“, Podcast „Grand bien vous fasse“, France Inter, 7. Juni 2019.

² Putu A. Khoriantono u. a., „A neural mechanism in the human orbitofrontal cortex for preferring high-fat foods based on oral texture“, in: *Journal of Neuroscience*, Nr. 43, Bd. 47, Washington, 22. November 2023.

³ Vgl. Gilles Fumey, „Le snacking, nourriture noble“, *snacking.fr*, 25. April 2024.

⁴ Siehe Jocelyne Porcher, „Un monde végane: pourquoi et pour qui?“, in: *Études rurales*, Nr. 210, Paris, Juli–Dezember 2022.

⁵ Siehe Pascal Lardellier, „Unbekannte Essobjekte“, *L.Md.*, November 2003.

Aus dem Französischen von Claudia Steinitz

Camille Beauvais und Gatién Élie sind Lehrkräfte für Geschichte und Geografie.

Meldungen des Monats

Am 31. Juli wurden im Gazastreifen zwei Mitarbeiter des TV-Senders al-Jazeera durch einen israelischen Luftangriff getötet. Der Journalist Ismail al-Ghoul und der Fotograf Rami al-Rifi hatten live aus einem Flüchtlingslager bei Gaza-Stadt berichtet. Auf dem Rückweg wurde ihr Fahrzeug auf einer ansonsten leeren Straße durch einen Volltreffer zerstört. Al-Ghoul war von der israelischen Armee schon am 18. März festgenommen worden, als er aus dem teilweise zerstörten Al-Schifa-Krankenhaus berichtete. Damals wurde er misshandelt und nach 12 Stunden wieder freigelassen. Jetzt erklärte der israelische Militärgesamtdienst, al-Ghoul sei Mitglied der Qassam-Brigaden und aktiv am Hamas-Massaker vom 7. Oktober beteiligt gewesen. Al-Jazeera hat diese Behauptung als „haltlos“ zurückgewiesen und spricht von einer „gezielten Ermordung“ ihrer Mitarbeiter. Mit den Todesopfern vom 31. Juli 2024 hat sich die Zahl der Al-Jazeera-Journalisten, die im Gazastreifen durch direkte israelische Angriffe getötet wurden, auf fünf erhöht. Schon am 9. Oktober 2023 hatte im Südbanon ein israelischer Hubschrauber gezielt ein Fahrzeug des katarischen TV-Senders beschossen, wobei die Insassen überlebten.

In der Nacht zum 22. Juli wurde in Ägypten der Karikaturist Ashraf Omar verhaftet. Nach 16-stündigem Verhör hat die für „Staatsicherheit“ zuständige Staatsanwaltschaft Anklage wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer „terroristischen Gruppe“ erhoben. In deren Auftrag soll der Karikaturist „Gerüchte und Falschrichten verbreitet und publiziert sowie soziale Medien missbraucht“ haben. Omar bleibt in Untersuchungshaft, die von den Behörden beliebig verlängert werden kann.

In Marokko hat König Mohamed VI. am 29. Juli die Journalisten Taoufik Bouach-



rine, Omar Radi und Soulaymane Raissouni anlässlich seines 30. Thronjubiläums begnadigt. Bouachrine saß seit sechs Jahren in Haft, Radi und Raissouni seit vier Jahren. Die Freilassung der drei wurde von RSF und anderen Gruppen seit Jahren gefordert. Der Gnadenerweis durch den Monarchen ändert nichts daran, dass die Journalisten zu Unrecht im Gefängnis saßen; und dass es für Medienschaffende in Marokko nach wie vor gefährlich ist, über unliebsame Themen zu berichten. In Venezuela ist die Pressefreiheit akut gefährdet. Im Vorfeld der Wahlen vom 28. Juli sowie bei der Berichterstattung über die Proteste gegen die umstrittene Wiederwahl von Präsident Maduro hat die Polizei wiederholt Medienschaffende behindert oder verhaftet. In Maracay im Bundesstaat Aragua wurde der Newssite-Reporter Jesús Romero von Unbekannten angeschossen. Im ganzen Land haben Gendarmen der „Bolivarischen Nationalgarde“ Journalisten in Ausübung ihrer Arbeit festgenommen; in der Regel werden sie terroristischer Aktivitäten beschuldigt. Am 29. Juli wurde ein spanischer Reporter verhaftet und des Landes verwiesen. Während des Wahlvorgangs hat die NGO Press and Society Institute, venezolanischer Partner von RSF, 41 Verstöße gegen die Pressefreiheit ermittelt. In 27 Fällen wurde Reportern der Zugang zu Wahllokalen verweigert, in 12 Fällen mit physischer Gewalt.

Impressum

Redaktion Dorothee D'Aprile | Leitung, verantwortlich für diese Ausgabe, Anna Lerch, Katharina Döbler, Jakob Farah, Niels Kadritzke
Produktion Karoline Bofinger, Claudia von Heydebrand, Stefan Mahlike, Franziska Özer
Redaktion Comic Karoline Bofinger
Redaktion Kunst Wilhelm Werthern
Dokumentation Sigrüd Deitelhoff, Almuth Müller
Verlag Deutschland
 taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG,
 Friedrichstr. 21, D 10969 Berlin,
 ☎ +49 30 25 90 2-0, www.monde-diplomatique.de

Marketing Greta Cazzola, ☎ +49 (0) 30 25 902-331
Anzeigen Daniela Lipka, ☎ +49 (0) 30 25 902-965
 dlipka@monde-diplomatique.de

Separates Abonnement
 Jahrespreis Inland 62,40 €, Ausland 76,80 €, ermäßigt Inland 39,60 €, ermäßigt Ausland 54 € (alle Preise inkl. Versandkosten).
 abo-lmd@taz.de; ☎ +49 (30) 25 902-211
A. Beig Druckerei GmbH & Co.
 25421 Pinneberg
ISSN: 1434-2561

LMD Audio Download im eKiosk
 www.monde-diplomatique.de/pm/ekiosk/ekiosk.
 Ein Teil der Auflage enthält eine Beilage von Plan International.

Verlag Schweiz
 WOZ – Internationale Medienerzeugnisse AG,
 Zürich, Daniel Hackbarth | verantwortlich,
 Camille Roseau, Postfach: CH 8031 Zürich,
 ☎ +41(0) 44 448 14 14, diploabo@woz.ch,
 www.monde-diplomatique.ch.

Inserate WOZ-IMAG, Vasco Rasi,
 ☎ +41(0) 44 448 14 03/23,
 diploinserat@woz.ch

Mittelland Zeitungsdruck AG, Aarau
 Le Monde diplomatique liegt jeweils am zweiten Donnerstag im Monat der WOZ bei.

Separates Abonnement
 Jahrespreis 72 sFr. | zzgl. Versandkosten ins Ausland.

Die nächste Ausgabe erscheint mit der taz am 13. 9. 2024 und mit der WOZ am 12. 9. 2024. In Deutschland separat am Kiosk ab 12. 9. 2024.

Die deutsche Ausgabe von *Le Monde diplomatique* geht auf eine Initiative der taz Genossenschaft im Jahr 1994 zurück. Mehr über die Genossenschaft erfahren Sie unter: www.taz.de/genossenschaft

